Montag, 15. September 1986 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 214 - 38. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

DIE WELT IM GESPRÄCH



Fragen an Hermann Josef Abs

Wie beurteilen Sie Deutschlands Zukunft? Sind die Deutschen für Krisen-Zeiten gerüstet? Was halten Sie von der Kernenergie? Warum wollte Adenauer Sie zum Außenminister ernennen? Diese Fragen stellte die WELT im ersten Teil eines großen Interviews mit dem Grandseigneur der internationalen Bankwelt, Hermann Josef Abs. Der Vertraute des ersten deutschen Bundeskanzlers, Finanz-Diplomat und Kunstmäzen antwortet auf Fragen der Gegenwart und Zeitgeschichte eigenwillig, direkt und voller Anekdoten. Die WELT druckt den facettenreichen Dialog in drei Folgen: heute, am Mittwoch und am Samstag dieser Woche. In der WELT vom Mittwoch lesen Sie: Machen die Deutschen zuviel Urlaub? Treibt die Regierung eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik? Warum scheiterte Ludwig Erhard? Seite 7

POLITIK

Philippinen: Präsidentin Aquino hat bei einem überraschenden Besuch im Norden des Landes einen Waffenstillstand mit rebellischen Bergstämmen vereinbart, die mehr Autonomie fordern. In Washington, das Frau Aquino heute besucht, stößt ihre Haltung auf Erstaunen. Ihr wird Nachgiebigkeit vorgeworfen. (S. 5)

Afghanistan: Zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung hat die jetzt schon seit drei Wochen laufende Großoffensive der sowjetisch-afghanischen Armee westlich von Kabul gefordert. Die Widerstandskämpfer haben befreundete Gruppen in anderen Landesteilen dringend um Hilfe ersucht.

Fluchtversuch: Mit Waffengewalt ist zum zweitenmal innerhalb von fünf Tagen am „DDR"-Grenzübergang Drewitz ein Fluchtversuch nach West-Berlin verhindert worden. „DDR"-Grenzsoldaten feuerten auf zwei Flüchtlinge, die mit einem Personenwagen die Barrieren durchbrechen wollten. Sie wurden abgeführt.

Terror: Schärfere Maßnahmen gegen den Terrorismus werden von der französischen Regierung nach den beiden jüngsten Attentaten in Paris vorbereitet. Gestern tagte der Rat für innere Sicherheit; das Thema soll heute im Ministerrat behandelt werden. Details blieben vorerst geheim.

WIRTSCHAFT

Wall Street: Angesichts der Turbulenzen bleibt größere Unsicherheit. Gewinnmitnahmen sind wegen des enormen Kursplateaus und nach vierjähriger Hausse aber durchaus normal. Es ist keine Krise, in der die Wall Street steckt, sondern eine überfällige Konsolidierung. Die Erholung dürfte sechs Wochen dauern. (S. 11)

Arbeitslosigkeit: Als „allein erfolgversprechenden Weg" zum Abbau der Arbeitslosigkeit bezeichnet Otto Graf Lambsdorff den „über wirtschaftliche Dynamik, Investitionen und technischen Fortschritt". Falsch nennt er es, technischen Fortschritt als Job-Killer abzulehnen. „Prozeß schöpferischer Zerstörung". (S.11)

KULTUR

Ernst Haas: Der gebürtige Wiener, einer der renommiertesten Fotografen der Gegenwart, ist im Alter von 65 Jahren in New York gestorben. Haas gilt als „Vater der Farbfotografie". Bekannt wurde er mit einer Fotoserie über Kriegsgefangene, die nach 1945 aus sowjetischen Lagern nach Österreich heimkehrten.

Plastik: Zum bevorstehenden 100. Geburtstag von Alexander Archipenko zeigt die Moderne Galerie des Saarland-Museums 123 Skulpturen. Ein überwältigender Eindruck, vielleicht auch deshalb, weil er nie die Existenz des Menschen aus den Augen verloren hat, auch wenn er stilisiert und beinahe entwirklicht. (S. 17)

SPORT

Tennis: Steffi Graf war die überragende Spielerin des mit 300 000 Dollar dotierten Einladungsturniers in Tokio. Sie gewann das Endspiel gegen die Bulgarin Manuela Maleeva mit 6:4, 6:2 und siegte im Doppel gemeinsam mit Bettina Bunge 6:1, 6:7, 6:2 gegen die Schwestern Manuela und Katharina Maleeva. (S. 16)

Handball: 20 000 Zuschauer kamen zu den ersten sechs Spielen in der neuen Bundesliga-Saison. Der zuvor als Geheimfavorit eingestufte Aufsteiger TSV Milbertshofen verlor trotz des Einsatzes zahlreicher Nationalspieler, darunter auch Erhard Wunderlich, mit 17:28 überraschend deutlich beim TV Großwallstadt. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Konstruktionen: Leonardo da Vinci, Künstler und genialer Erfinder, hat bei einer der vielen von ihm entworfenen Maschinen gründlich daneben konstruiert. Das kam ans Tageslicht bei der Ausarbeitung eines vom Bundesbildungsministeriums geförderten Projekts zur Rekonstruktion historischer Modelle. (S. 18)

Traumhaft: Das Angebot an zarter Wäsche aus Seide oder hochwertiger Baumwolle ist beinahe „unübersehbar" geworden. Die Trends auf der eben zuende gegangenen Igedo in Düsseldorf zeigen, daß sich die „teuere Schönheit" (Foto) schon längst neben der „schlichten Funktionalität" ihren Platz gesichert hat. (S. 18)





Genscher: Die FDP steht zur Koalition, ohne jeden Zweifel

„Die SPD hat sich seit 1982 von uns wegentwickelt" / WELT-Interview

DIETHART GOOS, Bonn

Bundesaußenminister und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher hat sich unmißverständlich zur Fortsetzung der Koalition mit CDU und CSU nach der Bundestagswahl im Januar bekannt. „An unserem Willen, die Koalition mit der CDU/CSU in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen, lassen wir nicht den geringsten Zweifel aufkommen", sagt Genscher in einem WELT-Interview.

Damit trat Genscher einem spekulativen Bericht im heutigen „Spiegel" entgegen, worin behauptet wird, er habe in einem vertraulichen Gespräch (am 3. September) SPD-Kanzlerkandidat Rau die Bereitschaft der FDP zu einem Koalitionswechsel signalisiert.

Genscher versicherte, seine Partei sei für den Koalitionspartner „ohne jeden Zweifel" weiterhin ein verläßlicher Partner. „Es war eine der großen Leistungen der Freien Demokratischen Partei, daß sie den demokratischen Wechsel möglich gemacht hat." Der Außenminister fügte hinzu: „Die Gründe für die Beendigung der Koalition im Herbst 1982 bestehen fort, ja sie sind noch schwerwiegender geworden. Denn die SPD hat sich, beginnend mit ihrem Münchner Parteitag 1982, immer weiter von der FDP und übrigens auch von ihrem Godesberger Programm wegentwickelt."

Auf ihrem bisher erfolgreichen Weg mit der CDU/CSU wollen die Freien Demokraten nach Darstellung von Genscher weitergehen, „denn wir haben noch große Aufgaben zu lösen". Als Beispiel nannte er eine

SEITEN 3 und 4:
Weitere Beiträge

durchgreifende Steuerreform. In diesem Bereich zeigen sich die Gegensätze zur SPD besonders deutlich. Außerdem müsse man zum umfassenden Abbau von Subventionen kommen, um Spielraum für Steuersenkungen und Zukunftsinvestitionen zu erhalten.

Wer ihn weiter als Außenminister haben wolle, müsse die FDP wählen, was Genscher in folgende Bemerkung kleidete: „Die Entscheidung darüber, welche Außenpolitik in Zukunft gemacht wird und wer sie betreibt, lege ich getrost in die Hände des Wählers." Auf die Frage, ob ihn die ständigen CSU-Angriffe treffen würden, antwortete der Minister mit einem entschiedenen Nein.

Ausdrücklich lobte Genscher die Position von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Asylantenfrage. „Der Bundeskanzler hat einen wesentlichen Anteil daran, daß wir die Entscheidung über praktische Maßnahmen getroffen haben und daß damit die Frage der Verfassungsänderung in den Hintergrund getreten ist. Ich kann das im Interesse der Zusammenarbeit und des Ansehens der Bundesrepublik im Ausland nur begrüßen."

Genscher fügte hinzu: „Wir haben natürlich auch registriert, daß in den Unionsparteien nicht die Heißsporne zu entscheiden haben, sondern die abwägenden Kräfte."

Für die FDP erwartet Genscher bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 ein deutlich besseres Ergebnis als die sieben Prozent bei der letzten Wahl 1983. Der Zustand der FDP sei „ausgezeichnet".

DER KOMMENTAR

Neuwahlen sofort?

CARL GUSTAF STRÖHM

Werden Österreichs Sozialisten die Kröte schlucken – oder werden sie nach der Wahl des Kärntner Rebellen Jörg Haider zum Vorsitzenden der FPÖ die Koalition vorzeitig aufkündigen, um noch in diesem Herbst Neuwahlen auszuschreiben? So unbeliebt der neue FPÖ-Parteichef im Gegensatz zu seinem geschlagenen Vorgänger Norbert Steger bei den Sozialisten sein mag: die Angriffe auf ihn sind nur Scheinargumente.

Die eigentliche Frage, die sich die führenden Männer der SPÖ ganz nüchtern beantworten werden, lautet: Nützt es den Sozialisten mehr, wenn jetzt gewählt wird – oder sollten sie bis zum April 1987 warten, um mehr Stimmen zu erhalten? Gegen den April-Termin spricht, daß bis dahin das gesamte Ausmaß der Katastrophe in Österreichs verstaatlichter Industrie samt Massenentlassungen und Betriebsstillegungen ins Bewußtsein der Wähler durchgeschlagen hat. Dann könnte bei ihnen eine Stimmung um sich greifen, bei der auch ein energischer Kanzler wie Vranitzky, der zur Zeit (noch) viel Sympathie genießt, keinen Bonus mehr einzuheimsen vermag.

Die Freiheitliche Partei hat also, wie immer es ausgehen mag, den Sozialisten den Vorwand geliefert, ihren Kurs zu überdenken. Außer Zweifel steht jedoch, daß sich der bereits bisher spürbare Trend zu einer Großen Koalition in Österreich, also zu einem Zusammengehen von Sozialdemokraten und Christlichen Demokraten, weiter verstärken wird.

Allerdings gilt auch hier die Parole: „Auf den Kanzler kommt es an!" Österreichs Sozialisten möchten, daß in einer künftigen Großen Koalition der Kanzler nicht etwa Alois Mock (ÖVP), sondern Franz Vranitzky (SPÖ) heißt. Wenn die Sozialisten geschickt taktieren und die ÖVP nicht aufpaßt, ist ein solches Ergebnis keineswegs auszuschließen. Dann säße die SPÖ für weitere acht bis zehn Jahre im Sattel.

Bricht die Koalition in Österreich?

Neuer Parteichef signalisiert Rechtsruck der FPÖ / Niederlage für Vizekanzler Steger

C. GUSTAF STRÖHM, Innsbruck

Österreich könnte in den nächsten Tagen eine neue Regierungskrise und sogar vorzeitige Parlamentswahlen erleben. Das sind jedenfalls zwei mögliche Folgen des Innsbrucker Parteitages der Freiheitlichen Partei (FPÖ) in Innsbruck, bei dem der bisherige Vorsitzende, Vizekanzler und Handelsminister Norbert Steger, eine schwere Niederlage einstecken mußte. Zum neuen FPÖ-Chef wurde einer der schärfsten Kritiker und politischen Gegner Stegers, der 36jährige Kärntner Landesvorsitzende Jörg Haider, gewählt. Für ihn votierten 57 Prozent der Delegierten, was einem Erdrutsch gleichkommt.

Der Abstimmung waren stürmische Szenen und vergebliche Versuche des bisher amtierenden Parteichefs und Vizekanzlers vorausgegangen, die Wahl Haiders doch noch zu verhindern. Die Auseinandersetzungen wurden mit solcher Heftigkeit geführt, daß der bisherige Generalsekretär der FPÖ, Walter Grabher-Meyer, nach Bekanntgabe des Ergebnisses einen Herzanfall erlitt und ohnmächtig in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Grabher-Meyer gilt als Intimfeind Haiders. Der neue Parteichef versprach, er werde die FPÖ wieder auf „Erfolgskurs" führen. Steger bezeichnete den Wahlausgang als Niederlage der Liberalen in der Partei und deutete an, möglicherweise werde er der FPÖ ganz den Rücken kehren. Auch eine Spaltung der Partei

SEITE 3:
Nationale Töne

scheint seit Innsbruck nicht mehr ausgeschlossen.

Der Sieg des „Kärntner Rebellen" Jörg Haider entspricht einer Grundstimmung an der Basis der FPÖ, in der seit geraumer Zeit gegen Stegers Kurs in Wien große Unzufriedenheit herrschte. Haider hat zwar erklärt, er wolle die Koalition mit der SPÖ bis zum April 1987 – also dem regulären Termin der nächsten Parlamentswahl – fortsetzen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der sich auf ein unbegrenztes Bündnis mit der SPÖ auch nach den Wahlen festgelegt hatte, machte er aber keine Koalitionsaussagen über dieses Datum hinaus. Haider erklärte auch, er dränge sich nicht nach einem Ministeramt. Als neuen Vizekanzler nannte er Verteidigungsminister Krünes.

Die Haltung der SPÖ zu dieser neuen Entwicklung in der Koalitionspartei ist noch nicht klar, doch sprechen Anzeichen dafür, daß Bundeskanzler Vranitzky und Parteichef Sinowatz den Rechtsruck in der FPÖ zum Anlaß nehmen könnten, die Koalition aufzukündigen und vorzeitig Neuwahlen auszuschreiben. Einstweilen haben sich sowohl Regierungschef Vranitzky als auch SPÖ-Parteisekretär Keller alle Optionen offengelassen. Keller erklärte, die SPÖ werde prüfen, ob die Wahl Haiders ein „Ende der liberalen Linie" in der FPÖ bedeute. Ein direkter Koalitionswechsel ist ausgeschlossen: Die SPÖ hatte bei der letzten Wahl 47,65 Prozent erreicht, die ÖVP 43,22 und die FPÖ 4,98 Prozent der Stimmen.

„Nordkorea für Anschlag in Seoul verantwortlich"

DW. Seoul

Sechs Tage vor Beginn der Asienspiele in Seoul sind bei einem Bombenanschlag auf den Flughafen der südkoreanischen Hauptstadt fünf Menschen getötet und mehr als 25 verletzt worden. Die Bombe, die im Bereich der Eingangshalle explodierte, habe eine Sprengkraft von zwei Kilogramm TNT gehabt, teilten die Sicherheitsbehörden mit. In einer Fernsehansprache machte der südkoreanische Polizeichef Kang Min Chang „Agenten des kommunistischen Nordkorea" für den Anschlag verantwortlich.

In Seoul wurde schon seit einiger Zeit damit gerechnet, daß die Nordkoreaner, die aus politischen Gründen die Asienspiele boykottieren, dem internationalen Ansehen Südkoreas im Hinblick auf die olympischen Sommerspiele 1988 auf irgendeine Weise schaden wollten.

Wegen der am 20. September beginnenden Asienspiele, zu denen etwa 6000 Sportler aus 25 Ländern und rund 160 000 ausländische Besucher erwartet werden, waren die Sicherheitsmaßnahmen in Seoul erheblich verstärkt und die Polizei in Alarmbereitschaft versetzt worden.

Kardinal Höffner: Alternativen zu Kernkraft suchen

ohn. Aachen

Mit einer Abschlußmesse vor mehr als 60 000 Gläubigen im Reiterstadion ist der 89. Deutsche Katholikentag in Aachen zuende gegangen. In seiner Predigt griff Joseph Kardinal Höffner, der die Messe gemeinsam mit 14 Bischöfen aus aller Welt zelebrierte, die Ängste der Menschen auf und sagte: „Zutiefst liegt das Elend des Menschen nicht in den mehr oder weniger bösen gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern im Menschen selbst". Die Jugend forderte er auf: „Laßt nicht zu, daß die Armen, Schwachen und Hilflosen an die Wand gedrückt werden!" Zum Schluß der Kundgebung lud Joachim Kardinal Meisner zum 90. Katholikentag 1990 in Berlin ein.

In Radio Luxemburg sprach sich Höffner gestern für ein baldiges Ende der Nutzung der Atomkraft aus: Solange die Wissenschaftler keine Sicherheit garantierten, sei Kernkraft „die allergefährlichste Energie". Die Wissenschaftler seien verpflichtet, für andere Energiequellen zu sorgen. Kernenergie war in Aachen eines der Themen von größtem Zuhörer-Interesse gewesen.

Seite 6: Katholiken haben Fragen

„Weniger als 2 Millionen Arbeitslose"

Wirtschaftsforscher des RWI: Steter Konjunktur-Aufschwung zeigt 1987 Wirkung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach dem leichtem Schwächeanfall im Frühjahr wird sich die deutsche Konjunktur nach Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) weiter aufwärts entwickeln und in diesem wie im nächsten Jahr um jeweils drei Prozent wachsen. Davon werde auch der Arbeitsmarkt profitieren. Im Sommer nächsten Jahres werde die Zahl der Arbeitslosen erstmals wieder unter die Zwei-Millionen-Grenze sinken. Das stellt das RWI in einem Gutachten zur Lage der Wirtschaft im Spätsommer 1986 fest.

Ein ähnlich starkes Wachstum wird in beiden Jahren auch für gewerbliche Investitionen vorausgesagt, die vom Rückgang der Zinsen ebenso profitieren wie von der Entlastung bei den Energiekosten. Dem stehe allerdings, so die Konjunkturforscher, der Verlust von Wettbewerbsvorteilen durch die Höherbewertung der Mark sowie die Verteuerung der Arbeitskraft durch größere Lohnerhöhungen gegenüber.

Die insgesamt steigende Produktion wird nach Ansicht des RWI die Beschäftigung weiter wachsen lassen. Bis Ende 1986 würden 320 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und 1987 weitere 300 000.

Bei nicht mehr ganz so schwungvollem privatem Verbrauch dürfte 1987 auch wieder mit einer Verteuerung der Lebenshaltung um 1,5 (1986: minus 0,5) Prozent zu rechnen sein. Insgesamt sei kein nachhaltiger Konjunkturrückschlag zu erwarten, „vorausgesetzt, die wirtschaftspolitische Grundhaltung in der Bundesrepublik würde sich nach den Bundestagswahlen im Januar 1987 nicht grundsätzlich ändern".

Die Wirtschaftsforscher weisen darauf hin, daß eine stärkere Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ohne Zweifel möglich wäre, wenn die Bundesregierung der von ihr angekündigten Entlastung von Einkommen den Vorrang vor dem Umverteilen einräumen und beginnen würde, wachstumshemmende Verkrustungen aufzubrechen, und die Tarifparteien sich von überholten Lohnformeln lösen würden. Das RWI: „Die Tarifparteien erwiesen sich bisher als unfähig, Angebot und Nachfrage auf den einzelnen Arbeitsmärkten durch eine Auffächerung bei den Lohnerhöhungen nach Berufen, Zweigen und Regionen einander anzugleichen." Beide würden ihre Aufgabe vernachlässigen, Arbeitsplätze in ausreichendem Umfang rentabel zu halten oder zu machen.

An die Bundesbank wird appelliert, an ihrer Stabilitätspolitik festzuhalten. Eine von ihr oft geforderte Nachfrageverstärkung würde die Stabilitätsziele nur um den Preis eines Rückschlags vorübergehend erreichen. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, sie habe nur halbherzig eine wirtschaftspolitische Wende vollzogen. Ein leistungsfreundlicherer Steuertarif trüge dazu bei, den Steuerwiderstand zu verringern. Die Wachstumsdynamik sei durch Steigerung von Subventionen gehemmt, die Gängelung der Wirtschaft nur zögernd verringert worden.

Stiftungen ohne Gemeinnützigkeit?

DW. Hamburg

Der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung steht nach einem Bericht des „Spiegel" möglicherweise der Entzug der Gemeinnützigkeit bevor. Nach monatelanger Untersuchung habe die Großbetriebsprüfungsstelle St. Augustin bei Bonn bereits intern entschieden, den beiden Stiftungen das Steuerprivileg zu entziehen. Die ebenfalls überprüfte CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung kommt nach Angaben des „Spiegel" ungeschoren davon.

Dormagen vor Unterrichtsbeginn

breu, Düsseldorf

Die umstrittene Dormagener Gesamtschule, deren Eröffnung auf Antrag der CDU durch das Oberverwaltungsgericht Münster gestoppt wurde, kann nun offenbar doch mit dem Unterricht beginnen. Die Dormagener Zentrumsfraktion will heute die Zusammenarbeit mit der CDU aufkündigen, mit der SPD eine neue Ratsmehrheit bilden und damit den – nach ihren Worten – „unchristlichen" Zustand beenden, daß Kinder vor verschlossener Schule ständen.

Seite 3: Eine geschlossene Schule

Schatten hängen über Gatt-Treffen

H.-J. MAHNKE, Punta del Este

Vor der heute beginnenden Ministertagung des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) wird in Kreisen der Vertreter der Europäischen Gemeinschaft offenbar die Gefahr gesehen, daß das Treffen im uruguayischen Badeort Punta del Este von zwei Themen beherrscht werden könnte, die gar nicht auf der Tagesordnung stehen: dem Antrag der Sowjetunion, die dem Gatt nicht angehört, an den Verhandlungen teilzunehmen, und dem Problem Südafrika, auf dessen Ausscheiden einige afrikanische Staaten drängen.

Beide Punkte zogen bereits im Vorfeld die Aufmerksamkeit verschiedener Teilnehmer auf sich, so auch die der Vertreter der EG-Staaten bei ihren gestrigen Vorgesprächen. Die Linie der Europäer: Es soll versucht werden, daß die Konferenz, auf der es vorrangig darum geht, eine neue Liberalisierungsrunde für den Welthandel einzuläuten und den Protektionismus einzudämmen, nicht von diesen Themen überschattet wird.

Die amerikanische Regierung hat den sowjetischen Wunsch bereits abgelehnt. Auch nach Ansicht der EG ist es unmöglich, den Gegensatz zwischen dem Wirtschaftssystem der UdSSR und den Prinzipien für einen freien Welthandel zu überbrücken, wie sie im Gatt-Vertrag festgeschrieben sind. Der Einwand, daß einige osteuropäische Staaten wie Polen,

SEITEN 3 UND 11:
Weitere Beiträge

Ungarn, Rumänien und die Tschechoslowakei Mitglied des Gatt sind und sich an dessen Arbeit intensiv beteiligen, darf nach Ansicht der EG keine Rolle spielen. Zum einen wurden mit diesen Staaten Sonderbedingungen vereinbart, die dem Wirtschaftssystem Rechnung tragen. Zum anderen liegen die Verhältnisse bei einem Land von der Größe der Sowjetunion anders.

Auch der Fall China ist nach Ansicht der EG-Experten nicht mit dem der Sowjetunion vergleichbar. Das asiatische Land, das zu den Gründungsmitgliedern des Gatt zählt und der Organisation bis 1950 angehörte, hat vor kurzem die Absicht geäußert, Verhandlungen über einen Beitritt aufzunehmen. Die Tatsache, daß die chinesische Wirtschaft in den vergangenen Jahren erheblich reformiert wurde, spielt dabei eine wichtige Rolle.

Mit Blick auf Südafrika wird allgemein befürchtet, daß die Teilnahme dieses Landes Emotionen wecken könnte. Die EG-Staaten wollen am Rande der Tagung versuchen, dieses Thema zu entschärfen. Erleichtert wird dies dadurch, daß Südafrika in Punta del Este nicht durch einen Minister vertreten sein wird. Allerdings sieht der Gatt-Vertrag einen Ausschluß von Mitgliedern nicht vor. Überdies sei es nicht notwendig, heißt es, direkt in Verhandlungen mit Südafrika einzutreten.

Irakischer Diplomat Opfer von Autobombe in Karatschi

Bagdad beschuldigt Teheran / Angriff auf iranische Ölfelder

DW. Karatschi/Bagdad

Zehn Tage nach dem Überfall auf eine Boeing 747 der amerikanischen Fluggesellschaft PanAm war die pakistanische Hauptadt Karatschi am Sonntag erneut Schauplatz eines blutigen Attentats. Dabei wurde der irakische Vizekonsul in Karatschi, Mehtar Abdus Salam, getötet. Laut Polizeiangaben explodierte das Auto des Diplomaten, kurz nachdem dieser seine Wohnung verlassen hatte und zur Arbeit fahren wollte. Der Diplomat war auf der Stelle tot. Ein noch nicht identifizierter Begleiter des Vizekonsuls wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Wenige Stunden nach dem Mordanschlag machte Irak seinen Gegner im Golfkrieg, Iran, dafür verantwortlich. Auch die pakistanische Polizei verdächtigte als Urheber des Attentats iranische Terroristen und stellte irakische Einrichtungen – darunter die Niederlassung der irakischen Fluggesellschaft – unter verstärkten Schutz.

Irak hat nach eigenen Angaben am Samstag fünf iranische Erdölfelder angegriffen. Die „verheerenden" Angriffe sollen unter anderem den 200 Kilometer von der iranisch-irakischen Grenze entfernt gelegenen Ölfeldern von Rahormoz und Bagh-e-Malek sowie dem Ölfeld von Razan gegolten haben. Bis auf eines seien alle Flugzeuge unbeschadet zurückgekehrt, heißt es weiter in der Meldung, in der Bagdad Teheran gleichzeitig für den Tod eines Piloten verantwortlich macht.

Teheran meldete gleichzeitig den Abschuß eines Flugzeugs bei Khorramabad während eines irakischen Luftangriffs auf eine Industrieanlage.

Bei einem Trauerzug von rund 250 000 Menschen in Bagdad für die Opfer eines iranischen Raketenangriffs wurden Transparente mitgeführt, auf denen die Regierung zu Vergeltungsschlägen aufgefordert wurde. Beobachter des Zuges berichteten, daß bei dem iranischen Nachtangriff vor allem Frauen und Kinder getötet und verletzt worden seien. Iran hatte erklärt, der Angriff habe der Geheimpolizei-Zentrale gegolten.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Brandt in der „Prawda"

Von Enno v. Loewenstern

Es ist in der Tat, wie von CDU-Seite moniert wurde, eine Stilfrage, ob der Vorsitzende der großen Oppositionspartei die Regierung ausgerechnet in der „Prawda" kritisieren sollte. Willy Brandt hat es für richtig gehalten, im Organ der KPdSU der Bundesregierung vorzuwerfen, daß sie „keine besondere Phantasie und keinen besonderen Wunsch gezeigt habe, wenigstens jene Möglichkeiten voll zu nutzen, die die Ostverträge bieten". Hingegen empfahl er seine Partei den „Prawda"-Lesern: Sie würde, sollte sie an die Macht kommen, „neue Zugänge" zu einer „zweiten Phase der Entspannungspolitik suchen".

Derselbe Brandt, der eben noch in Nürnberg über die Antiamerikanismus-Vorwürfe gewettert hatte, äußerte nun Verständnis dafür, daß die Sowjetunion in der Abrüstungsfrage den USA gegenüber „sehr skeptisch eingestellt" sei.

Eine Stilfrage, wie gesagt, ob man im Blatt des erklärten Gegners die eigene Seite kritisieren soll. Eine Stilfrage aber auch inhaltlich. Brandt kommt anscheinend gar nicht auf den Gedanken, daß es vor allem Sache der Sowjets sein könnte, neue Zugänge zu uns zu suchen. Wir haben weder die CSSR noch Afghanistan überfallen noch die Polen zum Kriegsrecht genötigt. Und es war sogar eine SPD-Regierung – ohne Widerspruch des Vorsitzenden Brandt –, die Washington um Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Europa gegen die sowjetische Bedrohung bat.

Brandt muß die nach wie vor bestehenden Sorgen der Bundeswehr gegenüber der sowjetischen Rüstung kennen, die General Altenburg wieder aussprach. Er muß die Sorgen der Amerikaner kennen, die regelmäßig von sowjetischer Seite mit öffentlichen Angeboten überschüttet werden, die dann in den Detailgesprächen Schritt für Schritt eingeschränkt werden. Dagegen hilft nicht Phantasie. Und schon gar nicht hilft Vertrauensseligkeit. Da kann Bonn und Washington nur empfohlen werden, „sehr skeptisch eingestellt" zu sein und zu bleiben.

Wenn Brandt vom sowjetischen Parteiorgan interviewt wird, warum unterrichtet er nicht erst einmal die russischen Leser über das, was deren eigene Regierung treibt? Wollte er nicht oder durfte er nicht?

Willkommener Besuch

Von Bernt Conrad

Die deutsch-französischen Beziehungen beschäftigen die Phantasie, erregen Begeisterung oder Irritation. Im deutsch-britischen Verhältnis geht es, entsprechend dem pragmatischen Stil der Angelsachsen, nüchterner zu. Hier erhellen nur ganz selten einmal rhetorische Sternstunden wie der Auftritt des Bundespräsidenten vor dem vereinigten Unter- und Oberhaus während seines Staatsbesuches in London den Horizont.

Die Professionalität britischer Außenpolitik und eine auch ohne zeremoniellen Aufwand häufige Parallelität der Interessen haben zu einer bemerkenswerten Selbstverständlichkeit des Umgangs geführt. Personale Probleme wie die durch politische Konkurrenz geprägte Cohabitation zwischen François Mitterrand und Jacques Chirac stellen sich in London nicht. Margaret Thatcher verkörpert eine persönliche Kontinuität, deren eigenwilliger Charakter für ihre Partner allerdings auch Probleme in sich birgt. Dies alles mag dazu beigetragen haben, daß die regelmäßigen Konsultationen zwischen der „Eisernen Lady" und Bundeskanzler Helmut Kohl – abgesehen von gelegentlichen Begegnungen am Rande von Gipfelkonferenzen – in letzter Zeit etwas rar geworden sind.

Um so erfreulicher ist es, daß sie mit dem morgigen Besuch von Frau Thatcher in Bonn wiederaufgenommen werden. Ganz falsch wäre es, hinter solchen Kontakten etwa den Wunsch nach einem „Gegengewicht" zur deutsch-französischen Freundschaft zu vermuten. Die Premierministerin selbst hat in einem WELT-Interview vor zwei Jahren festgestellt: „Ich glaube nicht, daß eine Freundschaft die Freundschaft mit anderen ausschließt."

Worum es geht, das ist eine trotz aller politischen Wechselfälle unumstößliche Tatsache: Die Europäer und ganz besonders die Deutschen brauchen die Weltläufigkeit, die praktische Vernunft und die Zuverlässigkeit der Briten. Für die Bundesrepublik schlägt sich dies auch in der Präsenz der vorzüglich eingeübten britischen Rheinarmee nieder. Darum ist es zu begrüßen, daß der Kanzler diesen Truppen am Mittwoch gemeinsam mit Frau Thatcher seine Reverenz erweisen wird.

Monarchipation

Von Joachim Neander

In der SPD der Pfalz herrscht Verwirrung. Da hatte vor wenigen Wochen ein Parteitag mit großer Mehrheit für alle künftigen Wahlen eine Frauenquote von 25 Prozent beschlossen. Und nun ist, zum Teil von denselben Delegierten, in überaus demokratischer Kampfabstimmung die wirkliche Quote weiblicher Landtagskandidaten auf den sicheren Listenplätzen auf ganze acht Prozent zusammengestrichen worden. Jetzt hört man Wehklagen über männliche Unglaubwürdigkeit, Unlogik, Heuchelei und so weiter.

Aber das könnte man sich sparen. Dies alles war, so wie die Gleichberechtigungsdiskussion seit Jahren geführt wird, voraussehbar. Denn die einzige menschliche Institution, die eine absolute und bis in die statistische Quote hinein unstreitige Gleichberechtigung von Mann und Frau gewährleistet, ist immer noch jene Form der Monarchie, in der stets das älteste Kind, Mädchen oder Junge, auf den Thron gelangt. Der Prinzgemahl einer regierenden Königin ist nebenbei das eigentliche Urbild des Hausmannes: Widerspruchslos hingenommener Rollentausch in der Ehe.

Denkt man dies weiter, so ergibt sich wie von selbst, daß eine vollkommene Gleichberechtigung der Geschlechter in sämtlichen Parlamenten mühelos binnen 20 oder 25 Jahren dadurch zu erreichen wäre, daß man alle Mandate für erblich erklärt. Die statistische Wahrscheinlichkeit brächte alles ins rechte Lot. Vielleicht wäre, dank der häufig zu beobachtenden politischen Kontraste zwischen den Generationen derselben Familie, ein legaler Machtwechsel sogar leichter als heute.

Um an dieser Stelle allzu rascher und einfältiger Empörung zuvorzukommen: Selbstverständlich kann dies kein ernstzunehmender Vorschlag zur Durchsetzung der zahlenmäßigen Gleichberechtigung in allen parlamentarischen Gremien sein. Aber ein lehrreiches Exempel ist es unter Umständen doch: Dafür, wie leicht es wäre, Gleichheit herzustellen, wenn man nur bereit ist, auf die Demokratie zu verzichten. Und überhaupt dafür, wie wenig eigentlich Demokratie und Gleichheit miteinander zu schaffen haben.



AUTH / THE PHILADELPHIA INQUIRER

Alle ehrenwert

Von Herbert Kremp

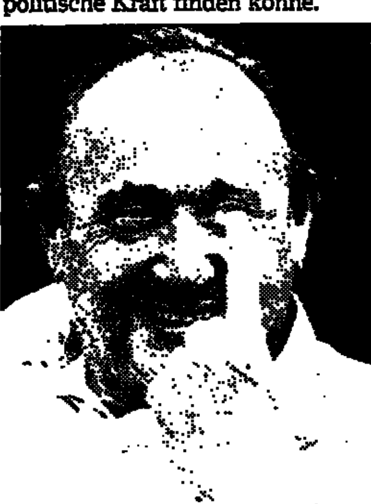
Die Verdächtigung ist nicht neu; aber sie ist doch so schwerwiegend, daß sie ein Dementi verdient. Und es ist ja wirklich nicht so, daß Genscher mit Rau wegen der Wiederbelebung der sozial-liberalen Koalition verhandelte. Warum auch? Was sollte ausgerechnet der Mann, der dieses einst von der FDP zur Epoche historischer Aussöhnung hochideologisierte Bündnis sprengte, sich um die Zusammensetzung alter Trümmer bemühen? Es kann nicht so sein, wie der „Spiegel" es berichtet; denn Hans-Dietrich Genscher ist ein ehrenwerter Mann.

Als Horst Ehmke, wohl immer unterrichtet über das, was der „Spiegel" morgen aufgreifen wird, während der Haushaltsdebatte des Bundestages zitierte, was den Außenminister dieser Regierung mit dem Außenminister der früheren verbindet, also im Innersten zusammenhält, erklärte Genscher ruhig, seine Außenpolitik decke sich mit den Intentionen des Kanzlers und sei mit diesem abgesprochen. Derlei Schulterschluß wird in der neuen politischen Sprache oft belegt mit dem Satz des früheren französischen Premiers Fabius, zwischen ihn und Präsident Mitterrand könne man nicht einmal ein Zigarettenpapier schieben. Allein – was ist aus Fabius geworden?

Nein: Das sind sie alle, alle ehrenwert. Es ist im übrigen jedermann unbenommen, über künftige Bündnisse zwischen demokratisch genannten Parteien nachzudenken. Genscher hat das lange genug getan, bevor er im Herbst 1982 zur Wende schritt. Darob wurde er getadelt. Zunächst wegen der Sache, dann wegen des Stils. Beim Parteitag der FDP in Berlin, knapp nach der Veränderung in Bonn, erwies sich Genscher als ein Mann, der den demokratischen Willen einer Partei in jeder Lage zu gestalten vermag. Man hat ihm die notwendige Operation von damals dennoch nicht vergessen. Ein Ruch blieb an ihm haften. Aber muß ein Politiker von Geblüt das Notwendige, das ja meist identisch ist mit dem Wohlergehen einer Partei, nicht vollziehen – selbst gegen die innerste oder, wie man leichter sagt, seine eigentliche Überzeugung?

Genscher hat seine Überzeugung in den Begriff der Kontinuität gefaßt. Sie ist nicht nur außenpolitisch gedacht. Der Minister hat mit Bismarck gemein, von jedem Platz aus, der ihm zugewiesen wird, zu sagen, wo er sitz, sei oben. Als der Parteitag zu Minster Genschers vorherige Ankündigung, er werde der FDP nur noh zwei Jahre vorsitzen, nicht mit dem erwarteten überwältigender Bitt-Votum zum Bleiben quittierte, tröstete sich der Überraschte in der Kulisse mit dem klugen Argument, die „junge Riege der Landesparei-Vorsitzenden", die sich in seine Macht werde teilen müssen, könnte seines zusammenfassenden letzten Wortes wohl bedürfen. Dann aber rückte in Folge des Mißgeschicks der Europawahlen Martin Bangemann an die Spitze der Partei. Die Kontinuitätslage hatte sich damit jäh verändert.

Sogar in ausgetüftelten Fernseh-Debatten wie jener in der vergangenen Woche wird deutlich, daß es sich bei Bangemann und Genscher um zwei sehr unterschiedliche politische Wesen handelt/ Martin Bangemann hat als FDP-Vorsitzender die sogenannte Lager-Theorie entwickelt, die seine Partei fest an die Union gebunden sieht, während auf der anderen Seite Sozialdemokraten, Grüne und was es links sonst noch gibt ihre Identität zu suchen haben. Diese manichäische Einteilung, in der sich ein entschiedener und berechenbarer politischer Wille manifestiert, hat Genschers Widerstand hervorgerufen. Er hält an seinem Prinzip fest, daß die FDP vom Wechsel über die Mitte lebe und nur darin ihre Rechtfertigung als politische Kraft finden könne.


Zwei Lager in der eigenen Partei: Genscher FOTO: JUPP DARCHINGER

Zwei Strategien stehen in der FDP einander gegenüber, und sie sind qua Natur durch keinen Dialog miteinander zu versöhnen. Zwar versichern beide Politiker einander, ehrenwerte Männer zu sein – das tun anständige Leute –, aber im Grunde ist das Tischtuch vom Tisch. Genscher hält die Lager-Theorie seines Nachfolgers für eine verheerende, die politische Bewegungsfähigkeit der FDP einengende Festlegung, die einen Konsens in der Partei nicht stiften könne. Natürlich im Rahmen der Loyalität, aber doch deutlich genug redete Genscher dem Hamburger FDP-Vorsitzenden Ingo von Münch den Gedanken ein, nach einem Verlust der absoluten SPD-Mehrheit und gelungenem eigenen Hürdensprung es vielleicht doch wieder mit dem alten sozialdemokratischen Partner zu versuchen.

Bei dieser Querlage der FDP-Strategien konnte es nicht ausbleiben, daß die SPD, von den Grünen enttäuscht und mit Johannes Rau wieder nach der Mitte suchend, sich ernsthafte Gedanken über den Gesprächspartner Genscher macht. Die Sozialdemokraten haben keinen Koalitionspartner für die Regierung. Setzte sich die Lager-Theorie Bangemanns in der FDP fest, müßte Herbert Wehners Prophetie von den „fünfzehn Jahren Opposition" in Erfüllung gehen. Man hätte es etwas leichter, hieße der FDP-Stratege, der am Wechselprinzip festhält, nicht ausgerechnet Genscher. Aber da alle ehrenwert sind, könnte man seinen Wechsel von 1982 unter Umständen vergessen, zumal im Wechsel und in nichts anderem die Rückkehr der Sozialdemokratie zur Macht beschlossen liegt.

Als Gegner der Lager-Theorie unternimmt Genscher alles, um der bürgerlichen Koalition den Block-Charakter zu nehmen. In der Außenpolitik gelingt ihm das von Amts wegen am besten. Für Differenzen über die Sicherheitsgesetze, in der Asylfrage und bei der berühmten Personalfrage Strauß sorgen gute Freunde. Gespräche mit der SPD, unschickliche Konspiration? Davon kann keine Rede sein. Wer im Leben wechseln muß, um des politischen Lebens willen, tut nichts Unehrenhaftes. Er sammelt Vorräte an Differenzen und Gemeinsamkeit. Die Stunde, da sie ins Gewicht fallen, kommt von selbst.

IM GESPRÄCH Leszek Moczulski

Der Dauerhäftling kam frei

Von Joachim G. Görlich

Mit der neuesten Amnestie in Polen wurde auch der längsteinsitzende politische Häftling der Ära nach Gierek freigelassen, der Journalist und Historiker Leszek Moczulski, Vorsitzender der konservativ-christlichen „Konföderation Unabhängiges Polen" (KPN). Er wurde mit der neuen KPN-Führung erst im Frühjahr zu vier Jahren Haft verurteilt, vorher erhielt er sieben Jahre. Der Gesundheitszustand des Herzkranken ist sehr kritisch. Bisher hatten Ehefrau, Anwälte und Ärzte vergeblich um sofortige Intensivbehandlung gebeten.


Elf Jahre für die andere Meinung: Moczulski FOTO: CAMERA PRESS

Der 1930 geborene Warschauer hat Jura und Geschichte studiert. Wie die meisten KPN-Leute begann er seine Karriere bei den regimetreuen Katholiken. Seit 1960 gehörte er als Redakteur der Zeitschrift „Stolica" (Die Hauptstadt) an. Sein Hauptinteresse galt vor allen Dingen den deutsch-polnischen Beziehungen und dem Zweiten Weltkrieg.

1978 wurde er Sprecher der „Bewegung für die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte" (ROPCiO). Er gab die illegale Zeitschrift „Droga" (Der Weg) heraus. Danach gründete er die KPN, die an die Ideen Pilsudskis anknüpft und den Austritt Polens aus dem Warschauer Pakt, die freie Marktwirtschaft und enge Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland fordert. Nach Interviews mit dem „Spiegel" und dem Axel-Springer-Inlandsdienst wurde er auf Befehl von KP-Chef Kania verhaftet. Dies auch auf Wunsch der Sowjets, die Moczulski bereits 1972 in einem Buch kritisiert hatte.

Der Einfluß von Moczulskis „Konföderation" und seines Grundsatzprogramms „Die Revolution ohne Revolution" wird oft unterschätzt. Zwar wurde die KPN 1982 als Organisation völlig zerschlagen, aber Marschall Pilsudski erlebt bei der polnischen Jugend eine Renaissance. Und Moczulski hat recht mit seiner Ansicht, daß das Gros des polnischen Volkes konservativ-christlich ist.

Vor allen Dingen in der militanten Form der „Solidarność", der „Kämpfenden Solidarność", haben Moczulski und seine KPN überzeugte Anhänger. Seine Frau war Ehrengast beim letzten „Solidarność"-Kongreß. Auch in Kreisen des polnischen Exils, wo er seine Gegner unter linksgerichteten Emigranten hatte, erhält Moczulski verstärkt Zustimmung. Der Arka-Verlag im Krakauer Untergrund mit seinen Dependencen in Stockholm und Clichy verbreitet sein Gedankengut. Die KPN selbst hat inzwischen je eine Vertretung in den USA, Frankreich und Schweden.

Wie die KPN berichtete, sollten Moczulski und seine Mitstreiter, die allesamt in der Haft schwer erkrankten, in das Festungsgefängnis Wartenburg bei Allenstein verbracht werden, wo auch der neunzigjährige Ex-Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, einsitzt. Das zumindest wurde Moczulski jetzt erspart – wie lange?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE SUNDAY TELEGRAPH

Die Londoner Zeitung befaßt sich mit den Konsequenzen des Falles Daniloff:

Die Art und Weise, wie die öffentliche und politische Meinung in Amerika geschlossen hinter dem festgenommenen Journalisten Nicholas Daniloff stand, war sowohl beeindruckend wie auch aufschlußreich. Ohne eine einzige abweichende Stimme verurteilten beide Häuser des Kongresses die Russen und riefen nach allen möglichen unangenehmen Sanktionen, falls Daniloff nicht freigelassen werden sollte. Fortschrittliche Demokraten waren genauso hart wie reaktionäre Republikaner ... Sicher hat Gorbatschow dieses Gemeinschaftsgefühl des amerikanischen Volkes unterschätzt.

Mannheimer MORGEN

Er kritisiert die Abwesenheit von Rau in der Haushaltsdebatte:

Warum wohl, so fragt man sich in der Tat, präsentiert die SPD in einer ja keineswegs alltäglichen, vom Fernsehen übertragenen Bundestagsdebatte nicht ihren Kanzlerkandidaten, während sie zur gleichen Zeit ein „Fernsehduell" zwischen Kohl und Rau mit der Begründung fordert, die Wähler hätten einen Anspruch darauf, zu erfahren, was die beiden Spitzenkandidaten zu sagen hätten? Eben darum hätte sich Rau dem Parlament stellen müssen.

Hannoversche Allgemeine

Sie kommentiert das neue Verteidigungskonzept der SPD:

Innerhalb des westlichen Bündnisses, auf dessen Schutz die Bundesrepublik auf unabsehbare Zeit angewiesen ist, begibt die SPD sich ins totale Abseits. Sie darf sich nicht wundern, wenn sie mit ihren sicherheitspolitischen Vorstellungen nicht mehr ernst genommen wird. Noch bedenklicher ist aber, daß sie in östlicher Richtung Signale aussendet, die dort im jetzigen Stadium der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen äußerst schädliche Wirkungen hervorrufen können.

Münchner Merkur
MÜNCHNER ZEITUNG

Hier heißt es zum Katholikentag:

Und so klagen denn bereits viele Veranstalter in Aachen, ihre Gesprächsforen seien nur dünn besucht. In die Ausstellungen und Demonstrationsräume kämen auffallend weniger Leute als früher ... Wo sind nun die vielen jungen Leute geblieben? Ganz einfach. Die Gottesdienste sind von frühmorgens bis spät in die Nacht „rappelvoll". Fast nur junge Leute ... Die Diskussion um ihrer selbst willen scheint in der Kirche tot. Schön wäre es. Gebet und Gesang, die Urformen religiöser Betätigung, sie werden wieder entdeckt. Auch die Bischöfe freuen sich.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt meint zur Kontroverse zwischen Kardinal Höffner und den Grünen:

Jede Partei wird unglaubwürdig, wenn sie zwar zum Schutz von Pflanzen und Tieren aufruft, ungeborenes menschliches Leben aber schutzlos läßt. Unglaubwürdig ist auch, wer zwar Not und Elend in der Dritten Welt lindern will, Zehntausende von Abtreibungen aus „sozialer Notlage" im eigenen, wohlsituierten Land aber kommentarlos hinnimmt oder gar fördert. Die Bewahrung der Schöpfung, zu der Bundespräsident von Weizsäcker gestern in Aachen so nachdrücklich aufrief, beginnt nicht erst bei Kröten und Tannen, nicht bei der Abwehr von Strahlenschäden und Abgasen, sondern beim Schutz der Ungeborenen.

Abtreibung: Der Katholikentag bezog eine klare Position

Mehr Zuhören und weniger Vorurteile bei den jungen Teilnehmern / Von Henk Ohnesorge

Der Prüfstein", sagte der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, der bayerische Kultusminister Hans Maier, „der Prüfstein, an dem wir verantwortliches Handeln von Parteien, Regierungen, Parlamenten messen, heißt: Leben. Wie unser Sozialstaat künftigen Generationen nur helfen kann, wenn die heutigen zum Opfer für die Zukunft fähig und bereit sind, so kann unser Volk nur bestehen, wenn Lebensschutz zur Aufgabe aller wird."

Er fuhr fort: „Daß in unserem Land Jahr für Jahr mehr als zweihunderttausend ungeborene Kinder getötet werden, ist kein notwendiger Preis für Selbstverwirklichung, wie manche meinen, sondern ein Abschied von aller Menschlichkeit."

Maier hatte „deutliche Positionen" von den Katholiken gefordert, und dies immerhin hatten die Tage von Aachen erbracht, in denen über Weltkirche und Europa, geistliche Gemeinschaft und Sozialen Katholizismus, über Technik und Verantwortung für die Zukunft des Lebens referiert und diskutiert und auch gestritten wurde: In einem Punkt, der Frage des Schutzes des Lebens, gab es klare, unmißverständliche Aussagen. Mochten die jungen Menschen manchmal zu Recht darüber klagen, daß die Fachsprache der Experten auf manchem Podium ihnen unverständlich war: Das, was die Kirche, was Laien über die Unverfügbarkeit keimenden Lebens zu sagen hatten, war ihnen ebenso wie den erwachsenen Katholikentags-Teilnehmern verständlich.

Zwei Drittel der Teilnehmer in Aachen waren junge Menschen unter dreißig Jahren. Dies ist seit längerem auf Katholikentagen ebenso wie auf Evangelischen Kirchentagen ein gewohntes Bild. Aber ungewohnt war, wie intensiv diese jungen Menschen zuhörten. Informationen wollten, Fragen stellten. Der in so vielen Bereichen übliche Protest gegen alles und jedes, die vorschnellen Schlagworte und das militante Beharren auf der eigenen Meinung – in Aachen war es die Ausnahme.

Gewiß: Die abendliche Kundgebung für das Leben vor dem Aachener Rathaus war von einem ununterbrochenen Lärmkonzert begleitet. Aber dieser von einigen Plakaten begleitete schrille akustische Protest war das Werk weniger Störer. Die Mehrheit der jungen Menschen wollte hören und Informationen sammeln.

Mangelndes Interesse – etwa beim Themenkreis „Sozialer Katholizismus", obgleich dort von Arbeitslosigkeit und der Zukunft der Rentensicherung gesprochen wurde – zeigte sich in abwesender Jugend. Die Teilnahme politischer Prominenz hatte kaum Magnetwirkung. Dort jedoch, wo von Gen-Technik, von den Problemen der Kernenergie und von der Dritten Welt die Rede war, waren die Räume (selbst Aulen) zu klein, standen die jungen Menschen in Scharen vor der Tür.

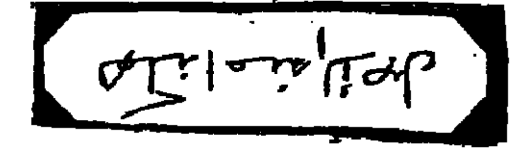
Daß man keine Stadt mit einem Messegelände gewählt hatte, erwies sich dennoch in mancher Hinsicht als Glücksfall: Veranstaltungen in Schulzimmern und kleinen Räumen ließen auch diejenigen Teilnehmer reden, Fragen stellen, welche in riesigen Messehallen furchtsam schweigen. (Daß sich manche Räume als zu klein erwiesen, weil das Interesse größer als erwartet war, läßt sich wohl kaum vermeiden – so wenig wie gähnend leere Hallen auf Messegeländen.)

Veranstaltungen wie jetzt in Aachen sind Zeitansagen, Seismographen. Sie setzen sich mit Zeitfragen vor dem Hintergrund des Glaubens auseinander. Daß dieser Hintergrund in der Stadt Karls des Großen besonders spürbar wurde, mag teilweise mit der Einbeziehung der Heiligtumsfahrt in den Katholikentag zu erklären sein. Aber wie vieles andere ist diese Erscheinung zwar zu spüren, doch letztlich nicht zu erklären.

Zu erklären aber ist, daß eindeutige Positionsangaben in wenigen, entscheidenden Fragen Zustimmung auch eines Großteils der jungen Menschen fanden, etwa wenn die fortwährende Trennung der Christenheit in Konfessionen in unserem Lande beklagt wurde. Und es waren auch junge Menschen, die Beifall klatschten, wenn Geistliche und Laien ohne Wenn und Aber sich für den Schutz des ungeborenen Lebens (wie für das Leben überhaupt) einsetzten.

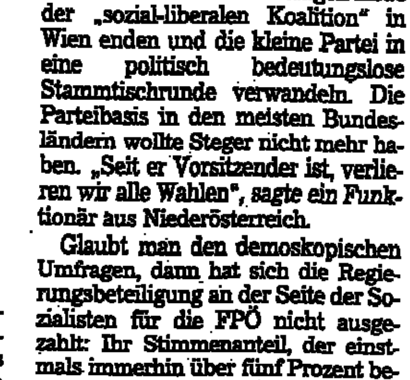
In Aachen sind einige Positionen unmißverständlich markiert worden, so, wenn Hans Maier im Zusammenhang mit der Abtreibung in seiner Rede auf der Hauptkundgebung sagte: „Hier haben wir Katholiken kritische Fragen an alle Parteien. Opposition ist kein Freibrief für Bequemlichkeit in dieser Frage: Koalitionstaktik darf nicht zur babylonischen Gefangenschaft christlicher Positionen werden."

Was immer man an dem Aachener Katholikentag aussetzen mag: Unklarheit, das in der Politik übliche Sowohl-Als-auch in einer entscheidenden Frage unseres Volkes und des Glaubens, gehört nicht dazu.



Österreichs Liberale hören auf die nationalen Töne

Der neue Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) heißt Jörg Haider. Dies ist nicht nur ein Sieg des „Karawanken-Kärntners“ über den ehemaligen Wiener Sängerknaben Norbert Steger, es ist auch ein Sieg der Deutsch-Nationalen.



Von CARL G. STRÖHM

Der Vizekanzler kämpfte sichtbar mit den Tränen und murmelte ins Mikrofon, daß es Gott sei Dank immer noch einen Menschen gebe, der ihn mehr liebe als die Partei. Der Generalsekretär der Partei wurde ohnmächtig und mußte mit einem Herzanfall in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Pfiffe, Johlen, Buh-Rufe mischten sich mit Applaus, sobald die beiden Kontrahenten für den Parteivorsitz ans Rednerpult traten.

Für Österreich war der Parteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) in Innsbruck ein Ereignis ohne Beispiel: Was bis vor kurzem niemand für möglich gehalten hatte, vollzog sich hier mit der Gewalt eines Erdrutsches: Die Basis verweigerte dem bisherigen Parteivorsitzenden Norbert Steger, der erstmals die kleine FPÖ in die Regierungsverantwortung geführt und die Koalition mit den Sozialisten abgeschlossen hatte, das Vertrauen. Sie wählten den Kärntner Landesvorsitzenden Jörg Haider zu ihrem Vorsitzenden.

Vergeblich hatte Steger die Delegierten beschworen, eine Wahl Haiders werde mit dem vorzeitigen Ende der „sozial-liberalen Koalition“ in Wien enden und die kleine Partei in eine politisch bedeutungslose Stammtischrunde verwandeln. Die Parteibasis in den meisten Bundesländern wollte Steger nicht mehr haben. „Seit er Vorsitzender ist, verlieren wir alle Wahlen“, sagte ein Funktionär aus Niederösterreich.

Glaubt man den demoskopischen Umfragen, dann hat sich die Regierungsbeteiligung an der Seite der Sozialisten für die FPÖ nicht ausgezahlt: Ihr Stimmenanteil, der einstmals immerhin über fünf Prozent betrug, ist inzwischen bundesweit auf 3,25 Prozent abgesunken.

Steger, der ironischerweise seinen Vorgänger als Parteichef, den seinerzeitigen Grazer Bürgermeister Alexander Götz auf ganz ähnliche Weise gestürzt hatte wie es ihm jetzt selber widerfahren ist, wollte das SPÖ/FPÖ-Bündnis auch für die Zukunft zementieren und das „liberale“ Element seiner Partei stärken. Der geschickte Rechtsanwalt und ehemalige Wiener Sängerknabe übersah dabei, daß die FPÖ aus anderem Holz geschnitzt ist als etwa ihre deutsche Schwester FDP (die ja auch immer wieder ums Überleben zu kämpfen hat). Denn die „Freiheitlichen“ in Österreich setzten sich – grob gerechnet – zu mindestens gleichen Teilen aus klassischen Liberalen, dann aber auch aus Deutsch-Nationalen oder liberalen Großdeutschen und zuletzt aus Protestwählern zusammen.

Daß in der FPÖ und ihren Vorgängerorganisationen auch ehemalige Nationalsozialisten eine große Rolle spielten, ist nicht verwunderlich: so etwa der frühere SS-Offizier Friedrich Peter, bis vor kurzem Fraktionsvorsitzender seiner Partei im Wiener Parlament.

Geschlagen verläßt Norbert Steger mit seiner Frau Helga den Parteitag FOTO: POLY-PRESS

Es wäre aber falsch und unhistorisch, die FPÖ als Nazi-Partei oder – wie es gelegentlich geschieht – den neuen Parteichef Haider als Nationalsozialisten zu bezeichnen. Erstens reichte die großdeutsche oder auch deutschnationale Gruppierung in Österreich weit über den Kreis der Hitler-Anhänger hinaus. Anders gesagt: Es waren keineswegs alle österreichischen Großdeutschen auch Nationalsozialisten.



Jörg Haider: In einer Kampfabstimmung in Innsbruck wurde der Kärntner Landesvorsitzender der Freiheitlichen Partei Österreichs FOTO: DPA

Im liberalen deutschen Bürgertum, regional auch bei vielen Bauern und dem Mittelstand gab es traditionell eine großdeutsche Komponente. Auch die FPÖ war ursprünglich das Sammelbecken all jener, die weder „rot“ – also den Austro-Marxismus der SPÖ – noch „schwarz“ – also den „Klerikalismus“ der Volkspartei – wählen wollten. Im gleichen Maße, in dem die beiden Großparteien ideologisch farbloser, also weniger klerikal und weniger marxistisch wurden, schwand aber auch die Bedeutung und Ideologie der Freiheitlichen.

Der „linke“ Flügel um Steger glaubte dieses Manko dadurch wettmachen zu können, daß er die seit ihrer Gründung hoffnungslos in der Opposition festgenagelte Partei endlich in die Regierung – und damit an die Macht zu den Pfründen führte. Steger hoffte, seine Partei werde als bürgerliches Korrektiv zu den Sozialisten – ähnlich wie die deutsche Schwester FDP – Stimmen aus dem bürgerlichen Wählerpotential mobilisieren.

Die Provinz mißtraut der Hauptstadt Wien

Die Wirklichkeit sah aber anders aus. Die deutsch-nationalen Wähler der FPÖ wurden durch das enge Bündnis der Wiener Parteispitze mit den „Roten“ ebenso irritiert und verärgert wie die breite Schicht der Protestwähler, die ursprünglich einer Partei ihre Stimme geben wollten, die eben nicht an Regierungen und Koalitionen beteiligt war. Hinzu kam das traditionelle Mißtrauen der Provinz – der „Bundesländer“ – gegen die Hauptstadt Wien.

So ist nicht verwunderlich, daß der Widerstand gegen die Wiener FPÖ-Politik sich in einem österreichischen Bundesland formierte, das sich stets gegenüber dem übrigen Österreich als etwas Besonderes empfunden hat: in Kärnten, dessen Bewohner im Laufe der Geschichte ein besonderes Grenzland-Bewußtsein entwickelt haben. Hier, wo jedes Jahr im Gedenken an den Gebirgskrieg gegen die Italiener auf dem Plöckenpaß eine „Heldengedenkfeier“ (so lautet die offizielle Bezeichnung) veranstaltet wird und wo man immer am 10. Oktober des siegreichen Abwehrkampfes gegen die Jugoslawen gedenkt – und wo nicht zuletzt der Schock des Einmarsches jugoslawischer Tito-Partisanen 1945 noch vielen in den Knochen steckt – machte Jörg Haider Karriere.

Der junge Oberösterreicher, der einst in einem Aufsatzwettbewerb mit der Feststellung brillierte, die Österreicher seien ein Teil der deutschen Nation, hat es in Kärnten verstanden, genau jenes Potential für die FPÖ zu mobilisieren, das der Wiener Führung verlorengegangen war: die Nationalen und die Protestwähler.

Seit Haider zuerst Landesparteisekretär, dann Landesvorsitzender und Mitglied der (von den Sozialisten dominierten) Kärntner Landesregierung wurde, wetterte er gegen die Privilegien der Politiker, gegen die „Systemparteien“ (so seine Bezeichnung für SPÖ und ÖVP), gegen hohe Steuern und staatliche Verschwendung. Zugleich warf er von Kärnten aus dem Parteivorsitzenden Steger vor, das nationale Element zu vernachlässigen und es sogar zugunsten der Koalition mit der SPÖ zu unterdrücken.

Haider, eine drahtige, beinahe jungenhafte Erscheinung mit kantig-scharfen Gesichtszügen, erwies sich als Mann von großer Härte, Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit. Als die Wiener FPÖ vor dem Protest der Öffentlichkeit und den Warnungen der SPÖ zurückschreckte und ihren damaligen Verteidigungsminister Frischenschlager zurückpfiff, weil er dem aus italienischer Haft entlassenen ehemaligen Waffen-SS-Offizier Walter Reder zur Begrüßung die Hand gegeben hatte, blieb Haider noch auf Frischenschlagers Seite, als dieser schon längst reumütig Abbitte geleistet hatte.

Traumwahl in Kärnten: 16 Prozent für die FPÖ

Bei den jüngsten Kärntner Landtagswahlen fuhr Haider für die FPÖ ein Traumergebnis ein – 16 Prozent der Stimmen. Seither genießt der „Karawanken-Kärntner“ (so wird er von seinen Anhängern genannt, seit er in der Nähe der jugoslawischen Grenze beträchtliches Grundvermögen geerbt hat) den Ruf des Erfolgreichen. Manche vergleichen ihn mit dem Franzosen Le Pen – also mit jenem „rechtsgerichteten“ Bürgerprotest, wie er auch in anderen europäischen Ländern immer wieder zutage tritt.

Kann es Haider gelingen, dieses Protestpotential in ganz Österreich nun für die FPÖ zu mobilisieren? Die mittleren und unteren Funktionäre hoffen das. Die Notablen und „Oberen“ der Partei haben den „feschen Jörg“ nie recht gemocht. Ihnen bleibt er mit seinem Ehrgeiz unheimlich.

Sie stellen sich die Frage, ob der Haider-Kurs – selbst wenn er von den Sozialisten toleriert und geschluckt werden sollte – nicht am Ende zwar Stimmengewinne, aber gleichzeitig faktischen Einflußverlust mit sich bringt. Mit Haiders Aufstieg ist jedenfalls die gesamte österreichische Politik in Bewegung geraten.

Warum eine Schule in Dormagen geschlossen blieb

Die erste Schulwoche: Auf dem Stundenplan standen Besuch eines Geo-Parks, eines Bauernhofs und eines Zoos – denn die Schultür war per Gerichtsbeschluß geschlossen. Doch nun scheint der Streit um die Gesamtschule in Dormagen zu Ende: Das „Zentrum“ brach aus der Fronde der Gesamtschulgegener aus.

Von HELMUT BREUER

„Schule hat begonnen.“ Die bunten Leinen-Transparente sind im Regen verblaßt und verkünden eine Woche nach dem Ende der Sommerferien in Nordrhein-Westfalen nur noch eine Binsenwahrheit. Das unsichere Schultüten-Lächeln der Sechsjährigen, das am vergangenen Montag von vielen Kameras für das Familienalbum fixiert wurde, ist in den kleinen Gesichtern einer neuen Ernsthaftigkeit gewichen.

Nur in dem im langen Schatten der Kölner Domtürme gelegenen Dormagen ist die Botschaft der Verkehrswacht aktuell geblieben und erinnert die 56 000 Einwohner der Kleinstadt täglich an eine Schule, die noch nicht begonnen hat, noch nicht geöffnet werden durfte. Ideologischer Eifer, politischer Starrsinn und juristische Winkelzüge haben dort zu der grotesken Lage geführt, daß 116 schulpflichtige Kinder acht Tage lang am Betreten ihrer Schule gehindert wurden.

Im Schulkrieg“ von Dormagen, der wohl heute abend ohne Friedensschluß der zerstrittenen Ratsparteien beendet werden wird, gibt es deswegen auch keine politischen Sieger. Gewonnen wurde er nämlich von 116 Kindern, die gemeinsam mit ihren Eltern und Lehrern ein absurdes Stück Schulgeschichte für sich entschieden.

Sara und Dominique sind zwei von diesen Kindern. Ihre Eltern haben die Mädchen am vergangenen Dienstag zu der neuen Gesamtschule gebracht. Eine Schule, die bereits viele Monate zuvor für hitzigen Gesprächsstoff und Streit in Dormagener Familien, im verwinkelten Rathaus der Stadt, im Prunkbau des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, im wurmstichigen nordrhein-westfälischen Landtag und im Kabinett von Johannes Rau sorgte.

An diesem Dienstag morgen stehen Sara Marcus und Dominique Päffgen pünktlich um acht Uhr zusammen mit 114 Gleichaltrigen aufgeregt auf dem Pausenhof der Erich-Kästner-Grundschule in Dormagen, wo für „ihre“ Schule vier Klassenräume vorbereitet worden sind. Wenige Minuten später schlägt die fröhlich-erwartungsvolle Stimmung jäh um. Zornige Mütter und Väter, die bereits früh am Morgen die Zeitung gelesen haben, verbreiten zuerst die „Schrekkensnachricht“. Dann geben auch Dormagens kommissarischer Stadtdirektor Eberhard Hücker (CDU), der wütende Bürgermeister Jürgen Alef (SPD) und der als Schulleiter bestimmte Lehrer Hans-Jürgen Belke offiziell bekannt, daß am Vorabend, praktisch in letzter Minute, Oberverwaltungsrichter in Münster entschieden haben, wegen der noch schwebenden Klage der CDU-Zentrums-Mehrheit im Ort den Unterrichtsbeginn und damit den Start der 83. nordrhein-westfälischen Gesamtschule zu verbieten.

Ein Schulkampf mit langer Vorgeschichte

Es gibt tröstende Worte der Offiziellen und die Mahnung eines Beamten aus dem Regierungspräsidium, nur ja nicht die durch diesen – für die Eltern unfaßlichen Richterspruch – nicht aufgehobene Schulpflicht zu verletzen. Die Herren verabschiedeten sich, Kinder, Eltern und Lehrer sind mit ihren Emotionen allein. Als am Abend dieses Tages das Fernsehen weinende Kinder und Mütter zeigt und bitterböse Kommentare zorniger Eltern überträgt, ist der lokale Konflikt zum „Fall Dormagen“ geworden, der eine lange und verwirrende Vorgeschichte hat.

Die Affäre begann im Juni 1985, als eine später von der örtlichen SPD unterstützte „Dormagener Initiative für eine Gesamtschule“ (DIS) die von SPD und dem katholischen Zentrum regierte Stadt zu einer Elternbefragung aufforderte. Die auch der SPD-Landesregierung im fernen Düsseldorf willkommene Initiative brachte ein bescheidenes Ergebnis. Von den 1064 befragten Erziehungsberechtigten beteiligten sich nur 47 Prozent. Lediglich 89 Eltern von Kindern im vierten Schuljahr erklärten sich für eine Gesamtschule.

Die Mehrheit von SPD und Zentrum im Stadtrat beschloß daraufhin, gegen die Stimmen der CDU, die Errichtung dieser Schule, wenn eine ausreichende Zahl von Anmeldungen zustande komme. Nach dem Schulgesetz des Landes sind das 112 Schüler. Tatsächlich wurde dieses Ziel erreicht. 113 Kinder meldeten die Eltern fristgerecht an, sechs Nachzügler wurden auch noch berücksichtigt, die Zahl 119 signalisierte ein klares Ergebnis.

Beim Bauern Päffgen in Rommerskirchen wird dieses Ergebnis gefeiert. Der stämmige Landwirt, der ein Jahr zuvor Witwer geworden ist, teilt allen Nachbarn freudestrahlend die Nachricht mit, seine Tochter Dominique werde bald auf eine Schule mit Ganztagsbetrieb gehen können. was für die mutterlose Dominique und für ihn von Vorteil sei. Auch Dominique ist glücklich. Nun steht es ja fest, daß sie mit ihrer allerbesten Freundin Sara weiter in eine Klasse gehen darf.

Saras Vater, Harald Marcus, ist zwar gegen die Wahl der Gesamtschule im benachbarten Dormagen. Und der an einem Gymnasium in Bergheim unterrichtende Studienrat hat auch immer wieder überzeugend klingende Argumente gegen diese neue Schulkonkurrenz gefunden. Doch er hatte schließlich nachgegeben, als ihm die Zehnjährige unmißverständlich erklärt hatte, er könne sie zwar aufs Gymnasium, nicht aber zum Lernen zwingen.

Die Union rief die Gerichte zu Hilfe

Die Dormagener CDU resignierte nicht. Sie nahm die Anmeldungen für die ungeliebte neue Schule genau unter die Lupe und stellte fest, daß nur 89 der gemeldeten Schüler in Dormagen wohnten, die übrigen aber im Kreis Neuss zu Hause waren, der auch die Industriestadt Dormagen einschließt. Juristisch war diese Situation unklar, eine Klage schien deswegen nicht aussichtslos zu sein.

Da traf es sich gut, daß der Richter Peter-Olaf Hoffmann als stellvertretender Bürgermeister Dormagens zugleich Bürovorsteher von Oppositionsführer Bernhard Worms in Düsseldorf ist, nachdem Hoffmann bei der letzten Landtagswahl das Mandat an die SPD verloren hatte. Dem ehrgeizigen, jungen Richter gelang es, die beiden Dormagener Ratsherren des Zentrums, das hier bis heute politisch überleben konnte, auf seine Seite zu ziehen.

Eine Mehrheit gegen die Gesamtschule war da. Und diese neue Mehrheit stimmte gegen die Errichtung der Schule. Die enttäuschten Eltern der angemeldeten Kinder konnten jetzt nur noch auf die Hilfe der mächtigen Genossen in Düsseldorf hoffen. Das war übrigens kein Wunschdenken, da Hoffmanns Nachfolger im Wahlkreis, der Sozialdemokrat Heinz Hilgers, als Gesamtschul-Propagandist in der Düsseldorfer SPD-Fraktion wichtige Verbündete fand.

Der Streit eskalierte, als der CDU einige Erfolge bei Verwaltungsgerichten glückten und die Juristen der Regierung das Nachsehen hatten. Auf diese unerwartete Herausforderung aus der tiefen Provinz reagierten nun auch Kultusminister Hans Schwier (SPD) und Regierungschef Rau. Sie bemühten sich nicht um einen Kompromiß, der jederzeit möglich schien, wenn die Schule in die Trägerschaft des Kreises, in dem ja alle Schüler wohnen, gegeben worden wäre.

Statt dessen griff die Landesregierung zu einem nie zuvor angewendeten Ermächtigungsparagraphen. Die CDU sprach prompt von einer politischen Brechstange und schlug Alarm. Der „Schulkrieg“, wie ebenso eifernd wie martialisch formuliert wurde, war ausgebrochen. Er schien dann vor einer Woche durch den Überraschungssieg bei Gericht für die CDU und gegen die Gesamtschule entschieden zu sein.

Doch im Gegensatz zu manchen Politikern gaben die Eltern und Lehrer den Kampf nicht auf. Sie trotzten vielmehr der politischen Realität und organisierten eine Demonstration ohne Beispiel. Jeden Morgen um acht Uhr trafen sich die über 100 Schüler in Begleitung von Müttern und Vätern, die ihre Urlaubstage opferten, an der verschlossenen Schultür. Die Kinder traten in Reih und Glied an und die „Schule“ konnte beginnen.

Am Mittwoch wurde ein Geo-Park besichtigt, am Donnerstag vergangener Woche machten Dominique, Sara und ihre neuen Kameraden einen Ausflug auf den Bauernhof von Matthias Päffgen, am Freitag kam die erste Einladung einer Gesamtschule nach Duisburg, wo in der zweiten „Unterrichtsstunde“ die Delphine im Zoo didaktisch genutzt wurden.

Heute hat die Gesamtschule Monhof zu Kaffee und Kuchen eingeladen, und morgen soll ihre Schule zum ersten Mal mit Leben erfüllt sein.

Zwei ansonsten hartgesottene Politiker wollten nicht länger widerstehen. Die beiden Zentrums-Ratsherren, Gerhard Woytzik und Jürgen Kill, die der CDU bisher eine Mehrheit gegen die Gesamtschule garantierten, besannen sich am Wochenende auf ihre „Menschen- und Christenpflicht“ und wollen heute den „unerträglichen“ Zustand in Dormagen mit einem abrupten Kurswechsel beenden. Und auch der Christdemokrat Bernahrd Worms gab inzwischen die Parole aus: „Nun laßt et jenug sein!“

Auf den Fahnen steht die Idee des freien Handels

Internationale Organisationen beschließen oft schnell und viel, doch kaum ein Land hält sich daran. Anders ist es beim Gatt: Beschlüsse dauern lange, doch meist werden sie realisiert.

Von HANS-J. MAHNKE

Nach einem 24-Stunden-Tag hastet Wilhelm Haferkamp aus dem Saal des Genfer Kongreß-Zentrums. Sein Gesicht wirkt abgespannt, aber nicht erschöpft. Der Anzug sitzt immer noch akurat. Als er in dem nüchternen Zweckbau einige Journalisten sieht, hellt sich sein Gesicht auf, er lächelt und sprudelt ungefragt los: „Erfolg“, und: „Wie haben wir das geschafft?“

Kurz darauf kommt Otto Graf Lambsdorff, auch sichtlich zufrieden. „Das Ergebnis ist ein Erfolg und zwar nicht nur, weil es anstelle des fast schon eingetretenen allgemeinen Fehlschlages, der großen Katastrophe, steht“, analysiert er.

Es ist Montag, der 29.November 1982, kurz vor 6 Uhr morgens. In Genf weht ein scharfer Wind. Kurz zuvor hat es noch geregnet. Die Verantwortlichen – Haferkamp als damals zuständiger Kommissar für die Außenbeziehungen der EG, Otto Graf Lambsdorff als Wirtschaftsminister – müssen zum Flugzeug. Im Hotel haben sie keinen Platz mehr. Denn die Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) sollte bereits Freitag mittag zu Ende gehen. So war die Planung.

Für die nächste Tagung der Gattminister, die heute in dem uruguayschen Badeort Punta del Este beginnt, hat die deutsche Delegation gleich zwei zusätzliche Tage einkalkuliert. „Wenn es gut geht, dann sind wir Freitag fertig“, sagt ein Experte aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Wenn nicht, dann ist Martin Bangemann, Lambsdorffs Nachfolger, darauf eingestellt.

Und zwar auch darauf, das endlich zu regeln, was sein Vorgänger bereits als Erfolg verkauft hatte. Die Themen, die jetzt abgehakt werden sollen, sind nämlich im Kern genau jene, die bereits vor nahezu vier Jahren die Verbalakrobaten auf ihrem Programm hatten – eine Nummer übrigens, die niemanden faszinierte, allenfalls die Akteure. Die mußten wirklich hart feilschen, um nicht mit leeren Händen vor dem Publikum erscheinen zu müssen. Wohlwissend, daß es beim Gatt – gerade für die Bundesrepublik – um etwas geht, was die meisten Staaten im Kern trifft, jedenfalls die Auswirkungen.

Die Idee für das, um dessen zeitgerechte Verfeinerung jetzt wieder gerungen wird, wurde bereits zu einer Zeit konzipiert, als in Deutschland kaum einer überhaupt etwas davon wußte, jedenfalls legal. Bereits im August 1941 hatten sich US-Präsident Roosevelt und der britische Premierminister Churchill, also noch vor dem Kriegseintritt der USA, auf Grundzüge einer Weltwirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit verständigt.

Das Währungssystem von Bretton Woods, mit seinen festen Wechselkursen, das nach hartem Ringen zwischen Amerikanern und Briten 1944 konzipiert wurde, war die eine Säule der neuen Weltwirtschaftsordnung, das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt), das am 30. Oktober 1947 in Genf unterzeichnet wurde, die andere. US-Präsident Harry S. Truman sprach von „einem Meilenstein in der Geschichte der weltwirtschaftlichen Beziehungen“.

Und die WELT von damals zitierte einen Vertreter der Benelux-Delegation: „Der volle Wert des Genfer Abkommens wird erst dann ganz erkannt werden, wenn einmal die Produktion in den einzelnen Ländern wieder voll in Gang gekommen ist und die gegenwärtigen monetären Schwierigkeiten überwunden sein werden.“ Er behielt recht.

Das Gatt gehört zweifellos zu den internationalen Institutionen, die nach dem Kriege am wirkungsvollsten gearbeitet haben. Skeptiker sagen: wie bei vielen Provisorien. Das Gatt, das zunächst 23 Mitglieder hatte, sollte in eine neue Weltwirtschaftsordnung im Rahmen der Vereinten Nationen aufgehen. Dazu kam es nicht mehr, unter anderem auch eine Folge des Kalten Krieges. Die Sowjetunion, die jetzt den Anschluß sucht, blieb abseits.

Daß es so erfolgreich arbeiten konnte, hatte vor allem zwei Gründe: Zum einen waren die USA im Gegensatz zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bereit, auch auf wirtschaftlichem Gebiet die Führungsrolle zu übernehmen – von der Öffnung des eigenen Marktes für Importe durch den Gold-Dollar-Standard bis hin zur Marshallplan-Hilfe.

Zum anderen hatte sich das Gatt, wie ein deutscher Spezialist einmal betonte, *nie zuviel vorgenommen*. Es ging nicht darum eine allumfassende Weltordnung zu konzipieren, sondern um den Abbau von Handelsschranken, damit ein Gut dort produziert werden kann, wo die Bedingungen vergleichsweise am günstigsten sind, und von dort in alle Welt gelangen kann. Dafür sollte das Gatt das Umfeld bereiten.

Und zwar „without jails and sheriffs“, wie es bei amerikanischen Experten heißt. In der Tat: Es gibt keine Strafen. Schiedsklauseln sollen reichen, in denen festgelegt ist, was geschehen soll, wenn sich ein Land nicht an die Verabredungen hält.

Die Wirksamkeit eines solchen Verfahrens hängt natürlich von der allgemeinen weltwirtschaftlichen Verfassung ab. In den Jahren der Rezession häufen sich die Verstöße, wenn auch nicht gegen die Buchstaben, so doch gegen den Geist des Vertrages.

Der Grundgedanke hat allerdings bisher gehalten. Das Prinzip der Meistbegünstigung ist so simpel wie genial: Das, was ein Land mit einem anderen zum Beispiel über den Zoll auf Autos vereinbart, gilt gleichermaßen für alle anderen Staaten. Und zwar muß der niedrigste Zollsatz angewendet werden, der mit irgendeinem Land vereinbart wurde.

Allerdings muß das Vertragswerk ständig aktualisiert, an die weltwirtschaftlichen Entwicklungen angepaßt werden. So wurde 1966 das Kapitel „Handel und Entwicklung“ neu aufgenommen, um den Interessen der jungen Entwicklungsländer gerecht zu werden. Auch wurden Zusammenschlüsse wie die Europäische Gemeinschaft vom Prinzip der Meistbegünstigung ausgenommen. Die Vorteile, die die EG-Staaten sich untereinander einräumen, müssen nicht für Drittländer gelten.

Zunächst trieb das Gatt den Zollabbau auf gewerbliche Erzeugnisse auf mehreren Liberalisierungsrunden in den fünfziger Jahren voran. Am ehrgeizigsten war die Kennedy-Runde in den sechziger Jahren. Damals sollten die Zölle halbiert werden, tatsächlich wurden sie immerhin um rund 30 Prozent reduziert. Zölle waren in dieser Zeit fester Wechselkurse tatsächlich das wichtigste Handelshemmnis. Das änderte sich mit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods zu Beginn der siebziger Jahre.

Die siebte Liberalisierungsrunde, die 1973 in Tokio wenige Wochen vor dem ersten Ölpreisschock begann, stand schon im Zeichen einer Krise. Das Gatt mußte auf die Veränderungen an der Währungsfront reagieren, obwohl es für diesen Bereich gar nicht zuständig ist. Die Verhandlungen, zogen sich hin. Durch immer subtilere Eingriffe in den Handel – von einer Flut neuer Subventionen bis hin zu Exportselbstbeschränkungsabkommen – wurde der Freihandel bedroht. Die Warnungen vor den Folgen des Protektionismus wurden immer lauter. Auch die Ministertagung der Gatt-Staaten 1982 brachte keinen Durchbruch.

Die EG-Staaten blockierten sich gegenseitig. Der französische Handelsminister Jobert hätte am liebsten die Konferenz platzen lassen. Er setzte auf die nationale Karte und auf die der EG. Die Gemeinschaft sollte ohne Rücksicht auf andere ihren Weg gehen. Der Deutsche Otto Graf Lambsdorff profilierte sich auch dort als Freihändler.

Und Wilhelm Haferkampf – die Zuständigkeit für die Handelspolitik liegt bei der EG-Kommission – mußte vermitteln, nicht nur zwischen den beiden, sondern er mußte auch den Kompromiß mit den anderen Ländern von den USA bis zu den Entwicklungsländern suchen. Wenn in irgendeinem Saal eine Verständigung erreicht wurde, dann stand immer noch nicht fest, daß sie an anderer Stelle auch akzeptiert wurde. Und dann begann das Gerangel von vorn.

Die EG-Minister tagten am letzten Tag in Genf in Permanenz. Ob als offizieller Ministerrat, der Beschlüsse fassen kann, oder nur als Koordinationsgremien – manche wußten im nachhinein noch nicht einmal, ob das, was sie gerade abgesegnet hatten, formal bindend war.

Verständlich, daß Haferkamp in dieser Nacht zufrieden war, als ein Scheitern der Konferenz verhindert werden konnte. Nach dem Inhalt der Vereinbarung fragte zunächst niemand, er war auch so dehnbar, das er nach allen Seiten hin interpretiert werden konnte. Gelöst war kein Problem, und auch in Punta del Este wird es nicht anders sein, denn die Arbeit beginnt erst dann.

Gatt: Nur einstimmig

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) soll den freien Welthandel fördern. Es zählt zu den erfolgreichsten internationalen Institutionen. Von seiner Gründung 1947 an haben sich die Mitgliedsländer bemüht, die Hemmnisse abzubauen, die den Handel behindern. Am Anfang ging es um Zölle, inzwischen auch um Subventionen oder um staatliche Aufträge, die an nicht heimische Firmen fließen sollen.

Die Einfuhren dürfen nur unter ganz besonderen Umständen eingeschränkt werden, wenn ihr Anstieg für ein Land wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Dann allerdings muß dieses Land den anderen Gatt-Mitgliedern wertmäßig im gleichen Umfang Erleichterungen anbieten. Im Gatt gibt es keine Abstimmungen, es wird so lange gerungen, bis eine einvernehmliche Lösung gefunden ist. Dann werden die Entschlüsse allerdings auch umgesetzt. Leiten lassen sich die gegenwärtig 92 Gatt-Staaten von dem Prinzip der Nicht-Diskriminierung. Die – freiwillige – Teilnahme an diesem Vertragswerk steht grundsätzlich jedem Staat offen.

Neues jüdisches Gemeindezentrum in Frankfurt

A. E. Frankfurt

„Zum ersten Mal in ihrer über achthundertjährigen Geschichte hat die Jüdische Gemeinde Frankfurt ein Zentrum gebaut, dessen Mittelpunkt nicht die Synagoge ist". Die Worte stammen von Salomon Korn, dem Architekten des gestern eröffneten neuen Gemeindezentrums. Das eindrucksvolle weiße Gebäude mit vielen unterschiedlichen Fenstern soll den Schmerz der Erinnerung sichtbar machen: Am Eingang mahnen die Mosaischen Gesetzestafeln an die historischen Brüche zwischen Juden und Deutschen. Unter den Tafeln liegt der Grundstein, darin versiegelt ist eine Liste mit den Namen von 10 000 Frankfurter Juden, die in Konzentrationslager verschleppt wurden. Das Gemeindezentrum in der Savignystraße wird nicht nur den 5000 Gemeindemitgliedern offenstehen, sondern auch allen Bürgern – damit es ein Ort der Begegnung, des Kennenlernens werden kann.

Bundeswehr-Öffnung: Rückzug der FDP

D. G. Augsburg

Die Freien Demokraten haben darauf verzichtet, in ihre Wahlplattform die Forderung nach freiwilligem Waffendienst für Frauen in der Bundeswehr aufzunehmen. Bei Beratungen über die endgültige Fassung des Wahlprogramms entschied die Mehrheit der 125 Delegierten des FDP-Bundeshauptausschusses am Wochenende in Nürnberg, dieses brisante Thema auf einen späteren Bundesparteitag zu vertagen.

Verlage ziehen sich aus „Radio 4" zurück

epd/DW. Mainz

Die Großverlage Springer, Bauer und Burda haben sich aus dem rheinland-pfälzischen „Radio 4" de facto zurückgezogen, offenbar weil die in Rheinland-Pfalz zu erzielenden Gewinne bei der Werbung zu gering gewesen sind. Formal halten sie jedoch den Anspruch aufrecht, als „Radio 85" weiterhin einer der vier Veranstalter des privaten Senders zu sein. Die Sendezeit von anderthalb Stunden pro Tag wurde der Programmgesellschaft RPR übertragen.

„Die SPD hat sich von der FDP wegentwickelt"

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat sich für eine Fortführung der Koalition mit den Unionsparteien ausgesprochen. In einem WELT-Interview sagte das Präsidiumsmitglied seiner Partei, die Sozialdemokraten hätten sich seit der Zeit der sozialliberalen Koalition in weiten Bereichen der Politik von damaligen Gemeinsamkeiten entfernt. Mit dem Außenminister sprach Diethart Goos.

WELT: Herr Minister, Sie haben vor gut 18 Monaten die Führung der FDP abgegeben. Wie bewerten Sie den Zustand Ihrer Partei heute, kurz vor der bayerischen Landtagswahl?

Genscher: Die Partei ist in einem ausgezeichneten Zustand. Die FDP hat sich im wahrsten Sinne des Wortes berappelt. Die Wahlergebnisse seither haben gezeigt, daß der innere Zustand der FDP, aber auch die Politik und die Persönlichkeiten, die sie repräsentieren, immer mehr Unterstützung der Wähler finden. Ich bin ganz sicher, daß dies alles sowohl bei der Landtagswahl in Bayern wie bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg wie aber auch bei der Bundestagswahl seinen Niederschlag finden wird.

WELT: Rechnen Sie am 25. Januar 1987 mit einer Verbesserung Ihres Bundestagsergebnisses vom März 1983 mit damals sieben Prozent?

Genscher: Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir 1987 bei der Bundestagswahl deutlich besser abschneiden werden. Man darf ja nicht vergessen, daß das Wahlergebnis von 1983 unter schwersten Bedingungen erzielt werden mußte. Trotzdem war es ein sehr gutes Ergebnis. Inzwischen aber können wir die positiven Ergebnisse unserer Politik vorweisen und das wird ganz sicher die Wähler veranlassen, die FDP weiter zu stärken.

WELT: Haben Sie inzwischen bereut, den Parteivorsitz an Martin Bangemann abgegeben zu haben? Wie bewerten Sie Ihren Nachfolger?

Genscher: Ich habe das zu keiner Zeit bereut. Es war ja eine wohlüberlegte, lange herangereifte Entscheidung. Und ich denke, daß die Art, wie Martin Bangemann die FDP führt und die Unterstützung, die er in der FDP findet, zeigen, die Entscheidung für ihn als meinem Nachfolger richtig und gut war.

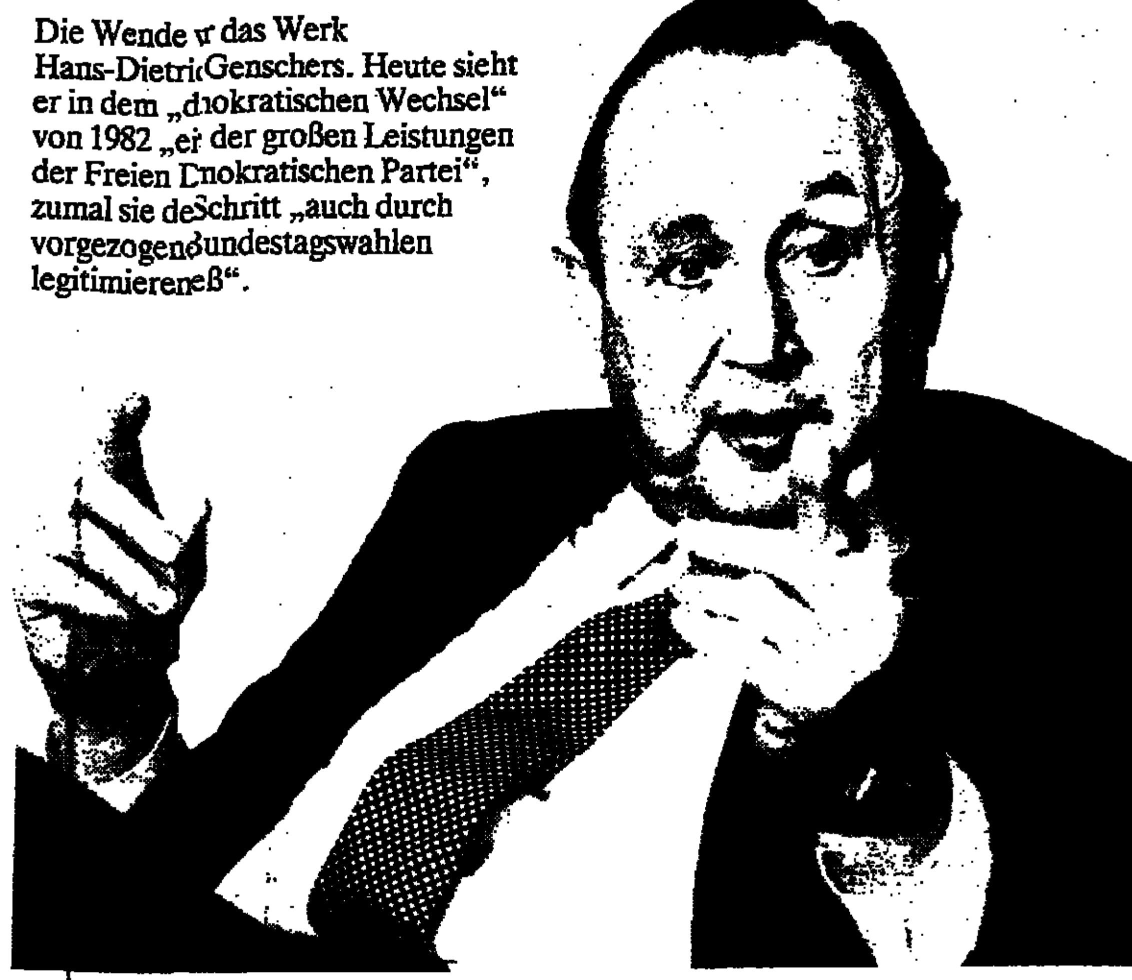
WELT: Ist die FDP für die Koalitionspartner CDU und CSU auch weiterhin ein verläßlicher Partner?

Genscher: Das ist die FDP ohne jeden Zweifel, denn wir haben ja diese Regierung zustande gebracht und niemand sonst, und zwar unter außerordentlichen Schwierigkeiten. Es war eine der großen Leistungen der Freien Demokratischen Partei, daß sie den demokratischen Wechsel möglich gemacht, aber ihn sich auch durch vorgezogene Bundestagswahlen im März 1983 hat legitimieren lassen. Dadurch ist es möglich geworden, Fehlentwicklungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu korrigieren und Fehlentwicklungen in der Außen- und Sicherheitspolitik zu vermeiden. An unserem Willen, die Koalition mit der CDU/CSU in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen, lassen wir nicht den geringsten Zweifel aufkommen.

WELT: Stehen Sie auch heute noch uneingeschränkt zur damaligen Entscheidung? Hat sich die SPD nach ihrem Nürnberger Parteitag als möglicher Partner der FDP abgemeldet?

Genscher: Die Gründe für die Beendigung der Koalition im Herbst 1982 bestehen fort, ja sie sind noch schwerwiegender geworden. Denn die SPD hat sich, beginnend mit ihrem Münchner Parteitag 1982, immer weiter von der FDP und übrigens auch von ihrem Godesberger Programm wegentwickelt. Das hat natürlich zu einer größeren Entfernung zur FDP geführt. Auf der anderen Seite hat sich gezeigt, daß die Koalition mit der CDU/CSU große Erfolge gebracht hat.

Auf diesem Weg möchten wir weitergehen, denn wir haben noch große Aufgaben zu lösen. Denken Sie nur



Die Wende w das Werk Hans-DietricGenschers. Heute sieht er in dem „dıokratischen Wechsel" von 1982 „ei der großen Leistungen der Freien Dnokratischen Partei", zumal sie deSchritt „auch durch vorgezogenđundestagswahlen legitimiereneß".

an eine durchreifende Steuerreform die in der nächsten Legislaturperiode verwirklicht werden soll. In diesem Bereichzeigen sich die Gegensätze zur SPD besonders deutlich. Die FDP ist die Steuersenkungspartei, die SPD ist die Steuererhöhungsparte Außerdem müssen wir zu einem mfassenden Abbau der Subventionen kommen, damit wir Spielräume gewinnen für Steuersenkungen, abe auch für Zukunftsinvestitionen.

In der Sicheheitspolitik hat die SPD von vieler Vorstellungen Abschied genommn, die wir in der alten Regierung moch gemeinsam vertreten haben. Dıs wurde besonders deutlich auf dem Kölner SPD-Parteitag 1983, wo Helmut Schmidt bekanntlich für sene Sicherheitspolitik nur noch die Unterstützung von vier Prozent der Delegiertenstimmen erhielt.

WELT: Sie werden aus der CSU persönlich immer wieder angegriffen. Trifft Sie das?

Genscher: Nein.

WELT: Was verspricht sich die CSU, wenn sie gerade die Außenpolitik und den Außenminister der Koalition immer wieder zur Zielscheibe von Angriffen macht?

Genscher: Da müssen Sie die fragen, die sich eine solche Zielscheibe aussuchen.

WELT: Sie sind dienstältester Außenminister, und die Frage stellt sich natürlich: Haben Sie die Bereitschaft und auch die Neigung, nach der Wahl dieses Amt weiter auszuüben?

Genscher: Diese Frage hat keinen Neuigkeitswert und meine Antwort sicher auch nicht. Ich will Ihnen sagen, daß ich die Entscheidung darüber, welche Außenpolitik in Zukunft gemcht wird und wer sie betreibt, getrost in die Hände des Wählers lege.

WELT: Sind zum Thema Asyl die Meinungsverschiedenheiten mit dem Koalitionspartner inzwischen ausgeräumt?

Genscher: Wir können als Erfolg unserer Arbeit in der Koalition feststellen, daß wir ein Programm beschlossen haben, mit dem der Zustrom von Asylbewerbern ohne Asylgrund eingedämmt werden soll. Wir sind kein Einwanderungsland und wollen es auch nicht werden. Wir haben natürlich auch registriert, daß in den Unionsparteien nicht die Heißsporne zu entscheiden haben, sondern die abwägenden Kräfte. Und deshalb ist die Forderung nach einer Einschränkung des Asylrechts im Grundgesetz heute offensichtlich nicht mehr aktuell, da man sich in der Union ohnehin nicht einig ist, mit welcher Zielrichtung überhaupt das Grundgesetz geändert werden könnte.

WELT: Gehört zu den eben von Ihnen genannten abwägenden Kräften in der Union der Bundeskanzler?

Genscher: Der Bundeskanzler hat einen wesentlichen Anteil daran, daß wir die Entscheidung über praktische Maßnahmen getroffen haben und daß damit die Frage der Verfassungsänderung in den Hintergrund getreten ist. Ich kann das im Interesse der Zusammenarbeit und des Ansehen der Bundesrepublik im Ausland nur begrüßen.

„Druck auf die Parteien in der Asylfrage wächst"

gba. Bonn

Die Beschlüsse der Bundesregierung zur Änderung des Asylverfahrensrechtes müssen nach Ansicht des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel „möglichst schnell umgesetzt und in Kraft gesetzt werden." Dies seien „notwendige Schritte", sagte Waigel gegenüber der WELT, ließ aber keinen Zweifel, daß es „darüber hinaus unumgänglich werden wird, eine Klärung des Asylbegriffs herbeizuführen."

Die meisten Grundrechte im Grundgesetz stünden unter Gesetzesvorbehalt. In diesem Gesetz würden also Wesensgehalt, Inhalt, Schranken, Umfang und Gegenstand des Grundrechts definiert. „Bei der Herausforderung durch den ungeheueren Asylbewerberzustrom darauf zu verzichten, halte ich für falsch. Wir werden in aller Ruhe – aber unter dem Druck der Kommunalpolitiker schon in absehbarer Zeit – neu über diese Frage nachdenken. Und ich bin ganz sicher, wenn jetzt noch kein Konsens der großen Parteien zu finden ist, dann wird sich der Druck auf uns alle in absehbarer Zeit so zu verstärken, daß nicht nur wir sondern jede andere Partei neue Überlegungen anstellen muß."

„Probleme fast unlösbar"

Die SPD wäre – „und auch die FDP natürlich" – gut beraten, mit den Kommunalpolitikern, Oberbürgermeistern und Landräten zu sprechen. Dann würde sie erkennen: „Die Probleme sind zum Teil fast nicht mehr lösbar." Eine klare Trennung der wirklich Asylberechtigten und derer, die Asylgründe nur vortäuschen, sei unerläßlich.

Das Asylbewerberproblem sei im Wahlkampf „eines der dominierenden Themen, nach dem uns die Leute befragen. Es ist überhaupt nicht mehr die Frage, ob wir das zu einem Thema machen wollen oder nicht, sondern ich stelle fest, es gibt keine Veranstaltung, in der ich nicht danach gefragt werde. Und wenn die politischen Parteien keine akzeptablen Lösungen in kürzester Zeit anbieten, kann das zu einem Sprengstoff werden, der eine emotionale Auseinandersetzung lostritt, die uns mehr zu schaffen machen wird, als uns lieb sein kann."

Schröder schwört SPD auf scharfe Opposition ein

mj. Braunschweig

Mit schonender Behandlung durch die von Gerhard Schröder geführte SPD-Landtagsopposition wird die mit äußerst knapper Mehrheit ausgestattete niedersächsische CDU/FDP-Koalition nicht einmal für die übliche Karenzphase ihrer ersten hundert Amtstage rechnen können. Fraktionschef Schröder, als stellvertretender Landesvorsitzender am Samstag vom SPD-Landesparteitag in Braunschweig ebenso bestätigt wie Parteichef Johann Bruhns, schwor die Partei auf harten Offensivgeist ein. Keine tagespolitische Chance dürfe ungenutzt bleiben, um „den Verfallsprozeß der Koalition zu beschleunigen".

Bruhns vergegenwärtigte den Delegierten, wie „lädiert und auf der Krücke FDP hinkend" CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht aus der Landtagswahl vom 15. Juni hervorgegangen sei.

Der von Bruhns und Schröder demonstrierte Kampfgeist, der allerdings in den Parteitagsreihen ein eher zögerndes Echo fand, erklärt sich nur zum Teil aus dem kurzfristigen Blick auf die niedersächsiche Kommunalwahl am 5. Oktober. Ganz im Sinne seines strategischen Ziels, die Albrecht-Koalition möglichst schon vor 1990 zu Fall zu bringen, strich Schröder die „überragende Bedeutung dieser Kommunalwahl" für die psychologische Statur von Koalition und Opposition heraus.

Der Oppositionsführer setzte darauf, daß die für sicher gehaltenen hohen Mandatsverluste der CDU in Städten und Gemeinden nachhaltige Unruhe in die Reihen ihrer „doch zuallererst kommunal verwurzelten" CDU-Landtagsabgeordneten trügen. Ernst Albrecht werde dies mit abnehmender Loyalität bezahlen müssen, da seine frühere landespolitische Stärke die wesentliche Basis für den großen CDU-Erfolg bei der Kommunalwahl 1981 gewesen sei.

Bruhns setzte der SPD die Zielmarke, diesmal in allen neun kreisfreien Städten Niedersachsens wieder den Oberbürgermeister zu stellen (derzeit nur in Emden und Hannover), ferner die Landräte in 16 der 38 Landkreise (derzeit nur in Hildesheim, Friesland, Aurich und Leer).

Der 5. Oktober soll somit lediglich den Anfang setzen für eine Reihe von Mißerfolgserlebnissen der hannoverschen Koalition. Schröder hat die Absicht, seine Fraktion auf strengste Anwesenheitspflicht im Landtag festzulegen, weil „jede Abstimmungsniederlage, auch in scheinbar unwichtigen Fragen", am Sockel des Gegners rütteln werde.

Brückner neuer Vorsitzender der Bremer SPD

ww. Bremen

Der neue starke Mann der Bremer Sozialdemokraten heißt Herbert Brückner. Die Delegierten des Landesparteitags – 25 Prozent der Funktionäre waren nicht erschienen – wählten den Bremer Senator für Gesundheit zum Nachfolger des verstorbenen Hans Dieter Müller. Der Verfechter der Friedenspolitik und Gegner der Kernkraft bekam von den 169 abgegebenen Stimmen 145 Ja-Voten, 19 waren gegen ihn bei fünf Enthaltungen. Brückner scheidet zum Ende des Jahres aus dem Bremer Senat aus, dem er zwölf Jahre lang angehörte.

Brückner ließ bei seiner Vorstellung keinen Zweifel daran, daß er die Partei straff führen wolle. „Senat, Fraktion und Partei stehen gemeinsam – mit unterschiedlicher gleichgewichtiger Rollenverteilung – in der Verantwortung", sagte Brückner und fuhr fort: „Nur gemeinsam werden wir Erfolg haben". Er räumte dabei der Konsolidierung des Bremer Haushalts Vorrang ein. „Aber es kann nur so viel verwirklicht werden, daß die sozialdemokratische Reformpolitik sichtbar bleibt", steckte Brückner die Marschrichtung ab.

Der gelernte Industriekaufmann und ehemalige Diakon für Jugendarbeit will in seiner neuen Aufgabe „über einen längeren Zeitraum die Chance haben die politische Arbeit in Bremen mitzugestalten". Die SPD im Lande Bremen besetze überregional bedeutsame politische Themen. Der Senator für Gesundheit: „Nicht nur die Anwendung sondern auch die Herstellung und Stationierung von atomaren Waffen ist ein Verbrechen gegen die Menschheit; Rüstung tötet auch ohne Krieg weil die dafür verbrauchten Mittel und Ressourcen an anderer Stelle den millionenfachen Tod von Menschen mit verursachen".

Hunger, Elend und Unterdrückung in der Dritten Welt seien nicht zu verstehen und nicht zu bekämpfen ohne den direkten Hinweis auf deren ursächliche Beziehungen zu den Rüstungsausgaben und der Wirtschaftspolitik in den reichen Ländern. Brückner: „Unsere Bremer Unterstützung für das südliche Afrika, für die westliche Sahara und für Nicaragua sollten wir deshalb noch verstärken".

Der CDU und ihren Kanzler warf er bei der Lösung der Asylproblematik vor, „infam, unchristlich und verwerflich" zu handeln. Der neue Vorsitzende: „In böswilliger Weise werden gefährliche Emotionen geschürt; wird ein Klima des Fremdenhasses und der Volkshetze geschaffen und Diskriminierung geduldet und praktiziert".

Spitze der Berliner CDU setzt sich durch

hkr. Berlin

Ohne Überraschungen verlief der Landesparteitag der Berliner CDU. Bei der Wahl der elf CDU-Bundestagsabgeordneten, die Berlin ins Parlament schickt, funktionierten die Absprachen im rechten „Beton"-Mehrheitsflügel bis auf einige unvorhergesehene Abstimmungspannen.

In der nach zahlreichen Absprachen vorbereiteten Elfer-Liste – sie enthielt keinen Repräsentanten vom liberalen „Reform"-Flügel – setzte sich die populäre Lilo Berger mit 337 von 367 Stimmen, der höchsten Stimmenzahl, durch. Sie erhielt Listenplatz drei. Der Mentor der Berliner CDU, Ehrenvorsitzender Peter Lorenz, bekam wie Ex-Bürgermeister Heinrich Lummer 334 Stimmen. Sie gehen als Nummer eins und zwei der Union nach Bonn.

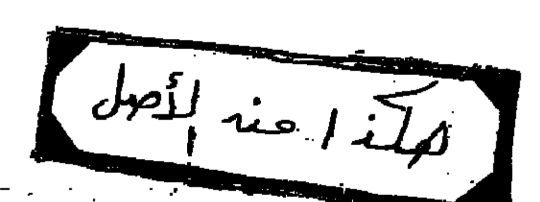
Der Umgang mit CDU-Parteispenden kostete dem bisherigen Obmann der Berliner Bundestagsabgeordneten, Peter Kittelmann, Sympathien. Er erhielt 233 Ja-, aber 112 Neinstimmen. Mit dem „Reformer" Dietrich Mahlo, einem Rechtsanwalt, nimmt ein Gegenpart zur Berliner „Betonriege" erst den ersten Nachrückerplatz ein.

Auch die mutige Kandidatur einer Frau, Nikola Greiff – sie berief sich auf Kanzler Kohls Wunsch nach mehr CDU-Frauen in der Verantwortung –, scheiterte an den längst getroffenen Abreden.

Die Absicht der Berliner CDU-Führung, auf allen zugänglichen Ebenen Gesprächskontakte mit der SED herzustellen, stößt beim rechten Parteiflügel nicht auf Gegenliebe. Der Chef der Jungen Union, Dieter Dombrowski, warnte vor „sogenannten pragmatischen Lösungen". Generalsekretär Klaus Landowsky verteidigte ausdrücklich den Standpunkt, Humanität auch mit Geldzahlungen an die „DDR" zu erreichen.

Die Auseinandersetzung gewinnt vor dem Hintergrund der CDU-Absicht an Gewicht, nach klärenden Vorgesprächen mit Honeckers Sonderemissär Rechtsanwalt Wolfgang Vogel nun zu engeren Kontakten über Sachfragen im innerdeutschen Verhältnis überzugehen.

Dombrowski bemängelte vor allem Landowskys Aussage in einem Interview, es könne bei diesen Gesprächen nicht darum gehen, „sich gegenseitig von der Wahrhaftigkeit der eigenen Wertvorstellungen zu überzeugen". Schließlich habe in der „DDR" eine undemokratische Regierung das Sagen. Landowsky betonte, Ziel der CDU und der westlichen Politik müsse es sein, „sich nicht nur abzugrenzen, sondern den offensiven Dialog zu suchen".



Heikle Gespräche Frau Aquinos in Washington

Philippinische Präsidentin will um Vertrauen werben / US-Kritik an „nachgiebiger" Strategie gegenüber der Guerrilla

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

Die zweite Auslandsreise seit Übernahme der Macht im Februar führt die philippinische Staatspräsidentin Corazon Aquino heute in die USA. Die Amerikaner, einstmals Kolonialherren über die Philippinen, sind mit Abstand der wichtigste Wirtschaftspartner, aber auch einer der größten Gläubiger des mit 27 Milliarden US-Dollar hoch verschuldeten Inselarchipels.

Vorrangiges Ziel ihrer USA-Reise wird es nach den Worten von Frau Aquino sein, das Vertrauen und die Freundschaft von Präsident Reagan zu gewinnen und sowohl Gläubiger als auch potentielle Investoren in den USA von der Notwendigkeit zu überzeugen, der Wirtschaft ihres Landes zur Hilfe zu kommen.

Viel Überzeugungsarbeit

Trotz eines deutlich verbesserten Investitionsklimas, unter anderem durch die Liberalisierung der Importpolitik und die Reprivatisierung einiger wichtiger Wirtschaftszweige geschaffen, üben die meisten ausländischen Geschäftsleute noch immer Zurückhaltung.

Die mangelnde Investitionsbereitschaft, die im übrigen auch für die Filipinos selbst gilt, hat mehrere Ursachen: Zum einen haben die nach der Wiedereinführung des Arbeitsrechts vermehrt ausgerufenen Streiks dazu geführt, zum anderen wollen die meisten Geschäftsleute erst einmal die Ausarbeitung der neuen Verfassung und die Parlamentswahlen abwarten.

Zur abschreckenden Wirkung auf Investitionswillige hat aber auch die Befürchtung beigetragen, die Regierung Aquino steuere einen Linkskurs, begünstige die kommunistische Infiltration und schaffe ein antiamerikanisches Klima.

Hier wird Frau Aquino in den USA viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, denn in amerikanischen Regierungskreisen ist gerade in den vergangenen Wochen mehrfach deutliche Kritik an ihrer „zu nachgiebigen" Strategie gegenüber der Guerrilla laut geworden. Erst am Wochenende hatte sie überraschend einen Waffenstillstand mit Rebellen im Norden des Landes vereinbart. Die Kritik aus dem Weißen Haus wird in Manila als grobe Einmischung zurückgewiesen, aber auch mit Kopfschütteln registriert, weil noch vor einem Jahr Washington eine andere Linie verfolgt habe.

Stützpunkte als Faustpfand

Damals, so heißt es, habe man Präsident Marcos gedrängt, auf die militärische Konfrontation mit den Kommunisten zu verzichten und statt dessen politische und wirtschaftliche Strategien zu verfolgen. Auch Frau Aquino wird jedoch möglicherweise auf die militärische Karte setzen, dann nämlich, wie sie vor ihrem Abflug in Manila sagte, wenn alle friedlichen Mittel ausgeschöpft worden seien.

Ein nicht weniger heikles Thema könnte bei den amerikanisch-philippinischen Gesprächen die Zukunft der beiden unweit von Manila gelegenen US-Stützpunkte Subic Bay und Clark Airfield sein, deren Pachtverträge im Jahre 1991 auslaufen.

Frau Aquino machte vor ihrer Abreise in die USA klar, daß sie es Washington überlassen wolle, das konfliktbeladene Thema aufzugreifen. Während für die USA die Basen wegen ihrer einzigartigen strategischen Bedeutung eigentlich unverzichtbar sind, gibt es auf den Philippinen starke Kräfte, die einen Abzug des amerikanischen Militärs befürworten.

Sie befürchten vor allem, die Philippinen könnten ein Hauptangriffsziel der Sowjets werden, wenn es zu einer direkten militärischen Konfrontation zwischen den beiden Supermächten kommen sollte.

Frau Aquino selbst hat bisher immer erklärt, sie werde die Pachtverträge respektieren, sich aber die Optionen für die Zeit nach 1991 offenhalten. Das Offenhalten der Optionen versetzt die Präsidentin jetzt in die Lage, nicht nur als Bittstellerin im Weißen Haus vorsprechen zu müssen. Die Zukunft der US-Basen ist somit zu einem wertvollen Faustpfand geworden, das Washington bei allen Gesprächen mit Frau Aquino berücksichtigen muß.

Dänemark strebt Visumpflicht für Asylsuchende an

G. M. **Kopenhagen**

Dänemark will den Zustrom an Flüchtlingen von derzeit 25 000 im Jahr auf ein „angemessenes" Niveau von 5000 jährlich abbremsen und zu diesem Zweck eine spezielle Visumpflicht einführen. Auf diese Linie haben sich am Wochenende im Prinzip die im Parlament vertretenen Parteien geeinigt. Das bedeutet, daß künftig von fünf Asylbewerbern vier abgewiesen werden.

Eine Visumpflicht erfordert eine Gesetzesnovelle. Die bürgerliche Minderheitsregierung von Poul Schlüter ist deshalb auf die parlamentarische Schützenhilfe der oppositionellen Sozialdemokraten angewiesen. Nach einer ersten Verhandlungsrunde am Wochenende zwischen dem konservativen Justizminister Erik Ninn-Hansen und seinem sozialdemokratischen Amtsvorgänger Ole Espersen ergab sich weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich des weiteren Vorgehens.

Die Sozialdemokraten wollen jedoch eine Regelung verankert wissen, die sicherstellt, daß aus politischen oder religiösen Gründen verfolgte Flüchtlinge weiterhin spontan ins Land kommen können. Ninn-Hansen widersprach der Darstellung, daß er vergangene Woche einen temporären Einreisestopp für alle Asylbewerber angestrebt habe.

Offensichtlich mit Blick auf die sich abzeichnenden verschärften dänischen Flüchtlingsgesetze, die frühestens am 7. Oktober, wenn das Folketing zum ersten Mal wieder nach der Sommerpause zusammentritt, verwirklicht werden können, steigen die Zahlen von Asylsuchenden wieder. Am vergangenen Donnerstag gab es mit 113 Neuankömmlingen einen neuen Tagesrekord. Dies ist ein Volumen, das die dänischen Behörden sowohl von der Bearbeitung her als auch hinsichtlich der menschenwürdigen Unterbringung schlichtweg überfordert. Vor allem die Quartierfrage stößt zunehmend an Grenzen.

Die dänischen Asylgesetze gelten als sehr liberal. Seit einer Novellierung 1983 wird jeder Asylbewerber ins Land gelassen und hat ein verbrieftes Recht auf juristischen Beistand, einen Dolmetscher und eine persönliche Anhörung. Auch wenn sein Gesuch abgelehnt wurde, gibt es noch eine Ausnahmeregelung nach humanitären Gesichtspunkten.

Papandreou preist Pakt mit Sofia als „Vorbild"

Konsultation im Konfliktfall / Militärbündnisse nicht tangiert

E. ANTONAROS, **Athen**

Nach einer amtlichen Verlautbarung handelt es sich lediglich um eine „bilaterale Grundsatzvereinbarung", in der Substanz geht es um einen klassischen Nichtangriffspakt, und Griechenlands Regierungschef Andreas Papandreou sprach von einem „historischen Dokument", das auch anderen Ländern in Ost und West als Vorbild dienen könnte: Die Rede ist von einer gemeinsamen Erklärung, die Athens Ministerpräsident und der bulgarische Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff nach zweitägigen Gesprächen in Sofia unterzeichneten.

In dem zehn Paragraphen umfassenden Dokument, das westliche Diplomaten in Athen tatsächlich als „ungewöhnlich" in den Beziehungen zwischen einem NATO- und einem kommunistischen Land bezeichnen, wird vor allem hervorgehoben, daß die beiden Länder bilaterale Konsultationen aufnehmen wollen, falls eine Situation entstehen sollte, die den Frieden und die Sicherheit eines der beiden Vertragspartner gefährden könnte. Aus griechischer Sicht wird diese Regelung als eine Art Absicherung für den Fall eines Konflikts mit der Türkei betrachtet.

Darüber hinaus hat Papandreou in einem Gespräch mit griechischen Journalisten hervorgehoben, daß Griechenland und Bulgarien unter Ausklammerung ihrer Beziehungen zu zwei verschiedenen Militärbündnissen eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der regionalen Friedenssicherung anstreben wollen. „Nach der Unterzeichnung dieser Erklärung können wir weder von der NATO noch vom Warschauer Pakt zum Krieg gegeneinander gezwungen werden", sagte Papandreou.

Balkan als „Friedenszone"

Nach Papandreous Ansicht widerspricht die jetzt erreichte Vereinbarung keineswegs der Zugehörigkeit der beiden Vertragsländer zur NATO beziehungsweise zum Warschauer Pakt. Auch die aus dieser Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen bleiben davon unangetastet. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Schiwkoff sagte Papandreou allerdings, daß die beide Länder ihre Bemühungen um Friedenssicherung koordinieren wollen.

Griechenland und Bulgarien haben in den vergangenen Jahren, auch unter Papandreous konservativem Vorgänger Karamanlis, ihre bilateralen Beziehungen ausgebaut und Konfliktstoff beseitigt, der das Klima zwischen Athen und Sofia seit Jahrzehnten vergiftet hatte. Seitdem allerdings die Sozialisten in Griechenland regieren, gibt sich Papandreou Mühe, nicht nur nach außen, sondern vor allem auch gegenüber seinem Volk den Eindruck zu erwecken, daß er sich mit besonderem Erfolg um die Umwandlung der Balkan-Halbinsel in eine „Friedenszone" bemüht.

Gespräche mit Ceausescu

Daher gehört vor allem die Schaffung einer sogenannten „nuklearwaffenfreien Zone" auf dem Balkan zu seinem Lieblingsthema, das in fast jeder außenpolitischen Erklärung auftaucht: Auch diesmal hat sich Papandreou die Chance nicht entgehen lassen. In Bukarest, wo er sich unmittelbar vor den Gesprächen mit den Bulgaren aufhielt, unterschrieb er mit Rumäniens Ceausescu eine Erklärung, die die Fortsetzung der Gespräche über die atomwaffenfreie Zone sicherstellt.

Deutlich vorangekommen ist diese „für den Weltfrieden wichtige Initiative" – so der mit dem Friedensnobelpreis liebäugelnde Papandreou – allerdings nicht. Weder Griechenlands Erzfeind, die Türkei, noch das isolierte Albanien ließen sich bisher davon begeistern. Ceausescus Bemühungen, Ankara umzustimmen, brachten keinen Erfolg.

Dennoch lobte Papandreou jetzt die Entscheidung der bisher skeptischen Rumänen, die Beratungen fortzuführen, auch ohne Türken und Albaner. Daß eine Einigung ohne das Mitwirken der über Atomwaffen verfügenden Türken praktisch wertlos wäre, übersieht Papandreou absichtlich. Einerseits will er sich seine Suppe von Ankara nicht versalzen lassen. Andererseits braucht er an der Heimatfront einen außenpolitischen Erfolg, um von Wirtschaftsproblemen abzulenken. Denn in der ersten Oktoberhälfte stehen in Griechenlad Kommunalwahlen an, die ein wichtiger Popularitätstest für die seit 1981 regierenden Sozialisten sein werden.

(SAD)

Vor 70 Jahren rollte der erste Panzer ins Gefecht

CvB, **Brüssel**

Am 15. September 1916 – vor 70 Jahren – geschah an der Somme-Front etwas Beklemmendes: Bei Flers griffen die Briten mit einer Geheimwaffe an, der man den Tarnnamen Tank gegeben hatte. Es waren Stahlungetüme mit acht Mann Besatzung. Vier Männer wurden benötigt, um die auf Gleisketten laufenden, mit Kanonen und Maschinengewehren bestückten Ungetüme zu lenken. Der Motor, ohne Auspuff, spuckte Feuer und Qualm durch Dachluken.

Dem Angriff blieb Erfolg versagt, wenn auch der Schock der alles niederwalzenden, rundum feuernden Tanks nachwirkte. Es war die Geburt der Panzertruppe.

Der Kampfpanzer offenbarte drei Trümpfe: Er faßte die Elemente Bewegung, Feuerkraft und Schutz in einer einzigen Waffe zusammen. Artilleriefeuer konnte Panzer zwar außer Gefecht setzen. Doch bei acht so zerstörten Tanks gab es im Schnitt nur einen Verwundeten.

Bis heute ist dem Kampfpanzer diese Stärke geblieben. Sie ist nicht zu ersetzen. Zwischen Feuerkraft, Beweglichkeit und Panzerung gab es und wird es immer Kompromisse geben, bestimmt durch die Philosophie, aus der sich die Taktik des Panzereinsatzes entwickelt.

Aus dem rollenden Monstrum wurde der moderne Kampfpanzer des Zweiten Weltkriegs entwickelt. Nach den Theorien des deutschen Generals Guderian sollte „der Panzer – abgesetzt von der Masse der Infanterie –, zum Erzwingen großer Entscheidungen" befähigt sein. Selten in der Geschichte ist eine Idee weit über die Erwartungen in die Wirklichkeit umgesetzt worden. Die Panzertruppe dominierte die Landstreitkräfte des Zweiten Weltkriegs.

Kein Staat setzt heute so viel auf Panzer wie die Sowjetunion. Der Osten hat insgesamt 62 900 Kampfpanzer, die NATO 25 330. In der Debatte von heute wird gelegentlich übersehen, daß die Trümpfe des Kampfpanzers immer noch gelten. Und immer noch ist der Panzer die beste Abwehr gegen Panzer. Wer ihn ins Hinterland verbannen will, um ihn vorne durch „weiche" Panzerabwehrwaffen zu ersetzen, müßte bereit sein, im Verteidigungsfall einen sinnlosen Blutzoll zu verantworten.

(SAD)

Englands SDP für europäische Verteidigung

dpa, **London**

Der Vorsitzende der britischen Sozialdemokraten (SDP) und ehemalige Außenminister, David Owen, hat zur Eröffnung des SDP-Parteitags in Harrogate eine europäische Orientierung der Verteidigungspolitik Großbritanniens gefordert. Owen setzte sich für das Konzept einer „minimalen Abschreckung" ein, die Großbritannien und Frankreich mit ihren Atomwaffen gemeinsam verwirklichen sollen.

Die britischen Nukearwaffen und die Vorbereitung auf die nächsten Unterhauswahlen stehen im Mittelpunkt des fünftägigen Kongresses der SDP. Auseinandersetzungen werden insbesondere bei der Frage erwartet, ob die veralteten britischen Polaris-Atomraketen ersetzt werden sollen. Owen steht als Befürworter einer atomaren Bewaffnung im Gegensatz zu einer breiten Strömung in seiner Partei und zur vorherrschenden Meinung des liberalen Bündnispartners.

Vermittelt Khadhafi im Sudan-Konflikt?

DW. **Addis Abeba**

Der libysche Revolutionsführer Muammar el Khadhafi ist am Samstag zu einem unangeküdigten Besuch in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba eingetroffe. Er konferierte dort mit dem äthiopischen Staatspräsidenten Mengistu Haile Mariam. Über die Motive seines Besuches in Äthiopien wurde offiziell nichts mitgeteilt. Khadhafi hatte jedoch während seines vorherigen Aufenthaltes im Sudan seine Bereitschaft für eine Vermittlung im Konflikt des durch einen Bürgerkrieg erschütterten Südsudan angedeutet. Äthiopien unterstützt die südsudanischen Rebellen unter Oberst John Garang.

Französischer Soldat in Libanon getötet

AP, **Beirut**

Ein französischer Soldat der UNO-Interimstruppe (UNIFIL) in Libanon ist bei einem Bombenanschlag im Süden des Landes getötet worden. Drei weitere Soldaten wurden zum Teil schwer verletzt. Wie der Befehlshaber des französischen Truppenkontingents, Maurice Godinot, mitteilte, waren die Soldaten mit einem Schützenpanzerwagen auf Streifenfahrt, als der am Straßenrand deponierte Sprengsatz in die Luft ging. Die 30 Kilogramm schwere Bombe sei durch Fernzündung zur Explosion gebracht worden, hieß es.

Das französische UNIFIL-Kontingent ist in den vergangenen Wochen vermehrt Ziel von Anschlägen gewesen, die vermutlich von schiitischen Extremisten verübt wurden. Erst am 4. September fanden drei französische UNIFIL-Soldaten in Südlibanon bei einem Anschlag den Tod.

China gewährt Nicaragua Hilfe

dpa, **Peking**

China hat Nicaragua eine Soforthilfe von 20 Millionen Dollar (etwa 40 Millionen Mark) gewährt. Dies erklärte der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega gestern zum Abschluß eines dreitägigen Staatsbesuchs in Peking. Nach seine Worten wird die Hilfe Chinas unter anderem in Form von Lebensmitteln, Konsumgütern und Werkzeugen geleistet werden. Für die Rückzahlung der zinslosen Hilfe sei kein Termin vorgesehen.

Chinesische und nicaraguanische Militärs hatten während Ortegas Staatsbesuch über mögliche Militärhilfe Chinas für das mittelamerikanische Land konferiert, hieß es aus diplomtischen Kreisen. Beobachter bezeichneten es als unwahrscheinlich, daß China auch Waffen in das mittelamerikanische Land liefern könnte.

Hintermännern von Karatschi auf der Spur

AFP, **Islamabad**

Der am Mittwoch von der pakistanischen Polizei verhaftete Libyer Suleman Taraki scheint der führende Organisator der Geiselnahme auf dem Flughafen von Karachi zu sein, bei der am Freitag vergangener Woche 21 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden waren. Dies wurde aus Polizeikreisen in Islamabad bekannt.

Der 1984 in Tripolis ausgestellte Paß des Mannes scheint nach Ansicht der Polizei echt zu sein. Danach wurde Taraki 1955 in einem Dorf bei Tripolis geboren. Weiter wurden bei dem Verhafteten ein Diplomatenausweis sowie ein Visum für Zypern und die Türkei gefunden. Außerdem hatte Taraki Gift bei sich, das nach Polizeiangaben von Terroristen zum Selbstmord verwendet wird.

„Freunde" in Afrika kehren Moskau den Rücken

Von KLAUS JONAS

Moskau ist besorgt um die Durchsetzung seiner Interessen in Schwarzafrika. Das bestätigt nicht zuletzt die Ankündigung Fidel Castros auf dem Blockfreien-Gipfel in Harare, kubanische Soldaten würden so lange nicht aus Angola abgezogen, wie die Apartheid in Südafrika weiter besteht. Daß es dem Ostblock jedoch nicht um die Beseitigung von Apartheid-Gesetzen oder die „Befreiung" der Schwarzen geht, liegt auf der Hand. Die Ankündigung zeigt vielmehr, daß Moskau nicht daran denkt, eine seiner letzten noch verbliebenen Domänen in Afrika zu räumen.

Hatten Kreml-Theoretiker der Chruschtschow-Ära noch vorausgesagt, der „wissenschaftliche Sozialismus" Moskauer Spielart werde den „afrikanischen Sozialismus" in den gerade unabhängig gewordenen Ländern schnell verdrängen, so mußte sich der Kreml seitdem mit einigen harten Realitäten abfinden. Der Vormarsch in Afrika gerät ins Stocken. Die Kosten-Nutzen-Rechnung ist vielerorts nicht aufgegangen.

Der ärgste Rückschlag kam in Zimbabwe, wo Joshua Nkomo, auf den Moskau im rhodesischen Bürgerkrieg gesetzt hatte, bei den Wahlen von 1980 klar seinem Rivalen Robert Mugabe unterlag. Abfuhren hatte der Kreml schon 1966 von Ghana, 1971 vom Sudan Numeris, 1972 von Ägypten unter Sadat, 1977 von Somalia, und 1979 von Äquatorialguinea sowie von Guinea einstecken müssen.

Auch das Kalkül mit den strategisch bedeutsamen Inseln Madagaskar und Seyschellen ging nicht auf. Madagaskar erhielt 1984 Militärhilfe im Wert von 44 Millionen Mark – doch der militärische Zugang bleibt den Sowjets versperrt. Für die Seyschellen gab es Waffenhilfe im Volumen von 40 Millionen Mark – die USA unterhalten dort aber weiter ihre Satellitenstation und Navy-Schiffe laufen den Hafen auf Mahé an.

Der Libyer Khadhafi machte es Moskau ebenfalls schwer. Die virulenten Kampagnen des Revolutionsführers gegen Israel und gemäßigte arabische Staaten stören das sowjetische Konzept, die Aktivitäten in Nahost auf eine breitere Grundlage zu stellen. Ein angeblich seit Jahren fertiger Freundschaftsvertrag wurde bislang nicht unterschrieben.

Als Garanten sowjetischer Interessen in Afrika gelten nur noch Äthiopien, Moçambique und Angola. Den Regierungen aller drei Staaten ist die Bedrohung durch Rebellen gemeinsam. Selbst sowjetische Medien geben heute – in starkem Kontrast zu den sechziger Jahren, als noch vom großen afrikanischen Potential für sozialistische Umgestaltung die Rede war – anderen Staaten Schwarzafrikas keine höhere ideologische Bewertung mehr als „sozialistisch orientiert".

Dabei blieb den Sowjets von dem mit Freundschaftsvertrag verbundenen Moçambique eine Peinlichkeit nicht erspart, als die Regierung Machel 1984 den Nkomati-Vertrag mit Südafrika abschloß, der praktisch einem Nichtangriffspakt gleichkommt. Nach Auffassung amerikanischer Experten hat sich Samora Machels Regime 1985 stärker in Richtung Westen bewegt, als zu irgendeiner Zeit seit der Unabhängigkeit 1975.

Die ● ANALYSE

So kann es nicht verwundern, daß die sowjetische Führung in Angola keine Risiken eingehen will. Obwohl allenfalls dem vierten Glacis im sowjetischen geostrategischen Denken zuzurechnen, bietet Angola mit seiner Lage vis-à-vis dem südlichen und zentralen Afrika, mit seinem Tiefseehafen Moçamedes, von dem aus die Rote Flotte die Öltankerrouten ums Kap unterbrechen könnte, und seinen Rohstoffressourcen einen wichtigen Brückenkopf.

Allein in den vergangenen zehn Jahren hat Moskau nach westlicher Schätzung weit über 14 Milliarden Mark an verdeckter und offener Militärhilfe an afrikanische Staaten gegeben – aber nur geringe Wirtschaftshilfe. 16 Länder südlich der Sahara leiden heute unter Krieg, Rebellion und Stammesfehden. 29 der 34 ärmsten Staaten der Welt liegen in dieser Region, das Handelsdefizit (1984: rund 7,9 Milliarden Dollar) steigt, das Wirtschaftswachstum bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück.

Unter dem Druck dieser Realitäten bemühen sich immer mehr Regierungen um eine Position zwischen den Machtblöcken. Und immer mehr treten dem einst verteufelten Internationalen Währungsfonds (IWF) bei, so Moçambique und auch Tansania, dessen früherer Präsident Nyerere den IWF noch als „neokoloniales Instrument" geschmäht hatte.

Damit einher geht ein Nachlassen der ideologischen Bereitwilligkeit und eine realistischere Beurteilung der Ursachen der desolaten Wirtschaftslage Afrikas. Eigene Fehleinschätzungen werden eingeräumt. Viele Länder, wie Mali, Kongo und Guinea, die mit marxistischen Wirtschaftssystemen experimentiert haben, beginnen sich umzuorientieren auf marktwirtschaftliche Systeme.

„Gemessen am Aufwand und eigenen Erwartungen", so urteilte jüngst ein westlicher Diplomat in Addis Abeba, „muß die bisherige sowjetische Afrika-Strategie als gescheitert betrachtet werden."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Auf der Hauptkundgebung des Katholikentages haben Kohl, Rau und Maier zu Fragen des Glaubens Stellung genommen

Bei der ‚Kirche von unten' hatten Grüne ihr Forum

HENK OHNESORGE, Aachen

Sie waren alle unter einem Dach, Amnesty International und Pax Christi, die Aktion Sühnezeichen und das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit ebenso wie das Hilfswerk Misereor. Sechzig größere und kleinere Gruppen, in der Initiative „Kirche von unten" zusammengeschlossen, hatten ihren „Katholikentag von unten" neben dem offiziellen Katholikentag des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZK).

Die „Opposition", als die sich diese Menschen innerhalb und am Rande der Kirche verstehen, wollte bewußt den Kontrast zum „Katholikentag



von oben". So hießen die Schwerpunkte hier auch Theologie der Befreiung, Friedenspolitik und Kernenergie, Umwelt und Frauen. „Die Kirche hierzulande ist viel zu sehr mit den Mächtigen verschworen. Was die Basis interessiert, wird ausgefiltert", sagte der Marler Geistliche Ferdinand Kerstiens, Mitglied des Koordinationskreises. „Wir wollen die notwendigen kritischen Fragen an Gesellschaft und Kirche stellen."

In Aachen ist der „Katholikentag von unten" in den Kennedy-Park in das Ostviertel mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Arbeitslosen und Ausländern gegangen. Etwa 5000 Menschen sollte, so die Veranstalter, der Mittelpunkt, eine doppelschiffige „Zeltbasilika", fassen können. Hier und im Park gab es etwa 80 Stände, welche das Interesse der vor allem jungen Besucher fanden. Hier, wo sich beispielsweise auch die „Vereinigung katholischer Priester und ihrer Frauen" vorstellte, gab es keinerlei Begrenzung: „Wir sind gegen jede Zensur, deshalb haben wir alle Stände zugelassen. Wir sind bereit, mit allen von draußen zu reden."

Dies zeigte sich auch darin, daß hier der hessische Umweltminister Joschka Fischer und Petra Kelly reden konnten – eine Möglichkeit, welche Funktionären der Grünen auf dem Katholikentag verwehrt war. Die Beschlüsse der Grünen in Hannover zur völligen Abschaffung des Paragraphen 218, die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung aller Beziehungen zweier Menschen mit der Ehe hatten das ZK schon im Vorfeld bewogen, auf eine Einladung von Vertretern der Grünen zur Teilnahme an den Foren zu verzichten.

Joseph Kardinal Höffner als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz hatte unmißverständlich deutlich gemacht, daß die Forderungen der Grünen offen der katholischen Glaubenslehre widersprächen. Dennoch wurde auf jeder Pressekonferenz immer wieder nach dem Ausschluß der Grünen gefragt; auf diese Weise bekam sie ihre von den Medien produzierte Bedeutung.

„Wir sind gegen den parteipolitischen Mißbrauch der Katholikentage für einen Wahlkampf", meinte Pfarrer Kerstiens. Die Gleichung war ebenso simpel wie falsch: Als ZK-Präsident hatte Hans Maier auf einer Pressekonferenz vom „zerschnittenen Tischtuch" zwischen Grünen und Katholikentag gesprochen. Maier ist CSU-Kultusminister in Bayern, wo demnächst Landtagswahlen sind. Daß jedes ZK-Mitglied das gleiche gesagt hätte, war – im Gegensatz zu vielen Journalisten – zumindest dem hessischen Umweltminister klar. Auf dem „Katholikentag von unten" distanzierte er sich in harschen Tönen vom Beschluß von Hannover.

Derzeit gibt es zwischen „Opposition" und Katholikentag „kein Gegeneinander, auch kein Miteinander, sondern ein Nebeneinander" (Hans Maier). So kam es denn auch nur zu einer einzigen gemeinsam verantworteten Veranstaltung über die Theologie der Befreiung. Und die verlief unerwartet friedlich.



Bundeskanzler Helmut Kohl und Herausforderer Johannes Rau begrüßen sich auf der Hauptkundgebung des Katholikentages auf dem Aachener Marktplatz. In der Mitte ZK-Präsident Hans Maier FOTO: DPA

Beifall für den Protestanten Rau

WALTER H. RUEB, Aachen

Bundeskanzler Helmut Kohl und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau haben sich am Samstag mit Grußworten an die Teilnehmer des 89. Deutschen Katholikentages in Aachen gewandt. Höhepunkt der Hauptkundgebung aber war die Rede des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZK), Hans Maier. Der Prüfstein, an dem die katholischen Christen das Handeln von Parteien, Parlamenten und Regierungen messen müßten, heiße Leben, sagte der bayerische Kultusminister. Die jährliche Zahl von 200 000 durch Abtreibung getöteter Kinder sei kein „notwendiger Preis für Selbstverwirklichung", sondern „ein Abschied von aller Menschlickeit" (siehe nebenstehende Dokumentation).

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl rief zum Schutz des ungeborenen Lebens auf. Er fragte: „Wenn wir in dieser Kernfrage unseres christlichen Menschenbildes versagen, wie sollen wir dann den Anforderungen unserer wissenschaftlich-technischen Zivilisation gerecht werden?"

Als zentrale Botschaft des kirchlichen Lebens bezeichnete Kohl die christliche Zuversicht. Es gebe keinen Grund, sich vor Verzagtheit oder von Aufgeregtheit lähmen zu lassen und sich in Illusionen oder Utopien zu flüchten.

„Wer den Himmel nicht auf Erden erwartet, aber auch vor Unvollkommenheiten nicht schicksalsergeben resigniert, der wird die Kraft zu jenem Wirklichkeitssinn aufbringen, mit dem allein wir den Weg in eine bessere Zukunft bereiten können", sagte der Kanzler. „In eine bessere Zukunft für jene Mitbürger, die heute ohne Arbeit sind. Sie haben Anspruch auf unsere Solidarität ... In eine bessere Zukunft für die Familien. Wir müssen ein kinderfreundliches Land sein. In eine bessere Zukunft für die älteren Menschen ..."

Johannes Rau ging in seiner Grußbotschaft auf die wiederholt erwähnte „Tuchfühlung mit Gott und miteinander" ein. Diese müsse jedoch erfahrbar werden, forderte der Kanzlerkandidat. Aus der Tuchfühlung müsse sich schließlich Solidarität entwickeln. Dieser Staat und damit alle könnten nicht auskommen ohne Nächstenliebe. In unsere Liebe müßten nicht nur Geborene und Ungeborene, Schwache und Arbeitslose, sondern auch die Resignierenden sowie die Fremden, die um Asyl bitten, einbezogen werden, forderte Rau. Der Staat benötige deshalb Christen, damit nicht nur nach Lebenstüchtigkeit gesucht werde, sondern auch nach Lebenssinn.

Am Ende seiner Grußbotschaft sorgte Rau für einen guten Abgang: Er bezeichnete den Katholikentag als „Zeichen der Hoffnung". Dafür wurde er mit großem Beifall bedacht. Der evangelische Christ war sichtbar erleichtert. Lächelnd ging er an seinen Platz zurück – zur Linken von ZK-Präsident Hans Maier. Zur Rechten von Maier hatte der Bundeskanzler Platz genommen. Für Fotografen und Fernsehen, das die Kundgebung live und bundesweit übertrug, reichten sich die Hauptkontrahenten des bevorstehenden Bundeswahlkampfes die Hand.

Nach Schätzungen der Polizei füllten über 30 000 Menschen den Aachener Marktplatz sowie vier weitere Plätze rund um das Rathaus und den Dom und ließen sich weder vom naßkalten Wetter abhalten noch von einer winzigen Gruppe von Demonstranten provozieren. Auf deren Transparent stand: „Wir sind arbeitslos, ihr aber labert bloß."

Maier: Katholiken haben Fragen an alle Parteien

Auf der Hauptkundgebung des Katholikentags hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZK), der bayerische Kultusminister Hans Maier einen Vortrag „Dein Reich mitten unter uns - Aachen 1986" gehalten. Die WELT veröffentlicht Auszüge:

Wo Politik und Religion nicht mehr zusammenfallen, wo sie geschieden sind als zweierlei Reiche ... wo, wie hier in Aachen, der Dom der Dom, das Rathaus das Rathaus bleibt – eben dort kann sich in Versuch und Irrtum und kleinen Schritten zum Besseren hin christliche Weltverantwortung entfalten. Dort kann politische Macht geteilt, kontrolliert, gebändigt werden. Dort ist Platz für Menschenrechte, für Freiheit und Demokratie. Das gibt uns eine große Gelassenheit gegenüber allen Herren dieser Welt und ihren Programmen und Ideologien ... Das ruft uns vor allem auf zum Tätigsein in der Welt: Nicht Beiseitestehen, sondern Engagement, nicht Ausstieg, sondern Mitarbeit heißt unser sozialer und politischer Auftrag! ...

Katholiken sollten nicht Leute sein, die sich vor lauter ängstlicher Rücksicht auf Andersmeinende nicht mehr trauen, ihre Meinung zu sagen. Sie sollten sich im Konzert der öffentlichen Meinung klar und unmißverständlich äußern ... Eine Kirche der Tranquilizer, der wohlmeinenden Beschwichtiger und Balsameure – das wäre gewiß ein Zerrbild des Reiches Gottes!

Verantwortungs-Ethik

Ich weiß: In einer Zeit der Polarisierung ist die Kirche sehr oft ein letztes Reservoir der Gemeinsamkeit. Sie verkörpert den Frieden mitten im Streit ... Aber sie kann mit diesem Pfund nur wuchern, wenn sie selbst eine unverrückbare Position hat, wenn sie mehr ist als ein großes Warenhaus zur Selbstbedienung, wenn sie ja sagen kann, aber auch nein. Wer hat uns denn eingeredet, nur die Standpunktlosen seien zu Toleranz fähig? Wer meint denn, Verständigung sei am besten möglich aus einer Position der Gleichgültigkeit? Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Nur aus eigener Überzeugung kann ich andere Überzeugungen verstehen, würdigen und achten bei aller Gegensätzlichkeit ...

Bereitschaft zur Verantwortung ... Ist sie nicht etwas Selbstverständliches? ... Verantwortung braucht einen langen Atem ... Kein Wunder, daß viele lieber zu (scheinbar) rascher wirkenden Mitteln greifen, indem sie Resolutionen verabschieden, Aktionen veranstalten, ihrem Schmerz, ihrem Zorn freien Lauf lassen, Gesinnungsethik vor Verantwortungsethik setzen ... Wir brauchen eine neue Ethik der Verantwortung, eine Ethik der Abwägung und der kleinen Schritte ...

„Prüfstein ist das Leben"

Der Prüfstein, an dem wir verantwortliches Handeln von Parteien, Regierungen, Parlamenten messen, heißt Leben. Wie unser Sozialstaat künftigen Generationen nur helfen kann, wenn die heutigen zum Opfer für die Zukunft fähig und bereit sind, so kann unser Volk nur bestehen, wenn Lebensschutz zur Aufgabe aller wird ... Daß in unserem Land Jahr für Jahr mehr als 200 000 ungeborene Kinder getötet werden, ist kein notwendiger Preis für Selbstverwirklichung ... sondern ein Abschied von aller Menschlichkeit. Es wird sich an unserem Volk bitter rächen, wenn wir diese Katastrophe gelassen hinnehmen ... Hier haben wir Katholiken kritische Fragen an alle Parteien. Opposition ist kein Freibrief für Bequemlichkeit in dieser Frage; Koalitionstaktik darf nicht zur babylonischen Gefangenschaft christlicher Positionen werden ...

Der Dialog der Vernunft ... leidet heute unter dem, was Theodor Eschenburg die ‚Stimmungsdemokratie' genannt hat. Bekanntlich ist die Vernunft ins Gerede gekommen, bekanntlich leben wir in nachaufklärerischen, postmodernen Zeiten – obwohl vielleicht auch dies nur eins der vielen Maskenspiele des Zeitgeistes ist. Sicher ist eines: Die zweite Aufklärung hat den Mund zu voll genommen. Die Stimmung schlägt heute um ins Romantische, Gefühlshafte, ja Magische ... Sorgen wir als Katholiken dafür, daß rationales Denken nicht verketzert wird! Helfen wir dem kleinen Mädchen Vernunft, bevor es am Ende nur noch bei den Rationalisten Unterkunft findet ..."





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 6, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

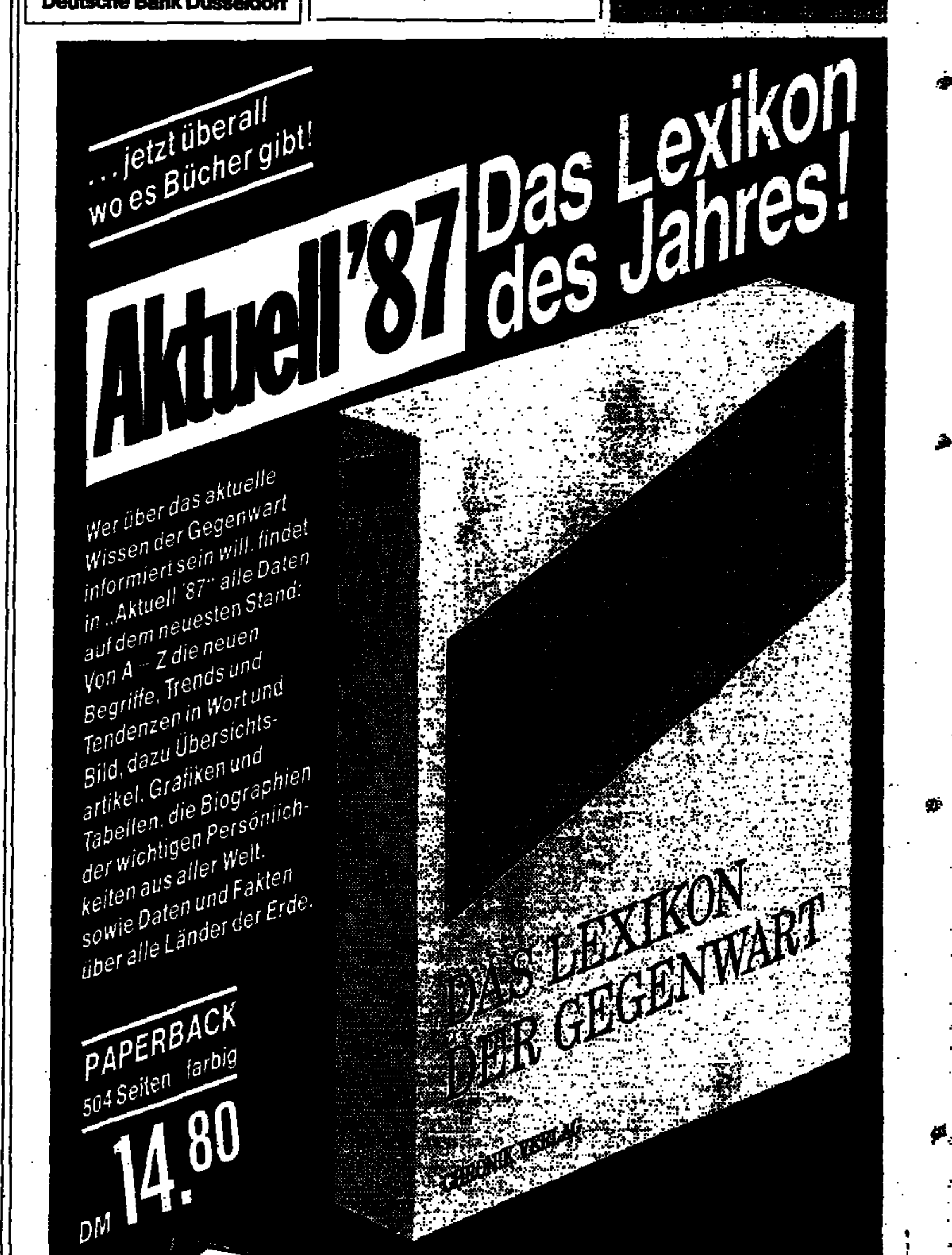
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.





„Die Jugend soll sich keine Angst einjagen lassen vor der Zukunft"

Hermann Josef Abs – Bankier, Diplomat, Mäzen FOTO: WINFRIED RABANUS

Fast drei Stunden dauerte das Gespräch, das der Bankier und Finanzdiplomat Hermann Josef Abs der WELT in Frankfurt gab. Wir stellten dem Zeitzeugen Fragen der Gegenwart und der Geschichte. Sein Urteil ist weise, kritisch, immer engagiert. Der enge Berater des früheren Bundeskanzlers Konrad Adenauers spricht offener als die Politiker unserer Tage, die er aus Distanz betrachtet: „Viele Deutsche haben eine seltsame Eigenschaft. Sie glauben nicht den Versprechungen, die Politiker machen, aber sie verzichten nie darauf, sie sich machen zu lassen. Das ist eine Schwäche dieses Landes." Die WELT präsentiert heute die erste von drei Folgen des Interviews, das Herbert Kremp und Manfred Schell mit Hermann Josef Abs führten.

Abs über den Erfolg: Das Studium ist keine Garantie

WELT: Herr Abs, was hat ein Mann, der die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mitgeprägt hat, auf der Höhe einer langen Lebenserfahrung der Jugend zu sagen?

Abs: Ich meine, die Jugend sollte erkennen, daß es von ihrem eigenen Einsatz und ihrem eigenen Leistungswillen abhängt, die Zukunft für sich zu gewinnen. Das ist meine Hauptadresse an die Jugend. Ich füge hinzu: Sie möge jenen Widerwärtigkeiten Widerstand leisten, die als Versuchung rundum und innerhalb der Jugend virulent sind. Und vielleicht noch eins, sie sollte sich keine Angst einjagen lassen vor der Zukunft und sich auf sie aber zugleich durch einen vernünftigen Bildungseifer vorzubereiten versuchen.

Es ist eine große Irrlehre der Nachkriegszeit, daß nur über die akademische Laufbahn ein ausreichender Bildungsstandard erreicht werden könnte. Infolge der falschen Ratschläge von Georg Picht und verfehlter Politik haben wir jetzt Hunderttausende von Akademikern, die keinen Beruf finden, weil viele Stellen blockiert sind. Denken Sie nur an die Lehrerberufe.

WELT: Sie sagen, junge Menschen sollten sich keine Angst einjagen lassen. Ist nach Ihrer Beobachtung der Generationen-Konflikt, den wir seit Ende der sechziger Jahre feststellten, überwunden?

Abs: Ich habe den Eindruck, daß die Katastrophe Tschernobyl, aber auch die Aufforderung der letzten und der jetzigen Regierung, die eigenen Anstrengungen zur gemeinsamen Verteidigung unserer Freiheit in Partnerschaft mit unseren Alliierten zu verstärken, weiten Teilen der Bevölkerung Angst einjagt, die nach meinem Urteil nur von einem Bruchteil der Jugend geteilt wird. Die besten Kräfte der Nation sind nach meiner Ansicht dieser Angst nicht unterworfen und betrachten es als ihre Aufgabe, sich für die eigene Zukunft und die ihrer Heimat, wo immer sie hingestellt sein mögen, mitverantwortlich zu fühlen. Unterhaltungen mit der Jugend bekräftigen mich in der Überzeugung, daß die Mehrzahl so denkt wie ich.

Diesen Glauben an die Zukunft zu verstärken, muß ein ernstes Anliegen sein für alle, die über die letzten Jahrzehnte das Schicksal Deutschlands miterfahren und getragen haben. Die Aussprachen unter anderem mit Studenten haben mich darin bestärkt, daß es keine unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Alt und Jung bei der großen Mehrheit der Jugend gibt. Hierbei ziehe ich in Rechnung, daß gerade die akademische Jugend vielfach eine pessimistische Auffassung von ihren Chancen für das Erlernte im Beruf und in ihrem Leben überhaupt nach vollendetem Studium hat.

WELT: Die Bundesrepublik Deutschland liegt an der Grenze von Weltmächten. Als Exportnation stößt sie auf Schwierigkeiten des Protektionismus. Die Schuldenkrise in der Dritten Welt berührt sie in erheblichem Maße. Glauben Sie, daß die Verantwortlichen in unserem Land, ich meine nicht nur die Regierung, die Deutschen auf diese Situation hinreichend vorbereiten?

Abs: Das möchte ich ganz klar mit Nein beantworten. Warum nicht? Weil jeder einzelne befangen ist in seinen unmittelbaren Obliegenheiten. Auch die Wirtschaft betrachtet die Politik nicht als einen Partner, der auf normale Weise, im Gespräch, zu gewinnen ist, sondern eher als ein *„aliud"*, als etwas anderes, das aber dominiert. Ja, das ist heute die Politik. Sie dominiert, sie herrscht in der Form des Parteiensystems, und es gibt nur sehr wenige, die sich mit den politischen Anliegen und Verantwortlichkeiten auch innerlich verbunden fühlen.

Ich glaube, daß die Lage, die Sie mit Ihrer Frage gekennzeichnet haben – Elemente einer nicht gerade krisenhaften, aber ernst zu nehmenden Situation – nicht voll begriffen wird. Natürlich gibt es Ausnahmen, Menschen, die sich dieser Lage bewußt sind und darüber nachdenken. Aber es sind, so scheint es mir, eben nur Ausnahmen.

Abs über Tschernobyl: Kein Grund zum Ausstieg

WELT: Wir sprachen gerade von Angst, und Angst regt sich heute auf so vielen Gebieten. Im Februar 1977 plädierten Sie auf der Hauptversammlung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks für den Ausbau der friedlichen Kernenergie. Gibt es für Sie aufgrund zwischenzeitlicher Erfahrungen einen Grund, diese Position zu korrigieren?

Abs: Nein, dafür sehe ich keine Gründe. Das ist nicht eine Frage des Willens oder der Neigung, sondern Ergebnis der nachvollzogenen Erkenntnis über den hohen Grad der Sicherheit der deutschen Kernenergie-Industrie. Ich stehe nach wie vor dazu, daß die Kernenergie unverzichtbar ist. Die Angst, die nach Tschernobyl die Bevölkerung ergriff, wurde bewußt verstärkt, ihr einzuimpfen versucht. Indem man der Bevölkerung Angst einjagt, macht man sie am leichtesten empfänglich für politische Versprechungen, die nie gehalten werden. Viele Deutsche haben eine seltsame Eigenschaft: Sie glauben den Versprechungen nicht, die Politiker machen, aber sie verzichten nie darauf, sie sich machen zu lassen. Das ist eine Schwäche dieses Landes. Man nimmt Tatsachen nicht zur Kenntnis und gibt Stimmungen und Gefühlen nach.

Zu den Tatsachen: Zwischen der deutschen Kernenergie auf der einen Seite und Tschernobyl auf der anderen Seite besteht ein großer Unterschied, der sich in der Sicherheit auswirkt. Die Sowjets haben die Katastrophe mit menschlichem Versagen und Nachlässigkeit entschuldigt, und wir sind geneigt, russische Äußerungen ernst zu nehmen. Aber ich glaube, die Ursache liegt tiefer. Sie liegt im System von Tschernobyl und der dort installierten vier Kernkraftwerke. Dort wird unter anderen Sicherheitsbedingungen gearbeitet als bei uns.

WELT: Wenn ich Sie richtig verstehe, geht nach Ihrer Meinung Angst mit Realitätsschwund einher, mit eingefleischter Weigerung, sich Tatsachen zu stellen...

Abs: Diese neue Qualität von Angst ist nicht erst durch Tschernobyl und die Kernenergie entstanden, sondern im Zusammenhang mit der NATO-Nachrüstung und den Atomwaffen überhaupt. Zum Ausdruck kam sie sehr deutlich auf dem Münchner SPD-Parteitag im April 1982, als nur noch eine kleine Gruppe zu Helmut Schmidt stand, nur noch ein Bruchteil der Partei, der unglaubwürdig geworden wäre, hätte auch er den Bundeskanzler im Regen stehen lassen. Schmidt trug die Verantwortung für den Doppelbeschluß, mit dem ein Gegengewicht gegen die russische Hochrüstung geschaffen werden sollte.

Diese Angst, von der wir sprechen, trägt zugleich dazu bei, alles, was der Osten tut, glaubwürdig zu finden. Seine Glaubwürdigkeit muß aber noch bewiesen werden. Können wir uns auf alles, was Gorbatschow in seinen Abrüstungsvorschlägen in Aussicht stellt, auch wirklich verlassen? Ich neige dazu, die Vorschläge ernst zu nehmen, und ich finde, die Amerikaner müßten in Verhandlungen das Letzte herauszuholen versuchen. Sie bleiben nüchtern, darauf kann man sich verlassen. Das Pentagon hat ganz klare Vorstellungen über die militärischen Fähigkeiten der einen wie der anderen Seite; was in den internen NATO-Besprechungen dazu mitgeteilt wird, geht weit über unsere Erkenntnisse hinaus.

WELT: Sie haben einen persönlichen Anteil am Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, hat Ihnen mehrere Male die Leitung der Außenpolitik angetragen. Die Männer der Gründerzeit haben kühne Entschlüsse gefaßt, obwohl der Krieg gerade verloren war und Deutschland sich in einer furchtbaren Situation befand. In jener Zeit muß also ein Geist geherrscht haben, der frei war von der Qualität der Angst, wie wir sie heute kennen.

Abs: Unmittelbar nach dem Kriege bat mich Konrad Adenauer, zur Verfügung zu stehen. Ich habe Adenauer erst im Juli 1945 kennengelernt, ich hatte ihn vorher nie getroffen, ich kannte ihn nicht. Es war wohl der Bankier Robert Pferdmenges, der Adenauer nahegelegt hat: Auf den sollten Sie hören. Ich beriet ihn dann in Fragen der Außenpolitik, ich hatte ein Zimmer im Museum Koenig in Bonn, wo die Affen, die ausgestopften Ahnen, in einer Etage über mir untergebracht waren, wie ich bei einem Gang durchs Haus bemerkte. Im Flur neben mir saß noch ein Berater, Josef Rust, und dann spielte sehr bald Herbert Blankenhorn eine Rolle.

Adenauer war damals voll und ganz mit der Frage beschäftigt, wie er mit den Besatzungsmächten und den Hochkommissaren eine gemeinsame Basis finden könnte. Bei dieser Gelegenheit wurde ich auch Zeuge, warum die Stadt Bonn und nicht Frankfurt Hauptstadt des Bundes wurde. Adenauer wählte die kleine Stadt am Rhein, weil die in Frankfurt ansässige Apparatur des bizonalen Wirtschaftsrates unter Hermann Pünder als Oberdirektor mit Zuständigkeiten von Ludwig Erhard für die Wirtschaft und Alfred Hartmann für die Finanzen in die Abhängigkeit der amerikanischen Besatzungsbehörden geraten war. Am wenigsten bestand diese Abhängigkeit bei Erhard, vielleicht sogar gar keine, denn der spätere Wirtschaftsminister vertrat damals schon seine Thesen mit nachtwandlerischer Sicherheit. Ich habe Adenauer darauf angesprochen, und er zögerte mit der Antwort, woraus ich erkannte, daß ich das Richtige getroffen hatte. Adenauer war über das Maß der Abhängigkeit erschüttert und hat sie mit seiner Entscheidung für Bonn versucht zu beseitigen.

Eine Bestätigung dafür gab mir der frühere amerikanische Hochkommissar McCloy. Bei ihm hat Adenauer erreicht, daß Bonn aus der Regie der Besatzungsbehörden herausgenommen wurde – er mochte dabei an den District of Columbia mit Washington gedacht haben. Die Besatzungsmacht blieb natürlich in unmittelbarer Nähe, denn der Bereich Bonn war damals nicht viel größer als die Bannmeile des Parlaments. Alle anderen Deutungen für Adenauers Bonn-Entscheidung, etwa, daß er in Rhöndorf wohnte und dort bleiben wollte, treffen nicht zu. Adenauer war damals selbst hier bei mir in Frankfurt, ich begleitete ihn auf der Wohnungssuche nach Bad Homburg und Falkenstein, denn er rechnete damit, daß die Wahl auf Frankfurt fallen könnte.

WELT: Sie hatten zu Konrad Adenauer von Anfang an eine vertrauensvolle und offene Beziehung. Sie kannten ihn besser als andere. Welche Ziele stellte Konrad Adenauer in seinen Gesprächen mit Ihnen in den Vordergrund?

Abs: Er war bestrebt, in Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten die Souveränität Deutschlands wiederherzustellen. Die Fragen des Parlamentarischen Rates und der künftigen Verfassung der Bundesrepublik mußten mit den Amerikanern und den Engländern ausgehandelt werden. Adenauer stützte sich auf sehr gute Vorkämpfer des Rechts, vor allem auf Carlo Schmid und auf den Völkerrechtler Erich Kaufmann, Rechtsberater für völkerrechtliche Fragen des Bundeskanzleramtes.

Entscheidend war die Frage der Freiheit, die nur mit der Garantie des Westens gelöst werden konnte. Adenauer hat sie viel größer geschrieben als die Frage der Wiedervereinigung. Wenn ich es ganz offen darstellen soll, und ich glaube, anders miteinander zu reden hat keinen Zweck, so hatte er als ein in Köln geborener Rheinländer eine natürliche Abneigung gegen das preußische Berlin. Daraus ist manches zu erklären, zum Beispiel auch, daß er keine übertriebene Eile an den Tag legte, sofort nach Berlin zu reisen, als dort 1961 die Mauer gebaut wurde.

Groß war auch seine Skepsis gegen die Macht Rußlands, sein Zweifel, einen Frieden mit Rußland schließen zu können. Wie ein Widerspruch wirkte dann sein mutiges Auftreten im September 1955 beim Moskau-Besuch, wo er sich nur auf die Freilassung aller deutschen Kriegsgefangenen konzentrierte – das war ihm wichtiger als alles andere.

Gerade in diesem Zusammenhang wurde deutlich, daß Konrad Adenauer kein Menschenverächter war, wie man so oft behauptet hat. Er hatte eine Art, Menschen mit einer gewissen Schroffheit entgegenzutreten, aber er verband sie mit einem Sinn für Humor. Das war natürlich ein Herrschaftsmittel. Ich habe Bundestagsdebatten erlebt, wo er Äußerungen, die auf scharfe Opposition der SPD trafen, mehrfach wiederholte. Daraufhin gab es großes Gelächter, ich erinnere mich an ein Beispiel, es ist im Stenogramm der Bundestagssitzung vom 8. März 1961 festgehalten, wo es sehr typisch heißt: „Stürmisches Gelächter und Buh-Rufe der Opposition. Adenauer: ‚Wenn Sie das so komisch finden, dann komme ich noch öfters zu Ihnen.'"

Marshallplan, Montan-Union, die politische Einigung Europas – das waren Ziele, die Adenauer mit Entschiedenheit verfolgte. Kern der Montan-Union war ja, die gesamte Kohle und Stahl in die Gemeinschaft einzufügen, wobei die anderen Länder Souveränitätsrechte preiszugeben hatten, wir nicht. Wir hatten ja keine. Kohlengruben und Stahlindustrie waren laut Militärgesetzgebung beschlagnahmt.

Die Montan-Union war also für Deutschland ein Gewinn und zugleich ein Beitrag der Franzosen, dank des echten Europäers Robert Schuman und des sehr agilen Unterhändlers Jean Monnet. Die Preisgabe von Souveränitätsrechten in der Union hat England veranlaßt, sich an der Gemeinschaft nicht zu beteiligen. So wurde die Union nur auf die Kontinental-Länder beschränkt.

Abs über Adenauer: So einfach war das mit ihm

WELT: Herr Abs, Sie haben im Auftrag Konrad Adenauers die Londoner Schuldenverhandlungen mit Erfolg geführt und damit die Rückkehr Deutschlands in die internationale Wirtschaftswelt eingeleitet. Wie verhielt sich Adenauer, ließ er Sie gewähren?

Abs: Die Regelung der deutschen Auslandsschulden in London im Sommer 1952 war in der Tat der entscheidende Schritt. Adenauer hat sich mit den Details nie befaßt, ihn interessierten nur die politischen Auswirkungen des Abkommens. Er sagte: Wie Sie das machen, ist Ihre Sache. Im Detail können Sie mich nicht fragen, da habe ich keine Kenntnis und kein Urteil. Ich trage die Verantwortung, Sie berufen zu haben, aber machen müssen Sie es. Das zeigte eine Großzügigkeit, die ich bei einigen seiner Nachfolger vermißt habe. Wir begegneten nicht nur bei den Verhandlungen in London, sondern auch im Inland erheblichem Widerstand. Dabei spielte die Furcht eine Rolle, wir würden Verpflichtungen eingehen, die wir dann nicht erfüllen könnten.

Nach der Einigung zwischen Gläubigern und Schuldnern, das war am 8. August 1952 und die eigentlichen Regierungsverhandlungen standen noch bevor, schrieb Wilhelm Vocke, Präsident der Bank deutscher Länder, an Adenauer einen Brief, in dem er meinte, die Zusagen gingen über unsere Kraft, aber die Bundesbank werde alles tun, den Vertrag zu erfüllen. Das Ziel jedoch, erklärte Vocke, die Konvertibilität der Deutschen Mark zu erreichen, sei damit in eine unabsehbare Ferne gerückt. Adenauer schickte mir den Brief mit der Bitte um Stellungnahme. Ich antwortete ihm, daß für unser Ziel, die Konvertibilität der Deutschen Mark zu erreichen, das Londoner Schuldenabkommen kein Hindernis, sondern die Voraussetzung sei. Mit freundlichen Grüßen. Das war alles. So einfach war das mit ihm.

Seine Reaktion war aber typisch. In den Gesprächen mit Mitarbeitern und Vertrauten ließ er es durchaus zu, daß Abwesende angegriffen wurden. Er verteidigte immer die Abwesenden. Es gab damals dauernde Gegensätzlichkeiten zwischen Erhard einerseits und Finanzminister Schäffer sowie Außenminister Brentano andererseits. Adenauer hörte sich stets aufmerksam an, was der Anwesende über den Abwesenden sagte. Er trat dann in der Unterredung für den Abwesenden, zum Beispiel Fritz Schäffer, ein, natürlich, um möglichst viele Argumente zu hören. Dann schrieb er Schäffer einen Brief, in dem er schilderte, welche Vorwürfe gegen ihn erhoben worden seien. Auf diese Art und Weise weitete er seine Kenntnis über Probleme und Personen aus.

WELT: Er war also ein Fuchs. Was Ihre Beziehung zu ihm betrifft, gibt es so Schlagworte wie: Bankier des Kanzlers, politischer Berater – wie kommentieren Sie das selbst?

Abs: Ich sagte Ihnen schon, daß er mich sehr früh als außenpolitischen Berater hinzuzog. Dabei berief er sich vor allem auf meine Kenntnis Englands und Amerikas. Ich hatte mit 21 Jahren Deutschland verlassen und acht Jahre im Ausland verbracht. Diese Erfahrung veranlaßte ihn, sich beispielsweise auf mein Urteil über die Engländer zu verlassen. Für ihn war England so etwas wie das „treulose Albion" – wie man das seinerzeit in der Quarta gehört hatte, in unserer schönen nationalen Erziehung.

Korrigiert hat er diese Auffassung eigentlich erst beim Tode von König Georg, des Vaters der Queen Elizabeth. Adenauer war dort und sah, wie die Menschenmengen stundenlang vor der Halle im Westminster anstanden, um von ihrem dort aufgebahrten König Abschied zu nehmen. Adenauer fuhr langsam mit dem Auto an dieser kilometerlangen Schlange der Menschen entlang. Anschließend sagte er mir: Jetzt habe ich die Engländer von einer Seite kennengelernt, die mir nicht bewußt war. Damit bewies er eine menschliche Wärme und Offenheit, die er in seinen politischen Aktionen fast nie zutage treten ließ.

Sein Vertrauen ging soweit, daß er mich schließlich gefragt hat, ob ich für die Außenpolitik zur Verfügung stehe. Das war schon 1949. Ich habe ihm gegenüber allerdings sofort die These vertreten, daß er in der Außenpolitik zu einer gemeinsamen Politik mit der Opposition finden müsse. Das hielt er zunächst für abwegig, und Sie wissen ja auch, wie gespannt seine Beziehungen zu Kurt Schumacher waren. Schumacher hat Adenauer im Bundestag als „Kanzler der Alliierten" bezeichnet. Er hatte nationalistische Gefühle, ich möchte ihn fast als Nationalisten bezeichnen.

Ich selbst habe oft mit Schumacher gesprochen, und es dauerte meist 30 Minuten, ehe er sich überhaupt entkrampfte, so gequält war er in seinem ganzen Sein, durch den Verlust von Arm und Bein, Konzentrationslager und Krankheit. Mir zuliebe hatte auch Adenauer eine lange Aussprache mit Schumacher unter vier Augen. Danach hat er mir berichtet, daß er keinen Erfolg gehabt habe, daß keine gemeinsame Linie gefunden werden konnte.

Im Januar 1952 fragte mich Adenauer, ob ich das Außenministerium übernehmen wolle, sobald die Bundesrepublik durch den Deutschland-Vertrag die Zuständigkeit für die Außenpolitik erhielt. Ich habe dann andere vorgeschlagen. Er sagte, nein, ich meine Sie. Daraufhin habe ich angenommen. Später, 1955, wiederholte er seine Frage. Ich sagte ihm, auf Fragen wolle ich keine Antwort geben, nur auf ein Angebot. Das ist nicht gekommen.

Abs über seine Mutter: Sie schrieb an den Kanzler

WELT: Nehmen wir einmal an, Herr Abs, Sie wären tatsächlich Außenminister geworden. Hätten Sie die Außenpolitik dann so geführt, wie sie sich unter Adenauer entwickelt hat und wie sie heute noch in großen Zügen weiter existiert?

Abs: Angesichts der Gegebenheiten, die wir nach dem Kriege vorfanden – Sie haben eingangs die geographische Lage Deutschlands, die Militärgrenze, schon erwähnt – konnte es keine andere Politik geben als die, die Adenauer eingeleitet hat. Ich hätte mich besonders angestrengt, die Opposition für eine gemeinsame Außenpolitik zu gewinnen, zu einer Zeit, als das noch möglich war und ehe die Vergiftungen entstanden.

Ich kenne die Behauptung, wir hätten im Juli 1948 und später noch die Chance gehabt, die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen. Ich betrachte dies als eine reine Illusion, denn die Sowjetzone und spätere DDR mit ihrer starken russischen Besetzung war natürlich von vornherein als ein Damm gedacht, um die Satelliten Sowjetrußlands, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn usw., bei der Stange zu halten. Die Vorstellung, es hätte bei einer anderen Politik Adenauers anders kommen können, vermag ich nicht nachzuvollziehen. Um dennoch den Versuch zu machen, will ich ein Beispiel erwähnen:

Ich erinnere mich, daß Konrad Adenauer meiner Mutter zum 90. Geburtstag – sie starb mit 99 – einen Glückwunsch und Blumen schickte. Meine Mutter antwortete postwendend, sie hatte uns beigebracht, daß Dankesbriefe innerhalb von 24 Stunden zur Post gegeben werden müssen: „Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben mir zum Geburtstag Ihre Glückwünsche gesandt und mich mit herrlichen Blumen verwöhnt. Ich stelle fest, daß dies das erste Mal ist, daß Sie mir zum Geburtstag gratulieren. Ich darf doch wohl annehmen, daß Sie damit Ihre Anerkennung für die Mitarbeit meines Sohnes zum Ausdruck bringen wollen. Darf ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, einen Rat geben. Es gibt in der Außenpolitik keine Parteipolitik, es gibt eine Deutsche Politik. Sie müssen alles tun, um das zu erreichen."

Über dieses Thema hatte ich mit meiner Mutter nie gesprochen, ich kannte auch den Brief nicht. Als ich zu Adenauer kam, sagte er, lesen Sie mal den Brief Ihrer Mutter. Ich war überrascht. Adenauer sagte, das sei einer der wenigen Privatbriefe, die er aufbewahre.

Am Mittwoch lesen Sie:

Abs über Ludwig Erhard: Er war zu gut für diese Welt – Abs über den amerikanischen Finanzminister Baker: Er gibt der Bundesregierung einen schlechten Rat – Abs über Urlaub: Die Deutschen sollten weniger ins Ausland reisen

Manchmal zahlt er Finderlohn

Mit Vorliebe arbeitet der Herr im 85. Lebensjahr am Stehpult. Die Halbbrille gehört zur Physiognomie. Das Auge nimmt mit photographischer Genauigkeit den Vorgang ins Gedächtnis auf, die Rede über den kompliziertesten Zusammenhang ist frei, kulinarisch gewürzt mit Ironie – so kennen die Vorstände und Aktionäre Dutzender Unternehmen den Vorsitzenden Hermann Josef Abs, den David Rockefeller einmal den „führenden Bankier der Welt" nannte.

Wir treffen ihn in seinem Arbeitsraum in der Deutschen Bank zu Frankfurt, im 29. Stockwerk eines der beiden Türme, die die Kaiserstadt überragen. Am liebsten würde Abs im Goethe-Haus unten in der Altstadt residieren oder im Bonner Beethoven-Haus – der Geschmack des im rheinischen Bonn gebürtigen Bankiers ist von Kunst und Kultur geprägt, von gemessen schöner Form, wo der Gestaltungswille am deutlichsten hervorzutreten vermag.

Das Kunststück des reichen Lebens ist die organisatorische und doch leichte Meisterung der Vielfalt. Hermann Josef Abs war stets gestalterisch tätig, mit politischem



Abs (r.) unterzeichnet im Auftrag Adenauers das Londoner Schuldenabkommen FOTO: KEYSTONE

Kopf, ökonomischem Ingenium, als Mäzen von hohem Rang. Er hätte alles werden können, Außenminister, wohl auch Bundeskanzler – der Kompetenz sind keine Grenzen gesetzt. Heute noch steht er einer Reihe von Aufsichtsräten vor, er lenkt die Geschicke des Freien Deutschen Hochstifts, des Frankfurter Städel und des Bonner Beethoven-Hauses.

„Gehen Sie in Urlaub?" – „Ach, nein, wissen Sie, bei meinem Arbeitspensum." Hermann Josef Abs weist auf die Fensterfront des Raumes, ein Ablagen-Rundum mit geordneten Vorgängen, die er täglich abschreitet und bearbeitet. Neben allem, worin er die Deutsche Bank und andere wichtige Institute berät, interessiert ihn (dies ist fast geheim) die unbeschädigte Rückkunft gestohlener Kunstwerke. Die Aktenordner enthalten eine Reihe abgeschlossener und offener Fälle, in denen der Finanzdiplomat seine Menschenkenntnis erprobt. „Ich führe gelegentlich sogenannte Finderlohngespräche", fügt er listig hinzu, „die Sache wird hier am Schreibtisch erledigt."

„Zu ordnen, was der Ordnung bedarf", ist der Wahlspruch des Bankiers. Memoiren will Hermann Josef Abs nicht schreiben, von einem Buch über die Londoner Schuldenverhandlungen von 1952 abgesehen, mit denen er die Rückkehr der Bundesrepublik zur Souveränität und ihre deutsche Position grundlegte. Den Horizont des Lebens mustert der religiöse Mensch mit Gelassenheit. „Ut moriens viveret vixit ut moriturus: Damit er im Tode lebe, lebte er wie ein Todgeweihter", sagt uns Hermann Josef Abs am Ende eines langen Gesprächs. „Ich gehöre nicht zu den Leuten, die Angst haben." kr-/ms

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Feige Hoffnung"

„Kann der Westen die Entspannung überleben?"; WELT vom 6. September

Dieser hervorragende Artikel widerlegt u. a. die feige Hoffnung, das langfristige strategische Verhalten der UdSSR hinge von freundlichen Gesten und Worten unserer Regierenden ab. Das System bezieht seine innere Rechtfertigung aus der Ideologie des Marxismus-Leninismus, diese wiederum schreibt Klassenkampf auf allen Ebenen zwingend vor.

Vor diesem Hintergrund wird zusätzlich klar, warum man – so Bukowski – entweder nur für das sowjetische Volk oder aber für deren Herrscher „Verständnis" aufbringen kann: Eine verständnisvolle Haltung ist nur geeignet, das Regime im Innern zu festigen, gegenüber der freien Welt aber die konsequenten Absichten des sozialistischen Lagers zu vernebeln. Als ein westlicher Hauptvernebler muß Außenminister Genscher gesehen werden, der allzu oft ausdrückliches Lob für leere Worte Gorbatschows findet, wiederholt seinen „Realitätssinn" lobt, sich für den Bau einer „europäischen Friedensordnung bis zum Ural" ausspricht und bei sowjetischen Propagandacoups wie dem Gorbatschowschen Teststoppmoratorium augenblicklich applaudiert.

Nun aber finden verfolgte Menschenrechtskämpfer in sozialistischen Staaten in Herrn Genscher kaum einen engagierten Streiter für ihre Sache, sein Hilfsangebot an Ortega, den Chef der sandinistischen Diktatur in Nicaragua, seine früheren intensiven Kontakte zur Swapo bei gleichzeitiger Vernachlässigung der gemischtrassischen Übergangsregierung in Namibia und nicht zuletzt sein mangelndes Verständnis für die Haltung der USA im Hinblick auf die Befreiung Grenadas unterstreichen dies in erschreckender Weise.

Hans-Georg Rieger, Lauterstein-Weißenstein

Deutschstämmige – falsch

„In Polen haben unsere Kinder keine Zukunft"; WELT vom 11. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist sehr zu begrüßen, daß Sie ausführlich über die Menschenrechtsverletzungen seitens der polnischen Machthaber und die daraus entstehende Not für die dort lebenden Deutschen und Polen, von dort zu uns kommenden Aussiedler beziehungsweise Asylbewerber berichten. M. Schlingmann hätte sich jedoch vorher besser über das Staatsangehörigkeitsrecht der in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße unter polnischer Verwaltung lebenden Deutschen informieren sollen. Hier von „Deutschstämmigen" zu sprechen, ist falsch.

Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht und unter anderem auch das polnische Staatsbürgerschaftsrecht legen fest, daß die Staatsangehörigkeit grundsätzlich durch Geburt erworben wird. Wer also von deutschen Staatsangehörigen abstammt, ist Deutscher; gleiches gilt für Menschen deutscher Volkszugehörigkeit. Die durch ein polnisches Dekret beziehungsweise Gesetz aufgezwungene polnische Staatsangehörigkeit hat hieran nichts ändern können. Das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Juli 1975 ausdrücklich festgestellt, daß jeder Deutsche in den Gebieten östlich von Oder und Neiße die deutsche Staatsangehörigkeit behalten hat.

Gleiches gilt für die in anderen Gebieten lebenden Deutschen, zum Beispiel Memelländer, Sudetendeutsche und Danziger, denen jemals die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen wurde.

Wenn man von Polen spricht, muß man auch wissen, daß die Volksrepublik Polen auch nicht durch die Ostverträge die Souveränität, das heißt das Eigentumsrecht, über die ihr ausschließlich zur Verwaltung überstellten ostdeutschen Provinzen Schlesien (mit Nieder- und Oberschlesien), Teile von Pommern, Westpreußen und Brandenburg sowie das südliche Ostpreußen in den Grenzen von 1937 erlangt hat.

Mit freundlichen Grüßen
Klas Lackschewitz, Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen Bonn 1

Bürgernah

„Wir wollen frei sein, wie es unsere Alten waren"; WELT vom 26. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den hervorragenden Artikel von Herrn Jach über unser Aschendorf und seine Schädigung durch die Gebietsreform möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Ganz besonders freut es mich, daß endlich eine der großen überregionalen Zeitungen unser Problem aufgreift. Hier zeigt sich auch wieder, daß unsere konservativen Zeitungen wesentlich liberaler und vor allem bürgernäher sind als die vereinigte Linkspresse.

Mit heimatlichen Grüßen
Bernhard Bohse, Aschendorf-Ems

Pazifik

Ihre Serie über die Hinwendung Amerikas zum Pazifik war hervorragend.

Es sollte dabei nicht übersehen werden, daß sich die Sowjetunion auf ihre Art um diesen Raum kümmert. Über den Kauf von Fischereirechten von scheinbar bedeutungslosen Inselgruppen im Pazifik robbt sich Moskau um Australien herum. Dem Vertrag mit den Kiribati Inseln im vergangenen Jahr folgte jüngst ein Abkommen mit Papua-Neuguinea – nur ein Wellenschlag von unsren Küsten entfernt. Viele Australier sorgen sich über die Entwicklung, die unser ehemaliger Premierminister Malcolm Fraser so in Worte faßt: „Es fängt mit Fischereischiffen an. Aber dazu kommen Nachschubeinrichtungen, die Reparaturanlagen erfordern, und diese ihrerseits einen Flughafen. Dann ist es eine Base." Übrigens haben sich, durch Neuseelands Verhalten ermutigt, ungefähr ein Dutzend Inselgrüppchen zu „atomwaffenfreien Zonen" erklärt.

Norman Bernard, South Perth, West Australia

Wort des Tages

„Die Politik zwingt in das Mitdenken dessen, was der andere denkt."

Karl Jaspers, deutscher Philosoph (1883–1963)

Und Barzl?

Hallo Redaktion,

Sie sind doch mRecht stolz auf Ihre aktuelle und umfassende Berichterstattung unoesonders auch auf Ihre klaren inmpolitischen Informationen und Lartikel.

Warum gehen S dann in Ihrer Zeitung an Barze Abschiedsrede vor dem Parlamen-orbei wie an einer verwelkten Pflze?

Der ganze Meenwald schreibt von einer bedeuteren Rede und der Zeitung DIE WEL juckt das nicht!

Mit frndlichen Grüßen
Robert Schmid, Hilpoltstein

Erstaunlih

„Bonn ermittelt gen Militärattache"; WELT vom 11. Sepmber

Sehr geehrte Daen und Herren,

wenn man liest, aß der stellvertretende Generalinspcteur der Bundeswehr „persönlich lie Ermittlungen gegen den scheideden Offizier übernommen hat", ste sich für den Leser die Frage, ob er General Jungkurth nichts Wichgeres zu tun hat.

Diese Frage stel sich um so mehr, als bei objektiver Vertung der Hintergründe des Attents auf den chilenischen Staatspräsienten doch wohl davon auszugehe ist, daß Oberstleutnant Müller-Brchert die mutmaßlichen Täter völlig richtig gekennzeichnet hat.

Daß nach diese Erklärung des Offiziers der deutsce Botschafter demonstrativ die Veanstaltung verlassen hat, spricht fir den miesen Stil des Hauses Genscer.

Man kann sich es Eindrucks nicht erwehren, daß im Hinblick auf die Ermittlungen gegn Oberstleutnant Müller-Borchert durch den stellvertretenden Generlinspekteur der Bundeswehr mit Eanonen auf Spatzen geschossen wird.

Vermutlich wird das Ermittlungsverfahren ausgeher wie das berühmte Hornberger Schießen.

Erstaunlich ist alerdings, daß die Redaktion der WELT dieser Angelegenheit eine solche Bedeutung beimißt, daß auf der ersten Seite darüber berichtet wird.

Mit freundlichen Grüßen
Albrecht v. Kalm, Bonn 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personen

BERUFUNGEN

Der Vizepräsident des Oldenburger Verwaltungsgerichtes, Dr. **Heinz Ströhla** (60), ist zum Präsidenten des Gerichtes berufen worden. Der gebürtige Wilhelmshavener ist Nachfolger von **Hans-Dieter Würdemann**, der in den Ruhestand getreten ist.

*

Der österreichische Bildhauer **Alfred Hrdlicka**, seit 1971 Professor für figuratives Gestalten an der Staatlichen Kunstakademie in Stuttgart, hat zum 1. Oktober einen Ruf an die Hochschule der Künste (HdK) in Berlin erhalten und angenommen. Der 1928 in Wien geborene Hrdlicka übernimmt zusammen mit **Rolf Szymanski** eine Bildhauerklasse in der Nachfolge des Berliner Bildhauers **Bernhard Heiliger**.



Alfred Hrdlicka

EHRUNGEN

Alain Dufour, Direktor der Librairie Droz in Genf, erhält den mit 25 000 Mark verbundenen Montaigne-Preis 1986 der Hamburger Stiftung F. V. S. Mit dieser Auszeichnung wird ein um die Geistesgeschichte Europas hochverdienter Verleger geehrt, „der zugleich selbst ein wissenschaftlicher Autor von Rang ist", erklärte die Stiftung. Die jährlich von der Universität Tübingen verliehene Auszeichnung würdigt bedeutsame Beiträge zur europäischen Kultur aus den Ländern der romanischen Sprachfamilie. Der Montaigne-Preis soll am 2. Oktober in Genf überreicht werden.

*

Die Deutsche Gesellschaft für Photographie (DGPh) in Köln verleiht ihren Kulturpreis 1986 an den amerikanischen Physiker Dr. **Paul K. Weimer** aus Princeton (US-Bundesstaat New Jersey), den sie als „Vater der elektronischen Photographie" bezeichnet. Der 1914 geborene Wissenschaftler hat sich durch richtungsweisende Arbeiten auf dem Gebiet hochintegrierter Festkörper-Bildsensoren und Bildwandler verdient gemacht. Der Preis soll Weimer heute aus Anlaß eines Internationalen Kongresses der photographischen Wissenschaft in Köln überreicht werden.

WAHL

Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), wurde beim 10. Kongreß der „Internationalen Union der Polizeigewerkschaften" in Antwerpen erneut in seinem Amt als Präsident bestätigt. Der Internationalen Union gehören 16 europäische Polizeigewerkschaften mit zusammen rund 500 000 Mitgliedern an. Ebenfalls in seinem Amt bestätigt wurde der bisherige Vizepräsident, der Brite **Peter Tanner**. Er ist Generalsekretär der britischen Police-Federation. Generalsekretär der Internationalen Union ist ebenfalls ein Deutscher, der Hamburger Polizeibeamte und stellvertretende GdP-Vorsitzende **Manfred Bienert**.

BUCHPREMIERE

Die deutsche Landschaft hatte sich geradezu angeboten für einen Agententhriller zwischen Russen und Amerikanern, so **Michel Meyer**, Korrespondent von Antenne 2 und France Inter in Bonn. Am Mittwoch will Autor Meyer den Thriller im Wirtshaus St. Michael im Bonner Stadtteil Bad Godesberg vorstellen. Titel: „Die Nymphenburg-Verschwörung", erschienen bei Rasch und Röhring. „Im Nymphenburger Schloß beginnt alles", sagt Michel Meyer, da trifft sich der Held der Story, ein amerikanischer Jude polnischer Abstammung, Berater des amerikanischen Präsidenten, mit einem Russen und gerät auf Münchner Boden in eine KGB-Falle. Mit John Le Carré will sich Meyer nicht mehr verglichen wissen, weil Agententätigkeit soviel „anders verläuft", als es Autoren vor Jahren noch darstellten.

MILITÄR

General **Wolfgang Altenburg**, Generalinspekteur der Bundeswehr, wird am 30. September von Bundesverteidigungsminister Dr. **Manfred Wörner** mit einem Empfang auf der Bonner Hardthöhe und einem anschließenden Großen Zapfenstreich aus seinem Amt verabschiedet. Am 1. Oktober tritt Altenburg als Nachfolger des niederländischen Generals **Cornelius de Jager** den Posten des Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO in Brüssel an. Zum letzten Mal hatte vor dreizehn Jahren der General **Johannes Steinhoff** als Deutscher dieses Amt inne. Nachfolger Altenburgs als Generalinspekteur der Bundeswehr wird der jetzige Inspekteur der Marine, Vizeadmiral **Dieter Wellershoff**.



Wolfgang Altenburg

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans-Dieter Höltje** aus Bern hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Pharmazeutische Chemie an der Freien Universität Berlin erhalten und angenommen.

GESTORBEN

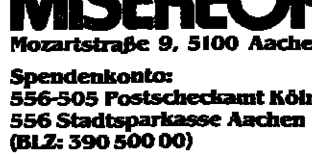
Im Alter von 65 Jahren ist der Weihbischof der Erzdiözese Sarajevo, Dr. **Tomislav Jablanovic**, während einer Pastoralreise in der kroatischen Mission Mosbach im Kreis Neckar-Odenwald verstorben. Jablanovic war Vorsitzender des kroatischen Auslandsreferates der Bischofskonferenz Jugoslawiens. Die Jahre von 1945 bis 1953 hatte der Geistliche in jugoslawischen Gefängnissen als politischer Gefangener verbracht. Danach betreute er verschiedene Gemeinden und wurde 1967 Mitglied des Päpstlichen Sekretariats für die Nichtchristen. Im gleichen Jahr wurde er zum Professor für Religionsgeschichte an der Theologischen Fakultät in Zagreb berufen. 1970 wurde Jablanovic zum Bischof geweiht.







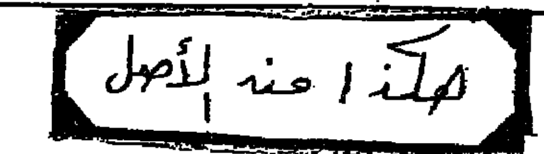












Satire zwischen Alptraum und Wirklichkeit

Wie Fellini sich sieht

Sobald ich einen Film abgedreht habe weiß ich wirklich nicht mehr, was der auslösende Moment war, gerade diese Geschichte zu erzählen. Während ich einen Film drehe, beginne ich ihn bereits zu hassen, denn all meine ursprünglichen Ideen gehen während der Arbeit verloren. Erst wenn der Film fertig ist fange ich an, wieder normale Gefühle für meine Arbeit zu hegen."

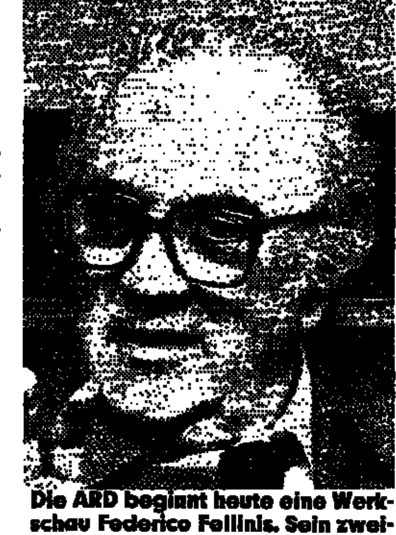
Diese Worte stammen von Federico Fellini, jenem italienischen Regisseur, der 1960 mit „Das süße Leben" die Grenzen dessen überschritt, was damals im Kino als moralisch und vorzeigbar galt. Aber es war noch nie Fellinis Sache sich den gängigen Konventionen zu beugen – und im Nachhinein gab ihm die Filmgeschichte meist Recht.

Aber immer wenn ein neuer Fellini angekündigt wird, erwartet das Publikum etwas besonderes. Und mit dem Namen Fellini verbinden sich Vorstellungen von einer fast surrealistischen Kameraführung, intensiven Farben, satirischem Humor und einer Handlung die zwischen Traum, Alptraum und Wirklichkeit angesiedelt ist.

Die ersten Filme des 1921 geborenen Fellini haben alle eine Gemeinsamkeit: Sie tragen stark autobiographische Züge. Deutlich sichtbar werden diese in Fellinis zweitem Film, „Die Müßiggänger" (I vitelloni), den der Regisseur 1953 schuf. „Die Müßiggänger" spielt in einem Badeort, der deutlich an Rimini, der Geburtsstadt Fellinis, erinnert. Eine Gruppe junger Taugenichtse lebt in den Tag hinein, schmarotzt sich durchs Leben und zeigt sich in keiner Weise gewillt, irgend welche Verantwortungen zu übernehmen. Mit liebevollen Humor verfolgt Fellini das Treiben seiner Charaktere, wobei es ihm vor allem darum geht, die Atmosphäre in der italienischen Kleinstadt detailgetreu aufzuzeigen. Fellini selbst spiegelt sich am deutlichsten in der Figur des Moraldo wider, der eines Tages genug hat von diesem „süßen Leben" in der Provinz und nach Rom reist um ein neues Leben zu beginnen.

„Die Müßiggänger" heimste zahlreiche Auszeichnungen ein, die es Fellini ermöglichten, 1954 „La Strada" zu drehen, der seinen Ruf als einer der besten Regisseure Italiens festigte und zugleich seine Ehefrau Giulietta Masina zum Star machte. Immer stärker tritt nun bei Fellini der Hang zum Symbolismus hervor. Dabei fand Fellini seine eigenen, oft ungewöhnlichen Ausdrucksformen, die sich kinogängigen Regeln entzogen.

Autobiographische Ereignisse verarbeitete Fellini 1955 auch in „Il Bidone", die Geschichte eines erfolglosen



Die ARD beginnt heute eine Werkschau Federico Fellinis. Sein zweiter Spielfilm – „Die Müßiggänger" (1953), 23 Uhr – brachte ihm den „Silbernen Löwen von Venedig" ein. Die Nähe zum Neorealismus ist noch unverkennbar.

FOTO: ZOLTAN NAGY

Gauners, der wie ein Vetter der „Müßiggänger" wirkt und seinen endgültigen Abschied vom Neo-Realismus markiert, den Fellini hier ironischerweise ad absurdum führt. Aber auch sein Film „Roma" (1952) reflektiert seine persönliche Auseinandersetzung mit der ewigen Stadt, in der Fellini seine Heimat gefunden hat. Dort, so sagt er, wolle er noch viele Filme drehen, denn er habe ja erst 19 Kinowerke geschaffen, und das sei noch lange kein Vermächtnis.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Konzessionen für die Olympischen Spiele

Quälend langweilig ist der Dienst als Wachsoldat an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea. Der junge Soldat, der diese stupide Pflicht für eine kurze Spanne unterbrechen darf, um seine Eltern in nahe gelegenen Dorf zu besuchen, träumt davon, eines Tages studieren zu dürfen. Aber woher die Eltern als Textilheimwerker das viele Geld dazu aufbringen sollen, wissen sie nicht. Noch liegt das durchschnittliche Einkommen im aufstrebenden Industriestaat Südkorea unter 5000 DM jährlich. Trotzdem ist hier, im Windschatten der hermetisch verriegelten Grenze zum kommunistischen Nordkorea, von der westlichen Berichterstattung weitgehend unbeachtet ein Wirtschaftswunder zu besichtigen.

„Wir haben einen Überfluß an Ingenieuren", sagt Kim Woo-Chong, der 47jährige Präsident des mächtigen Dae Woo-Konzerns in der Hauptstadt Seoul. „Was uns noch fehlt, sind die Wissenschaftler aus den eigenen Reihen, die die koreanische Emanzipation aus japanischer Bevormundung vollenden sollen". Kim selbst und seine 19 leitenden Mitarbeiter haben ausnahmslos eine Ausbildung in

Aufbruch aus der Morgenstille – ARD, 21.15 Uhr

westlichen Industrieländern genossen. Kombiniert mit einem uferlosen Arbeitseinsatz (13 Stunden pro Tag bei nur drei Urlaubstagen im Jahr) haben aus einen Textilbetrieb mit sieben Angestellten in 18 Jahren ein Weltunternehmen geschaffen das zu den 500 erfolgreichsten Firmen der Welt gehört.

Dem ARD-Korrespondenten Gerd H. Pelletier ist ein eindrucksvoller Bericht gelungen, der die Normalität in einem Land vor die Kamera holt, das bisher vorwiegend durch seine blutigen Studentenrevolten von sich Reden gemacht hat. Sogar eine Totale der Hauptstadt Seoul hat er nach vier Jahren vergeblichen Bemühens filmen dürfen, seitdem eine koreanische Mitarbeiterin, die 18 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gelebt hat, zu seinem Team gehört.

Das Land, das in zwei Jahren Gastgeber für die Olympischen Spiele sein wird, muß sich zu erheblichen Konzessionen durchringen, auch was die ungehinderte Berichterstattung angeht. Hier einen Kompromiß auszuhandeln fällt den Koreanern weit schwerer als Japanern oder Chinesen, sagt Pelletier, der die Pressevorführung seiner Arbeit kommentierte.

INGRID ZAHN

KRITIK

Unglaubwürdige Unterhaltung

Hoffentlich kommt das ZDF nicht eines Tages auf die Idee, den dreiteiligen englischen Fernsehfilm **Des Lebens bittere Süße** zu wiederholen. Die nach einen Roman der amerikanischen Autorin Barbara Taylor Bradford zusammengebolzte, dramaturgisch verkorkste und von Regisseur Don Sharp konventionell ins Bild gesetzte Saga vom Aufstieg eines bettelarmen Dienstmädchens zur Chefin eines milliardenschweren Kaufhauskonzerns gehört zu jenen Filmen, die ein großes Frauenschicksal zu erzählen vorgeben, in Wirklichkeit jedoch nur trivialste Unterhaltung bieten.

Entgegen allen Verlautbarungen des Senders brachte das TV-Spiel kein erfreuliches Wiedersehen mit der einst in Hollywood gefeierten englischen Schauspielerin Deborah Kerr. Sie konnte einem in der schwachen Altersrolle der Emma Harte leid tun, selbst als sie in der Schlußszene gütig ihren Enkeln ihr Milliardenvermögen vermachte und ihre vier Kinder für deren geplanten, jedoch mißlungenen Coup gegen sie mit einem Millionen-Trostpflaster aus dem Herzen stieß.

Da war Jenny Seagrove in der Rolle der jungen Emma weitaus besser dran. Sie durfte – getrieben von Rachegefühlen auf eine charakterlich heruntergekommene Adelsfamilie – durch die aufwendigen Historien-Szenen schreiten, ein paar Kuß- und Bettszenen hinter sich bringen, Rührszenen (schluchz) tapfer überstehen und in der Männerwelt zu Beginn dieses Jahrhunderts eine unglaubwürdige berufliche Traumkarriere machen.

Bösewichter im Clinch mit den Guten, leidenschaftlich Liebende in den Fesseln der Konvention, alles übertüncht von der Verlogenheit, daß ein ungeschultes Mädchen vom Land auf diese simple Weise zu größter finanzieller Macht gelangen könnte.

Zu den wenigen, die bei der Produktion dieses Bildschirm-Kitsches ihre beruflich helle Freude gehabt haben dürften, gehörte – neben dem Architekten und dem Kostümberater – sicher auch der Maskenbildner. Fazit: „Des Lebens bittere Süße" war des Fernsehens bittere Stunde.

GÜNTER RUDORF



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Tips für den Alltag
10.00 Tagesschau
10.05 Wasser für die Blumen
11.35 Tele-Zoo
12.05 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Höchste Zeit
Modetips und Trends von Marie Louise Steinbauer
Bericht über die wichtigsten Ereignisse und Affären im Jet-set.
16.30 Chic
Marie Louise Steinbauer: Neue Linien – neue Dessins – renommierte Designer – Berliner Avantgardisten – prämierte Pelzmoden
17.15 Thomas & Senior
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schafkopfrennen
Letzter Teil:
Unter sticht Ober
21.15 Aufbruch aus der „Morgenstille"
Beobachtungen in Südkorea
Von Gerd H. Pelletier
21.45 Ein Münchner in New York
Aus der Sicht von Fischer Wolfgang
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Müßiggänger
Ital.-franz. Spielfilm (1953)
Regie: Federico Fellini
0.40 Tagesschau
0.45 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht (2)
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Berufswahl heute
Industrietechnik, Handel und Verwaltung
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Agentin mit Herz
Teil 1: Warten auf Godorsky
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.25 Agentin mit Herz
2. Teil: Warten auf Godorsky
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht
21.05 Die weißen Hirsche von Zehušice
21.15 WISO
WISO via Satellit: Für Freiheit des Welthandels – Eröffnung der Gatt-Ministerkonferenz. Was Handelshemmnisse für kleine Unternehmen bedeuten.
21.45 heute-journal
22.05 Im Schatten der Mitternachtssonne
Nordnorwegens ungewisse Zukunft
22.50 Abseits
Schwedischer Spielfilm (1979)
Regie: Christian Lund
0.20 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
19.45 Fensterprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
20.45 Gesucht – Gefunden
22.15 Der eigensinnige Untermieter
Als Lippe zu NRW kam
22.45 Operation „Regentag"
Englischer Spielfilm
0.10 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Schach-WM '86
19.00 Briefmarken
19.15 Prisma
Nordlicht
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
21.00 Literatur im Kreienhoop (2)
Das 4. Werkstattgespräch
22.00 Internationales Kochbuch
Frankreich: Straßburg
22.15 Der Einzelgänger
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Drehbuch, Regie: Michael Mann
0.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Fame
Verblaßte Sterne
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.34 Fury
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Regional
19.26 Sandmännchen
19.30 Formel Eins
20.15 Wetterstreß
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Finanzplatz Luxemburg
21.45 Im Westen nichts Neues
Englischer Spielfilm (1979)
Nach Erich Maria Remarque
Regie: Delbert Mann
0.15 Gilberto Gil-Porträt
1.00 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Lebensraum Atmosphäre
Gefährliches Spiel mit dem Klima
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Gesichter Buddhas: Die Steinfiguren von Usuki
22.50 Magnum
Klein, aber oho
23.35 Der Spanische Bürgerkrieg
Sieg und Niederlage
0.20 Rundschau

SAT 1

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
Anschl.: Der Schwarzstorch
18.00 Cowboys, Sheriffs, Banditen
Anschl.: Das Allzwecktier
18.30 APF blick
18.45 Der Chef
Ollingers letzter Fall
Anschließend: Videothek
19.45 Am Highpoint flippt die Meute aus
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Anschließend: Glückswirbel
Zuschauer können 500 Mark gewinnen
22.15 WM – Wirtschaftsmagazin
22.45 JuxBox Extra
23.00 Matt Houston
23.50 APF blick



19.00 Hobbythek
Töpfern wie im alten China
19.45 Nähen leicht gemacht
20.00 Tagesschau
20.15 Café Wernicke (7)
21.05 Die Jugendstreiche des Knaben Karl
Deutscher Spielfilm (1977)
22.30 Mittwochs in Bonn
40 Jahre Nordrhein-Westfalen
Anschließend: Nachrichten



18.00 Mini-ZiB
18.10 Thores und Tanja (1)
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Die bizarre Welt der Libellen
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Die schwarze Rose
Amerikanischer Spielfilm (1950)
23.45 Nachrichten



18.15 Augenclip/Regional 7
18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Zwischen zwei Frauen
Mit David Hasselhoff
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die letzte Patrone
Rumänischer Spielfilm (1973)
Regie: Sergiu Nicolaescu
21.15 Zeichentrick
21.20 Die letzte Patrone (2)
22.10 RTL-Spiel
22.15 Popeye
22.20 Wie geht's?
Das Kreuz mit dem Kreuz
22.40 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

UdSSR erlaubt Regimekritikern die Ausreise

DW. Moskau

Drei Mitglieder einer verbotenen sowjetischen Pazifistengruppe haben eine Ausreisegenehmigung erhalten. Bei ihnen handele es sich um Mitbegründer der im Jahr 1982 ins Leben gerufenen „Gruppe für die Schaffung von Vertrauen zwischen der UdSSR und den USA", der einzigen nicht mit offizieller Billigung existierenden Friedensgruppe in Moskau.

Das Ehepaar Juri und Olga Medwedkowa sowie Vladimir Brodski seien am Freitag von der Genehmigung unterrichtet worden, hieß es. Das Paar war in den vergangenen Jahren mehrmals bei Demonstrationen für Abrüstung festgenommen worden. Brodski war 1985 zu drei Jahren Haft verurteilt worden.

Auf dem Weg an der Themse lag Geheimes

dpa, London

Als „geheim und vertraulich" gekennzeichnete Dokumente der britischen Marine sind von zwei Spaziergängern auf einem Fußweg an der Themse in der Nähe von London gefunden worden. Wie die „Mail on Sunday" berichtet, wurden die beiden zusammen 60 Seiten starken Bündel dem Verteidigungsministerium zurückgegeben.

Die Dokumente befassen sich mit der Rüstungsplanung für die 90er Jahre und enthüllen nach Angaben der Zeitung, daß die britische Polaris-U-Boot-Flotte bis 1996 von 13 auf acht Schiffe abgebaut werden muß, ohne daß rechtzeitiger Ersatz zur Verfügung stünde. Auch Zerstörer, Fregatten und Versorgungsschiffe müßten aufgrund fehlender Gelder reduziert werden.

Die Papiere stammen aus der Marinedirektion für Personalplanung. Die Dokumente sollten morgen einer Gruppe von höheren Offizieren der Marine unterbreitet werden. Das Verteidigungsministerium hat eine Untersuchung über das Verschwinden der Dokumente eingeleitet.

US-Administration begründet mit dem Gipfel das Daniloff-Arrangement

FRITZ WIRTH, Washington

Leitende Beamte der Reagan-Administration haben am Wochenende mit spürbarer Verärgerung die wachsende Kritik über ihr Arrangement mit den Sowjets im Fall Daniloff verteidigt. Diese Übereinkunft befreite die wegen Spionage angeklagten Nicholas Daniloff in Moskau und Gennadi Sacharow in New York aus den Gefängniszellen und übergab sie der Obhut ihrer jeweiligen Botschafter.

Humanitäre Gründe

Es ist deutlich geworden, daß es für Washington zwei Hauptmotive gab, sich auf dieses umstrittene Arrangement einzulassen. Es geschah zunächst aus humanitären Gründen, um den kränkelnden Daniloff nach 13 Tagen Haft aus der KGB-Zelle herauszuholen; und dann aus politischen Gründen, um das für dieses Wochenende geplante Treffen der beiden Außenminister Shultz und Schewardnadse nicht zu gefährden. Bei dieser Zusammenkunft sollen Termin und Tagesordnung des Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow festgelegt werden.

Washington wollte sich darüber hinaus in den schwierigen Verhandlungen über die Freilassung Daniloffs von einem immer stärker werdenden Zeitdruck befreien, der mit jedem Tag, an dem der US-Journalist länger im KGB-Gefängnis einsaß, größer wäre. Die Reagan-Administration versicherte den Kritikern dieses Arrangement um Daniloff, zu denen der ehemalige Außenminister Alexander Haig und einige Senatoren gehören, daß damit das Gleichheitsprinzip in dieser Affäre zwischen Daniloff und Sacharow beendet und erschöpft sei. Ein direkter Austausch zwischen beiden Männern komme nicht in Frage.

Die Taktik der Sowjets, wie sie besonders am Wochenende sichtbar wurde, läßt darauf schließen, daß sich hier eine direkte Konfrontation zwischen Washington und dem Kreml anbahnt. Die Tatsache, daß die Sowjets am Samstag die bisherigen Anklageerhebungen in dieser Affäre glatt auf den Kopf stellten und nunmehr mit angeblichem Beweismaterial den amerikanischen Journalisten Daniloff als den Geheimdienstagenten und Sacharow als den unschuldigen sowjetischen Bürger darstellten, der von den Amerikanern in eine Falle gelockt wurde, zeigt, daß der Kreml in dieser Affäre härter als je zuvor eine „quid pro quo"-Taktik verfolgt.

Die Unterstellung, Daniloff sei ein Spion, ist zugleich ein Affront gegen Präsident Ronald Reagan, der sich vor zehn Tagen in einem Schreiben an Gorbatschow dafür verbürgt hatte, daß Daniloff unschuldig sei.

„Persönliche Integrität"

Nachdem die Affäre Daniloff durch das Arrangment des vergangenen Wochenendes zunächst leicht entschärft worden ist, konzentriert man sich in Washington jetzt auf die Gipfelvorbereitungen. Die Reagan-Administration setzt alles daran, diesen Fall nicht zum Stolperstein oder zur unüberwindlichen Hürde für dieses Treffen werden zu lassen. Dennoch hat Außenminister Shultz versichert, daß er den Fall in seinem kommenden Gespräch mit Schewardnadse zu einem zentralen Thema machen werde. „Wir betrachten Daniloff weiterhin als eine Geisel in sowjetischer Hand", hatte Shultz erklärt.

Daniloff selbst sagte, er hoffe, daß Moskau und Washington sich auf eine Lösung einigten, die seine „persönliche Integrität" wahre.



Er hofft auf eine Lösung, die seine Integrität wahrt: Nicholas Daniloff und seine Frau Ruth vor der US-Botschaft in Moskau FOTO: AP

„Sanktionen schaden nur"

Wirtschaft für positive Maßnahmen gegenüber Südafrika

DW. Bonn/Brüssel

Vor den Südafrika-Beratungen der EG-Außenminister heute in Brüssel haben sich die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft nochmals gegen Sanktionen ausgesprochen. In einer gemeinsamen Erklärung bekunden die Verbände ihre Solidarität mit den südafrikanischen Wirtschaftsverbänden, die gegenüber ihrer Regierung umfassende Reformen zur Überwindung des Apartheidsystems „ohne Anstoß von außen" gefordert hatten. Die Erklärung wird getragen vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), dem Bundesverband deutscher Banken und dem Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA).

Die Verbände sprachen die Erwartung aus, daß es den Regierungen führender westlicher Industrieländer gemeinsam gelingen werde, „die Regierung Südafrikas für die zügige Realisierung notwendiger Reformen zu gewinnen, die den Interessen aller Bevölkerungsgruppen dienen". Diese Aufgabe sei „nicht nach Monaten zu bemessen". Es habe sich bestätigt, daß Fristen nichts bewirken könnten.

Bonn wurde aufgefordert, weiterhin Sanktionen als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele abzulehnen, wie Bundeskanzler Helmut Kohl dies im Juni vor dem Europäischen Rat in Den Haag überzeugend begründet habe. In diesem Zusammenhang verweisen sie auch auf „nachhaltige Störungen der eigenen Wirtschaft, die als denkbare Folgen von Maßnahmen" zu beachten seien. Ziel müsse die Überwindung der Apartheid durch ein „Bündel von positiven Maßnahmen" sein, nicht die Beeinträchtigung der Wirtschaft Südafrikas und seiner Nachbarn.

Die EG-Außenminister suchen heute eine gemeinsamen Linie gegenüber Südafrika. Nur zwei Wochen vor dem Ablauf einer von den EG-Regierungschefs selbst gesetzten Entscheidungsfrist über einen begrenzten Maßnahmenkatalog war fraglich, ob die Minister der Zwölf einen gemeinsamen Beschluß fassen würden.

Vor allem die Regierungen in London, Bonn und Lissabon sind unverändert zurückhaltend, Sanktionen – ein Wort, das in allen offiziellen Texten vermieden wird – zu beschließen. Bonn will „Strafmaßnahmen" allerdings mittragen, falls dafür eine gemeinsame Basis gefunden werde.

Shamir dämpft Hoffnung

Israels Außenminister lehnt Friedenskonferenz ab

dpa/hav. Jerusalem

Die durch das Gipfeltreffen von Alexandria genährten Hoffnungen auf einen Fortschritt bei den Friedensbemühungen im Nahen Osten haben am Wochenende einen Dämpfer erhalten. Die internationale Friedenskonferenz, über die sich der israelische Ministerpräsident Peres und Ägyptens Staatspräsident Hosni Mubarak nach ihren zweitägigen Gesprächen geeinigt hatten, wird von Israels Außenminister Shamir kategorisch abgelehnt.

Der Chef des rechtsgerichteten Likud-Blocks, der in vier Wochen aufgrund der Koalitionsvereinbarung mit Peres die Ämter tauschen wird, sagte im Fernsehen, eine solche Konferenz würde Israel nur isolieren. Dort „würden wir uns allein wiederfinden gegen die ganze Welt. Alle würden für einen palästinensischen Staat eintreten, den wir ablehnen."

Unterstützung erhielt Shamir von seinem Parteifreund und Minister ohne Geschäftsbereich, Moshe Arens. Für das Versprechen von Peres gebe es in Israels Regierung keine Mehrheit, sagte Arens. Er verwies darauf, daß der Plan für eine internationale Konferenz nicht im bilateralen Abschlußkommuniqué enthalten, sondern lediglich in Mubaraks Gipfel-Rede erwähnt worden sei.

Für die Arbeiter-Partei von Peres befürwortete der ehemalige Außenminister Abba Eban dagegen die geplante Nahost-Konferenz. Israel könnte von einer Einbeziehung der Sowjetunion in den Friedensprozeß sogar profitieren, sagte Eban.

Unterdessen ist der israelische Ministerpräsident zu einem dreitägigen Besuch in den Vereinigten Staaten abgereist. Dort trifft er heute mit Präsident Reagan zusammen, den er über seine Gespräche mit Mubarak informieren will.

Peres trat vor seiner Abreise Meldungen entgegen, wonach die USA eine Nahost-Konferenz ablehnten: „Auch ich habe Kommunikationskanäle nach Washington und kann versichern, daß dies nicht der Fall ist." Er fügte hinzu, eine solche Konferenz hänge entscheidend von einer veränderten Haltung der Sowjets zu Israel ab.

Der israelische Botschafter in Washington, Meir Rosenne, übermittelte bei einem Gespräch mit seinem sowjetischen Amtskollegen Dubinin den Wunsch Peres' nach einem Treffen mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in New York.

Heben die USA ihre Sanktionen gegen Polen auf?

UR. Bonn

Die freigelassenen Untergrundführer der „Solidarität" haben die von Warschau verkündete Amnestie nicht als Signal für eine Liberalisierung gewertet, sondern als eine „spektakuläre Geste" nach Westen. Daß Warschau das Ziel einer internationalen Aufwertung, die auch unmittelbare materielle Folgen haben könnte, offenbar erreicht hat, zeigen Reaktionen in der Bundesrepublik und Italien, vor allem aber in den USA.

Washington zeigte sich von der Freilassung von 225 politischen Gefangenen beeindruckt. Präsidentensprecher Speakes begrüßte nicht nur die Amnestie, sondern deutete zugleich an, die USA könnten ihre 1981 verkündeten Wirtschaftssanktionen gegenüber Polen aufheben. Die Vereinigten Staaten haben wiederholt die Freilassung der politischen Gefangenen als Voraussetzung für die Aufhebung der Sanktionen genannt.

Aus dem State Departement waren allerdings auch warnende Töne an die Adresse Warschaus zu hören. Ein Sprecher von Außenminister Shultz sagte, Washington hoffe, daß die Freilassung ein Zeichen für die Entschlossenheit der polnischen Regierung sei, in Polen den Dialog aufzunehmen. Die Bundesregierung hatte die Freilassung bereits am Freitag begrüßt (WELT v. 13./14. 9.).

Zeitgleich mit dem Vollzug der Amnestie steuerte Bettino Craxi eine Normalisierung der italienisch-polnischen Beziehungen an. Der italienische Regierungschef empfing den polnischen Botschafter in Rom, um ihm gegenüber nicht nur „Anerkennung" für die polnische Entscheidung zu zollen, sondern auch seinen Wunsch nach einem Treffen mit dem polnischen Staatspräsidenten zum Ausdruck zu bringen. Gegenüber dem Polen stieß Craxi – erwartungsgemäß – nicht auf taube Ohren: Im Rahmen „einer allgemeinen Verbesserung" der Beziehungen zwischen Warschau und Rom werde man nach einem geeigneten Termin für eine Jaruzelski-Visite suchen, so das Craxi-Büro.

Die Äußerungen der Entlassenen haben nach Auffassung von Beobachtern deutlich gemacht, daß Warschau die internationale Aufwertung möglicherweise mit einer inneren Destabilisierung erkaufen muß. Zbigniew Bujak, einer der bedeutendsten Führer der Untergrund-„Solidarität" (TKK), stufte die Amnestie lediglich in die Rubrik „bemerkenswert" ein. Wie andere „Solidaritäts"-Mitglieder erklärte auch Bujak, die verbotene Gewerkschaft werde ihren Kampf um politische Freiheit so lange fortführen, wie die Regierung eine legale Opposition nicht zulasse. Darüber sollen nach dem Willen von Arbeiterführer Walesa jetzt Gespräche mit der Regierung stattfinden.

Lambsdorff: Ausstieg in 50 bis 70 Jahren

UR. Bonn

Auch aus den Reihen der Koalitionsparteien ist nun ein zeitlicher Rahmen für den Ausstieg aus der Kernenergie in die Diskussion gebracht worden. Otto Graf Lambsdorff, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, erklärte die Atomkraft zur „Übergangsenergie" und nannte die Vorstellung realistisch, in 50 bis 70 Jahren auf die friedliche Nutzung der Kernergie verzichten zu können.

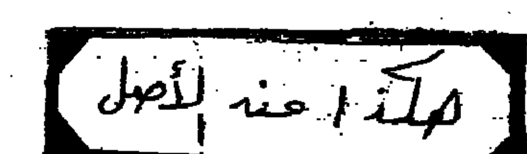
Aus der Koalition war die Vorstellung der SPD, ein Ausstieg innerhalb von zehn Jahren sei möglich, mit dem Argument kritisiert worden, es sei unseriös, unkalkulierbare Entwicklungen in einen zeitlichen Rahmen pressen zu wollen. Gegen Zahlenspiele in der Atomkraft-Diskussion sprach sich der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe aus. Er wolle weder den sofortigen Ausstieg „noch eine Zahl auf dem Weg dorthin", sagte Rappe im „Express" und trat damit sowohl der SPD als auch Lambdsdorff entgegen.

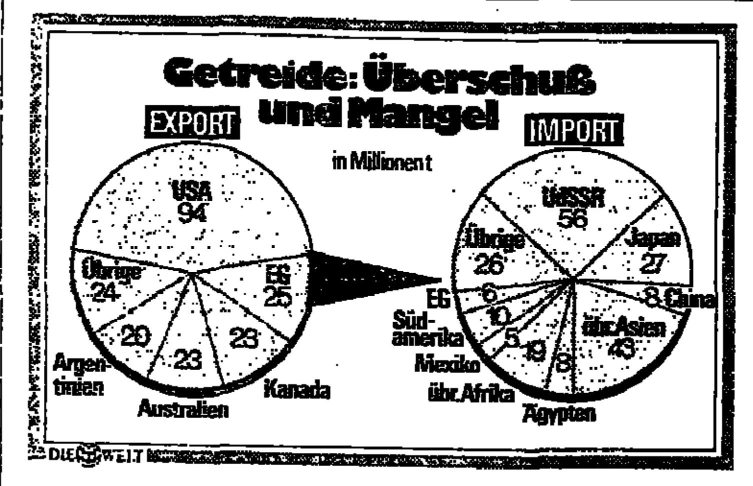
Distanz zur Kernenergie wurde auch aus den Äußerungen von Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) deutlich. Die Kernkraft berge ungeheure Gefahren, die nicht verharmlost werden dürften. Offensichtlich im Hinblick auf die Versuche der SPD, die CDU als kritiklose Befürworter der Atomenergie hinzustellen, erklärte Wallmann im Deutschlandfunk: „Wir sind keine Kernkraftfetischisten." Wallmann fügte jedoch hinzu, in der Bundesrepublik Deutschland seien die Gefahren beherrschbar, die Nutzung der Kernenergie sei deshalb zu verantworten. Darüber hinaus sagte Wallmann, ein nationaler Ausstieg würde an der Sicherheitslage in der Bundesrepublik nichts ändern.

Offenbar mit Blick auf die CDU, bei der sich bislang noch keine abschließende Meinung über die Strategie in der Energiepolitik gebildet hat, hat der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Biedenkopf die Einsetzung einer Enquêtekommission zur künftigen Energiepolitik für die nächste Legislaturperiode gefordert. Es müsse „eine Gesamtantwort auf die Frage gefunden werden, wie wir uns für die nächsten 30 bis 40 Jahre einrichten wollen" sagte Biedenkopf der „Süddeutschen Zeitung".

An die Adresse der Gegner des Kernkraftwerks Cattenom gerichtet, hat der französische Ministerpräsident Chirac erklärt, die Sorgen in der Bundesrepublik und in Luxemburg seien vor allem ein „Informationsproblem". Cattenom sei „zuverlässig und sicher". Außerdem habe Frankreich keine andere Wahl, als die Atomenergie zu nutzen, sagte Chirac in der „Bild am Sonntag".

Nach dem Saarland hat inzwischen auch die Regierung in Luxemburg erklärt, keinen Strom aus Cattenom beziehen zu wollen.





Der internationale Getreidehandel hat sich in den letzten 15 Jahren auf etwas über 200 Millionen Tonnen verdoppelt. Wichtigster Lieferant für den Weltmarkt sind die Vereinigten Staaten, der größte Kunde ist die UdSSR. Im gerade begonnenen Wirtschaftsjahr 1986/87 sieht es erneut so aus, als ob die Sowjetunion wegen eigener schlechter Ernte kräftig im Ausland zukaufen muß. (S. 13)

QUELLE: TOEPFER INTERNATIONAL

WELTWIRTSCHAFT

US-Kreditwesen: Die Western Savings Association, Dallas, eine Sparkasse mit einer Bilanzsumme von 2 Mrd. Dollar, ist insolvent. Dies ist der bisher größte Fall eines Sparkassen-Zusammenbruchs.

EG: Kommissionspräsident Delors hat von Japan endlich konkrete Maßnahmen gefordert, um das Ungleichgewicht im Handel zu mildern. (S. 12)

Landwirtschaft: Die Bekämpfung der „zerstörerischen" Praxis der Agrarsubventionen hat US-Präsident Ronald Reagan als eines der Hauptziele der USA auf der heute in Punta del Este (Uruguay) beginnenden neuen Welthandelsrunde bezeichnet.

MÄRKTE & POLITIK

Milchquoten: Die 1984 eingeführte EG-Milchkontingentierung zum Abbau von Agrarüberschüssen war nach Ansicht von Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle kein Fehlschlag. In einem Rundfunk-Interview sagte Kiechle, auf dem Milchmarkt sei man von 24 Prozent Überschuß auf 15 Prozent heruntergekommen.

Denkfabrik: Das neue Technologie Zentrum Nord in Unterlüß bei Celle soll die Unternehmen der Region bei ihren Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen unterstützen. (S. 13)

Urteil: Das Arbeitsamt kann nicht ohne weiteres Arbeitslosengeld zurückfordern, das gezahlt wurde, obwohl der Empfänger ordnungsgemäß mitgeteilt hatte, daß er eine Stelle gefunden hat. Dies hat das Bundessozialgericht entschieden. (Az: 7 RAR 126/84)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	12. 9. 86	11. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	189,50	189,50	165,0	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	124,50	123,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	76,50	78,00	76,50	139,00	29,00

FÜR DEN ANLEGER

Börsen: Der Kurssturz in New York blieb nicht ohne Auswirkungen auf andere international wichtige Plätze. In Tokio erlitt der Nikkei-Index am Freitag einen Rekord-Tagesverlust von 460,73 Punkten und schloß auf einem Stand von 18 100,72. In den Strudel der Wall Street gerieten auch Toronto und London.

Nixdorf: Die Aktie des Computer-Herstellers wird am 17. September zum ersten Mal an der Pariser Börse notiert.

Renten: Am deutschen Markt gab es in der vergangenen Woche deutliche Kursrückgänge. (S. 12)

Indonesien: Die Landeswährung wurde um 45 Prozent auf 1644 Rupiah pro US-Dollar abgewertet.

Yen-Anleihe: Die Bayerische Vereinsbank Overseas Finance NV legt eine fünfjährige Anleihe über 15 Mrd. Yen zu 114,25 Prozent mit einem Kupon von 8,5 Prozent auf. Die Rendite beträgt 5,19 Prozent.

An der Wall Street
Dow Jones Index
Hoch 4.9.1986 = 1919,71
Tief 22.1.1986 = 1502,29
1900
1800
1700
28. 2. 3. 4. 5. 8. 9. 10. 11. 12.
August/September '86
DIE WELT

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Dienstreisen: Immer mehr Manager steigen von Linienflugzeugen auf Maschinen von privaten Charterunternehmen um, berichten die Evex Fluggesellschaften, Düsseldorf. (S. 13)

Pharmaindustrie: Die Bundesrepublik ist der größte Arzneimittelexporteur der Welt. Nach Angaben des Branchenverbandes wurde 1985 mit 9,7 Mrd. DM fast die Hälfte der in der Bundesrepublik produzierten Arzneimittel exportiert.

Unilever: Der Konzern will seinen Verpackungsbereich, die Thames Case Ltd., an AB Statens Skogsindustrier verkaufen.

Bundespost: Die ANT Nachrichtentechnik, Backnang, hat den Auftrag für zwei Stadtfunkrufsysteme in West-Berlin und Frankfurt erhalten.

NAMEN

Porsche: Hans Halbach (47), Vize-Präsident für Verkauf und Marketing im Vorstand der Volkswagen Canada Inc., ist zum neuen Vorstandsmitglied des Stuttgarter Sportwagen-Produzenten für den Bereich Vertrieb berufen worden. Halbach beginnt seine neue Aufgabe zum Jahreswechsel.

Weltwirtschaft: Der Baker-Plan zur Lösung des Schuldenproblems ist nach Ansicht des Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Pierre Languetin, von der Entwicklung überholt und zu wenig flexibel.

WER SAGT'S DENN?

Der beste Ratschlag ist ein Scheck.

Rumänisches Sprichwort

Die Wall Street befindet sich inmitten einer Korrekturphase

Bald Stabilisierung – Zwei Fünftel der Verluste durch Computerhandel

H.-A. SIEBERT, Washington

Wie geht es weiter an den US-Aktienmärkten, die auch am Freitag hohe Kursverluste hinnehmen mußten und umfangreiche Verkäufe in Tokio, Paris, Zürich, Frankfurt und Toronto, was die große Interdependenz der Weltbörsen unterstreicht, auslösten? Es gibt keine einheitliche Antwort auf diese bange Frage. Während einige Wall-Street-Analysten die Einbrüche für übertrieben halten, sagen andere Korrekturen um 15 bis 20 Prozent voraus, ehe sich die vier Jahre alte Hausse fortsetzt.

Die Reagan-Administration hat versucht, Öl auf die Wogen zu gießen. Es bestehe kein Grund zur Sorge, die wirtschaftliche Expansion in den USA sei nicht gefährdet, erklärte der Sprecher des Präsidenten, Larry Speakes. Ruhe verbreitete auch Amerikas oberste Wertpapierbehörde, die SEC. „Die Kursschwankungen gefallen uns zwar nicht, aber die prozentualen Veränderungen sind nicht allzu groß", sagte ihr Vorsitzender John Shad.

Das große Zittern um das investierte Geld, das nach dem Vortagsschock auch die Kleinanleger erfaßte, führte am Freitag zu den bisher schlimmsten Kursausschlägen: Kurz nach dem Eröffnungsgong sackte der Dow-Jones-Industrie-Index um 46 Punkte, zwei Stunden später war er mit zwei Punkten im Plus. Bis Börsenschluß fiel das populäre Edelbarometer dann um 34,17 auf 1758,72 Punkte. Damit hat der „Dow" seit dem 4. September, als er auf 1919,71 Punkte schoß und einen neuen Höhenrekord aufstellte, 8,4 Prozent verloren.

Donnerstag und Freitag, den beiden kritischen Tagen, büßte der „Dow" dagegen insgesamt 120,78 (Wochenverlust: 141,03) Punkte oder 6,4 (7,4) Prozent ein. Der „Run" konzentrierte sich aber nicht nur auf die besten 30 Wachstumswerte, sondern erfaßte auch alle anderen Kursmesser. So retirierte der umfassende Nyse-Index im Wochenverlauf um 11,08 auf 132,81 und der Standard & Poor's 500 um 19,8 auf 230,67 Punkte. Hier machte der Rutsch 7,7 und 7,9 Prozent über die Woche aus.

Die entnervten Anleger warfen vor allem die teuren großen Namen ab. IBM, die Perle unter den US-Aktien und vor einigen Wochen noch 153 Dollar wert, beendete das „Schlachtfest" mit 137,38 Dollar. Für General Motors wurden bei Börsenschluß am Freitag nur noch 68,5 notiert. Andererseits zogen High-Tech-Werte wie Honeywell, Control Data und Digital Equipment kräftig an.

Spürt man den Gründen nach, dann war es am Donnerstag die Furcht, die US-Wirtschaft wachse rascher als erwartet und bei zunehmenden Inflationsgefahren sehe sich die Notenbank außerstande, die Zinsen weiter zu senken. Spekulationen über im August explodierte Einzelhandelsumsätze und Produzentenpreise lösten die Flucht aus, verschärft vom computergesteuerten Indexhandel, als die institutionellen Großanleger von Aktien auf indexierte Terminkontrakte umschwenkten. Ihnen wird jetzt die Verantwortung für zwei Fünftel der Kursverluste zugeschrieben.

Am Freitag schlug die Stimmung um, als das US-Handelsministerium nur eine Zunahme der Einzelhandelsumsätze um 0,8 (statt 4) und das Arbeitsministerium eine Teuerung um lediglich 0,3 Prozent bei den Herstellern meldete. Die vorher gestiegenen Zinsen sanken sogar, jedoch nicht genug, um die Aktienmärkte nach vorn zu stoßen. Plötzlich ging wieder das Rezessionsgespenst um, weil, wie es hieß, „die Finanzierung des nicht sinkenden US-Haushaltsdefizits die Zinsen in die Höhe treibt".

Unterm Strich bleibt größere Unsicherheit. Gewinnmitnahmen sind angesichts des enormen Kursplateaus und nach vierjähriger Hausse aber durchaus normal. Es ist keine Krise, in der die Wall Street steckt, sondern eine überfällige Konsolidierung. Die Erholung von dem Sturz dauert nach dem Urteil einiger Analysten vielleicht sechs Wochen. Sie empfehlen das Festhalten an ausgewählten Qualitätsaktien. Nach ihrer Prognose durchbricht der „Dow" im ersten Quartal 1987 die 2000-Marke.

SPD sieht Zukunftschancen ohne Kernenergie

HH. Bonn

„Wir haben Verständnis für die Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den kerntechnischen Betrieben. Und wir wissen: Die Betriebsräte haben die Aufgabe, diese Sorgen ernst zu nehmen." Mit diesem Hinweis reagierte Rudolf Dreßler (SPD) am Wochenende auf die Wahlempfehlungen von Betriebsräten kerntechnischer Unternehmen in der vergangenen Woche in Brunsbüttel. *Wie berichtet, hatten sie die rund* 300 000 Arbeitnehmer aufgefordert, bei der Landtagswahl in Bayern und der Bundestagswahl „die Partei zu wählen, die für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze eintritt".

Dreßler, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA), erklärte, die Betriebsräte seien jetzt dabei, „sich völlig zu verrennen. Sie lassen sich vor den Wahlkampfkarren der Regierungskoalition spannen". Sie müßten aufpassen, daß sie nicht zu lange „auf eine nicht mehr zukunftsfähige Politik setzen und damit die Zukunftschancen ihrer Kolleginnen und Kollegen für neue, sinnvolle Arbeitsplätze gefährden". Das sozialdemokratische Konzept einer sicheren Energieversorgung ohne Atomkraft eröffne gerade für Unternehmen im Kraftwerksbau Zukunftschancen.

AUF EIN WORT

„Die Zukunft der mittelständischen Industrie hängt entscheidend davon ab, daß die Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft dem Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere durch steuerpolitische Eingriffe, Vorrang einräumt."

Dr. Dieter Misch, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Spirituosen-Industrie e. V. (BSI), Bonn. FOTO: DIE WELT

Bundespost: Den Medienmarkt früh geöffnet

HH. Bonn

Bundespostminister Schwarz-Schilling hat die Feststellungen des Bundesrechnungshofs über den Ausbau von Kabelfernsehnetzen 1983 und 1984 durch die Bundespost begrüßt. In einer Mitteilung seines Ministeriums heißt es, der Bundesrechnungshof erkenne „ausdrücklich" an, daß in den beiden Jahren „wichtige Schritte für die Wirtschaftlichkeit der Kabelfernsehnetze eingeleitet worden" seien. Im Frühjahr 1983 habe die Post durch eine Gebührenerhöhung und -strukturänderung einen „entscheidenden Schritt hin zur Wirtschaftlichkeit getan". Trotz der aufgetretenen Schwierigkeiten bei Personaleinsatz und langfristigen Planungen habe sich die Post entsprechend der Absicht der Bundesregierung verhalten, möglichst rasch viele Teilnehmer zu gewinnen und den Medienmarkt frühzeitig zu öffnen.

Der Ausbau der Kabelfernsehnetze werde so gesteuert, „daß möglichst rasch und kostengünstig hohe Teilnehmerzahlen erreicht werden". Er werde deshalb von dicht bebauten in locker bebaute Gebiete vorangetrieben. Die Investitionen je Wohneinheit sollen im Durchschnitt nicht mehr als 700 Mark betragen. Die Amortisationsfähigkeit der Kabelfernsehnetze solle sichergestellt werden.

Prozeß schöpferischer Zerstörung

JUTTA VOSSIEG, Koblenz

Als auf Dauer „allein erfolgversprechenden Weg" zum Abbau der Arbeitslosigkeit bezeichnete Otto Graf Lambsdorff in einer Rede vor Gästen der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung, Koblenz, und der dortigen IHK den „über wirtschaftliche Dynamik, Investitionen und technischen Fortschritt".

Gerade letzterer sei aber – angesichts stabiler wirtschaftlicher Eckdaten und dennoch gleichbleibend hoher Arbeitslosigkeit – in Verruf gekommen, ein Job-Killer zu sein. Per saldo sei dies aber falsch, wie verschiedene Studien belegten. Hauptsächlich in wenig technisierten Branchen gingen danach Arbeitsplätze verloren, während in technologiestarken zugelegt worden sei. „Prozeß schöpferischer Zerstörung" nennt Lambsdorff den Strukturwandel, der als Ergebnis des funktionierenden Wettbewerbs Überkommenes beseitige und dafür Neues schaffe.

Schmerzhaft sei dieser Prozeß zunächst, weil die Unternehmen jetzt durchweg höher qualifizierte Mitarbeiter suchten, wobei es auf der einen Seite zu Engpässen käme, während viele Stellensuchende erfolglos blieben. Sie seien sich oft nicht darüber klar, wie sie sich weiterbilden können, um leichter eine Stelle zu finden. Verstärkt werde das Problem noch durch verhärtete Strukturen auf dem Arbeitsmarkt. Unternehmer und Gewerkschaften hätten gleichermaßen das Arbeitslosenproblem „festzementiert".

Dennoch seien moderne Arbeitsplätze auf Dauer die einzig sicheren. Deshalb müsse ein innovations- und investitionsfreundliches Klima geschaffen werden. Im internationalen Wettbewerb sei ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik, in der jeder dritte Arbeitsplatz vom Export abhängt, darauf angewiesen, kostengünstig zu produzieren und vor allem in der internationalen Arbeitsteilung die Produkte anzubieten, die hier am vorteilhaftesten hergestellt werden können.

Chancen sieht Lambsdorff für die Industrieländer eher bei der Entwicklung neuer Produkte, denn die Entwicklungs- und Schwellenländer seien bei der Anwendung der neuen Produktionstechniken wegen der hiesigen hohen Lohnkosten nicht zu schlagen. So sei durch die Technisierung letztendlich auch der Dritten Welt geholfen.

Mit der Ausweitung des Welthandels ist auch der Export von Dienstleistungen verbunden. Lambsdorff erachtet es als sinnvoll, bei den Gatt-Verhandlungen beides gleichzeitig zu verhandeln. In diesem Bereich sieht er für die Bundesrepublik eine lohnende Chance, Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade im Consulting-Bereich hätten die USA vorgemacht, daß international ein großer Bedarf besteht. Dort gebe es zudem weit mehr qualifizierte Berufsbilder als in Europa und Japan. Das deutsche Defizit auf diesem Sektor beweise, daß sich die Wirtschaft diese interessante Option auch international offen halten sollte.

Zum Begriff der „Kälte der Marktwirtschaft" bemerkte Lambsdorff abschließend, daß Brot und Arbeit für alle Mitbürger dauerhaft nur durch die zugegebenermaßen harten Prinzipien des freien Wettbewerbs garantiert werden könnten.

Positives Signal

HH – Entwicklungsminister Warnke hat den Zeitpunkt für seinen neuerlichen Philippinen-Besuch klug gewählt. Unmittelbar vor der USA-Reise der Präsidentin Aquino war das Vertrauenssignal in Manila hochwillkommen. Warnke war es im Oktober des vergangenen Jahres gelungen, die wichtigsten Vertreter der damaligen Opposition und heutigen Regierung im Haus des deutschen Botschafters Zeller zum ersten Mal zusammenzubringen. Politische „Vorleistungen" zahlen sich aus.

Warnke hat jetzt in Manila erklärt, die Revolution ohne Blutvergießen – Marcos ging im Februar ins Exil – verdiene „die Unterstützung der ganzen freien Welt". Mit seiner Einladung hat auch Reagan ungeachtet der mit den USA als dem wichtigsten Partner noch bestehenden Schwierigkeiten grundsätzliche Bereitschaft hierzu signalisiert. Ohne massive ausländische Unterstützung kann keine Regierung in Manila die von Marcos hinterlassenen Hypotheken, zu denen mit rund 27 Milliarden Dollar die höchste Auslandsschuld eines asiatischen Entwicklungslands gehört, abtragen.

Frau Aquino weiß, daß dazu Eigenanstrengungen unabdingbare Voraussetzung sind. In dieser Frage hat es in den letzten Wochen Fortschritte gegeben, auch wenn noch wichtige Punkte ausstehen. Warnke sieht das einstmals prosperierende Inselreich, das in den letzten Jahren wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten war, heute wieder „auf dem richtigen Weg". Das praktische Verschwinden der Inflation und der Anstieg der Währungsreserven stimmen jedenfalls hoffnungsvoll.

Gefahr für den Handel

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Gefährdet die EG-Agrarpolitik jetzt auch den Handel mit gewerblichen Erzeugnissen, zwar nicht unbedingt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, aber doch weltweit? Die Situation hat sich zugespitzt. Wenn die EG in Punta del Este, wo heute die Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) beginnt und die achte Liberalisierungsrunde für den Welthandel eingeläutet werden soll, nicht glaubhaft machen kann, daß sie im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zur Umkehr bereit und in der Lage ist, dann werden sich die Bemühungen, die jetzt gestartet werden sollen, nicht auszahlen können. Ein Scheitern ist dann programmiert.

Dieses Problem lastet auf dem Welthandel erheblich stärker als der Streit, ob nun Dienstleistungen in das Gatt einbezogen, der Schutz von Investitionen im Ausland verbindlich festgeschrieben oder ob die Markenpiraterie gebrandmarkt werden sollen. Hier lassen sich leichter Auswege finden.

Wenn die Europäische Gemeinschaft ihr Agrarproblem nicht in den Griff bekommt, dann gefährdet sie auch den Welthandel mit Industriegütern.

So könnten sich beispielsweise an der Lösung der Dienstleistungsproblematik nur jene Länder beteiligen, die das wollen. Die Verhandlungen, so schwierig sie auch sind, könnten in einem speziellen Ausschuß stattfinden, zwar unter dem Dach des Gatt, aber eben nicht für alle verbindlich. Es könnten auch später noch andere Länder dazustoßen, wenn sie eingesehen haben, daß Regeln, die vom Gedanken der Nicht-Diskriminierung getragen sind, sich letztlich doch für sie auszahlen werden.

In der Agrarfrage ist das anders. Dort ist die Situation so verfahren, daß hier mit einem Ausklammern nicht länger gearbeitet werden kann. Der Streit zwischen den USA und der EG um Märkte, auf denen nur noch mit gewaltigen Subventionen ein Absatz überhaupt möglich ist, gilt allenfalls als die Spitze des Eisberges. Kaum ein Entwicklungsland wird sich auf irgendetwas einschwören lassen, wenn die Gemeinschaft nicht bereit ist, sich auch für ihre Produkte zu öffnen. Und zu den klassischen Erzeugnissen, bei denen die Dritte Welt komparative Vorteile hat, gehören nun einmal Fleisch oder auch Getreide. Australien und Neuseeland blicken ebenso auf die Gemeinschaft wie Kanada.

Nun gibt es zwar auch innerhalb der EG verbale Bekundungen genug, um das Überschuß-Problem anzupacken, das letztlich die Ursache für die Misere ist. Die Hoffnung, daß die Reformdiskussion allein schon genügt, um die Partner zu besänftigen, wurde zwar eine Zeitlang genährt, aber sie dürfte doch wohl endgültig verflogen sein. Dafür sind die Aussichten zu wenig erfolgversprechend, wird an dem ernsten Willen gezweifelt, tatsächlich etwas zu ändern. Auch Absprachen zwischen der EG und den USA helfen nicht mehr, selbst wenn sie zustandekommen sollten. Es muß etwas geschehen.

Der Hinweis der EG, daß nicht der gemeinsame Agrarmarkt, ein Pfeiler der EG, beseitigt werden kann und daß dies auch Grundlage der bisherigen Absprachen war, ist richtig. Richtig ist auch, daß andere Länder ebenso sündigen. Aber die EG-Exporterstattungen können nicht so bleiben, wie sie sind. Und nicht nur, weil sie kaum noch bezahlbar sind.

Eine Kürzung dieser Subventionen treibt jedoch entweder die Überschüsse weiter nach oben, weil einfach weniger nach draußen verkauft werden kann. Oder: Die Preisstützung innerhalb der EG funktioniert nicht mehr. Da das aber nicht gewollt wird, bleibt nur ein gewaltiger Eiertanz. Jetzt in Punta del Este mag mit Formelkompromissen noch manches übertüncht werden können, wird die EG wohl auch Gesprächsbereitschaft signalisieren. Und da es vorerst „nur" um die Tagesordnung für die Verhandlungen geht, mag das zunächst reichen.

Und dann? Dann sind doch eigentlich jene gefordert, für die am meisten auf dem Spiel steht. Und das ist die Bundesrepublik: im Weltexport die Nummer zwei, mit einem Anteil der Ausfuhren am Bruttosozialprodukt von gut einem Drittel und wo jeder vierte Arbeitsplatz am Außenhandel hängt. Hier wird eine Vorreiter-Rolle notwendig.

Denn wenn nichts passiert, wird sich die Organisation des Welthandels ändern, wird das multilaterale System immer stärker durch bilaterale Vereinbarungen durchlöchert werden, ob sie nun unter dem Deckmantel des „fairen Handels" oder anderer Bezeichnungen propagiert werden. Im Kern werden noch stärker als bisher zweiseitige Absprachen den Warenaustausch prägen. Bei den Export-Selbstbeschränkungsabkommen gibt es heute wenigstens noch so etwas wie ein schlechtes Gewissen, weil sie dem Geist des Gatt widersprechen und als Grauzonenmaßnahme eigentlich verboten werden müßten. Aber später, wenn das Ansehen des Gatt dahin ist?

Es geht hier nicht nur um das Prinzip des Freihandels, auch wenn dahinter die Überzeugung steht, daß dies zu mehr Wohlstand für alle Partner am Welthandel führt als alle anderen Versuche. Es geht um Investitionen und um Arbeitsplätze. An welchem Markt sollen die Unternehmen sich ausrichten, auf welchen Absatz sollen sie sich einstellen, wenn der Verkauf jenseits der Grenzen nicht mehr sicher ist? Weltweit ist rund jede dritte Mark, die investiert wird, durch den Auslandsabsatz induziert. Investitionen benötigen Sicherheit, feste Spielregeln für den Außenhandel, wie sie im Gatt kodifiziert sind. Das steht alles auf dem Spiel, wenn sich jetzt die Gemeinschaft in der leidigen Agrarfrage nicht bewegt.

„Grip" bei International Finance

Dritte Welt entdeckt zunehmend die privaten Unternehmen

Sbt. **Washington**

So aktiv wie noch nie zuvor war die International Finance Corp. (IFC), der privatwirtschaftliche Arm der Weltbank, in ihrem Ende Juni abgelaufenen Geschäftsjahr 1986. Sie steigerte die Gesamtinvestitionen in der Dritten Welt auf 1,16 Mrd. Dollar, wobei 710 Mill. Dollar – ein Zuwachs von 16.4 Prozent – aus eigenen und 446 Mill. Dollar aus fremden Quellen kamen. Einschließlich der Eigenmittel hatten die 85 Projekte in 39 Entwicklungsländern einen Wert von 3,5 Mrd. Dollar.

Das gute Ergebnis kommt nicht von ungefähr. Festgestellt hat die IFC, wie ihr Leiter Sir William Ryrie erklärte, in der Dritten Welt „eine graduelle Veränderung zugunsten privater Unternehmen". Deutlich wurde dieser neue Trend in Brasilien, Mexiko, Indien, Pakistan, Bangladesch, Marokko und der Türkei. Das Schwergewicht der Beteiligungen lag in den Bereichen Textilien, Öl und Erdgas, Tourismus, Pharmazeutika, Bergbau und Finanzinstitute.

Gegenüber 1985 sank der Reingewinn von 28,3 auf 25,4 Mill. Dollar, was allerdings auf die erhöhten Zuführungen zu den Rückstellungen zurückzuführen ist, womit dem schwierigen Geschäftsklima Rechnung getragen wurde. Besonders unterstützt wurden beispielsweise Kleinbetriebe in Afrika südlich der Sahara sowie Regierungen, die ausländische Investitionen in Sachwerte und Anleihen fördern wollen. Ein herausragendes Beispiel war Südkorea.

Allein 300 Mill. Dollar hat sich die IFC 1986 von der Weltbank, dem wichtigsten Geldgeber, und 350 Mill. Dollar von den Kapitalmärkten geborgt – hauptsächlich Dollar, Mark, Schweizer Franken und Ecu. Eine Kapitalerhöhung um 650 Mill. Dollar ist im Dezember von den Gouverneuren genehmigt worden. Eingeführt hat das Institut innovative Instrumente wie Investitionsgarantien („Grip") und – auf Wunsch Chinas – einen Investitions-Beraterdienst.

Höchste Abgaben in Schweden

VWD, **Paris**

Bei den Steuern und Pflichtabgaben innerhalb der OECD liegt die Bundesrepublik im Mittelfeld. Wie aus einer Statistik der OECD hervorgeht, ergab sich für die Bundesrepublik im vergangenen Jahr eine Gesamt-Abgabenlast von 37,97 Prozent gemessen am Bruttosozialprodukt. Am höchsten war die Abgabenlast mit 50.6 Prozent in Schweden, am niedrigsten mit 15.6 Prozent in der Türkei. Der OECD-Mittelwert lag mit 37.11 Prozent nur knapp unterhalb der deutschen Rate.

Aus der Statistik ergibt sich auch, daß die deutschen Steuereinnahmen im vergangenen Jahr fast wieder das Niveau von 1980 erreicht haben, als ihr Anteil 38 Prozent des gesamten Bruttosozialproduktes ausmachte. Sie waren 1981 auf 37,57 Prozent und 1982 auf 37,44 Prozent gesunken, ehe sie 1983 wieder auf 37,45 Prozent und 1984 auf 37.73 Prozent anstiegen. Der OECD-Durchschnitt ist in dieser Zeit kontinuierlich angestiegen. Seit 1980, wo der Anteil „nur" 35.26 Prozent betragen hatte, ergibt sich damit ein relativer Anstieg von gut fünf Prozent.

PERSONALIEN

Wilhelm Heimes (42), bisher Ressortleiter Gastronomievertrieb in der Unternehmensgruppe Pott-Racke-Dujardin, Bingen, wird mit Wirkung vom 1. November 1986 Bereichsleiter Marketing und Vertrieb Schreibgeräte bei der Schwan-Stabilo Schwanhäuser GmbH + Co., Nürnberg.

Joachim Hospe, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit der Degussa AG, Frankfurt, verläßt das Unternehmen mit Wirkung vom 30. September 1986, um in München neue Aufgaben wahrzunehmen. Sein Nachfolger wird Dr. **Hans-Joachim Nimtz**, Historiker, der nach dem Studium in Oxford und Heidelberg als Journalist und Chefredakteur im In- und Ausland tätig war.

Dr. **Klaus Tiedje**, Vorstandsmitglied der Südwestbank AG, Stuttgart, vollendet am 17. September sein 60. Lebensjahr.

Die Architekten **Rudolf Henning** und **Karl-Heinz Jennebach** sind zu Geschäftsführern der PGS Planungsgesellschaft mbH, Architekten/Ingenieure, eine Tochtergesellschaft der AEG, bestellt worden. Der bisherige Geschäftsführer **Gerhard Schmieder**, trat am 31. August 1986 in den Ruhestand.

Margret Thatchers Winterschlußverkauf

Privatisierung von drei staatlichen Großunternehmen für acht Milliarden Pfund

WILHELM FURLER, **London**

Böse Zungen sprechen von Margret Thatchers Vorweihnachts- und Winterschlußverkauf, die oppositionelle Labour-Partei bechuldigt die Regierung in London gar des „Ausverkaufs von Volksvermögen zu Schleuderpreisen." Die Rede ist von einem weiteren Akt im Privatisierungsprogramm der Regierung Thatcher, der in den nächsten Wochen und Monaten über die Londoner Börsenbühne läuft und der in seinem Ausmaß so gigantisch ist wie keiner je zuvor.

Zwischen Ende dieses Monats und Anfang Febraur nächsten Jahres, also in einem Zeitraum von nur 18 Wochen, werden drei britische Großunternehmen zu einem geschätzten Gesamtwert von bis zu acht Mrd. Pfund (Knapp 24.5 Mrd. DM) an der Börse eingeführt. Den Anfang macht die Sparkassenorganisation Trustee Savings Bank (TSB) mit knapp 1.5 Mrd. Pfund (4.575 Mrd. DM), gefolgt im November von der British Gas zu rund 5.5 Mrd. Pfund (16,775 Mrd. DM). Ende Januar, spätestens Anfang Februar schließlich ist die Privatisierung der staatlichen Fluggesellschaft British Airways für bis zu eine Mrd. Pfund (3,05 Mrd DM) an der Reihe.

Im Prinzip handelt es sich bei der Umwandlung der TSB in eine Aktiengesellschaft gar nicht um eine Privatisierungsaktion, da der Eigentümer der ursprünglich als Treuhandgesellschaft geführten Sparkassenorganisation nicht zu definieren ist. Zwar hat das House of Lords nach langem Hin und Her vor kurzem in einem Grundsatzurteil entschieden, daß das TSB-Vermögen dem Staat gehört. Dennoch fließen die aus der Börseneinführung zu erwartenden 1,5 Mrd. Pfund (1.496 Mrd. Aktien zu Emissionskurs von je einem Pfund) abzüglich von 230 Mill. Pfund für Bonus-Aktien und freie Aktien für Mitarbeiter ausschließlich der Sparkassenorganisation zu.

Bis zum 24. September müssen die Anträge zur Zeichnung von TSB-Aktien vorliegen. Der offizielle Handel wird am 8. Oktober aufgenommen. Die TSB-Führung hofft, letztlich mindestens eine Million Anleger anzuziehen. In erster Linie sollen es nach den Vorstellungen der Regierung und der Geschäftsführung Spar-Einliger, Mitarbeiter und Klein-Investoren sein. So wird Sparern, die vor dem 17. Dezember 1984 ein Konto bei der TSB unterhielten, eine Aktienzuteilung garantiert.

Im November wird mit der Privatisierung von British Gas die größte Verkaufsaktion in der Geschichte der Weltbörsen in Angriff genommen. Dabei wird die Staatsgesellschaft zum Zeitpunkt ihres Börsenverkaufs mit einem Verschuldungsposten in Höhe von 2,5 Mrd. Pfund (7,625 Mrd. DM) belastet. Damit soll British Gas daran gehindert werden, nach der Privatisierung mit einem zu großen Wettbewerbsvorteil die britische Öl- und Gaswirtschaft zu dominieren.

Der Emissionsprospekt für die British Airways-Privatiserung wird zwischen Weihnachten und Neujahr veröffentlicht. Um auch bei dieser Privatiserung den Aktienbesitz so weit wie möglich zu streuen, werden Investoren, die ihre Beteiligung sehr lange halten wollen, Bonus-Aktien angeboten. Den knapp 39 000 Mitarbeitern werden besonders günstige Bezugs-Konditionen eingeräumt.

Japan soll die Märkte öffnen

Delors bittet Nakasone zu Gesprächen auf Ministerebene

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Mit wachsender Ungeduld erwartet die EG neue Anstrengungen Japans zur Öffnung seines Marktes. Um den Forderungen der Gemeinschaft Nachdruck zu verleihen, hat Kommissionspräsident Delors Premierminister Nakasone deshalb für möglichst bald um Konsultationen auf Ministerebene ersucht.

In dem Schreiben heißt es, den „positiven Orientierungen" der japanischen Regierung zur Milderung des Ungleichgewichts im Handel müßten endlich konkrete Maßnahmen folgen. Die letzten Verhandlungen auf technischer Ebene hätten zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt und auch die Gespräche zwischen persönlichen Beauftragten von ihm und Nakasone seien fruchtlos geblieben.

Das Defizit der EG im Warenverkehr steuert inzwischen auf einen neuen Rekord zu: ehe die japanischen Exporte in die Gemeinschaft in den ersten acht Monaten dieses Jahres in Yen um 8,7 Prozent und in Dollar um 55,8 Prozent zunahmen, gingen die Bezüge aus der EG in japanischer Währung um 2,3 Prozent zurück (in Dollar wurde immerhin eine Zunahme um 38,7 Prozent verzeichnet). Experten rechnen für das laufende Jahr mit einem japanischen Ausfuhrüberschuß von über 20 Mrd. Dollar.

Die EG macht sich vor allem Sorgen, daß die durch die starke Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar bewirkte Erschwerung der japanischen Ausfuhren nach Amerika für einen um so größeren Druck auf dem europäischen Markt führt. Die japanischen Exporte in die USA sind seit Jahresbeginn um 25.4 Prozent (in Dollar) bzw. 12.7 Prozent (in Yen) zurückgegangen, wozu auch eine Reihe von Vereinbarungen über freiwillige Exportbeschränkungen beigetragen haben.

Streit gibt es neuerdings auch über die von Japan geplanten Sicherheitsnormen für Wintersportartikel und Skischuhe. Die EG-Hersteller, die über einen erheblichen Marktanteil in Japan verfügen, betrachten diese Normen als eine protektionistische Maßnahme. Auch die extreme Besteuerung importierter Spirituosen stellt nach Meinung der EG eine unzulässige Diskriminierung dar.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

IBM spart ein

Armonk (VWD) – Mit der Einsparung von 4000 Mitarbeitern im laufenden und 8000 Mitarbeitern im kommenden Jahr will der größte amerikanische Technologiekonzern seine Kosten weiter reduzieren. Ein Plan sieht den vorzeitige Ruhestand bei Aufstockung der Pensionieszusagen vor.

Rekord für Automechanika

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einem die Messeleitung rundum zufriedenstellenden Erfolg ging am Sonntag die 9. Automechanika-Messe in Frankfurt zu Ende. An sechs Ausstellungstagen wurde auf der größten Internationalen Fachmesse für Ausrüstung von Werkstätten und Tankstellen, Autoersatzteile und Kraftfahrzeugzubehör die Rekordzahl von 140 000 Besuchern registriert.

Isolierte Zinssenkung

Paris (J.Sch) – Der Credit Lyonnais, Frankreichs zweitgrößte (noch) verstaatlichte Großbank, wird heute als einzige den bisher von allen Banken einheitlich festgesetzten Basiszins von 9,60 Prozent auf 9,45 Prozent ermäßigen.

Peugot-Renault-Ergebnis

Paris (J. Sch.) – Die französische Automobilkonjunktur hat sich überraschend stark belebt. Während Renault im August 21,8 Prozent und die Peugeot-Gruppe sogar 26 Prozent zulegen konnten, brachten es die Importwagen auf eine Absatzsteigerung von nur 3.9 Prozent. Im Achtmonatsvergleich waren sie allerdings mit plus 7.5 Prozent besser als Peugeot (minus 0,4 Prozent), während Renault 8.9 Prozent zulegte.

Chemie: positive Stimmung

Frankfurt (adn) – Trotz eines Produktionsrückgangs um 1,5 Prozent im ersten Halbjahr ist die Grundstimmung in der hessischen Chemie weiterhin positiv. Die Auftragsbestände haben inzwischen wieder normales Niveau erreicht, teilt der hessische Chemie-Arbeitgeberverband mit. Die Kapazitätsauslastung betrage zur Zeit 83 Prozent. Die Investitionspläne zeigen nach oben. Die Beschäftigtenzahl dürfte in diesem Jahr um drei Prozent steigen, meint der Arbeitgeberverband.

Fermenta verkauft Tochter

Stockholm (VWD) – 32 Prozent der stimmberechtigten Aktien hat der schwedische Biotechnologie-Konzern Fermenta an drei Investoren verkauft. Zudem verkaufte Fermenta ihre US-Tochter Fermenta Plant Protection und verhandelt über den Verkauf einer weiteren Tochter in Italien.

Lufa-Kongreß

Oldenburg (dpa/VWD) – Der Einsatz sogenannter Leistungsförderer in der Tierproduktion ist Schwerpunktthema des 98. Kongresses der Vereinigung Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten (VDLUFA), der heute in Oldenburg beginnt. Bis zum Sonnabend werden rund 600 Teilnehmer aus 14 Staaten erwartet.

Einbruch am Rentenmarkt

Große Nervosität wegen des Zinsanstiegs in den USA

Der Rentenmarkt hat in der letzten Woche im Gefolge des kräftigen Zinsanstiegs in den USA einen deutlichen Einbruch erlebt. Ursache ist allerdings weniger ein drängendes Rentenangebot als vor allem die Nervosität der Profis; ihnen fällt es angesichts der Hektik und der sich oft widersprechenden Erklärungen für die unter Schwankungen aufwärts gerichtete Zinsentwicklung in den USA schwer, den Trend halbwegs zuverlässig einzuschätzen, der nun einmal wegen der engen Verflechtung der Märkte auch bei uns die Grobrichtung anzeigt. Einige Spekulanten, die vom Wiederanstieg der Zinsen auf dem falschen Fuß erwischt worden waren, haben inzwischen Kasse gemacht. Die Marktbereinigung dürfte damit allerdings nicht nicht abgeschlossen sein. (cd.)

Emissionen	12.9. 86	5.9. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5.41	5.26	5.91	6.58	7.38
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,80	5.61	6.24	6.72	7.72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5.46	5.34	5.99	6.56	7.83
Schuldverschreibungen der Industrie	5.06	5.92	6.31	6.94	8.24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5.50	5.42	6.04	6.65	7.80
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5.14	5.07	5.64	6.34	7.64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6.14	6.00	6.73	7.14	7.20
Inländische Emittenten insgesamt	5.50	5.41	6.03	6.64	7.39
DM-Auslandsanleihen	6.41	6.27	6.82	7.20	8.08



DLG-Ausstellung in Frankfurt

Landwirtschaftsschau ab 1989 parallel zur Agritechnika

dos, Hannover

Was sich auf der DLG-Ausstellung im vergangenen Mai in Hannover bereits abzeichnete, ist nunmehr Wirklichkeit geworden: Im Wettstreit um die Ausrichtung der Landwirtschaftsschau sind die Würfel zugunsten Frankfurts gefallen. Nach eingehenden Beratungen mit den Tierzüchtern und der Landmaschinenindustrie, so heißt es in einer Mitteilung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), sei diese Entscheidung vom Vorstand getroffen worden. Die für 1988 in München vorgesehene DLG-Ausstellung findet danach bereits nicht mehr statt.

Das neue Konzept sieht vor, daß ab 1989 jeweils Ende November parallel zur alle zwei Jahre stattfindenden Agritechnica eine neue internationale DLG-Fachausstellung für Tierzucht und Tierhaltung unter dem vorläufigen Namen „Tier & Technik" stattfindet. Sie soll die Tradition der weltweit beachteten DLG-Tierschauen, die bislang in Hannover und Frankfurt angesiedelt werden, fortführen.

Die DLG unterstellt bei ihrer Entscheidung, daß durch das Festlegen auf einen Standort und einen bestimmten Termin die internationale Bedeutung der DLG-Schau gestärkt wird. Die wachsende Exportorientierung der deutschen Tierzüchter und der deutschen Landmaschinen- und Ackerschlepperindustrie spiele dabei die entscheidende Rolle.

Hintergrund des neuen Ausstellungskonzeptes der DLG ist der seit geraumer Zeit schwelende Interessenskonflikt der Aussteller-Hauptgruppen. Nachdem sich die Landtechnik erstmals 1985 mit der Agritechnica verselbständigt hatte und die DLG-Ausstellung in Hannover nicht beschickte, suchten auch die Tierzüchter nach einer neuen Präsentationsform. In Frankfurt wurde sie nunmehr gefunden.

Zunehmende Unruhe am Getreidemarkt

Der Ölpreisverfall läßt die Nachfrage stagnieren – Entscheidender Einfluß der UdSSR

HL. Bonn

„Indien liefert 100 000 Tonnen Getreide als Nahrungsmittelhilfe nach Vietnam." Diese Nachricht verwundert. Hatte das Land nicht immer selbst riesige Hilfslieferungen zur Ernährung seiner Bevölkerung erhalten? Für frühere Jahre trifft dies zu. Doch wie vielen anderen Staaten der Dritten Welt ist es Indien inzwischen gelungen, seine Produktion in der Landwirtschaft derart zu steigern, daß jetzt Überschüsse für den Export zur Verfügung stehen.

Dies zum Nachteil der traditionellen Getreidelieferanten am Weltmarkt, die bisher einen Teil ihrer anfallenden Überschüsse in den bedürftigeren Ländern unterbringen konnten. In der letzten Zeit haben überhaupt immer mehr Entwicklungsländer mit Hilfe der Industriestaaten ihre Anbaumethoden derart verbessert, daß sie kaum noch auf Importe angewiesen sind. Zudem hat der Ölpreisverfall zahlreiche ölproduzierenden Staaten zu drastischen Einsparungen gezwungen, die sich gerade auch bei Nahrungsmittelimporten auswirkten. So hat das Opec-Land Nigeria gerade beschlossen, die Weizeneinfuhren ab Januar 1987 einzustellen, weil die notwendigen Devisen fehlen. Bisher hatte der Staat jährlich gut zwei Millionen Tonnen aus den USA bezogen.

Da aber in den Erzeugerländern die Ernten tendenziell steigen, wachsen auch die Überschüsse. Im vergangenen Jahr wurde weltweit eine Rekordernte von 1,35 Mrd. Tonnen eingebracht, im laufenden Jahr sehen die Ernteaussichten ähnlich aus. Die internationale Nachfrage kann mit diesem Angebot nicht Schritt halten. Zu Beginn dieses Jahres lagerten deshalb knapp 300 Millionen Tonnen Getreide in den Vorratsspeichern, und im nächsten Jahr sollen es nochmals 30 Mill. Tonnen mehr sein. Damit erreichen die Bestände inzwischen gut ein Viertel des jährlichen Verbrauchs. „Der Weltgetreidemarkt gerät zunehmend in Unordnung", stellt das Getreidehandelsunternehmen Toepfer International denn auch fest.

Der entscheidende Einfluß auf die Entwicklung des Marktes wird wohl auch in diesem Jahr von der Sowjetunion ausgehen. Zur Zeit stehen die Ernteaussichten des Landes bei höchstens 175 (i.V. 190) Mill. Tonnen. Der Einfuhrbedarf der UdSSR wird zwar nicht das bisherige Rekordniveau von 56 Mill. Tonnen erreichen, meinen die Experten, könnte aber nahe herankommen. Vor allem die Amerikaner versprechen sich deshalb im laufenden Jahr einiges für ihren Export. Sie erwarten selbst eine hohe Ernte (315 Mill. Tonnen) und setzen auf zusätzliche Ausfuhren in die UdSSR. Dadurch könnte ihre gesamter Getreideexport, der zuletzt unter 70 Mill. Tonnen abgerutscht war, wieder hochschnellen.

ELF Aquitaine sucht Partner

Eine Milliarde Mark für Forschung und Entwicklung

Py. Düsseldorf

Die Gruppe ELF Aquitaine, mit 56 Mrd. DM Umsatz und 1,6 Mrd. DM Nettoergebnis sowie einer Belegschaft von über 73 000 Mitarbeitern das größte Industrieunternehmen Frankreichs, steuert im Bereich Chemie, Pharmazie und Biotechnik eine stärkere Kooperation mit deutschen Unternehmen und wissenschaftlichen Institutionen an. Der Konzern, der jetzt eine Repräsentanz der Direktion Forschung, Entwicklung und Innovation in Düsseldorf eröffnet und mit dem vor allem in Offshoretechnik und Unterwassertechnologie bewanderten Elsässer Werner Dellsperger besetzt hat, will damit nicht nur die technisch-wissenschaftlichen Beziehungen vertiefen, die sich bereits in (wenn auch nicht näher bezeichneten) Unternehmenskooperationen und der Arbeit von jungen französischen Wissenschaftlern an Forschungs- und Entwicklungsaufgaben an den deutschen Universitäten niedergeschlagen haben. Man denkt nach den Worten des ELF-Vorstandsdirektors Pierre Castillon auch an Lizenzan- und -verkauf.

ELF Aquitaine, zu 67 Prozent im Besitz des französischen Staates, hat sich längst vom reinen Mineralölkonzern zu einem Mehrbereichskonzern gewandelt. Zwar machen Exploration und Produktion von Erdöl und Erdgas noch 39, deren Verarbeitung und Vertrieb weitere 34 Prozent des Konzernumsatzes aus. Jedoch liefern die relativ jungen Geschäftsbereiche Chemie und Hygiene/Gesundheit/Pharmazie bereits 19 und acht Prozent des Umsatzes. Dabei profitieren sie von etwa zwei Dritteln des gesamten Forschungsaufwands (938 Mill. DM) und 3300 der insgesamt 4000 Ingenieure und Wissenschaftler, die in diesen Bereichen tätig sind.

Als besondere Erfolge der ELF-Forschung und Entwicklung nannte Castillon unter anderem Horizontalbohrungen von Land aus in Mineralölvorkommen auf See, ferngesteuerte Unterwasser-Produktionsstationen, akustische Sonden, im Bereich der Pharmaindustrie Mittel zur Verhinderung von Blutgerinnung, Wachstumshormone sowie Prüftests für den Aids-Nachweis.

In der Bundesrepublik ist ELF über die ELF Aquitaine Deutschland GmbH, Düsseldorf, und 15 Tochtergesellschaften oder Beteiligungen vertreten. Sie setzten 1985 rund 3,5 Mrd. DM in den Bereichen Erdöl, Pharma und Chemie um.

In einer Stunde startklar

Chartergesellschaft Evex fliegt Manager quer durch Europa

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der Wunsch, anonym fliegen zu können und dennoch nicht auf hohe Sicherheitsstandards verzichten zu müssen, läßt immer mehr Manager von Linienflugzeugen auf Maschinen von Privat-Charterunternehmen umsteigen. Diese Möglichkeit, schneller auch an Orte ohne große Flugplätze zu kommen, spielt dabei eine ebenso große Rolle wie die Kosten für ein Unternehmen, das sich für seine Spitzenleute einen Privat-Jet kaufen oder leasen will.

In beiden Fällen, so der Geschäftsführer der Evex Fluggesellschaften GmbH, Düsseldorf, Heinz-Dieter Büscher, werden meist die Kosten für mindestens drei Piloten nicht beachtet. Sie sind notwendig, um nicht mit der scharfen Luftaufsicht ins Gehege zu kommen, die die vorgeschriebenen Dienst- und Ruhezeiten peinlich genau kontrolliert. Außerdem: Ein Privat-Charterunternehmen haftet als Halter für den Betrieb auch versicherungsrechtlich, kann zudem als gewerbliches Unternehmen Treibstoff-Rabatte in Anspruch nehmen. Letztendlich ist das Chartern eines rechtlich unabhängigen Unternehmens auch steuerlich um ein Drittel günstiger als eine privat genutzte Unternehmensmaschine.

Als „nicht zu unterschätzendes Werbeargument" für Privat-Chartergesellschaften sieht Büscher den Service. Evex zum Beispiel organisiert während des Aufenthalts am Bestimmungsort den Mietwagen ebenso wie die Hotelbuchung und die Tischreservierung im exklusiven Restaurant, und das auch im Ausland.

Vier Jets im Einsatz

Unter den rund 30 Privat-Chartergesellschaften in der Bundesrepublik bezeichnet sich Evex selbst als das führende Unternehmen. Nur sieben deutsche Gesellschaften haben Fluggeräte über 5,7 Tonnen und sind damit dem Bundesaufsichtsamt unterstellt. Mit dem Gründungsjahr 1978 gehört Evex zu den ältesten des Marktes. Nach jährlichen Steigerungen von 15 Prozent liegt der Umsatz heute bei rund 5 Mill. DM. Die Gesellschaft besitzt vier Jets, die älteste der sechs- bis achtsitzigen Maschinen ist gerade fünf Jahre alt (2 Cessna Citation, 1 Mitsubishi Diamond sowie eine Hawker City 125). Eine weitere, Gulf Stream (13 Sitze), fliegt fast ausschließlich für den Präsidenten von Sierra Leone.

Die Kosten pro Flugstunde liegen zwischen 2100 (Cessna Citation I) und 4000 DM (Hawker). Die Konzentration auf Jets begründet Büscher damit, daß die bevorzugten Strecken die innereuropäischen sind. Im innerdeutschen Verkehr existiere ein ausreichendes Netz von Regionalfluggesellschaften. Die Rentabilität der Flugzeuge liegt bei 400 bis 500 Flugstunden im Jahr.

Lücken im Linienverkehr

Als besonderen Vorzug nennt Büscher die Strecken, die im Linienverkehr nicht an einem Tag für Hin- und Rückflug bewältigt werden können. Das gilt für Warschau ebenso wie für Venedig, Bologna und Bilbao. Rund 90 Prozent der Evex-Aufträge sind Auslandsflüge, 60 Prozent sind langfristig geplant. Von den Restflügen ist die Hälfte sehr kurzfristig anberaumt. Innerhalb kürzester Zeit, man rechnet bis zu einer Stunde, seien die Maschinen „vom Hof".

Je Flug werden ein bis zwei Personen befördert, wobei die Personenbeförderung 90 Prozent der Flüge ausmacht, fünf Prozent sind Ambulanzflüge, drei Prozent Güterbeförderung. Der Markt der Privatanbieter (An- und Verkauf von Gerät) ist stark vom Dollarkurs abhängig. Ein hoher Dollarkurs kann daher ein Charterunternehmen leicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen. Dann ist der Verkauf der Maschinen rentabler als ihr Betrieb.

Die Evex, von dem bergischen Unternehmer Egon Evertz (64) gegründet, der sich über die hohe steuerliche Belastung privater Flüge geärgert hatte, gehört zur Hälfte der Intraha Reederei Kontor GmbH, Duisburg, und der Rhein-Maas Reederei, mit 250 Schiffen eine der größten europäischen Schiffahrtsgesellschaften. 45 Prozent des Kapitals liegen bei Klaus Seemuth (48) und fünf Prozent noch bei Egon Evertz.

Jubiläum bei der Braun AG

adh. Frankfurt

Rund 60 Mill. DM innerhalb von drei Jahren hat die Braun AG für die Erweiterung und Erneuerung ihrer Fertigung in Marktheidenfeld ausgegeben und damit gleichzeitig 500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Hausgerätefertigung in Marktheidenfeld weist das Unternehmen nicht ohne Stolz darauf hin, daß es mit modernsten Fertigungsmethoden gelungen ist, die Uhrenherstellung aus Korea wieder „heimzuholen". In Marktheidenfeld wird inzwischen kostengünstiger gearbeitet als in Korea. Mit 1500 Mitarbeitern fertigt Braun derzeit in Marktheidenfeld 35 000 Geräte täglich. Die Braun AG setzte im vergangenen Jahr 1,2 Mrd. DM um.

Eine Denkfabrik für Firmen

Erste Aufträge für das Technologie Zentrum Nord

ML. Bonn

Ein Auftragsvolumen von rund 50 Mill. DM im Jahr erwartet das vom Land Niedersachsen und der Rheinmetall, Düsseldorf, getragene Technologie Zentrum Nord (TZN) in Unterlüß bei Celle. Bei der Vorstellung des TZN in Bonn wies der Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen beim Bund, Heinrich Jürgens, darauf hin, daß das „Denkzentrum" bei Ministerien, Hochschulen und Instituten aber erst noch bekanntgemacht werden müßte.

Die Aufträge für die angelaufenen wissenschaftlichen Arbeiten kämen bisher hauptsächlich aus der Kfz-Industrie. Das TZN beschäftigt sich vor allem mit Steuerungstechnik, Sensorik, Mikroelektronik und Lasertechnik. Wie Raimund Germershausen, Vorsitzender der Geschäftsführung der Rheinmetall, betonte, waren es die guten Rahmenbedingungen, die die Projektleitung vom Standort Unterlüß überzeugten – einschließlich eines zinsgünstigen 100-Millionen-DM-Kredits vom Land.

Über 20 Firmen, die im Förderverein TNZ zusammengeschlossen sind, halten 35 Prozent der Anteile. Rheinmetall hält 40,1 Prozent, das Land Niedersachsen 24,9 Prozent des Kapitals. Die Unternehmen erwarten vom Technologiezentrum, in dem mehr als 150 Wissenschaftler arbeiten werden, einen positiven Effekt auf die Wirtschaftskraft der gesamten Region. Sie hoffen auf Wettbewerbsvorteile und Ersparnis bei den Forschungskosten.

Wochenschlußkurse

New York

	12.9.	5.9.
Adv. Micro Dev.	17,625	19,75
Aetna Life	57	60,625
Alcan Aluminium	31,5	32,75
Alcoa	36,5	39,125
Allied Signal	38,375	41,25
AMR Corp.	51,5	55,375
Amax	13,5	15,125
Am. Cyanamid	75,75	83,25
Am. Express	57,75	64,25
Am. Motors	2,5	2,75
Am. Tel. & Telegr.	23,125	24,875
Amoco Corp.	64	71,75
Asarco	14,625	17,25
Atlantic Richfield	55,125	61,125
Avon Products	32,375	34,5
Bally	14,75	16,875
Bk. of America	12	13,375
Bethlehem Steel	7,625	9,125
Black & Decker	16	17
Boeing	54,625	59,125
Brunswick	27,875	32,375
Burroughs	67	72,125
Caterpillar	46,625	49,875
CBS	131	144
Celanese	208,5	220
Chase Manhattan	37	39,875
Chrysler	37,125	39,625
Citicorp	51	54,75
Clorox	49,5	56,5
Coca-Cola	34,125	35,5
Colgate	36,625	39
Commodore	7,375	8,5
Comwth. Edison	32,75	33,5
Comm. Satellite	34,5	36
Control Data	27,25	25,875
CPC Int.	56,75	63
Curtiss Wright	54	55,625
Deere	24,125	25,875
Delta Airlines	41,75	47,75
Digital Equipm.	94,125	101,625
Dow Chemical	56,75	57,625
Du Pont	81	86,625
Eastern Gas-Fuel	27	28
Eastman Kodak	53,125	57
Enron	46,5	47,25
Exxon	66	70,375
Firestone	23,75	24,25
Fluor	14,125	15,375
Ford	52,75	58,5
Foster Wheeler	11,75	12,625
Fruehauf	47,375	47,75
GAF Corp.	31	36,25
General Dynamics	69	74,5
General Electric	71,5	77,5
General Instr.	18,625	21,125
General Motors	68,25	70,75
Gen. T. & E.	53,75	57,75
Global Nat. Res.	5,125	5,125
Goodrich	39,375	40
Goodyear Tire	31,25	34,625
Grace	47,5	50,25
Halliburton	20,375	23,375
Heinz	41	45,625
Hewlett Packard	44,625	47,75
Homestake	28,125	28,125
Honeywell	71,125	70,875
IBM	137,25	140
Int. Tel. & Tel.	49,125	53,25
Int. Paper	66,875	69,875
Jim Walter	45,125	53
Litton Industries	74,75	76,25
Lockheed Corp.	44,5	48,875
Loew's Corp.	64,125	67,75
Lone Star	27,75	30,25
Louisiana Land	29	30,75
LTV Corp.	2,125	2,25
Mc Dermott	20,125	22,875
Mc Donnel Doug.	84,5	87,375
Merck & Co.	98,375	110,375
Merrill Lynch	35,25	37,625
Mesa Petroleum	5,375	5,5
Minnesota M.	105,75	112,125
Mobil Oil	35,875	38,875
Monsanto	69,75	76
Morgan J.P.	81,75	90,625
Nat. Semiconductor	9,25	10,375
Navistar Int. Corp	6,875	8
NCR	50,75	55,25
Newmont	57,375	59,625
Owens Ill.	38,125	42,625
PanAm World	4,875	5,5
Pfizer	59	64,75
Philip Morris	64,875	73,75
Phillips Petroleum	10,5	11,25
Pittston	11,125	13
Polaroid	56,75	66
Prime Computer	20,375	21,5
Procter & Gamble	71,875	76,5
Revlon	13	14,125
Reynolds Ind.	46,125	50,75
Rockwell Int.	39,125	42,625
Rorer Group	40,375	44,625
Salomon	39,625	44,25
Schlumberger	31,5	34,5
Sears, Roebuck	39,625	44,75
Singer	52	55,75
Sperry Corp.	75,5	76,375
Stand. Oil Calif.	43,25	47
Storage Techn.	2,75	2,375
Tandy	32,125	34
Teledyne	314	375
Telex Corp.	55,375	58,375
Tesoro	8,625	9,625
Texaco	31,25	34,25
Texas Instrum.	113,25	122
Tosco	2,875	3,125
Turner Broadcast.	15,5	16,625
Trans World Corp.	23,25	28
Transamerica	33,75	36,5
Travellers	44,125	46,5
UAL	55,625	57
Unocal Corp.	21,5	24,25
Union Carbide	21,5	22,5
Union Oil of Calif.	21,5	23,5
US Gypsum	40,25	42,125
USX Corp.	20,125	20,625
United Technologies	42	45,75
Walt Disney	38	40,875
Warner Comm.	19,125	22,375
Westinghouse El.	53,5	57,875
Weyerhaeuser	35,625	38,125
Whittaker	31,625	33,125
Woolworth	38,875	44,875
Xerox	53,375	57,75
Zenith Radio	19,875	23,625
Dow Jones Index	1758,72	1899,75
Stand. & Poor's	230,68	250,48

Toronto

	12.9.	5.9.
Abitibi-Price	23,625	23,25
Alcan Alu.	43,5	45,375
Bk. of Montreal	31,25	32,125
Bk. of Nova Scotia	15,25	15,75
Bell Cda Enterprises	38	39,25
Bluesky Oil	2,9	3
Bow Valley Ind.	11,375	11,75
Brenda Mines	–	9,5
Brunswick M & Sm.	13,625	14
Cdn. Imperial Bk.	17,75	18
Cdn. Pacific Ltd.	15,375	16,375
Cominco	13,125	13,5
Coseka Res.	–	1
Denison Mines	6,125	5,625
Dome Petroleum	1,12	1,22
Domtar	31,75	34,875
Falconbridge Ltd.	19,125	19
Great Lakes Forest	23,5	23,75
Gulf Canada	14,5	14,625
Gulfstream Res.	0,46	0,48
Hiram Walker Res.	37,625	38
Hudson Bay Mng. Sp.	6,25	7,125
Husky Oil	8,75	8,75
Imperial Oil -A-	46,625	46
Inco	18,375	18,75

	17.9	5.9
Inter City Gas Ltd.	15,5	15,75
Interprov. Pipeline	41,625	41,5
Kerr Addison	16,25	16,75
Lac Minerals	24,625	25,5
Moore Corp.	30,5	32,25
Noranda Mines	19,5	19,75
Norcen Energy Res.	14,75	14,75
Northgate Expl.	5,875	6,125
Northern Telecom.	39,5	41
Nova An Alberta 'A'	5,25	5
Nu West Group	0,56	0,38
Oakwood Petrol	2,3	–
Placer Development	30,75	30,625
Provigo Inc.	17,625	19
Ranger Oil	5,5	5,625
Revenue Properties	3,75	3,1
Rio Algom	21,5	22,75
Royal Bk. of Can.	31,5	32
Seagram	80,375	85,875
Shell Canada	23,375	23,625
Sherritt Gordon	6,625	6,625
Stelco -A-	22	22,25
TransCda. PipeLines	17,5	18
Varity Corp.	2,8	2,9
Westcoast Transm.	15,125	15,625
Index TSE 300	3001,90	3107,50

Tokio

	12.9.	6.9.
Alps.	1840	1930
Bank of Tokyo	880	906
Banyu Pharma	926	980
Bridgestone Tire	701	713
Canon	970	980
Daikin Kogyo	616	645
Daiwa House	1650	1700
Daiwa Sec.	2310	2350
Eisai	1550	1680
Fuji Bank	1680	1700
Fuji Photo	2840	2870
Fuji Radio	2510	2680
Hitachi	995	1030
Honda	1290	1260
Ikegai Iron	555	530
Isetan	1170	1210
Ito Yokado	3820	4170
Japan Air	9310	9950
Japan Met.	342	364
Japan Syn. Rubber	381	405
Kajima	1360	1390
Kansai Elec.P.	3310	3460
Kao Soap	1490	1580

	12.9	6.9
Kawasaki H	225	247
Kawasaki S	248	258
Kirin Brewery	1410	1470
Komatsu	561	492
Kubota Iron	425	436
Kyocera	3850	3870
Makita El.	1190	1090
Marui	2580	2750
Matsushita El. Ind.	1670	1670
Matsushita El. Wk.	1590	1690
Minolta Camera	705	702
Mitsubishi Corp.	1360	1390
Mitsubishi El.	513	515
Mitsubishi Estate	2330	2470
Mitsubishi Heavy I.	630	658
Mitsui Co. Ltd	758	788
Mitsukoshi	1180	1230
Mitsumi El	1240	1300
Nihon Cement	671	640
Nikko Sec.	1970	2000
Nippon El.	990	1940
Nippon Kokan	300	300
Nippon Oil	990	988
Nippon St.	220	239
Nippon Yusen	535	580
Nissan Motor	593	628
Nomura Sec.	3470	3470
Olympus	1040	1030
Penta-Ocean	779	790
Pioneer	1990	1960
Renown	790	820
Ricoh	820	844
Sankyo	1560	1610
Seiyu Stores	1200	1310
Sekisui Pref.	1560	1600
Sharp	921	945
Shiseido	1950	2160
Sony	3720	3250
Sumitomo Bank	2200	2220
Taisei Corp	910	885
Taisho Marine	1010	1060
Takeda Chem.	2100	2270
Teijin	745	795
Tokyo Elec.	1010	1070
Tokyo Gas	950	840
Tokio Marine	1780	1850
Tokyo El. Power	6490	6520
Toray Ind.	671	722
Toshiba Elec.	745	723
Toto	1710	1770
Toyo Kogyo	380	393
Toyota Motor	1850	1780
Yamaichi	1950	2040
Yamanouchi	3130	3370
Yamaha	651	669
Yamazaki	1300	1350
Index	1498,87	1529,50

Stoltenberg gegen Zinssenkung

Niedersachsen besteht auf Stärkung seiner Finanzkraft

DOMINIK SCHMIDT, Oldenburg

Vor einer Überschätzung der weltwirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland haben am Wochenende Bundesfinanzminister Gerhart Stoltenberg und Sparkassenpräsident Helmut Geiger in Oldenburg gewarnt. Die Forderungen vor allem aus den USA nach einer expansiveren deutschen Finanz- und Geldpolitik seien nicht gerechtfertigt, sagte Stoltenberg anläßlich des 200jährigen Bestehens der Landessparkasse zu Oldenburg.

Ohnehin gingen vom derzeitigen niedrigen Zinsniveau bereits erhebliche Wachstumsimpulse aus. Selbst wenn es gelinge, im Rahmen einer expansiveren Geldpolitik eine weitere Wachstumsbeschleunigung zu erreichen, wären die Wirkungen auf das Leistungsbilanzdefizit der USA trotz der hohen Importelastizität der Bundesrepublik nur „ein Tropfen auf den heißen Stein", meinte der Bundesfinanzminister.

Geiger verwies auf die schlechten Erfahrungen von 1978, als die Bundesrepublik eine Art Lokomotivfunktion für die Weltwirtschaft übernahm. Dieses Beispiel sollte genügend abschrecken. Die Bundesbank tue gut daran, ihre bisherige Politik beizubehalten. Kein Unternehmer würde zusätzliche Investitionen vornehmen, wenn der Zins „um ein halbes Prozent zurückgeht". Auch die privaten Haushalte würden Kaufentscheidungen davon nicht abhängig machen.

Nach Geigers Ansicht wird sich der Kapitalmarktzins bis Ende dieses Jahres allenfalls graduell verändern. Nicht mehr realistisch sei die Bewertung der amerikanischen Währung, die schon jetzt viel zu niedrig bewertet sei.

Niedersachsens Finanzministerin Brigit Breuel erklärte auf derselben Veranstaltung, das Land werde seine Position zum Förderzins, der nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts voll in den Länderfinanzausgleich einbezogen werden muß, neu überdenken.

> *„Es ist gut, daß der Zentralbankrat die Leitzinsen nicht veränderte"*
>
> Helmut Geiger

Auf der am kommenden Freitag in Braunschweig stattfindenden Finanzministerkonferenz werde dieses Thema Gegenstand der Verhandlungen sein. Niedersachsen bestehe darauf, daß auch die Finanzkraft der Gemeinden in vollem Umfang berücksichtigt werden müsse. Frau Breuel: „Das Land muß wegen der Strukturprobleme auf der Stärkung seiner Finanzkraft bestehen. Die Bundesergänzungszuweisungen müssen daher stärker als bisher nach objektiven Kriterien auf der Basis der Finanzkraft nach dem Länderfinanzausgleich vorgenommen werden."

FUSSBALL / Bayern München allein noch ohne Niederlage – und schon wieder an der Tabellenspitze

Häufung von Halbheiten

Franz Beckenbauers Bilanz nach dem sechsten Spieltag der Bundesliga ist kurz und lapidar: „Vorn läuft alles normal." Titelverteidiger Bayern München hat zum ersten Mal die Führung übernommen. Die Münchener sind jetzt die einzige Mannschaft ohne Niederlage. Auch in der Statistik der obersten deutschen Spielklasse im Fußball wurden Trends nur bestätigt: 202 000 Zuschauer sprechen erneut für erhöhtes Interesse an den Spielen, insgesamt kamen schon 34 000 Besucher mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Aber nach einem verheißungsvollen Auftakt mit 42 Toren sinkt die Quote immer weiter. Diesmal waren es nur noch 20 Treffer in den neun Begegnungen. In der Torschützenliste führt weiter Wolfram Wuttke (6) vor Friedhelm Funkel (5). Auf Platz drei rückten Karl-Heinz Bührer und André Bistram zu Herbert Waas (alle vier) auf. Gleich sechs Spiele endeten unentschieden, eine solche Häufung von Halbheiten gab es zuletzt am 27. Oktober 1984. Viermal gingen Spiele 1:1 aus. Dieses Ergebnis kam in der Geschichte der Bundesliga bereits 748 Mal vor. Häufiger ist nur das 2:1 (881).



Da kann man vor Wut schon mal den Orang-Utan machen: Trainer Höher. FOTO: SVEN SIMON

Gradliniger Sturmlauf ans Tabellenende

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Das Schlimmste ist die Ohnmacht. Nicht die Enttäuschung über den letzten Tabellenplatz. Nicht der Ärger über verpaßte Torchancen. Auch nicht der erneute Frust über die vielen verschenkten Punkte. Das wäre alles zu ertragen, wenn sie in Nürnberg wenigstens eine Erklärung hätten. Oder einen Sündenbock. Dann wäre die Sache ganz einfach.

Den Trainer feuern, neue Spieler kaufen, die Mannschaft umstellen – das sind beliebte Handlungsvarianten bei Erfolglosigkeit. Bringt zwar auch nicht immer den gewünschten Erfolg, macht nach außen aber mächtig Eindruck. Zeugt es immerhin von dem Bemühen, den Niedergang nicht kampflos hinzunehmen.

Das haben sie in Nürnberg früher stets so gemacht. Mit hektischer Aktivität die Ursachen des Mißerfolgs verschleiert. Stets sind dabei die Trainer auf der Strecke geblieben – nur in Dortmund wechselten die Trainer häufiger als früher in Nürnberg. Nie zuvor hat dort ein Trainer so lange arbeiten dürfen wie jetzt Heinz Höher. Seit 988 Tagen ist er schon damit beschäftigt, das langfristige Ziel des Klubs zu verwirklichen.

„Wir wollen eine fußballerisch überdurchschnittliche Mannschaft formen", sagt Vizepräsident Sven Oberhof. „Und wir wissen, daß wir dazu Geduld brauchen." Ungewohnte Töne im Profi-Fußball, wo immer noch die Maxime herrscht, nur der schnelle Erfolg garantiere das große Geld und Erfolg sei käuflich. „In Köln haben sie drei Millionen Mark investiert, und es ist nichts dabei rumgekommen", sagt Oberhof. „Wir gehen den anderen Weg. Wir sind aus dem Nichts mit jungen Spielern angefangen und haben schon jetzt eine Mannschaft mit großer spielerischer Substanz."

Das wurde ihr erst am Samstagabend noch mal von höchster Stelle bestätigt, als Teamchef Franz Bekkenbauer vor den Fernsehkameras im Aktuellen Sportstudio seine Begeisterung für den Nürnberger Angriffsfußball offenbarte. Den Stürmer Dieter Eckstein hatte er schon eine Woche zuvor zum Lehrgang der Nationalmannschaft berufen. Doch Komplimente vom Teamchef sind kein Ersatz für verlorene Punkte.

Sie bestätigen nur, was ohnehin bekannt ist: In Nürnberg wird von jungen Spielern phantastischer Angriffs-Fußball gespielt – doch die Punkte gehen an die Gegner. Noch nie ist eine Mannschaft so geradlinig ans Tabellenende gestürmt. Sie hat mit ihrem beherzten Offensivgeist die lange unerfüllten Wünsche von Millionen Fußball-Fans erfüllt und erhielt dafür die Quittung in Form des nominellen Mißerfolgs.

Und der Mann, der diesen Geist geformt hat, wurde am Freitagabend erstmals mit den Folgen enttäuschter Hoffnungen konfrontiert. „Höher raus", riefen die Fans, nachdem der Mannheimer Bührer drei Minuten vor Schluß den schon sicher geglaubten doppelten Punktgewinn noch halbiert hatte. „Aber ein Trainerwechsel ist bei uns kein Thema", sagt Sven Oberhof. „Damit würden wir unseren eigenen Stil verraten."

Das Zeitalter des neuen Nürnberger Jugend-Stils begann vor drei Jahren mit dem Amtsantritt der drei Präsidenten Gerd Schmelzer, Sven Oberhof und Karg. Drei Mäner mit konkreten Vorstellungen. „Wir wußten: Es bedarf harter Arbeit und schmerzlicher Erfahrungen, bis wir unser Ziel von einer überdurchschnittlichen Mannschaft verwirklicht haben. Heinz Höher ist der Mann, der unser Vertrauen hat und der es mit seiner Arbeit bisher auch gerechtfertigt hat", sagt Oberhof. „Und solange wir der Meinung sind, daß er die Arbeit in unserem Sinn fortführt, bleibt er unser Trainer."

Der Vorstand bleibt selbst in der Krise gelassen. Präsident Gerd Schmelzer ist sogar in Urlaub gefahren – so groß ist das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte der Mannschaft. „Deshalb werden wir auch keine spektakulären Maßnahmen ergreifen", sagt Oberhof. Was sollten sie auch tun? Die Mannschaft spielt hervorragend. Würden die Spiele nur 50 Minuten dauern, wäre sie mit 10:2 Punkten sogar Tabellenführer. Torchancen erarbeitet sie sich stets im Dutzend.

„Aber vielleicht sind wir noch nicht reif genug", sagt Stürmer Dieter Eckstein. „Wir können nur nach vorne spielen. Hinten dicht machen – das ist nichts für uns. Wenn Bayern München 1:0 führt, dann schieben die nur noch den Ball hin und her und warten auf den Schlußpfiff. Aber dazu haben wir nun wirklich keine Lust."

So spielen sie also, wozu sie Lust haben. Schnell und offensiv. Weil das Spaß macht. Spielern wie Zuschauern. So haben sie sich das schließlich alle mal gewünscht. Und in Nürnberg haben sie das Glück, daß der Vorstand sie gewähren läßt. Ein seltener Glücksfall. Aber auch eine Bewährungsprobe für den modernen Fußball und eine Geduldprobe für den Vorstand. Noch vertrauen alle darauf, daß der Knoten irgendwann platzen muß, „weil die Mannschaft einfach zu viel Substanz hat", so Oberhof. Doch was passiert, wenn sie sich selbst nicht mehr zu helfen weiß?

Mönchengladbach weiter ohne Sieg

						Heim			Auswärts	
1. München	6	4	2	0	14:5	10:2	8:3	5:1	6:2	5:1
2. Leverkusen	6	4	1	1	16:5	9:3	11:2	6:0	5:3	3:3
3. Hamburg	6	4	1	1	12:5	9:3	7:1	6:0	5:4	3:3
4. Bremen	6	4	1	1	12:8	9:3	6:3	5:1	6:5	4:2
5. Stuttgart	6	3	2	1	15:7	8:4	9:1	5:1	6:6	3:3
6. K'lautern	6	2	3	1	12:7	7:5	6:3	4:2	6:4	3:3
7. Frankfurt	6	2	3	1	9:5	7:5	8:2	5:1	1:3	2:4
8. Schalke	6	3	1	2	11:11	7:5	8:2	6:0	3:9	1:5
9. Mannheim	6	3	1	2	9:9	7:5	7:3	6:0	2:6	1:5
10. Dortmund	6	2	2	2	11:8	6:6	4:2	3:3	7:6	3:3
11. Uerdingen	6	2	2	2	10:10	6:6	6:7	3:3	4:3	3:3
12. Bochum	6	1	4	1	9:10	6:6	5:3	4:2	4:7	2:4
13. M'gladbach	6	0	3	3	6:11	3:9	2:6	1:5	4:5	2:4
14. Köln	6	1	1	4	5:12	3:9	4:4	3:3	1:8	0:6
15. Berlin	6	1	1	4	7:16	3:9	5:10	2:4	2:6	1:5
16. Homburg	6	1	1	4	4:14	3:9	4:4	3:3	0:10	0:6
17. Düsseldorf	6	1	1	4	4:17	3:9	3:4	3:3	1:13	0:6
18. Nürnberg	6	0	2	4	8:14	2:10	5:6	2:4	3:8	0:6

Happels Mut und ein neuer Begriff: „Fußball radikal"

Von ULRICH DOST

Die Fußball-Bundesliga muß sich an einen neuen Begriff gewöhnen: „Fußball radikal". Geprägt hat ihn **Ernst Happel** (60), Trainer des Hamburger SV. Wie sehr der Österreicher noch immer sein Handwerk versteht, wie ihm doch noch immer wieder etwas Neues einfällt, obwohl es im Fußball wohl schon alles gegeben hat, wie stark seine geistige Beweglichkeit immer noch gebraucht wird – das alles zeigte er im Spitzenspiel gegen Bayer 04 Leverkusen, immerhin als Spitzenreiter ins Hamburger Volksparkstadion gereist. Daß die Leverkusener diese Spitzenposition an die Bayern abgeben mußten, lag 45 Minuten lang zunächst an ihrer eigenen Unzulänglichkeit, eine 3:0-Führung zur Pause wäre vertretbar gewesen. Doch dann zeigte ihnen ein genialer Schachzug von Ernst Happel die Grenzen auf. Und deshalb gilt: Leverkusen ist ganz bestimmt ein Team, das zur Spitzengruppe gehört, aber noch lange kein echtes Spitzenteam.

Mit 0:1 lagen die Hamburger hinten, als sich Happel zu einem radikalen Schnitt entschloß. Er ließ die Abwehrspieler **Thomas Hinz** (22) und **Dietmar Beiersdorfer** (22) in der Kabine und brachte dafür mit **Lothar Dittmer** (23) und **Frank Schmöller** (19) zwei unbekannte und unerfahrene Stürmer. Hatte nicht gerade Leverkusens Trainer **Erich Ribbeck** (49) in der letzten Saison immer wieder unerhoffte Erfolge errungen, weil er unverbrauchte und ungestüme neue Leute brachte, die für den Gegner schwer auszurechnen waren? Mit Lothar Dittmer, für 30 000 Mark vom Verbandsligaklub FC Süderelbe zum HSV transferiert, schoß dann auch ein neuer Mann in der Bundesliga Bayer 04 Leverkusen von der Tabellenspitze.

Hamburgs Präsident **Wolfgang Klein** (46) konnte sich gar nicht über den Mut und die Kaltschnäuzigkeit seines Trainers beruhigen, ein verloren geglaubtes Spiel doch noch umgebogen zu haben: „Das machen nicht viele Trainer in der Bundesliga: Hinten liegen und dann zwei Stürmer für zwei Abwehrspieler bringen." Und auch Manager **Felix Magath** (31) war von der Risikofreude seines Trainers angetan: „Den Mut wünsche ich ihm immer. So müßte er häufiger verfahren. Dann kommen auch die Zuschauer auf ihre Kosten. Wie jetzt gegen Leverkusen."

Plötzlich griffen die Hamburger mit fünf Stürmern (neben Dittmer und Schmöller noch **Heinz Gründel**, **Miroslav Okonski** und **Tobias Homp**) an und übten einen Druck aus, so daß es nur eine Frage der Zeit war, bis der Leverkusener Abwehrblock löchrig wurde. „Bei den Leverkusenern war es auf einmal so", stellte der frühere Meistertrainer **Max Merkel** (64) nach dem Spiel fest, „als wenn jemand bei einem Auto die Benzinzufuhr plötzlich unterbricht. Da lief nichts mehr."

Sind es nun die Hamburger, die dem FC Bayern München das größte Kopfzerbrechen im Kampf um die Meisterschaft bereiten? Felix Magath hatte es schon vor der Saison gesagt, und er wiederholte seine Meinung auch jetzt nach dem Sieg über Leverkusen und dem mit 9:3 Punkten vielversprechenden Start: „Mit der Meisterschaft haben wir nichts zu tun. Unsere jungen Spieler sind noch zu brav. Wir wollen einen Platz im UEFA-Pokal-Wettbewerb."

*

Höher sollten in der Tat die Anforderungen nicht an die neue, junge Hamburger Mannschaft gestellt werden. Felix Magath sieht weiterhin in Bremen, Leverkusen und Stuttgart am ehesten die Mannschaften, die den Bayern ein Bein stellen können. Für Magath sind die Leverkusener noch lange nicht in einem Atemzug mit dem Meister zu nennen, weil sie es nicht fertiggebracht haben, 45 Minuten lang den Druck der Hamburger auszuhalten. Magath: „Eine Spitzenmannschaft muß das können." Gleichwohl gab er zu, daß Hamburg schon die „beste Saisonleistung" bringen mußte, um die Leverkusener zu schlagen.

Erich Ribbeck ärgerte sich vor allem über die ersten 45 Minuten. Da habe der HSV keineswegs gut gespielt und seiner Mannschaft sei alles sehr leicht gefallen. Wenn **Christian Schreier** (27) das 2:0 geglückt wäre und **Bum Kun Tscha** (33) kurz vor der Pause nicht an HSV-Torwart **Uli Stein** (31) gescheitert wäre, dann hätten sicherlich die Lobgesänge über Leverkusen kein Ende gefunden. Christian Schreier hatte nur noch das leere Tor vor sich. Bevor der Ball aber die Linie überquerte, schlug ihn der mitgelaufene **Ditmar Jacobs** (33) noch weg. Schreier: „Ich war total erschrocken, als ich plötzlich den Jacobs sah, ich war davon ausgegangen, daß keiner mehr mitlief."



Auf Grund dieser ersten Halbzeit konnte Ribbeck tatsächlich davon sprechen, daß diese Niederlage nicht notwendig war. Was danach geschah, dafür hatte er nur ein Achselzucken übrig. Ob er nicht hätte reagieren sollen auf die Auswechslungen der Hamburger. Ribbeck: „Wieso? Ich habe doch alles erfahrene Leute in meiner Mannschaft."

Wie das aus der Sicht des Liberos aussah, schilderte **Thomas Hörster** (29): „Wir gerieten völlig durcheinander. Die Organisation stimmte nicht mehr." Wohl nur deshalb, weil von **Wolfgang Patzke** (27) und auch von Christian Schreier „nichts mehr gekommen ist", wie es Ribbeck später formulierte.

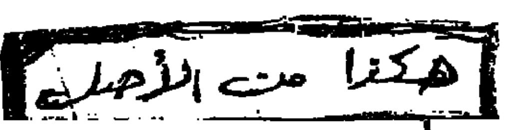
An diesem Wochenende mußten gleich drei Spieler mit ihrem neuen Verein bei dem Klub antreten, für den sie in der letzten Saison noch gespielt hatten. Für den Leverkusener **Wolfgang Rolff** (26) gab es im Hamburger Volksparkstadion keine Pfiffe. Das Hamburger Publikum hat keineswegs vergessen, welche solide Arbeit Rolff jahrelang beim HSV abgeliefert hatte. Auch **Andreas Brehme** (25) hatte bei seinem Gastspiel mit dem FC Bayern München beim 1. FC Kaiserslautern nichts zu befürchten. Brehme: „In der Pfalz sind die Leute sehr nett. Ich bin nicht ausgepfiffen worden und wurde auch nicht von den Fans angemacht. Nach dem Ende meiner Laufbahn will ich mich auch wieder in die Pfalz begeben." Brehme ist gebürtiger Hamburger.

Eine Publikumsbeschimpfung übelster Art dagegen mußte Nationaltorwart **Eike Immel** (25) über sich ergehen lassen. Die Fans in Dortmund hatten offenbar schon vergessen, daß Immel acht Jahre lang Erstklassiges für Borussia Dortmund geleistet hatte und den Klub in der letzten Saison in den Relegationsspielen gegen Fortuna Köln vor der Zweitklassigkeit bewahrte. Als Immel jetzt mit dem VfB Stuttgart im Westfalenstadion auflief, wurde der Auftritt für ihn zum wahren Spießrutenlaufen. „Du Judas", beschimpften ihn die Fans in Sprechchören, „du Hurensohn". Oder sie sangen: „Immel, du bist nervös."

Um die Stimmung nicht noch mehr anzuheizen, hatte sich Immel beim Aufwärmen erst gar nicht ins Tor gestellt. Während des Spiels war er weit aus seinem Tor herausgelaufen. Immel: „Damit ich die Beschimpfungen nicht verstehen konnte."

Über nichts hat sich der Stuttgarter mehr aufgeregt als über die Judas-Rufe. Immel: „Ich bin doch kein Judas, ich habe niemanden verraten. Schließlich wollte der Verein mich nicht mehr. Sie wollten das Geld, die hohe Ablösesumme von 1,7 Millionen Mark: Hier werden die Tatsachen verdreht." Mit Abstand und der Gewißheit, 2:1 gewonnen zu haben, meinte Immel, es sei schade gewesen, daß er nicht beide Halbzeiten im Tor stehen konnte, hinter dem die Dortmunder Fans brüllten und pöbelten. Immel: „Das war dann nur eine Aufmunterung für mich. Ich habe mir gedacht: Ich muß schon eine wichtige Person sein, wenn sich die Fans so mit mir beschäftigen."

Bei den wenigen Aktionen, bei denen er eingreifen mußte, war Eike Immel sehr konzentriert und souverän. Bei seinen ersten Spielen für die Stuttgarter sah es jedoch keineswegs so aus, als sei der teuerste Torwart der Bundesliga die hohe Ablösesumme wert. Eike Immel meinte, die Anfangsschwierigkeiten hätten einzig und allein mit seinen Verletzungen zu tun. Immer wieder mußte er sich wegen einer Leistenentzündung spritzen lassen. Doch nun seien keine Schmerzen mehr zu spüren. Beschimpfungen als Rückkehr zur Konzentration oder als Heilmittel?



ERGEBNISSE

Nürnberg – Mannheim	1:1	(1:0)
Schalke – Berlin	3:0	(0:0)
Bremen – Bochum	0:0	
K'lautern – München	1:1	(0:1)
Köln – Homburg	3:0	(0:0)
Düsseldorf – Uerdingen	1:1	(0:1)
Dortmund – Stuttgart	1:2	(0:1)
M'gladbach – Frankfurt	1:1	(0:0)
Hamburg – Leverkusen	2:1	(0:1)

DIE SPIELE

K'lautern – München 1:1 (0:1)

K'lautern: Ehrmann – Moser, Dusek, Majewski, Hoos – Schupp, Wuttke, Groh, Metz (46. Kohr) – Hartmann (61. Roos), Allievi. – **München:** Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler, Nachtweih – Mathy (84. Dorfner), Matthäus, Brehme, Rummenigge – Wohlfarth (77. Hoeneß), Kögl. – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 0:1 Rummenigge (36.), 1:1 Roos (64.). – **Zuschauer:** 36 104. – **Gelbe Karten:** Augenthaler (2), Brehme (2), Mathy.

Köln – Homburg 3:0 (0:0)

Köln: Schumacher – Olsen – Prestin, Hönerbach, Steiner – Häßler, Lehnhoff, Engels, Bein – Woodcock, K. Allofs. – **Homburg:** Scherer – Wojcicki – Hentrich, Geschlecht – Dooley, Mörsdorf, Ehrmanntraut, Knoll, Buncol – Schäfer (78. Müller), Beck (54. Freiler). – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Bein (48.), 2:0 Steiner (64.), 3:0 Woodcock (77.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karte:** Schäfer (2).

Düsseldorf – Uerdingen 1:1 (0:1)

Düsseldorf: Schmadtke – Fach – Kaiser, Keim, Wojtowicz – Bockenfeld, Weikl, Jakobs (65. Preetz), Grabotin – Dusend, Demandt. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Dämgen, Thommessen – Edvaldsson, Kirchhoff (65. Wöhrlin), Klinger, F. Funkel, Raschid (84. van de Loo) – Witeczek, Kuntz. – **Schiedsrichter:** Broska (Gelsenkirchen). – **Tore:** 0:1 Kuntz (28., Foulelfmeter), 1:1 Bockenfeld (81.). – **Zuschauer:** 8500. – **Gelbe Karten:** Bockenfeld, Weikl (2), Herget (2), F. Funkel.

M'gladbach – Frankfurt 1:1 (0:0)

M'gladbach: Kamps – Bruns – Winkhold, Borowka – Krauss, Drehsen, Brandts, Lienen (78. Budde), Frontzeck – Rahn, Thiele. – **Frankfurt:** Gundelach – Berthold – Körbel, Kraaz – Sievers, Theiss (76. Sarroca), Kraus, Möller, Binz (59. Müller) – Mitchell, Smolarek. – **Schiedsrichter:** Bruch (Bischmisheim). – **Tore:** 1:0 Rahn (59., Handelfmeter), 1:1 Körbel (88.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karten:** Lienen, Borowka, Kraaz (2).

Hamburg – Leverkusen 2:1 (0:1)

Hamburg: Stein – Jakobs – Beiersdorfer (46. Schmöller), Plessers – Kaltz, Jusufi, von Heesen, Homp, Hinz (46. Dittmer) – Gründel, Okonski. – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Zanter, Reinhardt, Hinterberger – Götz (83. Kohn), Schreier, Rolff, Patzke (78. Hausmann) – Tscha, Waas. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Tscha (10.), 1:1 von Heesen (61.), 2:1 Dittmer (77.). – **Zuschauer:** 36 000. – **Gelbe Karten:** Jakobs (2), Plessers, Zanter.

Schalke – Berlin 3:0 (0:0)

Schalke: Junghans – Hannes – Roth, Dietz (46. Grabosch) – Dierßen, Kleppinger, Thon, Schipper, Jakobs – Wegmann (46. Bistram), Täuber. – **Berlin:** Gehrke – Haller – Gerber, Brefort, Flad (75. Schweger) – Stark, Hellmann, Feilzer, Gaedke – Riedle, Yula. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 1:0 Kleppinger (60.), 2:0 Schipper (62.), 3:0 Bistram (79.). – **Zuschauer:** 19 800. – **Gelbe Karte:** Gaedke.

Bremen – Bochum 0:0

Bremen: Burdenski – Sauer – Kutzop (46. Wolter), Ruländer – Schaaf, Möhlmann, Votava, Burgsmüller, Meier – Völler, Neubarth. – **Bochum:** Zumdick – Kempe – Kree, Woelk – Oswald, Knäbel (81. Wielert), Schulz, Legars, Lameck (88. Kühn) – Heinemann, Leifeld. – **Schiedsrichter:** Schäfer (Ketsch). – **Zuschauer:** 22 838. – **Gelbe Karten:** Sauer (2), Völler, Kree (2).

Nürnberg – Mannheim 1:1 (1:0)

Nürnberg: Köpke – Reuter – Grahammer, Giske – T. Brunner, Schwabl, Lieberwirth (87. H.-J. Brunner), Philipkowski, Güttler – Andersen, Eckstein (65. Jambo). – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Kohler, Tsionanis (69. Heck) – Dickgießer, Schön, Trieb, Scholz (60. Walter), Neun – Bührer, Klotz. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Eckstein (30., Foulelfmeter), 1:1 Bührer (87.). – **Zuschauer:** 23 700. – **Gelbe Karten:** Bührer (2), Zimmermann.

Dortmund – Stuttgart 1:2 (0:1)

Dortmund: de Beer – Pagelsdorf – Hupe, Kutowski – Lusch, Zorc, Raducanu, Keser, Helmer (46. Anderbrügge) – Simmes (65. Dickel), Mill. – **Stuttgart:** Immel – Beierlorzer – Schäfer, Buchwald – Müller, Zietsch, Hartmann (80. Pasic), Sigurvinsson, Schröder – Klinsmann (88. Comminginger), Merkle. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 0:1 Hartmann (17.), 0:2 Klinsmann (52.), 1:2 Raducanu (82.). – **Zuschauer:** 36 500. – **Gelbe Karten:** Kutowski (4), Beierlorzer (2), Sigurvinsson.

VORSCHAU

Samstag, 20. 9., 15.30 Uhr:

Homburg – Nürnberg	(–:–)
Mannheim – Hamburg	(0:1)
Leverkusen – K'lautern	(3:2)
München – M'gladbach	(6:0)
Frankfurt – Bremen	(0:2)
Schalke – Dortmund	(6:1)
Stuttgart – Düsseldorf	(5:0)
Uerdingen – Köln	(3:2)
Berlin – Bochum	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Am Mittwoch findet die erste Runde im Europapokal statt. Die Spiele der Bundesligaklubs, Landesmeister: PSV Eindhoven – Bayern München, Pokalsieger: VfB Stuttgart – Spartak Trnava, UEFA-Cup: Uerdingen – FC Jena, Kalmar FF – Bayer Leverkusen, Atletico Madrid – Werder Bremen. Bereits am Dienstag spielt Mönchengladbach gegen Partizan Belgrad.

KÖLN / Erster Sieg, gleich wird gefeiert

Flotte Sprüche und Champagner – alles nur fröhlicher Selbstbetrug?

ULFERT SCHRÖDER, Köln

Es war angerichtet. Ein kräftiges Süppchen, Steaks, Fritten, ein duftiger Salat. Und Eis, so bunt wie Kölns schillernde Hoffnungen. Das Kölsch-Bier floß auch endlich wieder, und alles war wie in den besten Zeiten. Kölns fröhlicher Selbstbetrug nahm unaufhaltsam seinen Lauf.

Die Homburger waren 3:0 geschlagen, und große Siege sind am Rhein stets gebührend gefeiert worden. Allen Miesmachern zum Trotz. Die gab es auch diesmal wieder. Sie nannten die Elf des Gegners „armselig" und dieses Spiel „eines der schlechtesten", das je im Müngersdorfer Stadion gespielt worden sei.

Solchen Nörglern freilich hielt Michael Meier, der Geschäftsführer des 1. FC Köln, stellvertretend für seine beiden Vorstandskollegen Peter Weiand (Präsident) und Karl-Heinz Thielen (Vize), das entwaffnende Argument entgegen: „Wir haben gewonnen, das ist schließlich die Hauptsache, und darum ging es. Um nichts anderes."

Zur gleichen Zeit saß Thielen im Fernsehstudio und entlarvte in aller Öffentlichkeit die wahren Verursacher der schlimmen Krise: Die Presse ist es gewesen, nur die Presse. Die hat die Mannschaft in die Krise gejagt und den Klub mit dem Rücken an die Wand gestellt.

Wirklich, in solchen Stunden, wo die schlimmen Wochen vorüber und bessere Zeiten angebrochen scheinen, in solchen Stunden erreichen die Kölner ungeahnte Höhen logischer Argumentierkunst. Und die segensreiche Fähigkeit, die ganze Welt rosig zu sehen, ist dann nirgends so ausgeprägt wie in Köln. Traumfabriken wie Hollywood natürlich ausgenommen.

Im Falle Thielen freilich scheinen mildernde Umstände angebracht. Der Vize-Chef des Klubs, so wurde kolportiert, hatte zu Beginn der Woche den Trainer Georg Keßler vor die Tür setzen wollen, war jedoch von seinen Kollegen überstimmt worden. Und nun mußte er, hochnotpeinlich befragt, eine Entscheidung rechtfertigen, die nicht seine eigene war. Um alle Zweifel an der Wahrheit seiner Worte auszuschließen, verkündete er wenig später, nun bleibe der Trainer bis zum Ende der Saison. „Prost", sagten seine Zuhörer und grinsten sich eins.

Denn natürlich war dieses Spiel erbärmlich gewesen. Natürlich lief in der Kölner Elf nichts besser als zuvor. Keßlers Mannschaft schaute nur besser aus, weil sie in dieser Saison noch keinen schwächeren Gegner hatte. Der Trainer machte wieder schwere taktische Fehler: Drei Manndecker (Steiner, Prestin, Hönerbach) gegen ein Team, das mit einer Spitze (Schäfer) angriff. Im Mittelfeld statt guter Ideen und spielerischer Klarheit wieder nur blinder Eifer. Allofs der Ältere kaum am Ball, Allofs der Jüngere wegen einer fadenscheinigen Leistenverletzung auf der Tribüne. Und beim 2:0 für Köln immer noch Chancen der unbedarften Homburger.

Am Ende stellt sich Keßler hin und lobt nach einem Spiel, in dem gegnerische Angriffe kaum stattgefunden hatten, seine Abwehrhelden Steiner und Olsen. Sie seien die Besten gewesen.

Nur den wenigen Fans (6000 Zuschauer), nicht den Herren des Klubs war klar, daß hier ein astreines Absteige-Duell abgelaufen war. „Keßler raus", brüllten sie in der Kurve. Und: „Keßler, jetzt darfst du gehn." Und: „Löhr komm wieder." Nach Steak und Eisbecher, den Champagner in der Hand, stellten die Vereinsgrößen dagegen fest, nun sei der Knoten geplatzt, jetzt habe die Mannschaft und jeder andere erkannt, was in ihr stekke.

Trainer Keßler freilich konnte und wollte nicht verbergen, wie sehr er in der letzten Woche gelitten habe. „Ich habe Zeitungen gelesen, Radio gehört, Fernsehen geschaut. Das war schwer zu ertragen. Das geht nicht spurlos vorüber. Ich habe die öffentliche Kritik und die interne gehört und kein Wort davon vergessen."

Zum ersten Male, so scheint es, erkennt der unverbesserliche Optimist Keßler seine Lage, beurteilt die Situation richtig. Er weiß und fühlt: Sein Job in Köln hängt immer noch an einem seidenen Faden, der ihm schon nach der nächsten Niederlage zum Strick werden kann. Keßler ist vorsichtig geworden. Wie es weitergeht? „Da müssen Sie den Vorstand fragen. Ich werde die Mannschaft ruhig auf die Begegnung mit Uerdingen vorbereiten. Und ich habe auch vor, sie bis zum Saisonende auf die Spiele vorzubereiten."

SPORT-NACHRICHTEN

Thurau erschöpft

Trient (sid) – Mit einem Krankenhausaufenthalt endete für den Frankfurter Rad-Profi Dietrich Thurau das Straßen-Rennen um die „Barracchi-Trophäe" in Italien. Thurau fiel wegen totaler Erschöpfung vom Rad.

Meile in Rekordzeit

New York (sid) – Maricica Puica, Olympiasiegerin über 3000 m aus Rumänien, gewann in der Rekordzeit von 4:19,48 Minuten den traditionellen Meilenlauf auf der Fifth Avenue in New York.

Fehlerlose Reiter

Plovdiv (sid) – Einen hochüberlegenen Sieg feierte die Springreiter-Equipe der Bundesrepublik Deutschland beim bulgarischen CSIO in Plovdiv. Detlef Brüggemann (mit Inshallah Boy), Norbert Nuxoll (Santana) und Dirk Hafemeister (Valido) blieben ohne Fehler.

Gladbach live

Mönchengladbach (sid) – Das Hinspiel der ersten Runde im Fußball-UEFA-Pokal zwischen Borussia Mönchengladbach und Partizan Belgrad wird morgen ab 20.15 Uhr im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) live übertragen.

Etappensieg für Fernandez

Vallter (sid) – Der Spanier Juan Fernandez gewann in 4:48:48 Stunden die vierte Etappe der Katalonien-Rundfahrt über 171 km von Solsona nach Vallter vor dem Iren Sean Kelly, der 16 Sek. Rückstand hatte.

Schneller Radfahrer

Moskau (sid) – Einen Hallenbahn-Weltrekord über vier Kilometer erzielte der sowjetische Rad-Amateur Wjatscheslaw Jekimow in 4:33,307 Minuten im Rahmen der Studenten-Weltmeisterschaften in Moskau.

Rallye-Start in Hongkong

Hongkong (sid) – Vor über 50 000 Zuschauern ist zum zweiten Mal die Rallye Hongkong – Peking in der südchinesischen Hafenstadt gestartet worden. Unter den 43 Teilnehmern sind auch die beiden schwedischen Ex-Weltmeister Stig Blomqvist und Björn Waldegaard.

Donkova unterlegen

London (sid) – Beim Leichtathletik-Sportfest in London unterlag die 100-m-Hürden-Sprinterin Jordanka Donkova in 12,55 Sekunden ihrer Teamkollegin Ginka Sagortscheva mit 12,51. Edwin Moses feierte in 48,73 Sekunden über 400 m Hürden seinen 119. Sieg in Folge.

Sieger des Tages

Warendorf (dpa) – Den Ein-Tages-Wettkampf „Meister aller Meister" im Modernen Fünfkampf gewann mit 5441 Punkten der Ungar Janos Martinek. Der Berliner Christian Sandow (27) bestritt in Warendorf seinen letzten Wettkampf. Er belegte Platz 13.

Fischer kann spielen

München (dpa) – Der Kanadier Ron Fischer vom Eishockey-Bundesligaklub SB Rosenheim wird bei den A-Weltmeisterschaften in Wien (17.4. bis 3.5.87) für die deutsche Nationalmannschaft spielen können. Fischer wird dann die erforderlichen drei Jahre in der Bundesliga gespielt haben und gilt nach den Statuten des Weltverbandes als Deutscher.

Hoffmann zurückgetreten

Sindelfingen (dpa) – Frauen-Bundestrainer Ekke Hoffmann gab einen Tag vor dem Start der Handball-Bundesliga sein Traineramt beim VfL Sindelfingen ab. Hoffmann begründete seinen Rücktritt mit der Weigerung der Vereinsführung, die Mannschaft zu verstärken.

Bölts: Neuer Meister

Bühlertal (sid) – Der Dortmunder Hartmut Bölts ist neuer deutscher Berg-Meister der Radamateure. Bei den Titelkämpfen im Bühlertal entschied Bölts das Einzelzeitfahren über 9,3 km in 23:41 Minuten für sich.

Littbarski ausgebootet?

Paris (sid) – Beim 2:1-Sieg von Racing Club de Paris in der französischen Eliteliga über Paris St. Germain war Pierre Littbarski nicht beteiligt. Er mußte für Ruben Paz seinen Platz freigeben.

Langer imponierte

Sunningdale (sid) – Bernhard Langer ist bei den „European Open" der Golfprofis im englischen Sunningdale bis auf einen Schlag zu den führenden Howard Clark und Ken Brown aufgerückt. Mit einer 66er Runde spielte Langer trotz schlechter Witterung die tagesbeste Runde.

Halbfinale komplett

Frankfurt (dpa) – Nach dem Abschluß der Hockey-Bundesliga bestreiten Uhlenhorst Mülheim gegen Berliner HC und Stuttgarter Kickers gegen Gladbacher HTC die Vorschlußrunde um die deutsche Meisterschaft in Limburg.

2. Liga

DW. Bonn

Hessen Kassel, in den letzten Jahren stets ein Spitzenklub der zweiten Liga, hat seine Negativserie beendet. Die Mannschaft kam beim Aufsteiger Salmrohr zum ersten Sieg, bleibt aber hinter Essen (Trainer Horst Hrubesch soll entlassen werden) auf dem vorletzten Tabellenplatz.

DIE ERGEBNISSE

Karlsruhe – Wattenscheid	1:1	(1:0)
Essen – Aachen	0:1	(0:0)
Aschaffenb. – St. Pauli	1:2	(1:1)
Stuttgart – Oberhausen	1:0	(1:0)
Solingen – Freiburg	1:0	(0:0)
Osnabrück – Ulm	3:0	(2:0)
Hannover – Braunschweig	1:0	(0:0)
Darmstadt – Bielefeld	1:1	(0:1)
Salmrohr – Kassel	0:5	(0:1)

DIE TABELLE

1. Hannover	8	[illegible]	0	0	19:4	16:0
2. Osnabrück	8	[illegible]	1	1	16:8	13:3
3. Aachen	8	[illegible]	2	1	10:5	12:4
4. Wattenscheid	8	[illegible]	4	1	11:9	10:6
5. St. Pauli	8	[illegible]	3	2	11:7	9:7
6. Freiburg	8	[illegible]	1	3	9:7	9:7
7. Darmstadt	8	[illegible]	3	2	7:5	9:7
8. Karlsruhe	8	[illegible]	3	2	13:12	9:7
9. Stuttgart	8	[illegible]	1	3	11:11	9:7
10. Ulm	8	[illegible]	0	4	12:12	8:8
11. Saarbrücken	7	[illegible]	1	3	8:8	7:7
12. Solingen	8	[illegible]	1	4	14:17	7:9
13. Bielefeld	8	[illegible]	5	2	8:10	7:9
14. Köln	7	[illegible]	4	2	9:11	6:8
15. Braunschweig	8	[illegible]	2	4	11:10	6:10
16. Aschaffenb.	8	[illegible]	2	4	12:13	6:10
17. Oberhausen	8	[illegible]	0	5	13:15	6:10
18. Essen	8	[illegible]	3	5	10:17	3:13
19. Kassel	8	[illegible]	1	6	9:19	3:13
20. Salmrohr	8	[illegible]	1	5	8:21	3:13

DIE VORSCHAU

Freitag, 19. 9., 20 Uhr: Braunschweig – Karlsruhe, Aachen – Solingen. – **Samstag, 20. 9., 15.30 Uhr:** Köln – Salmrohr, Kassel – Osnabrück, Ulm – Stuttgart, Aschaffenburg – Darmstadt, Bielefeld – Essen, Freiburg – Hannover. – **Sonntag, 21. 9., 15 Uhr:** Wattenscheid – Saarbrücken, St. Pauli – Oberhausen.

HANDBALL / Start in die Bundesliga-Saison

Lehrstunde für Team von Erhard Wunderlich

dpa/sid, Bonn

Was für ein Start der Handball-Bundesliga: Knapp 20 000 Zuschauer, im Schnitt über 40 Tore pro Spiel, und die Aufsteiger hielten sich schon am ersten Spieltag besser, als die Prognosen erhoffen ließen.

Der TV Großwallstadt stutzte den hocheingeschätzten TSV Milbertshofen mit dem 28:17 auf das Maß zurecht, mit dem der Neuling nach den Vorschußlorbeeren künftig einzuschätzen ist, und erteilte dem Team aus München eine wahre Lehrstunde. Mit einem überragenden Siegfried Roch im Tor, einem treffsicheren Michael Paul (6) und mannschaftlicher Harmonie setzte Großwallstadt die Münchner matt. Ex-Nationaltorhüter Klaus Wöller, ein schwacher Erhard Wunderlich sowie der Jugoslawe Mile Isaokovic gingen im Sturmwirbel des TV Großwallstadt unter. Wunderlich wurde glänzend abgeschirmt. Er erzielte nur ein Feldtor und vergab zwei Siebenmeter. „Wir wollen in dieser Saison einen Europapokalplatz", erklärte Trainer Jiri Vicha. Mit dem Sieg steht Großwallstadt zum 107. Mal seit 1977 an der Spitze.

Spitze war auch die Vorstellung des VfL Hameln. Der Neuling startete keck ins Abenteuer Bundesliga mit einem 25:21-Sieg bei der SG Weiche-Handewitt. Den zweiten Auswärtserfolg beim Saisonauftakt meldete der THW Kiel, der auch ohne den verletzten Uwe Schwenker bei Frisch Auf Göppingen mit 20:19 die Oberhand behielt. Der THW stürmte mit einer taktisch klugen Leistung trotz eines 16:19-Rückstandes die Hohenstaufenhalle. „Daß wir mit unserem Mini-Aufgebot zu dieser Steigerung fähig sind, hatte ich nicht erwartet. Auf diesen Erfolg läßt sich aufbauen", meinte Manager und Aushilfstrainer Heinz Jacobsen.

TuRu Düsseldorf rettete sich mit Glück 25 Sekunden vor der Schlußsirene durch ein Tor von Richard Ratka einen Punkt beim TuS Hofweier. Die Nerven der Gastgeber und die kämpferische Steigerung in der Abwehr bei den Gästen machte die Partie nach einer 16:10-Führung für Hofweier wieder offen. In der Schlußphase hielt Torwart Lütt einen Siebenmeter von Elezovic und vereitelte drei weitere klare Chancen. Den Endstand von 22:22 hatte weder Bundestrainer Simon Schobel noch Trainer Horst Bredemeier mehr für möglich gehalten. „Mit so viel Glück hätte ich am Freitag im Lotto spielen sollen", sagte Düsseldorfs Coach.

Lemgo bestätigte einmal mehr seine Heimstärke und konnte sich beim 22:19 gegen TuS Schutterwald auf die Schuß-Qualitäten von Sigurdur Sveinsson (11 Treffer) verlassen. Der Gast aus der Ortenau schlug sich im Hexenkessel am Lüttfeld beachtlich und verlor erst im Endspurt. Manager Edgar Heuberger sah in der 40. Minute die rote Karte, als er beim Stand von 14:13 gegen eine Zeitstrafe für seinen Sohn Markus heftig protestierte.

Bereits am Mittwoch hatte der neben Meister Essen am stärksten eingeschätzte Rekordmeister VfL Gummersbach beim MTSV Schwabing verloren (21:22).

VOLLEYBALL

Titel für China. UdSSR ist weit zurückgefallen

sid, Prag

Im Volleyball praktiziert China die Gleichberechtigung der Frau mit herausragendem Erfolg. Die Damen-Nationalmannschaft verteidigte mit den beiden ehemaligen Weltklassespielerinnen Zhang Rongfang (29) und Lang Ping (25) als verantwortliche Trainerinnen bei den zehnten Titelkämpfen in der CSSR ihren 1982 gewonnenen Weltmeistertitel durch ein 3:1 im Finale gegen Kuba.

Dagegen mußten zuletzt siegreiche Volleyball-Länder in der CSSR herbe Rückschläge einstecken: Die USA landeten zwei Jahre nach der Silbermedaille von Los Angeles nur auf Rang zehn. Europameister UdSSR mußte sich am Ende sogar noch Brasilien geschlagen geben und mit Platz sechs vorliebnehmen. Die einst führenden Japanerinnen, die bislang immer unter den ersten vier standen, verzeichneten als Siebte das schlechteste Ergebnis aller Zeiten.

Das Überraschungsteam dieser Titelkämpfe kam zweifellos aus der „DDR": Nach dem fast sensationellen Vorrundenerfolg über die UdSSR drang die von Siegfried Köhler trainierte Mannschaft bis ins Halbfinale vor, ehe Kuba den Siegeszug stoppte.

Mit Platz 13, der besten Plazierung einer Vertretung des Deutschen Volleyball-Verbandes überhaupt, wurde die Mannschaft aus der Bundesrepublik Deutschland unter Wert geschlagen. Das Scheitern in der Vorrundengruppe spülte auch interne Probleme an die Oberfläche, wie das immer noch nicht realisierte Sozialmodell. Vorläufig ist wohl an bessere Plazierungen nicht zu denken.

GALOPP

Traditionelle Gestüte verlieren den Anschluß

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn

Über zwei Millionen Mark haben die Galopper aus dem Gestüt Fährhof, das dem Bremer Kaffeeröster Walther Johann Jacobs (79) gehört, in dieser Saison bereits gewonnen. Besonders erstaunlich ist dabei, daß die Fährhofer Pferde mehr gewonnen haben als die in der aktuellen Statistik auf den Plätzen folgenden Ställe Ittlingen, Surinam (Derby-Sieger Philipo), Erlengrund, Zoppenbroich, Schlenderhan und Röttgen zusammengenommen. Besonders die Traditionsgestüte Schlenderhan und Röttgen verlieren dabei mehr und mehr den Anschluß.

*

Immer stärker steigen die beiden Münchner Bankierssöhne Gerhard und Helmut von Finck in den Galopprennsport ein. Helmut von Finck (27) kaufte kürzlich für einen sechsstelligen Betrag den Derby-Sieger Philipo, deckte sich in großem Stil auf der Auktion in Deauville in Frankreich ein und kaufte auch vor einer Woche in Baden-Baden für 48 000 Mark vom Gestüt Röttgen den Jährling Spring. Sein vier Jahre älterer Bruder Gerhard trat in Iffezheim als eifrigster Käufer auf, insgesamt wechselten fünf Jährlinge für 179 000 Mark in den Besitz seines Rennstalles Theshold, auch er kaufte zuvor in Deauville.

*

Zwei renommierte Rennställe haben Probleme mit ihren Stalljockeys. Der Besitzer Jobst Ibold (44), dem das kleine Gestüt Ostenhof in Holzwickede-Opherdicke bei Dortmund gehört, ist im Stall von Trainer Harro Remmert (43) in Neuss nicht mehr mit Stalljockey Manfred Hofer (31) zufrieden. Bei Trainer Peter Lautner (50) in Düsseldorf sind zahlreiche einflußreiche Besitzer nicht mehr mit Ralf Suerland (36) einverstanden, in der nächsten Saison wird er zahlreiche Pferde des Stalles nicht mehr reiten.

*

Erneut besteht für eine deutsche Spitzenstute lebhaftes Interesse aus dem Ausland. Für die Derby-Zweite Night Line soll Besitzer Peter Hess (59) aus Wiesbaden ein Millionenangebot vorliegen. Die Stute lief gestern als eine der Favoritinnen im Deutschen Stutenpreis von Hannover. Das Rennen war bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht gelaufen.

SCHIESSEN

Positive Bilanz bei WM für die Bundesrepublik

dpa/sid, Suhl

Der Deutsche Schützenbund (DSB) kann mit dem Abschneiden bei der 44. Weltmeisterschaft in Suhl/„DDR" zufrieden sein: Drei Titel, einmal Silber und zweimal Bronze in den olympischen Disziplinen gewann die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland. Der Präsident des DSB, Andreas Hartinger aus München, zog eine positive Bilanz: „Ich bin rundum zufrieden, wenn ich auch einige Abstriche machen muß."

Bei den Titelkämpfen in der alten Waffenstadt im Thüringer Wald überzeugten in jeder Hinsicht die Luftgewehrschützen. Gold durch Hans Riederer (München) und Platz drei mit Bernhard Süß (Dürnhausen) in der Einzelwertung und der Mannschaftssieg mit Weltrekord von 1770 Punkten ist die Erfolgsbilanz in dieser Klasse. „Hier zählen wir zur absoluten Weltklasse", zollte auch Wolfgang Kindiger vom Bundesausschuß Leistungssport (BAL) Respekt. Sehr gut auch der dritte Platz von Michael Heine (Ronneberg) im 60 Schuß liegend, wo neben dem Niedersachsen noch vier weitere Schützen den Weltrekord von 600 Ringen einstellten. Gestern gewann Peter Heinz aus Espenau den Titel mit KK-Büchse, 40 Schuß stehend. Er erreichte 388 Ringe.

Eine gute Vorstellung gab auch Arndt Kaspar (Gersheim-Walsheim) mit der Freien Pistole ab, als er sich im Finale vom achten auf den fünften Platz vorkämpfte. Ansonsten machten Hartinger wie Kindiger Abstriche bei den Pistolenschützen und bei den Aktiven der Disziplin Laufende Scheibe. „Hier hat allein Peter Meserth die Erwartungen einigermaßen erfüllt", meinte Hartinger.

Mit den Damen wird man noch etwas Geduld haben müssen. Nachdem nach den Spielen von Los Angeles eine ganze Mannschaft, die zur Weltspitze zählte, zurückgetreten war, ist hier ein Neuaufbau nötig. „Die Damen, die jetzt schießen, gehören alle noch zur Juniorenklasse und müssen sich erst Stufe für Stufe nach oben arbeiten. Gute Ansätze sind da", nahm der DSB-Präsident die jungen Damen in Schutz.

Insgesamt standen die Titelkämpfe in Suhl völlig im Zeichen der Athleten aus der UdSSR. Nach 33 von 44 Entscheidungen standen die Sowjetrussen 16mal auf Platz eins.

TENNIS / Steffi Graf: Zwei Turniersiege in Tokio – Boris Becker: Fröhliche Gala in Hamburg



Tennis-Gala in Hamburg: Die Angst vor Beckers Schlägen trieb Otto beim Doppel in die Arme von Manager Ion Tiriac, der Glückwunsch des Wimbledonsiegers für jüngsten Schüler. FOTOS: WEREK/SIMON

Reden nützt nichts – 120 000 Mark für Kinderhilfswerk

Es war eine gelungene Tennis-Show (auf Einladung der „Bild"-Zeitung), eine bunte Mischung aus Sport und Spaß vor bestens gelauntem Pulikum, und es diente nicht zuletzt einem guten Zweck. Mehr als 11 500 Zuschauer erlebten zum Auftakt der Internationalen Deutschen Meisterschaften am Hamburger Rothenbaum eine Tennis-Gala um den jüngsten Botschafter des Weltkinderhilfswerks Unicef, den 18jährigen Wimbledonsieger Boris Becker.

Mehr als zwei Stunden lang beantwortete er Fragen von Fans, hetzte als Trainer acht Jungen, die unter 10 000 Bewerbern ausgelost worden waren, über das Feld oder ließ sich von Komiker Otto Waalkes beim Jux-Doppel mit Manager Ion Tiriac und Fußball-Idol Uwe Seeler die Schau stehlen. Das alles für nur zehn Mark Eintritt, darauf hatte Becker bestanden: „Ich wollte, daß jeder die Chance hat, bei diesem Tennisfest dabeizusein."

Sein Entschluß, für Unicef tätig zu werden, sei schon in den letzten zwei Jahren gereift. „Ich bin gesund und habe die Gelegenheit, kranken Kindern zu helfen", sagte Becker, „nur Reden nützt nichts, man muß einfach etwas tun." So kamen durch Eintrittsgelder, Spenden und den Erlös einer Tombala mindestens 120 000 Mark für Unicef zusammen.

Bundesministerin Rita Süssmuth, eigens für die Entgegennahme des Unicef-Schecks nach Hamburg gekommen, lobte den jungen Tennisprofi: „Es wäre schön, wenn man in Zukunft den Namen Becker nicht nur mit Tennis in Verbindung brächte. Ich freue mich über einen solchen Einsatz für eine gute Sache."

Die Einnahmen aus der Tennis-Gala sind für ein Projekt in Senegal bestimmt. Dort sollen in einem Gebiet extremer Dürre Brunnen gebaut werden. Auch ein Gesundheitszentrum soll dort entstehen, dafür werden in den beiden nächsten Jahren 1,1 Millionen Dollar benötigt. „Wir achten streng darauf, daß das Geld direkt für dieses Projekt verwendet wird", sagte Unicef-Geschäftsführerin Katharina Schippers. (DW.)

Freilos für Gesetzte

DW. Hamburg

Während das Gros seiner Konkurrenten bereits heute den Kampf um die 42 500-Dollar-Siegprämie aufnimmt, greift Wimbledonsieger Boris Becker erst am Mittwoch in die internationalen Tennis-Meisterschaften von Deutschland in Hamburg ein. Neben dem an Nummer eins gesetzten Becker haben auch die sieben Folgenden der Setzliste Freilos in der ersten Runde. Zum Auftakt trifft der 18jährige Deutsche auf den Sieger des Spieles Alexander Stepanek (Berlin) gegen Mel Purcell (USA).

Die Meisterschaft findet ohne den an Nummer zwei gesetzten Yannick Noah (Frankreich) statt. Der Sieger von 1983 sagte wegen einer Fußverletzung ab. Seinen Platz in der Setzliste nimmt nun der Schwede Joakim Nyström vor Titelverteidiger Miroslav Mecir (CSSR) ein.

Becker wird in Hamburg erstmals seit drei Jahren wieder mit dem Neusser Eric Jelen im Doppel starten – als Test für den Daviscup-Abstiegskampf gegen Ekuador Anfang Oktober in Essen.

Pause nach dem eingeplanten Sieg

dpa, Tokio

Nach Japan war Steffi Graf aus Brühl eigentlich nur gefahren, um „einfach mal etwas Neues" zu erleben, in einem Land, in dem sie noch nicht war. Erst vor zehn Tagen bei den US-Tennismeisterschaften von Flushing Meadow hatte sie ihren Vater und Manager Peter Graf zur Teilnahme am Grand-Prix-Turnier in Tokio überredet. So bewies die 17jährige eher nebenbei, daß sie im Damen-Tennis wirklich nur noch Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd zu fürchten hat.

Steffi Graf gewann das Finale vor 3500 Zuschauern gegen Manuela Malejewa aus Bulgarien mit 6:4, 6:2 und sicherte sich anschließend mit Bettina Bunge auch noch den Doppel-Sieg gegen Manuela und deren jüngere Schwester Katerina Malejewa mit 6:1, 6:7, 6:2.

„Der Sieg hier war eigentlich eingeplant", kommentierte Steffi Graf ihren Erfolg lapidar, um dann aber zu zeigen, wie tief die Enttäuschung über ihre äußerst knappe Halbfinal-Niederlage in Flushing Meadow gegen Martina Navratilova noch sitzt. „Mein größtes Ziel ist es aber, die US-Open zu gewinnen."

Trotzdem paßt der Erfolg von Tokio in eine stolze Bilanz. Denn von elf Turnieren dieses Jahres hat Steffi Graf sechs gewonnen. Zweimal unterlag sie im Endspiel, zweimal verlor sie im Halbfinale, und nur in Paris, wo sie allerdings von einer Viruserkrankung stark behindert war, schied sie im Viertelfinale aus. Dort erlitt sie gegen Hana Mandlikova aus der CSSR die einzige Niederlage gegen eine Spielerin, die nicht vor ihr in der Weltrangliste steht.

Doch der Preis des Erfolgs war auch in Japan zu spüren: Der Ausflug wurde zur harten Arbeit, aus den geplanten Besichtigungstouren wurde nicht viel. Presse und Fernsehen waren immer auf dem Sprung, ein Bild oder ein paar Worte der Weltranglisten-Dritten zu erhaschen. Schon Boris Becker war im letzten Jahr nach seinem ersten Wimbledonsieg in Tokio begeistert gefeiert worden. Steffi Graf erging es nicht anders.

Weniger anstrengend war der Kampf mit den Gegnerinnen. Einzig die Amerikanerin Wendy White hatte der jungen Deutschen einen harten Kampf geliefert und sich im Viertelfinale nur mit 6:7, 5:7 geschlagen gegeben. Doch davon zeigt sich Steffi Graf unbeeindruckt.

So waren ihr 6:4-, 6:1-Halbfinalsieg über Cathérine Tanvier (Frankreich) und der Endspielsieg über Manuela Malejewa folgerichtiges Ergebnis ihrer Selbstsicherheit und Konzentrationsfähigkeit. Schon vor dem Endspiel hatte sie gesagt: „Es ist mir egal, gegen wen ich spielen muß. Ich bin fast sicher, daß ich das Endspiel gewinne." Auch nach ihrem Sieg gegen die Bulgarin, der ihr 47 000 Dollar an Preisgeld einbrachte, betonte sie noch einmal, daß das Ergebnis ganz ihren Erwartungen entsprach: „Ich spiele gern gegen Manuela. Ich weiß in jeder Situation, was ich zu tun habe. Außerdem mag sie meinen Rückhand-Slice überhaupt nicht und war heute sehr müde. Sie hatte ja gestern ein sehr hartes Match im Halbfinale gegen Bettina."

Damit sprach Steffi Graf das famose Spiel von Bettina Bunge gegen Manuela Malejewa an, das die Bulgarin nur knapp mit 6:3, 5:7, 6:2 gewonnen hatte. Die für Aschaffenburg spielende Deutsch-Amerikanerin hinterließ im gesamten Turnier einen sehr starken Eindruck und hat nun alle Aussichten, von Platz 25 noch einmal in die absolute Weltspitze zurückzukehren. Von der guten Form der 23jährigen profitierte auch Steffi Graf. Die Paarung Bunge/Graf harmonierte hervorragend, brillierte mit unerreichbaren Returns und war der Konkurrenz in allen Spielen überlegen.

Sportlich ließ diese Turnierwoche für sie also keine Wünsche offen. Den Wunsch aber, die japanische Hauptstadt näher kennenzulernen, will sich Steffi Graf im nächsten Jahr erfüllen. „Es ist schade, daß ich überhaupt nichts gesehen habe. Deshalb komme ich gerne wieder." Vorerst allerdings legt die 17jährige eine kleine Pause ein. In drei Wochen will sie beim Grand-Prix-Turnier von Zürich starten.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 5. Spieltag: Jena – Brandenburg 2:0, Bischofswerda – Lok Leipzig 0:3, Dynamo Berlin – Union Berlin 8:1, Cottbus – Riesa 1:0, Karl-Marx-Stadt – Dresden 2:2, Frankfurt – Erfurt 0:3, Magdeburg – Aue 2:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren: Lemgo – Schutterwald 22:19, Hofweier – Düsseldorf 22:22, Weiche-Handewitt – Hameln 21:25, Schwabing – Gummersbach 22:21, Großwallstadt – Milbertshofen 28:17, Göppingen – Kiel 19:20. – **Frauen**: Sindelfingen – Frankfurt 19:18, Nürnberg – Oldenburg 15:27, Guts Muths Berlin – Leverkusen 10:15, Auerbach – Engelskirchen 20:25.

HOCKEY

Bundesliga, Feld, Herren, Gruppe Nord: Gladbach – SW Köln 1:1, Düsseldorf – RW Köln 5:2, Leverkusen – Club an der Alster 1:2, Mülheim – Hannover 12:0. – Gruppe Süd: Berlin – München 6:0, Limburg – Mannheim 5:1, Frankenthal – Rüsselsheim 3:3, Heidelberg – Stuttgart 1:4. – **Damen**, Gruppe Nord: Leverkusen – BW Köln 1:0, Mülheim – Krefeld 1:2, Klipper Hamburg – UHC Hamburg 1:1, Raffelberg – Braunschweig 2:2. – Gruppe Süd: Brandenburg – Berlin 2:0, SC Frankfurt – Charlottenburg 3:0, Eintr. Frankfurt – Stuttgart 5:1, Hanau – Stuttgart 1:0.

RINGEN

Bundesliga, 6. Wettkampftag, Gruppe West: Aldenhoven – Aschaffenburg-Damm 19,5:19,5, Mömbris-Königshofen – Bonn-Duisdorf 12:14,5. – Gruppe Süd: Freiburg-Haslach – Reilingen 17:16, Graben-Neudorf – Aalen 12,5:24,5, Nürnberg – Urloffen 16:20, Wiesental – Freiburg-St. Georgen 27,5:5.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 3. Spieltag: Saarbrücken – Jülich 7:9, Grenzau – Steinhagen 9:1. – **Damen**, 3. Spieltag: Reinickendorf – Stuttgart 9:2, Offenbach – Frankfurt 0:9, Burg Gretesch – Kaiserberg 7:9.

MODERNER FÜNFKAMPF

„Champion of Champions" in Warendorf: 1. Martinek (Ungarn) 5441 Punkte, 2. Czyzowicz (Polen) 5291, 2. Kadlec (CSSR) 5243, . . . 11. Sandow 4953, 12. Zimmer (beide Bundesrepublik Deutschland) 4725. – **WM** in Stockholm, Endstand, Einzelwertung: 1. Four (Frankreich) 5284, 2. Steinmann (Schweiz) 5130, 3. Rasmuson (Schweden) 5113, 4. Martin (Schweden) 5011, 5. Zimmer (Bundesrepublik Deutschland) 4978, 6. Guilluy (Frankreich) 4973. – Mannschafts-Wertung: 1. Frankreich 15 081, 2. Schweden 15 026, 3. Schweiz 14 589, 4. Deutschland 14 491.

SCHIESSEN

WM in Suhl/„DDR", Männer, Luftpistole (60 Schuß): 1. Basinski (UdSSR) 688,9 Ringe, 2. Potteck („DDR") 681,7, 3. Bremond (Frankreich) 681,2, . . . 23. Kaspar 573, . . . 43. Messerschmitt 570, . . . 49. Maag (alle Bundesrepublik Deutschland). – Mannschaftswertung: 1. UdSSR 1737, 2. Frankreich 1735, 3. „DDR" 1734, . . . 11. Bundesrepublik Deutschland 1712. – Freie KK-Waffe (3 × 40 Schuß), Mannschaft: 1. CSSR 3522 Ringe, 2. UdSSR 3512, 3. Frankreich 3509, . . . 14. Bundesrepublik Deutschland 3461. – Trap, Mannschaftswertung: 1. CSSR 443 Tauben (Weltrekord). – Frauen, Standard-Gewehr (3 × 20 Schuß), Einzel: 1. Letscheva 683,2 Punkte, 2. Lazarova (beide Bulgarien) 676,9, . . . 22. Sonett 570, . . . 29. Giese 567, . . . 45. Kulla (alle Bundesrepublik Deutschland) 560. – Mannschaftswertung: 1. Bulgarien 1746 (Weltrekord), 2. „DDR" 1728, 3. USA 1723, . . . 8. Bundesrepublik Deutschland 1697. – Trap: 1. UdSSR 427 (Weltrekord).

TENNIS

Damen-Grand-Prix-Turnier in Tokio, Einzel, Finale: Graf (Bundesrepublik Deutschland) – M. Maleewa (Bulgarien) 6:4, 6:2. – Halbfinale: Graf – Tanvier (Frankreich) 6:4, 6:1, M. Maleewa – Bunge (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 5:7, 6:2. – Doppel, Halbfinale: Graf/Bunge – Hobbs/White (England/USA) 6:3, 6:1. – **Grand-Prix-Turnier** in Stuttgart-Weißenhof, Halbfinale: Jaite (Argentinien) – Stenlund (Schweden) 4:6, 6:2, 6:3, Svensson (Schweden) – Gomez (Ekuador) 6:3, 7:6. – **Turnier in Genf**, Halbfinale: Leconte (Frankreich) – Bengoechea (Argentinien) 6:4, 6:3, Tulasne (Frankreich) – Miniussi (Argentinien) 6:2, 6:0.

RAD

„Baracchi-Trophäe" von Borgo Valsugana nach Trient über 96,6 km: 1. Saronni/Piasecki (Italien/Polen) 1:59:44 Std., 2. Wilson/Caroli (Australien/Italien) 2:00:33, . . . 5. Gölz/Lang (Bundesrepublik Deutschland/Polen) 2:02:38.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Gelnhausen, Männer, 100 m: 1. Schweißfurth (Kindelsberg) 10,25 Sek. – 200 m: 1. Woronin (Polen) 20,88. – 400 m: 1. Itt (Gelnhausen) 46,26, 2. Vaihinger (Sindelfingen) 46,32. – Speer: 1. Tafelmeier (Leverkusen) 77,72, 2. Gambke (Pinneberg) 74,86. – Frauen, 400 m: 1. Bussmann (Hamm) 51,86, 2. Lix (Gelnhausen) 52,23. – 5000 m: 1. Biba (Hanau) 15:36,68. – Hoch: 1. Redetzki (Leverkusen) 1,90. – Weit: 1. Hirsch (Mainz) 6,41. – **Internationales Sportfest** in London, Männer, 100 m: 1. Wells 10,31, 2. Christie (beide England) 10,33. – 200 m: 1. Black (England) 20,63. – 400 m: 1. Phillips (USA) 45,00. – 800 m: 1. Coe (England) 1:44,82. – Meile: 1. Cram (England) 3:49,49. – 2 Meilen: 1. Aouita (Marokko) 8:14,81. – 400 m Hürden: 1. Moses (USA) 48,73. – Frauen, 100 m: 1. Brisco-Hooks (USA) 11,12. – 100 m Hürden: 1. Sagortscheva 12,51, 2. Donkova (beide Bulgarien) 12,55. – Diskus: 1. Christova 68,72, 2. Mitkova (beide Bulgarien) 63,88. – Speer: 1. Whitbread (England) 65,50, 2. Thyssen (Bundesrepublik Deutschland) 59,62.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Kondor (P. Remmert), 2. Saban, 3. Clarissa, Toto: 40/12, 13, 12, ZW: 152, DW: 520, 2. R.: 1. Karras (L. Mäder), 2. Feuerschuh, 3. Arkadia, Toto: 60/22, 30, 26, ZW: 620, DW: 4508, 3. R.: 1. Wonder Boy (B. Selle), 2. Kamansora, 3. Wiedu, Toto: 16/13, 34, –, ZW: 440, DW: 924, 4. R.: 1. Derby Star (T. Potter), 2. Ultramarin, 3. Taikron, Toto: 60/18, 34, 26, ZW: 732, DW: 2948, 5. R.: 1. Halina (A. Tylicki), 2. Heimat, 3. Meerwoge, Toto: 19/13, 17, 30, ZW: 80, DW: 696, 6. R.: 1. Marquesa (B. Selle), 2. Taxeur, 3. Auensonne, Toto: 52/26, 34, 94, ZW: 636, DW: 13 960, 7. R.: 1. Karos (P. Alafi), 2. Landina, 3. Königspost, Toto: 17/11, 12, 12, ZW: 72, DW: 148, 8. R.: 1. Mister Carlos (H. Strompen), 2. Kilburn Boy, 3. Prairie Rocky, Toto: 48/13, 14, 11, ZW: 360, DW: 1148, 9. R.: 1. Fair Peace (J. Orihuel), 2. Bonfire, 3. Saluki, Toto: 52/18, 17, 22, ZW: 192, DW: 1068.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 6, 10, 14, 16, 23, 28, Zusatzzahl: 17. – **Spiel 77**: 0 3 8 0 4 2 0. – **Glücksspirale**, Endziffern: 6, 42, 865, 4606, 03157, 626175. – Los-Nummer: 5214072, 6688003, 1554745. – Prämienziehung: 680431, 921550, 197762.

SCHACH / WM

Einfacher Ausgleich

LUDEK PACHMANN, Bonn

Die 15. Partie des Schach-Titelkampfes zwischen Garri Kasparow und Anatolij Karpow endete unentschieden, Kasparow behauptete also seinen Zwei-Punkte-Vorsprung. Karpow wechselte sein Angriffsystem in der Grünfeld-Verteidigung von der Entwicklung 4.Lf4 zu der sogenannten „Russischen Variante" 4.Sf3 Lg7, 5.Db3. Dieser Aufbau führt oft zu einem scharfen Spiel, aber der von Karpow im 9. Zug gewählte Aufbau gibt – wie die Partie zeigte – dem Gegner einen relativ einfachen Weg zum Ausgleich.

Die Notation (Weiß Karpow): **1.d4 Sf6, 2.c4 g6, 3.Sc3 d5, 4.Sf3 Lg7, 5.Db3 dxc, 6.Dxc4 0-0, 7.e4 Lg4,**

Diese Verteidigungsmethode hat Smyslow vor 40 Jahren erfunden. Seither gilt sie als eine der chancenreichsten Verteidigungsvarianten für Schwarz. Ihr Sinn ist Figurendruck gegen den Weißen Bauern d4.

8.Le3 Sfd7, 9.Td1 . . .

Nach 9.Db3 Sb6, 10.Td1 Sc6, 11.d5 Se5, 12.Le2 Sxf3+, 13.gxf3 Lh5, 14.Tg1 entsteht eine sehr oft angewandte und auch analysierte Position, die zu relativ scharfen Verwicklungen führen kann. Die aus taktischen Gründen von Karpow gewählte Zugfolge gibt dem Nachziehenden neben 9. . . . Sb6 eine zusätzliche, für ihn recht solide Möglichkeit:

9. . . . Sc6, 10.Le2 Sb6, 11.Dc5 Dd6, 12.e5!? . . .

Eine wenig bekannte Fortsetzung. In der oft zitierten Partie Botwinnik gegen Bobby Fischer bei der Schach-Olympiade 1962 geschah statt dessen 12.h3 Lxf3, 13.gxf3 und nun wäre, ähnlich wie in der Partie, der Zug 13. . . . e6 günstig für Schwarz.

12. . . . Dxc5, 13.dxc Sc8,

Dies ist besser als 13. . . . Sd7, 14.Sd5. Im Unterschied zur Partie wäre jetzt der Bauer e7 nicht gedeckt. Schwarz gibt mit seinem Zug den Bauern c7 ab, weil der weiße Bauer e5 nicht lange zu retten ist.

14.Sb5 Tb8, 15.Sxc7 e6!, 16.Sb5 Sc8e7!,

Besser als 16. . . . Sxe5, 17.Sxe5 Lxe2, 18.Kxe2 Lxe5, 19.Ld4 Lxd4 20.Txd4 und der weiße Turm dringt auf d7 ein.

17.Td2 b6,

Immer noch kann Schwarz den Bauern e5 nicht schlagen, da nach 17. . . . Sxe5? 18.Sxe5 Lxe2 der Zug 19.Sxg6! unangenehm wäre.

18.cxb axb, 19.Lg5 Sf5, 20.b3 h6, 21.Lf6 Lxf3, 22.Lxf3 Sxe5, 23.Lxe5 Lxe5,

Endlich ist die Position materiell wieder ausgeglichen. Und bei ungleichen Läufern muß die Partie unausweichlich mit Unentschieden enden.

Pankraz, H. Böll und der Draht nach oben

Ein Thron steht leer. Heinrich Böll ist seit über einem Jahr begraben, Günter Grass meditiert im fernen Indien, der Posten eines „literarischen Gewissens der Nation" wäre neu zu vergeben. Aber weder das Publikum noch die Literaten selbst scheinen die Riesenvakanz überhaupt wahrzunehmen. Ist das nun ein gutes oder ein schlechtes Zeichen?

Daß eine in Sprache und Kultur geeinte Nation ein „literarisches Gewissen" braucht, war die Überzeugung der europäisch-kontinentalen Aufklärung, eine Folge der Säkularisierung. Gott galt seit damals den meisten scharfen Köpfen nur noch als Pensionär, als „Ingenieur im Ruhestand" (Hemsterhuys). Das Wort seiner irdischen Stellvertreter wurde nicht mehr ohne weiteres als natürlicher Widerpart zum Machtwort der weltlichen Gewalten akzeptiert. An seine Stelle trat nun eben das „literarische Gewissen", inkarniert in den Äußerungen eines besonders eindrucksvollen, redseligen Vertreters der Literatenzunft.

England oder die USA sahen nie die Notwendigkeit eines „literarischen Gewissens". In Frankreich verkörperte wohl zum ersten Mal Voltaire den Part, es folgten Victor Hugo, Emile Zola, Romain Rolland, Jean-Paul Sartre. Im deutschen Kaiserreich wuchs Gerhart Hauptmann als erster in die Rolle hinein, die er dann in der Weimarer Zeit mit Thomas Mann teilen mußte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Thomas Mann allein eine Zeitlang so etwas wie die gemeinsame Stimme des „literarischen Gewissens" im geteilten Land. In der Bundesrepublik konkurrierten mit ihm Rudolf Alexander Schröder und Reinhold Schneider, bis sich schließlich Böll und Grass als das neue Dioskurenpaar aus ihren Kokons herausarbeiteten.

Stets waren es Belletristen oder doch Schriftsteller mit deutlich belletristischer Ambition, die den Lorbeer des allseits akzeptierten „Gewissens" errangen. Kein Philosoph konnte da mithalten und auch kein professioneller Psychoanalytiker. Als Alexander Mitscherlich in den sechziger Jahren Funktionen des „literarischen Gewissens" beanspruchte und anfing, Personen aus Politik und Zeitgeschichte im Fernsehen auf die analytische Couch zu legen, wurde ihm das sogar von seinen Gesinnungsgenossen als Degoutanz und unerlaubter Eingriff in die Privatsphäre verübelt.

Die Sprache des „Gewissens", so zeigte sich, durfte nicht zu wissenschaftlich, nicht zu präzise und nicht zu innerweltlich klingen, sie mußte einen Hauch von Jenseits transportieren und auch eine Portion schroffer Unvermittelbarkeit und Unversöhnlichkeit. Nicht Expertenrat, sondern donnernder Richterspruch aus den Wolken heraus war gefragt, „épater le bourgeois" und „Jean Calas" und „j'accuse" und „écraser l'infame", nicht der zwar brillante, aber durch und durch biedere und gerechte Diderot, sondern der vielfarbig schillernde und letzten Endes unklare, boshafte und eitle Voltaire.

Daß verschiedene Stimmen des „literarischen Gewissens" zu ihren Lebzeiten so mächtig werden konnten, hängt zweifellos mit dem wohlbekannten Masochismus des Bürgertums und seiner politischen Repräsentanten zusammen, mit dem *schlechten Gewissen*, mit dem diese ihrerseits Führungspositionen besetzen und ausfüllen. Sie spüren, daß ihnen beim täglichen „Ringen um Kompromisse" eine wesentliche Seite des Politikmachens Hekuba bleibt, nämlich die Überhöhung der politischen Vorgänge zur Sinnmetapher. Und so machen sie sich denn ganz klein, sobald sich ein Angesehener aus dem kompromißlos schwebenden Reich der Schönen Literatur zu ihnen herabläßt, um sie mit beißender Suada an die Kleinheit oder Unmoral ihres banausischen Anliegens zu erinnern.

Das „Was" der Suada spielt dabei faktisch überhaupt keine Rolle. Das „literarische Gewissen" kann lauter baren Unsinn reden, wichtig ist allein, daß es in der vollen Schwellung göttlichen Zorns einherkommt (oder in der vollen Schmalheit des Sündenstellvertreters, der alle Schuld dieser Welt auf seine schwachen Schultern nimmt). Für die Politiker gilt es, einen Komment der Bußfertigkeit einzuhalten und die Schimpfe in Demut, zumindest mit gespielter Nachdenklichkeit entgegenzunehmen.

Als der volkswirtschaftlich versierte und durch und durch liberale, jedoch im Grunde unpolitische Bundeskanzler Ludwig Erhard seinerzeit gegen den Komment verstieß und einen typischen „Gewissensspruch" aus der Empörung seines professoralen Besserwissens heraus als „Pinscherei" verdammte, schadete er sich sehr, und keiner kam ihm damals zu Hilfe. Ganz anders der in vielem ignorante, aber politisch stets hochsensible Präsident de Gaulle. Der verfügte, als sich das „Gewissen" Sartre wieder einmal in voller Absicht gegen die Gesetze vergangen hatte, voller Selbstherrlicheit eine Aussetzung der Strafverfolgung; denn – so fügte er hinzu – „einen Voltaire verhaftet man nicht". Er hatte damit zwar das demokratische Recht eklatant gebeugt, doch rings im Lande ging ein repektvolles Gemurmel, und alle Patentdemokraten waren mit der Entscheidung einverstanden.

Nun, zur Zeit ist auch in Frankreich kein „literarisches Gewissen" mehr auszumachen. In Deutschland gäbe es zwar vom Format her einige Namen, die durchaus für die Rolle in Frage kämen (man denke etwa an Martin Walser oder Hans Magnus Enzensberger), aber die Lust dazu scheint äußerst gering zu sein. In den Augen von Pankraz ist das übrigens keineswegs ein weiterer „Abschied von der Aufklärung", sondern im Gegenteil die Vollendung der Aufklärung in einem wichtigen Bereich des Lebens. Das Gewissen der Politik hat sich offenbar so weit gekräftigt, daß sie keinen literarischen Vermittler (auch keinen säkularisierten) mehr nötig hat, um die unverstellte Stimme der Transzendenz zu vernehmen.

Wer sagt da, der Draht nach oben sei seit Bölls Tod abgerissen? Er kann auch einfach kürzer geworden sein, zum Segen für die Entscheidungskraft der Politiker.

Pankraz

Wegbereiter der modernen Plastik: Die erste große Archipenko-Retrospektive

Der Griff in den Hohlraum

Aus Anlaß des bevorstehenden 100. Geburtstags von Alexander Archipenko (1887–1964) veranstaltet die Moderne Galerie des Saarland-Museums, Saarbrücken, in ihrem großen Ausstellungspavillon eine Gedenkausstellung, in der erstmals das Erbe des Künstlers, zusammen mit dem bisherigen bedeutenden Eigenbesitz, öffentlich gezeigt wird. Der erste Eindruck ist überwältigend: ein ganzer Pavillon, ohne Kojen oder Stellwände, voll von Archipenko-Skulpturen, 123 an der Zahl. Der eintretende Besucher befindet sich unvermittelt in der schönsten und größten Museumssammlung von Archipenko-Plastik, die auf einzigartige Weise imstande ist, die Entwicklung dieses außerordentlichen Künstlers in über 50 Schaffensjahren, von 1908 bis 1963, anschaulich zu machen.

Archipenko war im Sommer 1960 nach Saarbrücken gekommen und zeigte sich beglückt über die Präsentation seiner Arbeiten im Saarland-Museum, das mit dieser Ausstellung weithin Aufmerksamkeit erregte. Seither fühlte er sich dem Museum, das zwei Jahre später auch seine Zeichnungen und Aquarelle zeigte, besonders verbunden. Ein ähnlich dankbares Verhältnis verband ihn mit dem Museum in Hagen. Dieses nämlich, das damals, noch unter Osthaus, Folkwang-Museum hieß, hatte ihm 1912 die erste Einzelausstellung überhaupt eingerichtet. Apollinaire schrieb damals den Einführungstext im Katalog.

Die Hagener Ausstellung hatte den jungen Russen mit einem Schlag bekannt gemacht. Archipenko hat das nie vergessen und vermachte in seinem Testament zu gleichen Teilen den Museen in Hagen und Saarbrükken die Gipsmodelle seiner Plastiken. Aber wie die Stadt Hagen seinerzeit das Museum Folkwang an Essen verlor, so verlor sie jetzt aus schwer begreiflichen Gründen auch wieder ihren Anteil an dem Archipenko-Erbe, das damit geschlossen dem beweglicheren Saarland-Museum zufiel.

So kann dieses nun über 100 Gipsmodelle vorstellen, die von Archipenko überwiegend wie Skulpturen farbig gefaßt oder patiniert wurden. Sie sind von unterschiedlicher Größe und reichen vom kleinformatigen Bozzetto bis zur zwei Meter hohen Skulptur. Sie stammen aus allen Schaffensphasen und geben Auskunft auch über verlorene oder unauffindbare Werke.

Man findet Werkgruppen von Bronzegüssen und Gipsmodellen vereint oder einander gegenübergestellt, so daß unmittelbare Erkenntnisse über den Schaffensprozeß möglich werden. Deswegen auch wird im nächsten Jahr ein wissenschaftliches Archipenko-Symposion sich an Ort und Stelle damit befassen, dessen Ergebnisse dann in einem zweiten Band des Ausstellungskatalogs niedergelegt werden. Der vorliegende erste Band ist ein wissenschaftlicher Katalog, in dem alle ausgestellten Werke erfaßt und abgebildet sind.

Aber nicht nur für den Spezialisten, für jeden Besucher ist die Ausstellung faszinierend durch ihre lebendige Vielgestaltigkeit, die bewegte Vielfalt ihrer Formen, durch ihre unverwüstliche Modernität, die mit Recht die Auszeichnung „klassisch" erhielt. Vieles, womit spätere Generationen sich „avantgardistisch" gerierten, finden wir im Frühwerk Archipenkos vorausgenommen.

Schon im ersten Jahrzehnt seines Schaffens führte Archipenko völlig neue Ausdrucksformen in die Plastik ein und überwand den empirischen Illusionismus der Bildhauerkunst, in der er nicht nur das Geschlossen-Körperhafte gelten ließ, sondern auch Raum, Zeit und Rhythmus zusammenfassen wollte. So führte Archipenko die Hohlform in die Plastik ein, den bewußten Kontrast zwischen konkaven und konvexen Formen. Er machte den Raum plastisch darstellbar und erlebbar, der seither in der modernen Plastik den gleichen Eigenwert besitzt wie die materielle Form und Figur. Er habe das „Ungreifbare", sagte er, in einer Form vereinigt, nämlich „Raum, Transparenz, Licht und Reflexion"; dies habe sich zur modernen Skulptur entwikkelt, zusammen mit der Negativform, denn „alles, was negativ ist, kann schließlich im schöpferischen Sinn positiv werden".

Durch diese kunsthistorische Leistung wurde Alexander Archipenko, damals gerade 25 Jahre alt, zum Bahnbrecher und Wegweiser fast aller abstrahierenden Bildhauer unseres Jahrhunderts, und Henry Moore verehrte ihn als den Meister, dem er Entscheidendes zu verdanken habe. Diesem Bekenntnis hätten sich auch Belling, Gabo und Pevsner, Laurens oder Zadkine, aber auch Tinguely und alle farbenfrohen und mit Licht operierenden Kinetiker anschließen müssen; sie alle haben dem Ukrainer Wesentliches zu verdanken, der als erster seit dem 17. Jahrhundert wieder Farbe für seine Skulpturen und Reliefs verwendete, der die „Skulptomalerei" und die „Archipentura" (eine Bildermaschine für bewegte Malerei) erfand und der neben durchsichtigem Kunststoff auch das Licht als Material in seine Plastik einbezog.

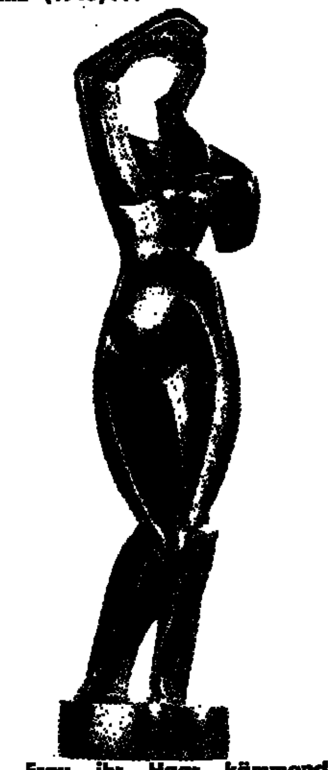
Die unermüdliche Experimentierlust hatte er wohl von seinem Vater, der als Professor für Mathematik an der Universität Kiew lehrte und als Ingenieur ein leidenschaftlicher Erfinder war. Sein Großvater malte Ikonen. Dies ist die eine Seite seines Erbes. Auf der anderen Seite schöpfte er aus den Traditionen der Weltkunst, noch in Rußland aus der byzantinischen und orientalischen; in Europa, vorzüglich im Louvre, und in Amerika studierte er mit nimmermüdem Eifer Kunst und Kultur der Ägypter und Azteken, der Griechen und Inder, der abendländischen Romanik und Gotik. Nichts blieb ihm fremd.

Darum nahm er auch niemals etwa für die Skulptomalerei ein persönliches Verdienst in Anspruch; er habe sie von den Alten gelernt, nur die Neuartigkeit der Formvorstellungen dürfe er für sich beanspruchen. Das gleiche gilt für die frühen Arbeiten, die an romanische Kapitelle oder ägyptische Blockplastik, an klassische Torsi oder an Kykladenidole erinnern. Überall zeigt er sich tief der Tradition verpflichtet, aber keiner, außer Picasso, hat sie so souverän erneuert und dem Zeitgeist anverwandelt wie dieser moderne Humanist. Vielleicht spricht uns seine Kunst deswegen so unmittelbar an, weil sie nie die Existenz des Menschen aus den Augen verliert, auch da nicht, wo sie seine Gestalt durch gewagte Farb-, Form- und Materialexperimente stilisiert, integriert und beinahe entwirklicht. (Bis 26 Okt., Katalog 48 Mark)

EO PLUNIEN



Raum, Zeit und Rhythmus: „Blauer Tanz" (1913) . . .



. . . „Frau ihr Haar kämmend" (1915) von Alexander Archipenko

FOTOS: KATALOG

Frankfurt: Bruckners 9. mit rekonstruiertem Finale

Logik der 707 Takte

Das Werk ein Torso, die Musik ein Vermächtnis: Als Anton Bruckner 1896 starb, hatte er seine 9. Sinfonie nicht mehr fertigstellen können. Der Finalsatz befand sich in einem solchen Zustand zwischen Vollendung, fertigem Entwurf und Skizze, daß es die Nachwelt geradezu provozierte, den Brucknerschen Ideen nachzuspüren und ihnen verbindliche Form zu geben. Seit 1934 ist das mehrfach geschehen; den jüngsten Versuch unternahmen die italienischen Musikwissenschaftler Nicola Samale und Giuseppe Mazzuca: „Ihr" Finalsatz war bereits in Mailand und Berlin zu hören und kam nun in Frankfurt nach weiteren Veränderungen erstmals mit den drei von Bruckner selbst vollendeten Sätzen zur Aufführung.

Samales und Mazzucas Partitur umfaßt mit 707 Takten genau 113 Takte mehr, als aus Bruckners Skizzen herauszulesen war; sie basiert auf den Gesetzen von kompositorischer Logik und Folgerichtigkeit, die die Italiener aus dem Studium der letzten 15 Lebensjahre Bruckners glaubten deduzieren zu können. Ob das nun Rekonstruktion, Nach- oder Neukomposition ist, bleibt letztlich Geschmacksache. Eine Frage sollte aber berücksichtigt werden, die auch der Bruckner-Forscher Manfred Wagner im Programmheft ansprach: Gibt es überhaupt kompositorische Folgerichtigkeit bei dem autoritätshörigen, wenig selbstbewußten Meister von St. Florian, der doch sein sinfonisches Werk ständig korrigiert hat?

Auch der Höreindruck im Rahmen der gesamten Sinfonie gab punktuelle Hinweise auf die Schlüssigkeit dieser Rekonstruktion. Im Gegensatz zu der eigentümlich gespannten Stimmung, den nie richtig aufgelösten harmonischen Verstrickungen in den drei ersten Sätzen gibt es im Finale betont heitere Passagen mit relativ banaler Funktionsharmonik, und die blockhafte Reihung der einzelnen Abschnitte, die den Bogen zum ersten Satz zu schlagen scheinen, wirken weniger organisch als bei Bruckner. Oder: Wie genial Bruckner sein Kompositionsprinzip wirklich durchgeführt hat, merkt man erst, wenn es jemand nur theoretisch nachzumachen versucht.

Das Verdienst einer insgesamt hervorragenden Aufführung bei den Rundfunkkonzerten in der Alten Oper kommt dem Radio-Sinfonieorchester Frankfurt und seinem Dirigenten Eliahu Inbal zu. Der israelische Dirigent hat sich bereits vor Jahren mit großem Erfolg für die Urfassungen der Sinfonien Bruckners eingesetzt und dabei einen spezifischen Stil entwickelt, der diese Musik stets zu einem atemberaubenden Erlebnis werden läßt: klanglich ausgetüftelt, farbig, atmend und auf Integration des Ganzen achtend.

ANDREAS BOMBA

M. Dinners Pennäler-Film „Himmelsstürmer"

Druck und Gegendruck

Der Film von Michael Dinner kommt gerade richtig zur 350-Jahr-Feier von Harvard: Auf dieser legendären amerikanischen Nobel-Universität nämlich hätte Caesar allzu gern studiert. Ein fetter Intelligenzbolzen mit wahrhaft überdurchschnittlichen Fähigkeiten. Sein Unglück ist: Er besucht ein katholisches College in New York, und die Verhältnisse dort, die sind nicht so.

Disziplin wird groß geschrieben, erfährt Michael Dunn, neu hinzugekommen, zuerst von Bruder Thadeus, dem Direktor der Schule (Donald Sutherland). Wie sehr man diese – im Grunde ja richtige – Forderung indes übertreiben kann, erlebt Michael schmerzhaft bei Klassenlehrer Bruder Constance (Jay Patterson). Ein regelrechter Sadist ist das, der die Schüler quält und prügelt, wo immer sie ihm Gelegenheit dazu geben. Und die geben sie nur allzu oft.

Solcher Druck aber führt – wie aller Druck – nur zu größerer Kameradschaft zwischen den Drangsalierten, und der Regisseur sieht seine Aufgabe nicht unwesentlich darin, zu zeigen, wie verschieden die Charaktere sind, die zu einer solchen Clique zusammenwachsen. Sie sind „Pennäler", wie du und ich es waren, den Kopf voller Streiche und ausgeliefert an ihre Lehrer; daß das Mönche sind, ist eher Zufall.

Im amerikanischen Original heißt der Film von Michael Dinner schlicht „Catholic Boys", katholische Jungs – oder richtiger: Schüler. Sein deutscher Titel „Himmelsstürmer" ist an den Haaren herbeigezogen, denn den Sturm auf den Himmel haben sie nicht im Sinn, und auch auf andere Höhenflüge lassen sie kaum hoffen.

Diese Gruppe nun durchleuchtet der Film, und er blickt in den Alltag einer Schule, wie es sie heute nicht mehr gibt. Dinner ist allerdings darauf bedacht, seinen Film immer wieder durch komische Szenen aufzulokkern. Und damit der angestrebte „Unterhaltungswert" nicht leidet, mischt er Popmusik-Klänge der 60er Jahre darunter, in denen der Film spielt.

Zudem hat er eine ganz ernste Liebesgeschichte zwischen Michael und dem Mädchen Danni erfunden, die bei der Schule eine Snackbar betreibt. Eine ganz und gar nicht romantische und doch sehr empfindsame Episode, die der Film ungemein sensibel in Bilder umsetzt. Das ist kein Zufall, denn an der Kamera steht Miroslav Ondricek – eben jener, der einst Lindsay Andersons britische Schüler-Geschichte „If . . ." ablichtete und den sich Milos Forman für seinen „Amadeus" holte. Das ist ein Glücksfall, denn dieser Film lebt nicht allein von der am Ende dramatisch zugespitzten Handlung. Zu seiner Eindringlichkeit gelangt er vor allem durch seine Bilder. Das ist bei einem solchen Thema nicht selbstverständlich.

HORST ZIERMANN

Osnabrück zeigt Hornawskys Stück „Nachlaß"

Georg Büchners Braut

Was bringt eine Liebende dazu, das Andenken ihres Geliebten zu vernichten? So fragte sich „DDR"-Autor Gerd Hornawsky, im Hauptberuf promovierter Chemiker, beim Anblick zweier Porträts von Wilhelmine Jaegle, jener Frau, die manchem als „hassenswertestes Weib der neuern Zeit" (Peter Hacks) erscheint. Es handelt sich um die Braut Georg Büchners, der man nachsagt, sie habe Tagebuch und letztes Drama des früh Verstorbenen verbrannt.

Hornawsky verglich beide Abbildungen: den warmherzigen Blick der jungen Schönheit mit den bitteren Gesichtszügen der etwa 60jährigen, und konnte nichts Hassenswertes finden. Das Schicksal der Wilhelmine Jaeglé ging ihm nach. Er machte ein Dramolett daraus, „Nachlaß oder Ein Besuch für die Vergangenheit", das in stark zusammengestrichener Form bereits einmal in der „DDR" unter dem Titel „Das Duell" zu sehen war. Die Städtischen Bühnen Osnabrück haben „Nachlaß" nun ungekürzt (wenngleich auch nicht ganz in der Urfassung, wie der Leser sehen wird) für die Bundesrepublik erstaufgeführt.

Das Zweipersonenstück erhält seine Spannung durch die Auseinandersetzung zwischen der Figur der Jaeglé und der des Wiener Literaten Karl Emil Franzos. In drei großen Szenen, in denen Franzos erst als Bittsteller, dann als Liebhaber und schließlich als Erpresser auftritt, um in den Besitz der von der Jaeglé verwahrten Hinterlassenschaft Büchners zu gelangen, entfaltet sich das Bild einer Frau, die erleben mußte, wie verständnislos die Nachwelt – sogar das eigene Elternhaus Büchners – mit dessen Erbe umgegangen ist. Franzos erinnert sie in Wesen und Erscheinung an den geliebten Verstorbenen. Ihr wird die Enge ihres nur auf Erinnerung beruhenden Lebens schmerzhaft bewußt. Dem jungen Mann gelingt es deshalb vorübergehend, die ältere Fau für sich einzunehmen und ihr die Illusion von Verständnis und Zukunft zu vermitteln. Sehr bald läßt ihr Scharfblick sie jedoch die eigennützigen Motive des Mannes erkennen.

Im Wechsel von Eigensinn, Mißtrauen, flehentlichem Verlangen nach Zuneigung, kühler Ironie und Schroffheit, hoffnungsfroher Naivität und scharfem Durchschauen der Wirklichkeit bereichert Mechthild Liesebrecht in der Rolle der Jaeglé das Theater um eine faszinierende Frauengestalt. Mario Melzer hat es als Franzos schwer, dagegen nicht farblos zu wirken. Präzise Knappheit ist Merkmal der Inszenierung von Helmut Maßel. Jede Bewegung, jeder Schritt gehorcht einer Verzahnung in Sprache und Requisit.

Merkwürdig verwaschen und beziehungslos wirkt dagegen der Schluß, in dem die Inszenierung das ursprüngliche Konzept Hornawskys verläßt. Eine plötzlich altersschwachsinnige Jaeglé kriecht am Boden zwischen unbeschriebenem Papier herum und entziffert mit einer Lupe nicht vorhandene Eintragungen Büchners. Eine typisch Osnabrücker Überraschung, die glücklicherweise kaum den guten Gesamteindruck des Stückes verwischen kann. (Weitere Vorstellungen: 16., 21. und 27. September)

DIETER PENTZEK

Die Fans halten ihm die Treue: Liedermacher Reinhard Mey

FOTO: DIETER W. WEINSTOCK

Die neuen alten Lieder aus dem Privatleben: Tourneestart von Reinhard Mey

Im Alleingang über den Wolken

Wie vor Jahr und Tag steht er auf der Bühne, singt seine Lieder von der Familie, von den Kindern, vom Lampenfieber und von seiner großen Liebe zu Berlin, riskiert bisweilen, mit sehr sanftem Biß, einen kurzen Ausflug in die politisch angehauchte Satire, um sofort wieder zu seinem Lieblingsthema zurückzukehren, eben seinem Privatleben: Reinhard Mey, an dem die Jahre wie spurlos vorübergegangen sind. Kurzer Haarschnitt, Dreitagebart, ein kleiner Ring im linken Ohr: Da steht ein großer, sympathischer Junge auf der Bühne, der bei seinen Zwischentexten schon mal ins Stottern gerät oder im Lied hängenbleibt. Doch im Saal ist niemand, der im das übelnähme.

Sein Publikum ist mit- und nachgewachen: Kinder hören ihm ebenso nachdenklich und amüsiert zu wie gestandene Männer und Frauen, in deren Jugendzeit Meys Lieder wohl eine Rolle gespielt haben mögen. Seine Philosophie ist, zugegeben, ein bißchen hausgemacht, was immer dann deutlich wird, wenn er ein paar „allgemeingültige" Gedanken zum besten gibt oder das Leben als solches für ein gigantisches Kasperletheater hält.

Reinhard Mey, Jahrgang 1942, ist der einzige aus der einst so fruchtbaren Berliner Liedermacherszene, der sich bis heute hat halten können. Seine Fans lieben wie eh und je den Balanceakt zwischen witzig-humorvollen und sehr persönlichen, geradezu intimen Chansons. Seine Lieder sind seine Autobiographie. Manchmal allerdings legt er sein Herz zu sehr offen – dazu gehört Mut, zweifellos, aber mitunter schrammt der Sänger eben nur haarscharf an der Grenze zur Peinlichkeit vorbei.

Der Mann mit der Gitarre weiß sein Publikum zu unterhalten – mit schelmischen Blicken, schüchternem Lachen und koketten Hinweisen auf sein Alter. Allmählich wechselt er vom distanzierten „Sie" zum „Euch", je weiter der Abend vorrückt, ohne sich dabei jedoch anzubiedern. Ach ja, so einen Schwiegersohn tät sich manche gefallen lassen!

Das Repertoire seiner jüngsten LP, „Alleingang" (Intercord 160 208), ist über den Abend gestreut, und ein Vergleich zwischen „Live" und Konserve macht deutlich, daß Meys Texte viel intensiver wirken, wenn er sich lediglich auf der Gitarre begleitet und nicht von mehreren Musikern unterstützt wird. Da geraten die Chansons dann doch ein wenig zu bombastisch, werden die Gefühle musikalisch mächtig ausgepolstert.

Natürlich hat er auch ein paar seiner alten Erfolge im Programm. Daß sein Publikum zum größten Teil aus Fans besteht, merkt man am Erkennungsapplaus: Kaum hat er die ersten Akkorde von „Über den Wolken" oder „Keine ruhige Minute" intoniert, brandet Beifall auf, und Mey quittiert's mit sichtlicher Freude. Ohne Zugaben will man ihn natürlich nicht gehen lassen, und Mey kommt dem Wunsch, sichtlich ausgepumpt, nach.

Er hat noch einiges vor in den nächsten Wochen: Durch insgesamt 69 Städte in der Bundesrepublik, der Schweiz und in Österreich führt ihn seine Tournee, die ersten seit drei Jahren. „Du mußt wahnsinnig sein", kommentiert er in einem Lied seinen Beruf nicht ohne Koketterie. Doch für ihn ist das wohl der ganz normale Wahnsinn.

RAINER NOLDEN

JOURNAL

Kölner Philharmonie ist eröffnet worden

Bth. Köln

Mit einem vom Fernsehen übertragenen Festakt wurde gestern die neue Kölner Philharmonie eröffnet, die mit Baukosten von gut 70 Millionen Mark in das Tiefgeschoß des neuen Kölner Museumsbaus eingegliedert wurde. Bei dem Konzertsaal mit knapp 2000 Plätzen traten die Stadt Köln und der Westdeutsche Rundfunk gemeinsam als Bauherr auf. Die Festrede, zwischen „Fototopsis" von Bernd Alois Zimmermann und Schumanns „Rheinischer Sinfonie" plaziert, hielt der in Köln lebende Komponist Mauricio Kagel. Über die Eröffnung der Kölner Philharmonie, das abendliche Festkonzert mit Mahlers 8. Sinfonie und die Klangwolke über dem Rhein berichtet die WELT in ihrer morgigen Ausgabe.

Sowjetisches Stück über Tschernobyl

AP, Moskau

Das Reaktorunglück von Tschernobyl hat einen sowjetischen Dramatiker dazu angeregt, ein Theaterstück mit dem Titel „Sarkophag" darüber zu schreiben. Wie aus Auszügen hervorgeht, die in der Zeitschrift „Sowjetskaja Kultura" veröffentlicht worden sind, ist es vor allem ein Drama der Verantwortlichen. Sie kommen in „Sarkophag" schlecht weg. Die Zeitschrift meldete, der gesamte Text des Dramas, dessen Autor Wladimir Gubarew ist, solle im Herbst veröffentlicht und das Theaterstück aufgeführt werden. Die Tendenz des Stücks stimmt mit der offiziellen Linie überein, derzufolge einige Verantwortliche in Tschernobyl zu Beginn der Katastrophe versagt haben. So verläßt der Kraftwerksdirektor im Stück seinen Posten, um seine Enkel in Sicherheit zu bringen.

Wertvolle Fresken in Pompeji entdeckt

dpa, Pompeji

Wertvolle Wandmalereien sind von italienischen und amerikanischen Wissenschaftlern bei Restaurierungsarbeiten im antiken Pompeji entdeckt worden. Die Wandmalereien waren auf einer verfallenen Mauer des Hauses des antiken Dichters Menander bislang von anderen Farbschichten überdeckt. Das Haus des Menander, das um 250 v. Chr. erbaut wurde, gilt als eines der besterhaltenen Beispiele für die Wohnkultur der Reichen in der altrömischen Stadt.

Wachsendes Interesse an Theodor Storm

dpa, Husum

Die Theodor-Storm-Gesellschaft verzeichnet ein wachsendes Interesse an dem norddeutschen Schriftsteller (1817–1888). Auf der Jahrestagung der Vereinigung wurde mitgeteilt, daß in diesem Jahr bereits fast 30 000 Stormfreunde aus aller Welt das ehemalige Wohnhaus des Dichters in Husum (Schleswig-Holstein) besucht hätten. Für das Storm-Gedenkjahr 1888 – 100. Todestag – plant die Gesellschaft in Husum ein internationales Storm-Symposion. Außerdem wurde eine neue, kritische Storm-Ausgabe angekündigt. Das erste Buch der insgesamt vierbändigen Ausgabe wird rund 100 bisher unveröffentlichte Gedichte enthalten.

J.-H. Lartigue †

dpa, Nizza

Der französische Fotograf Jacques-Henri Lartigue ist in Nizza im Alter von 92 Jahren gestorben. Lartigue, Urheber lebensnaher Fotos von Prominenten, hatte 1963 seine erste Ausstellung im Museum of Modern Art in New York. Er nahm auch 1974 das offizielle Foto des damaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing auf und wurde danach in Frankrech bekannt. Lartigue hatte die über 200 000 Bilder, die er in 80 Jahren gemacht hatte, 1979 dem französischen Staat übereignet. Die „Deutsche Gesellschaft für Photographie" würdigte Lartigues Werk 1984 mit ihrem Kulturpreis.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Auf dem Titelbild sind zwei Frauenbüsten aneinander gefesselt – Sinnbild einer Verstrickung der Schicksale von Alice Fielding und Nesta Drage, die spurlos verschwunden zu sein scheint. Denn unter der angegebenen Adresse ist die Frau nicht aufzufinden. Nachforschungen lassen Alice zu der Überzeugung gelangen, daß Nesta tot ist. Und jetzt glaubt Alice, der vermeintliche Mörder sei nun auch ihr auf der Spur . . . Ruth Rendell, britische Kriminalautorin mit zahlreichen Preisen, hat in ihrem jüngsten Werk wieder ihr bravouröses Talent unter Beweis gestellt, das Unheimliche in das Alltägliche einfließen zu lassen, so daß sich der Leser von einer Gänsehaut zur nächsten gruselt. Alfred Hitchcock läßt grüßen!

no

Ruth Rendell, „Die Verblendeten", rororo, 158 Seiten, 6,80 Mark.

„Kalamata gleicht einer bombardierten Stadt"

Erdbeben in Südgriechenland / Zehn Opfer geborgen

E. ANTONAROS, **Kalamata**

Die griechische Stadt Kalamata auf dem Peloponnes ist seit Samstag abend ein Trümmerfeld: Ein Erdbeben, das um 19.14 Uhr mit einer Stärke von 6,2 auf der Richterskala gemessen wurde, hat mindestens zehn Menschen das Leben gekostet, 250 sind zum Teil schwer verletzt. Die Hälfte aller Bauten in der Stadt ist entweder zerstört oder stark beschädigt und knapp 10 000 der 44 000 Einwohner wurden über Nacht zu Obdachlosen. „Die Stadt sieht wie bombardiert aus", sagte ein Kommentator des griechischen Fernsehens.

Griechenland zählt zu den von Erdbeben am stärksten gefährdeten Gebieten Europas. Seit Anfang der 80er



Jahre haben zahlreiche Erdstöße auch bei Athen und in Thessaloniki, den größten Städten des Landes, Dutzende von Todesopfern gefordert. Auch in Kalamata war 1984 ein Erdbeben mit Stärke 5,3 registriert worden, das aber keine nennenswerten Schäden angerichtet hatte.

Der Erdstoß, dessen Epizentrum in der Bucht von Messeni (Südpeloponnes) etwa 250 Kilometer südwestlich von Athen lag, ereignete sich, als die meisten Menschen vor dem Fernsehen saßen. Vorangegangen waren ein paar schwächere Vorbeben: Zahlreiche Menschen hatten ihre Wohnungen in Panik verlassen und versucht, in ihren Autos wegzufahren. Für ein junges Ehepaar wurde die Flucht zum Verhängnis: Sie wurden in ihrem Wagen von einem einstürzenden Wohnhaus erdrückt. Zwei Männer starben, als ein Balkon auf sie stürzte.

Besonders hart wurde das kleine Dorf Elaiochorion, nördlich von Kalamata getroffen: Von 120 Häusern blieben nur drei stehen. Hohe Sachschäden entstanden auch in 25 anderen Dörfern und in der Stadt Pyrgos etwa 100 Kilometer nördlich von Kalamata. Athen hatte unmittelbar nach der Katastrophe den Notstand über die Provinz Messenien verhängt.

Auch am Sonntag nachmittag ging die Suche nach Vermißten weiter. Nach Angaben des griechischen Verteidigungsministers Jannis Charalambopoulos, der vor Ort die Rettungsarbeiten leitet, wird davon ausgegangen, daß die Zahl der Opfer „erheblich höher" sein könnte. Mindestens zwanzig Menschen – Männer, Frauen und Kinder – werden in den Trümmern eines fünfstöckigen Wohnhauses vermutet, das in Sekundenschnelle einstürzte. Die Bergungsmannschaften hörten noch die Hilferufe der eingeklemmten Opfer. „Wir wissen nicht, ob wir ihnen so schnell helfen können, weil sie im Keller liegen", sagte ein Mitglied der Rettungsmannschaften. Ein französisches Team traf am Sonntag vormittag in Kalamata ein, um bei der Bergung von Opfern zu helfen.

Weil auch das Hauptkrankenhaus der Stadt stark beschädigt ist und evakuiert werden mußte, wurden einige Fähren im Hafen zu Notlazaretten umfunktioniert. „Mindestens 25 Menschen schweben in Lebensgefahr", sagte ein Oberarzt. Inzwischen hat der Bürgermeister von Kalamata, Benos, der Bevölkerung empfohlen, auch die Nacht zum Montag im Freien zu verbringen, weil nach Ansicht der Seismologen neue Erdstöße „sehr wahrscheinlich" seien. (SAD)

Das Regensoll ist erfüllt

Altweibersommer frühestens zum nächsten Wochenende

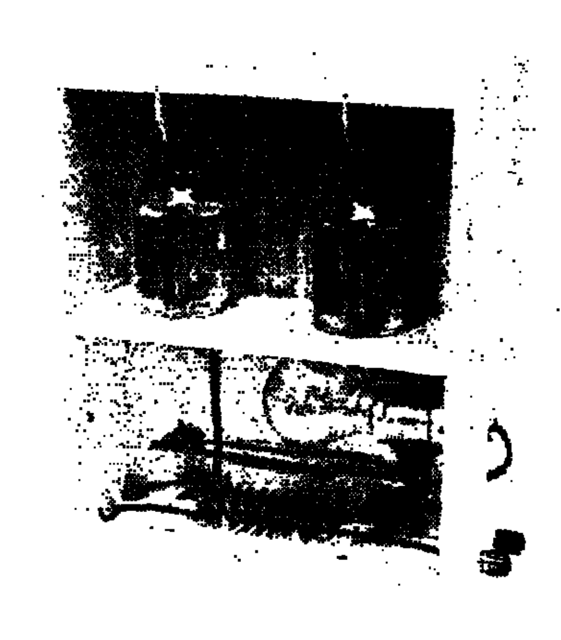
dpa, **Hamburg**

Wechselbäder von Nord bis Süd – das Wetter zeigte sich zum Wochenende mal wieder launisch. Während es am Samstag kühl und regnerisch war und die Temperaturen gerade an die 15-Grad-Marke heranreichten, kletterte das Quecksilber gestern bei schwül-warmer Luft auf mehr als 30 Grad. Grund dafür, so die Meteorologen, sei die Zufuhr subtropischer Warmluft aus Spanien.

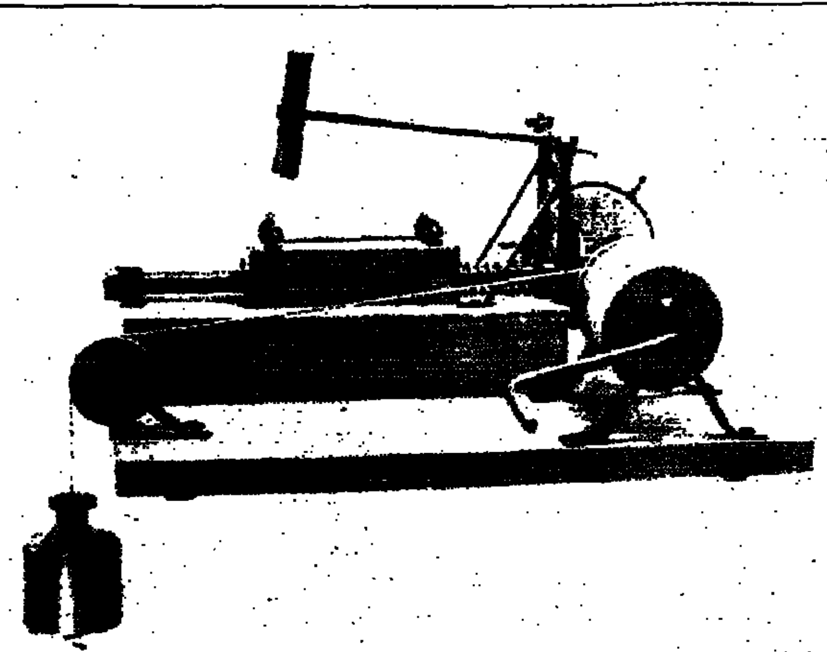
Das Regensoll von 50 Litern pro Quadratmeter für September war im Rhein-Main-Gebiet bereits zur Monatshälfte erfüllt. In Saarbrücken fiel diese Menge allein am Freitag und Samstag. Hoffnung auf einen freundlichen Altweibersommer machen die Wetter-Experten frühestens für das nächste Wochenende.

Starker Ausflugsverkehr und Rückreiseverkehr belasteten am Wochenende die Fernstraßen. Bei einer Massenkarambolage mit 60 Fahrzeugen auf der Autobahn Nürnberg–München im Bereich des Neufahrner Kreuzes wurden 20 Personen verletzt, vier von ihnen lebensgefährlich. Die Autobahn war vier Stunden gesperrt.

Nachbau alter Maschinen: Modellversuch im Deutschen Museum entwickelt sich zum Renner



Modell des ersten Verbrauchsmessers für Strom: Thomas Alva Edisons Elektrolytzähler von 1881



Fehler im Getriebe: Rekonstruktion einer Feilenhau-Maschine nach einer Skizze Leonardo da Vincis aus der Zeit um 1500

Leonardos Irrtum als Bastelbogen

Das Genie Leonardo da Vinci. Künstler und Erfinder, hat bei einer von ihm entworfenen und bisher vielbewunderten Maschine gründlich daneben konstruiert – und jeder Teilnehmer an den Kursen im Deutschen Museum in München erfährt warum. Vielleicht wäre die Sache weiter im dunkel geblieben, würde nicht das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft mit 780 000 Mark ein Vorhaben fördern, dessen Titel amtlich-erschöpfend über die Hintergründe Auskunft gibt: „Projekt zur Erstellung dreidimensionaler historischer Modelle und Rekonstruktionen für die Ausbilder in der betrieblichen Ausbildung."

Nachdem das Ministerium ab 1978 mit einem Zuschuß von 400 000 Mark über drei Jahre einwöchige Seminare finanzierte, in denen Ausbilder der verschiedener Fachbereiche wie Kraftfahrzeugtechnik, Technische Chemie oder Textiltechnik mit dem unerschöpflichen Wissensarsenal des Museums zur Weitergabe an Auszubildende vertraut gemacht wurden, lief die Sache von alleine weiter.

Obwohl Kursgebühren (rund 450 Mark je Teilnehmer) erhoben wurden, nahm die Attraktivität der Seminare zu – bisher griffen 10 000 Personen zu diesem Angebot – und die Anmeldefristen wuchsen auf heute 18 Monate! Viele Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland stufen Ausbilder infolge der rasanten technologischen Entwicklung finanziell besser ein als Meister in der Produktion. Gefordert wird dabei allerdings, daß Defizite in der allgemein-technischen Bildung der Ausbilder „aufgearbeitet" werden, was den Zulauf zum Deutschen Museum erklärt.

Bei der Umsetzung einer Skizze der von Leonardo da Vinci erfundenen Feilen-Haumaschine, für die Produktion dieses wichtigen Werkzeugs, in ein Modell machte man nun in München die Entdeckung: „Es kann nicht funktionieren!" Der geniale Künstler hatte bei seiner Berechnung nicht berücksichtigt, daß der auf das Werkstück fallende scharf geschliffene Hammer für eben diesen Fall Zeit braucht, die Feile aber inzwischen durch den Mechanismus zu schnell weiterbefördert wird. Das Problem wurde durch den, von Leonardo nicht vorgesehenen, Einbau einer Hakenhemmung, wie sie bei Turmuhren üblich ist, gelöst.

Der Hintergedanke bei der Herstellung der Modelle, die später nach Anleitungsheften des Deutschen Museums auch in den Betrieben selbst gebaut werden sollen, „um ein besseres Verständnis für die Grundlagen der modernen Technik bei Auszubildenden zu wecken", ist ihre Einfachheit. An modernen Maschinen sind innerer Aufbau und Wirkungsweise in vielen Fällen nur schwer zu erkennen und nachzuvollziehen.

Mühselige Bohrmethode: Nachbau einer mittelalterlichen „Rennspindel" mit Riemen aus Schafsdarm, waagrechtem Druckbalken und Bohrkopf FOTOS: DIE WELT

Neben der Feilenhaumaschine gibt es inzwischen auch Arbeitsbogen für andere Maschinen, etwa die in Deutschland ab dem 17. Jahrhundert nachweisbare „Rennspindel" für Bohrarbeiten. Der Lehrling, so eine Anweisung des Deutschen Museums, gewinnt beim Nachbau „handgreifliche Kenntnisse über die Bedeutung der Schneidegeometrie bei Werkzeugen".

Der Lehrling soll sich mit dem „Begleitmaterial zum Nachbau des Elektrolytzählers" herumquälen, den Edison für die Verbrauchsermittlung von elektrischer Energie nach Einführung der ersten Stromversorgungsnetze mit Zentralstationen in New York und London 1881 entwickelte – ein witziger Kasten, den der Kunde zwecks Ablesung zu seinem E-Werk tragen mußte.

Verblüfft registrierte man während der verschiedenen Phasen der Modellversuche, wie sich das Interesse des Publikums entzündete. Nicht nur das der jährlich rund 1,5 Millionen Besucher, darunter tausend Schulklassen pro Monat, die den nach neuestem Zubau 22 Kilometer langen Weg durch das technische Museum gehen.

Die „Beiträge zur Technikgeschichte für die Aus- und Weiterbildung", ursprünglich für die Ausbilderseminare gedacht und vom Bildungsministerium mit rund 5,2 Millionen Mark bis 1988 gefördert, entwickelten sich als Taschenbücher zu Bestsellern, so daß ein für Bonn völlig außergewöhnliches Phänomen eintrat: Beim Ministerium mußte ein „Eingangstitel für rückzulaufende Gelder" eingerichtet werden, weil der herausgebende Verlag (Rowohlt) Lizenzgebühren bei steigender Auflage abführt.

EBERHARD NITSCHKE

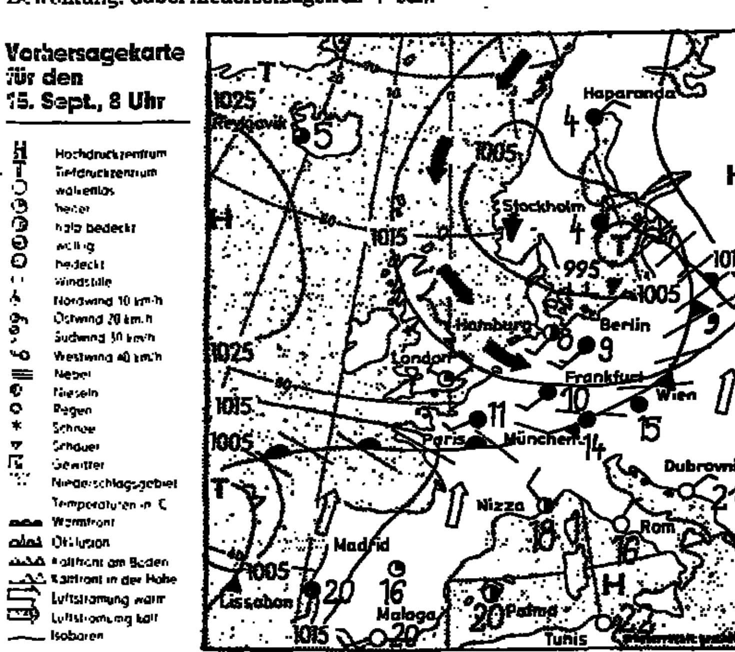
WETTER: Vereinzelt Regen

Lage: Eine Luftmassengrenze, die kühle und trockene Luft im Norden von feuchtwarmer Luft im Süden trennt, verlagert sich nach Süddeutschland.

Vorhersage für Montag: Norden: Wolkig mit Aufheiterungen und nur im Küstenbereich vereinzelt Schauer. Temperaturen um 16, Tiefstwerte 10 bis 6 Grad. Mitte: Anfangs noch stark bewölkt, später auflockernde Bewölkung, dabei niederschlagsfrei. Höchstwerte bei 18 Grad. Süden: Stark bewölkt bis bedeckt und zum Teil länger andauernder Regen. Nachmittagstemperaturen um 19 Grad.

Weitere Aussichten: Wenig Änderung

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.57 Uhr*, Untergang: 19.36 Uhr; **Mondaufgang:** 19.22 Uhr, Untergang: 4.10 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	20	he
Bielefeld	19	bw
Braunlage	15	bd
Bremen	17	bw
Dortmund	19	bd
Dresden	19	bw
Düsseldorf	20	bw
Erfurt	22	bw
Essen	19	bw
Feldberg/S.	13	R
Flensburg	15	bd
Frankfurt/M	21	bw
Freiburg	19	Rs
Garmisch	20	bw
Greifswald	11	R
Hamburg	10	he
Hannover	19	bd
Kahler Asten	13	bd
Kassel	19	bw
Kempten	18	bw
Kiel	16	Sp
Koblenz	21	bw
Köln-Bonn	20	bw
Konstanz	16	R
Leipzig	20	bw
List/Sylt	12	bd
Lübeck	17	bd
Mannheim	23	bw
München	16	R
Münster	17	bd
Norderney	14	bw
Nürnberg	23	bw
Oberstdorf	19	bw
Passau	20	bw
Saarbrücken	19	bw
Stuttgart	19	Rs
Trier	18	bw
Zugspitze	7	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	34	he
Amsterdam	14	bd
Athen	29	he
Barcelona	27	he
Belgrad	28	he
Bordeaux	27	he
Bozen	–	–
Brüssel	18	bw
Budapest	26	he
Bukarest	27	he
Casablanca	26	he
Dublin	11	he
Dubrovnik	25	he
Edinburgh	11	he
Faro	24	he
Florenz	–	–
Genf	20	bw
Helsinki	12	bw
Hongkong	29	bw
Innsbruck	22	he
Istanbul	25	he
Kairo	35	he
Klagenfurt	23	he
Konstanza	29	wl
Kopenhagen	11	R
Korfu	29	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	12	bw
Lissabon	21	Sp
Locarno	20	bw
London	13	bw
Los Angeles	28	he
Luxemburg	18	bw
Madrid	22	he
Mailand	23	bw
Malaga	25	he
Mallorca	27	he
Moskau	12	he
Neapel	30	wl
New York	21	wl
Nizza	24	he
Oslo	10	bw
Ostende	13	R
Palermo	28	he
Paris	21	bw
Peking	26	bw
Prag	20	bw
Rhodos	29	he
Rom	26	he
Salzburg	22	bw
Singapur	29	bw
Split	28	he
Stockholm	13	bw
Straßburg	19	bw
Tel Aviv	30	he
Tokio	28	bw
Tunis	30	he
Valencia	28	he
Varna	30	he
Venedig	22	he
Warschau	12	bw
Wien	23	he
Zürich	19	Rs

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Hohe Ehrung

Mit dem höchsten Orden des Landes, dem Azteken-Adlerorden, ehrte am Wochenende Mexiko den Opernsänger **Placido Domingo**. Dem gebürtigen Spanier wurde die Auszeichnung in Anwesenheit von Präsident **Miguel de la Madrid** für seine Bemühungen um die Erdbebenopfer von Mexico City verliehen. Domingo, der in Mexiko aufwuchs, war nur wenige Stunden nach dem schweren Erdbeben, das im vergangenen Jahr die mexikanische Hauptstadt teilweise zerstörte, dort eingetroffen. Er half bei den Rettungsarbeiten mit und gab seither mehrere Konzerte, deren Erlös, etwa vier Millionen Mark, den Überlebenden der Katastrophe zugute kommt. Weitere Konzerte sollen folgen. Mexikos Außenminister **Bernardo Sepulveda** sagte über den Sänger: „Seine Aktionen sind ein Beispiel größter Solidarität und Identifizierung mit den Nöten des mexikanischen Volkes."

Herzhaft-knackig mit glatter Schale

Die Apfelernte ist in vollem Gange / Mit elf Prozent Zuwachs Rekord erwartet

otz./rev. **Bonn/Stade**

Äpfel sind der Deutschen liebstes Obst. Bis zu zwei Millionen Tonnen werden bei uns jährlich geerntet. Die diesjährige Ernte, die bereits in vollem Gang ist, beschert aufgrund des weitgehend frostfreien Frühjahrs und der günstigen Sommerwitterung besonders schmackhafte Früchte. Elf Prozent mehr als im Mittel der Vorjahre und in einer seit 15 Jahren nicht gekannten Qualität erwartet Wolfgang Kaiser, Direktor der Elbe-Obst-Erzeugerorganisation. Der „Apfel '86" ist etwas glattschaliger geworden und „herzhaft-knackiger".

Zur Zeit sind etwa 100 Apfelsorten am Markt, von denen eine Reihe erst in jüngster Zeit gezüchtet wurden: Sorten mit erfrischend-säuerlichem, mit feinwürzigem, milden und aromatischen Geschmack; andere mit mürben, knackigem, feinem und festem Fruchtfleisch. Die heute am weitesten verbreiteten Marktsorten gehen in ihrer Züchtung auf das 19. Jahrhundert zurück. So hat ein Engländer Namens Cox vor 150 Jahren aus einem Apfelkern eine Sorte gezüchtet, die heute zu den bekanntesten gehört: „Cox Orange". Einer Knospenmutation verdanken wir den Boskoop, der sich im Jahre 1865 an einem Apfelbaum der Sorte „Renette" im holländischen Ort Boskoop entwickelt hatte.

Eine planmäßige Sortenzüchtung setzte erst um die Jahrhundertwende ein. Diese erlaubte, Apfelsorten mit vielfältigen Geschmacksnuancen zu entwickeln. Für den Deutschen sind dies in erster Linie herzhaft knackige, frische Äpfel mit festem Fruchtfleisch, wobei auch das Aussehen wichtig ist: Der Apfel muß farbig sein. Das macht es der alternativen Landwirtschaft schwer, gerade auf dem Apfelmarkt Fuß zu fassen. Denn diese Neuzüchtungen sind auch auf die modernen Marktbedingungen spezialisiert und entsprechen den besonderen Anforderungen an rationelle Lager- und Transportbedingungen – kurzum, sie bedürfen einer besonderen Handhabung, den Einsatz der modernen Agrartechnologie. Die Apfelzüchtung ist dabei besonders aufwendig. Es können zwanzig Jahre vergehen, bis sich herausstellt, ob eine „künstlich" herbeigeführte Kreuzung erfolgreich war.

24 000 Apfelanbaubetriebe mit etwa 16 Millionen ertragsfähigen Apfelbäumen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland. Die Schwerpunkte liegen in Schleswig-Holstein mit dem Holsteiner Cox, im Alten Land mit den vorherrschenden Sorten Ingrid Marie, Cox Orange, Boskoop, James Grieve. Weitere Apfelgebiete liegen im Rheinland, vor allem um Meckenheim, am Neckar und am Bodensee mit dem roten Boskoop, dem Golden Delicious und Alkmene.

Hauchzarte Requisiten für das neue Lebensgefühl

Kostbare Dessous auf der Igedo: Top und dazu passende Shorts mit floralem Muster FOTO: HANS HÖFT

„Noch aufwendiger, immer hochwertiger, die Spitzen noch kostbarer" – mit diesen Worten umreißt eine Bonner Fachhändlerin die Trends für Dessous und Nachtwäsche, wie sie auf der soeben zu Ende gegangenen Igedo in Düsseldorf gezeigt wurden. Das Angebot an zarter Wäsche aus Seide, hochwertiger Baumwolle und pflegeleichter Synthetik, die in „Stofflichkeit" und Preis von Seide kaum zu unterscheiden ist, sei „beinahe unüberschaubar" geworden.

Die Angebotspalette wird in zunehmendem Maße aus dem europäischen Ausland bestückt, während die Umsatzentwicklung bei deutschen Herstellern von Damenwäsche seit Jahren eher stagniert. Besonders aggressiv agieren nach Beobachtungen der Fachhändler derzeit die Italiener mit massiven Werbekampagnen für Dessous. Mit Erfolg. Kundinnen sind bereit, für gewisse Marken (fast) jeden Preis zu bezahlen.

„Es geht darum, neue Lebensgefühle zu wecken und dies über die Dessous darzutun", schrieb eine Branchenzeitschrift zum Thema Verkaufspsychologie. Und so hat sich die „teure Schönheit" schon längst neben der „schlichten Funktionalität" einen Platz beim Kaufentscheid gesichert. Das haben auch Hedwig Ebenrett und Waltraud Bode, die in Bonn seit sieben Jahren Damen-Dessous, Nachtwäsche, Strümpfe und Badekleidung verkaufen, beobachten können. Da Frauen die Kaufentscheidung in diesem Bereich sowieso zu 55,2 Prozent spontan treffen, erliegen sie im Anblick der reizvollen Wäsche leicht der Verführung, einen tiefen Griff ins Portemonnaie zu tun, um sich mit den zarten Requisiten reinster Weiblichkeit zu schmücken.

Und schon glauben Einzelhändler bei ihren Kundinnen ein neues Weiblichkeitsbewußtsein feststellen zu können. Das äußert sich, so sagen sie, in der narzistischen Lust am luxuriösen Dessous, das der Trägerin schmeichelt. Die Freude an der schönen, teuren Ware geht quer durch alle Berufsgruppen, Einkommensschichten und Altersklassen. Für die gute Umsatzentwicklung aber glaubt der Fachhandel auch an „eine gewisse Übersättigung", die dem Luxus direkt auf der Haut zugute kommt.

MARIA GROHME



Schlichte Eleganz mit hochwertiger Spitze: das zweiteilige Komplet für die Nacht FOTO: NIKE SCHENKL

Allergiker: Nachwuchs nicht im Sommer

dpa, **Münster**

Eheleute, die unter Atemweg- und Hautallergien leiden, sollten bei der Nachwuchsplanung besonders sorgfältig sein, damit das Baby nicht in der Pollenflugzeit während der Sommermonate zur Welt kommt. Dies rät der Leiter der Abteilung für Allergologie und Gewebedermatologie der Universitäts-Hautklinik Münster, Professor Günther Forck. Eltern, die unter Heuschnupfen und Milchschorf leiden, müssen mit 80prozentiger Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß das Neugeborene ihre Überempfindlichkeit erbt. Bei einem während der Pollenflugzeit geborenen Kind würde die Krankheit dann höchstwahrscheinlich ausbrechen, zumal ein Baby während der ersten sechs Lebensmonate keine eigenen Schutzmechanismen entwickeln kann und Abwehrkräfte nur aus der Muttermilch zieht. Das Risiko sei auch dann schon erhöht, wenn ein Elternteil unter einer Allergie oder Hautkrankheit leide.

Goldbarren geborgen

rtr. **London**

Britische Taucher haben am Freitag die letzten 29 russischen Goldbarren geborgen, die im Wrack des im Zweiten Weltkrieges in sowjetischen Gewässern versenkten britischen Kreuzers „Edinburgh" lagen. Das Gold hat einen Wert von rund 9,2 Millionen Mark. 45 Prozent bekommt das Bergungsunternehmen. Zwei Drittel der Restsumme bekommt die Sowjetunion, ein Drittel Großbritannien. Mit dem Gold wollte die Sowjetunion amerikanische Waffenlieferungen bezahlen. Die Barren tragen noch das Siegel der russischen Zaren, den doppelköpfigen Adler.

Tierfriedhof droht Ende

SAD. **Paris**

Eine der originellsten Sehenswürdigkeiten von Paris, der fast einhundert Jahre alte Tierfriedhof auf der Seine-Insel „Ile des Ravageurs" soll der Sanierung zum Opfer fallen. Die Gräber sollen bis zum 1. September 1987 geräumt werden. Seit 1899 wurden hier mehr als 100 000 Hunde, Katzen, Vögel, Pferde und sogar ein Esel beerdigt. Rund 2500 Grabsteine erinnern an die toten Lieblinge, so an den Hund des Komponisten Camille Saint-Saens und die Siam-Katze des Theaterautors Sacha Guitry.

Vier Tote bei Bootsunglück

dpa, **Graz**

Vier Angehörige des Wasserbauamtes der steiermärkischen Landesregierung sind bei einer Übungsfahrt mit einem nicht zugelassenen Motorboot auf der Mur in der Nähe von Graz ums Leben gekommen. Ein fünfter wurde verletzt. Das Boot war offenbar an einem Pfeiler des neuen Kraftwerks Rabenstein in der Nähe der Landeshauptstadt in einem Strudel gekentert.

Leichtflugzeug stürzte ab

AP. **Erding**

Bei einem Großflugtag auf dem Fliegerhorst Erding in Oberbayern stürzte das Ultraleichtflugzeug eines 50jährigen Piloten auf dem Flug von Landshut nach Erding ab. Die Maschine prallte gegen die Böschung der Autobahn A 92 München–Passau. Der Pilot fand den Tod. Ursache des Absturzes war vermutlich ein technischer Defekt am Steuerknüppel, der das Höhenruder lahmlegte.

Bei Kollision getötet

dpa. **Los Angeles**

Ein rund hundert Tonnen schwerer, fast 23 Meter langer Blauwal ist vor der Küste Südkaliforniens bei der Kollision mit einem Containerschiff getötet worden. Das Schiff schleppte den toten Wal nach dem Zusammenstoß am Freitag in den Hafen.

Schweizer Betrüger gefaßt

dpa, **München**

Einen von der Kantonspolizei St. Gallen wegen Betrugs gesuchten 44jährigen Schweizer konnte die Polizei in der österreichischen Gemeinde Spittal festnehmen. Nach Hans Rudolf Hämmerli war am Freitag abend in der ZDF-Fernsehsendung „XY ... ungelöst" gefahndet worden. Zuschauerhinweise führten auf seine Spur.

Künftig in Köln

DW. **Köln**

Mehr als 10 000 Besucher meldeten die Veranstalter der ersten Kölner „Antiquariatstage", die gestern zu Ende gingen. 68 Antiquare aus dem In- und Ausland stellten im Kölner „Gürzenich" wertvolle Bücher, Autographen und Graphik aus und boten sie zum Verkauf an. Der Erfolg der Verkaufsausstellung veranlaßte den Verband Deutscher Antiquare e. V. zu dem Beschluß, die „Antiquariatstage" künftig in jedem Jahr in Köln stattfinden zu lassen.

ZU GUTER LETZT

Schreiben der Bundesversicherungsanstalt *für Angestellte an einen 34jährigen frischgebackenen Vater: „Sehr geehrter Herr ..., von der Meldebehörde ist uns mitgeteilt worden, daß sie im Monat Juni 1986 ein Kind geboren haben ..." Es waren zudem Zwillinge.*